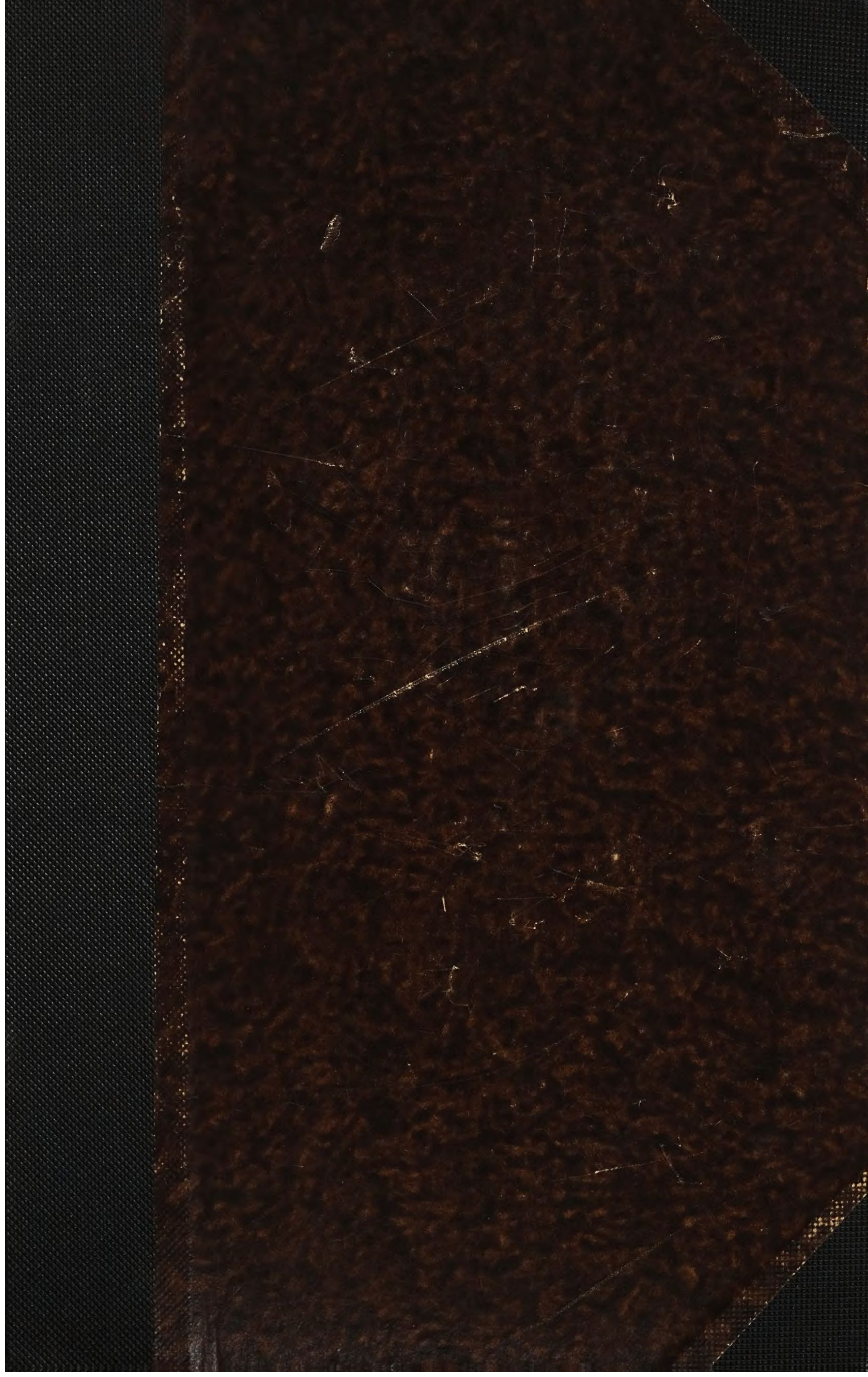
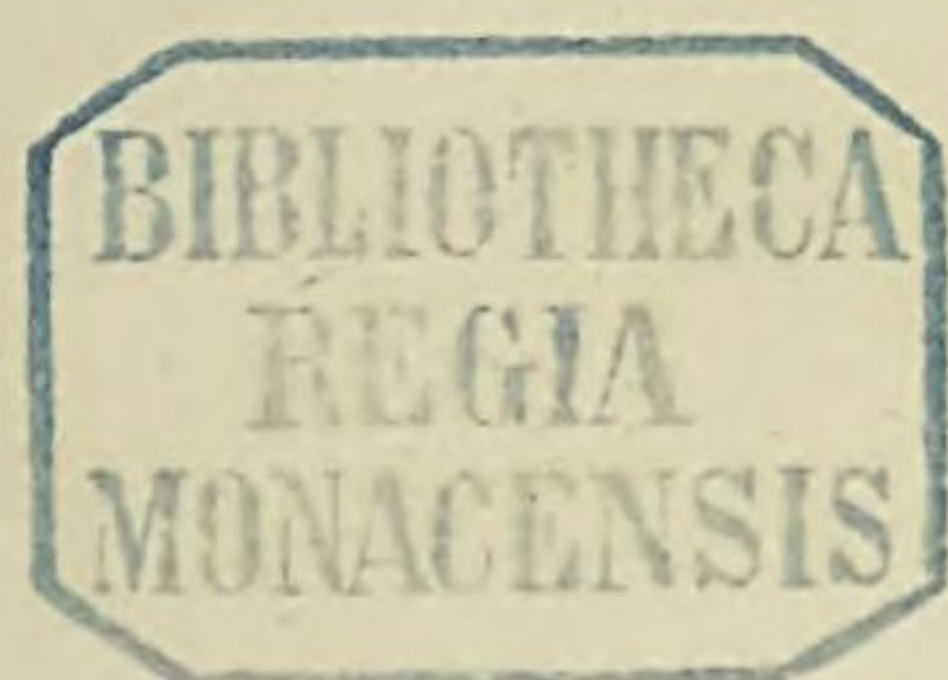




Austr. 5218

Wretschko



DAS ÖSTERREICHISCHE
MARSHALLAMT
IM MITTELALTER.

EIN BEITRAG
ZUR
GESCHICHTE DER VERWALTUNG IN DEN TERRITORIEN
DES DEUTSCHEN REICHES

AUF URKUNDLICHER GRUNDLAGE

DARGESTELLT VON

JUR. DR. ALFRED RITTER V. WRETSCHKO.



WIEN, 1897.

MANZ'sche k. u. k. Hof-Verlags- und Universitäts-Buchhandlung.
I., Kohlmarkt 20.



Druck von Adolf Holzhausen,
k. und k. Hof- und Universitäts-Buchdrucker in Wien.

MEINEN
LIEBEN ELTERN.

VORWORT.

Der Umstand, dass durch die Studienordnung vom 20. April 1893 die „Österreichische Reichsgeschichte“ an den rechts- und staatswissenschaftlichen Facultäten als obligater Lehrgegenstand eingeführt wurde, hat für die Erforschung der Geschichte der Staatsbildung und des öffentlichen Rechtes in Österreich, welche bisher vielfach vernachlässigt war, neue Anregung gebracht. Mit dankbarer Anerkennung ist es zu begrüßen, dass seither von verschiedener Seite der Versuch gemacht wurde, die nur in einzelnen Vorarbeiten niedergelegten Ergebnisse der Forschung zusammenzufassen und — unter möglichster Ergänzung derselben durch ein vielfach aus noch ungedruckten Quellen geschöpftes Material — eine zusammenhängende Darstellung der Geschichte unserer Reichs- und Länderverfassung und Verwaltung zu geben.

Trotzdem gilt aber auch heute noch für Österreich das, was Paul Roth seinerzeit für die deutsche Rechtsgeschichte überhaupt und nach ihm A. v. Luschin in der Einleitung zu seiner Geschichte des älteren Gerichtswesens in Österreich ob und unter der Enns für die österreichischen Verhältnisse insbesondere ausgesprochen hat. Auch in der Zukunft wird die österreichische Reichsgeschichte noch lange Zeit ihre größte Förderung nicht so sehr durch die Anordnung des schon Erforschten, als vielmehr durch zweckmäßig angestellte

Specialforschungen empfangen, und sie hat, abgesehen von Quellenausgaben, das meiste von monographischen Arbeiten zu erwarten, welche die Rechtsentwicklung eines Landes, einer Stadt etc. im allgemeinen behandeln oder die Geschichte eines einzelnen Rechtsinstitutes darzustellen versuchen.

Diesen Charakter tragen auch meine Ausführungen über das österreichische Marschallamt im Mittelalter, welche ich hiemit als das Ergebnis mehrjähriger Studien der Öffentlichkeit übergebe. Warum ich gerade die Geschichte dieses Amtes einer näheren Betrachtung unterzogen habe, darüber enthält die „Einleitung“ die nöthige Aufklärung. Meine Arbeit betrifft demnach in erster Linie die Schicksale und die Entwicklung eines localen Rechtsinstitutes; unausgesetzt war ich jedoch dabei bestrebt, den Zusammenhang mit der mittelalterlichen Ämterverfassung der österreichischen Erblände, womöglich auch mit jener der anderen Territorien des deutschen Reiches im Auge zu behalten und ihr gegenüber die eigenartige Entwicklung der Verwaltungsorganisation im Lande unter der Enns hervorzuheben, so dass diese Arbeit vielleicht auch einen wenn auch nur sehr bescheidenen Beitrag zur Entwicklung der deutschen Territorialverwaltung überhaupt zu bilden vermag.

Für die Anordnung des Stoffes waren nachstehende Gesichtspunkte maßgebend. Naturgemäss musste zum Ausgangspunkte der Untersuchungen das alte ministerialische Hofamt des Marschalles gewählt werden. Die Stellung und den Wirkungskreis dieses Beamten in der Hof- und Landesverwaltung näher zu ergründen, die allmähliche Umbildung des Marschallamtes zu einem Erbamte und das Aufkommen absetzbarer Organe für den Marschallsdienst, endlich die Auftheilung der Amtsfunktionen auf zwei neue Gebilde, auf das Hof- und das Landmarschallamt, zu schildern, damit hat sich

der erste geschichtliche Theil zu befassen. Dagegen behandelt der zweite Theil in eingehender Weise das amtliche Schaffen des Landmarschalles, und zwar als Chef der niederösterreichischen Verwaltung wie auch als Mitglied des herzoglichen Rathes, während die rechtlichen Schicksale des Hofmarschallamtes, dessen Wirkungssphäre erst am Ausgange des Mittelalters eine bedeutende Erweiterung erfahren hat, anhangsweise zur Erörterung gelangen.

Die Arbeit beruht nicht nur auf gedruckten Quellen, diese konnten vielmehr durch längere archivalische Forschungen bedeutend ergänzt, oft auch berichtigt werden; denn meine Stellung als Juristenpräfect der k. k. Theresianischen Akademie in Wien erlaubte es mir, nicht nur die Bestände des k. u. k. Haus-, Hof- und Staatsarchives, des nö. Landesarchives und des Archives der Stadt Wien einer eingehenden Durchsicht zu unterziehen, sondern setzte mich auch in die Lage, während der Ferien das Musealarchiv in Linz, das steiermärkische Landesarchiv, das Archiv des historischen Vereines in Klagenfurt und das k. k. Statthaltereiarxiv in Innsbruck zu besuchen. Einzelne Urkunden endlich wurden dem k. k. Archiv für Niederösterreich, den Stiftsarchiven von Heiligenkreuz und Melk, wie auch dem fürstlich Liechtensteinischen Archive in Wien entnommen. Jene Stücke, welche mir für die Erforschung der rechtlichen Verhältnisse des österreichischen Marschallamtes von besonderer Wichtigkeit zu sein schienen, haben im Anhang IV ihrem vollen Wortlaute nach Aufnahme gefunden, wobei für die Edition die jetzt im allgemeinen geltenden Grundsätze maßgebend waren.

Meine Absicht, das gedruckte Material und das nur handschriftlich Überlieferte möglichst umfassend auszubeuten, hätte nicht in dem Maße verwirklicht werden können, wenn ich nicht bei den Vorständen und Beamten der verschiedenen

Archive und Bibliotheken jederzeit das weitgehendste Entgegenkommen gefunden hätte. Ihnen allen will ich daher an dieser Stelle nochmals den innigsten Dank für die mir gewährte, häufig ihre Amtspflichten weit übersteigende Unterstützung aussprechen.

Dank gebührt aber auch allen jenen, welche mir sonst bei Durchführung dieser Arbeit hilfreich und förderlich waren, und namentlich erinnere ich mich mit dem Gefühle aufrichtiger Dankbarkeit der vielfachen Anregungen und der wohlwollenden Förderung, welche mir von Seite meiner hochverehrten Lehrer, der Herren Universitätsprofessoren Hofrath Dr. Heinrich Siegel, Dr. Sigmund Adler und Dr. Ernst Freiherrn v. Schwind, dann von Seite der Herren Universitätsprofessoren Hofrath Dr. Franz v. Krones, Dr. Arnold v. Luschin, Dr. Engelbert Mühlbacher, Dr. Oswald Redlich, Dr. Michael Tangl und Dr. Otto v. Zallinger, Landesgerichtsrath Dr. Theodor Motloch und Privatdocent Dr. Alfons Dopsch, wie auch durch das Institut für österreichische Geschichtsforschung zutheil wurden.

Wien, am 13. April 1897.

Der Verfasser.

INHALT.

	Seite
Vorwort	V—VIII
Bücherverzeichnis	XIV—XXIII
Abkürzungen	XXIV—XXV
Stammtafel der österreichischen Herzoge im Mittelalter. . .	XXVI

Einleitung	1—16
-----------------------------	------

Grundlagen für die Entwicklung der Landeshoheit in Österreich, S. 1. — Stellung und Befugnisse der Markgrafen, S. 2. — Feudalisierung der Gerichtsgewalt, S. 4. — Bedeutung des Privilegium minus, S. 7. — Erwerb von Regalien, S. 12. — Die Stellung der Herzoge außerhalb des Markgebietes, S. 11. — Concentrierung der landesfürstlichen Gewalt nach unten hin, S. 13. — Abschluss der Entwicklung unter den Habsburgern, S. 14. — Entstehung von Beamtungen, S. 15. — Vortheile der monographischen Behandlung des Marschallamtes, S. 15.

I. Theil.

Geschichte des Marschallamtes in Österreich.

I. Abschnitt: Das Marschallamt als älteres Hofamt und dessen Umbildung zu einem Erbamte	19—56
---	-------

I. Die vier Hausämter in Österreich im allgemeinen	19—36
--	-------

Die vier Hausämter sind auch in Österreich mit Ministerialen besetzt, S. 19. — Die Hofdienstpflicht derselben wird durch ihre militärische Stellung abgeschwächt, S. 21. — Fortschreitende Erblichkeit der Ämter, S. 26. — Die persönliche Verrichtung der Dienste hört auf, S. 27. — Der Hofdienst wird überhaupt ein symbolischer Ehrendienst, S. 28. — Umbildung der Ämter zu Landeserbämtern, S. 29. — Absetzbare Organe übernehmen die Hofdienste, S. 31.

	Seite
II. Das Marschallamt insbesondere	36—56
Der Marschall als Hausbeamter, S. 36. — Sein Antheil am Staatsleben, S. 37. — Militärische Pflichten, S. 38. — Das Marchfutter, S. 38. — Stellung des Marschalles im Heere, S. 42. — Das Bannerträgeramt, S. 43. — Der Marschall als oberstes Executivorgan im Frieden, S. 44. — Träger des Amtes unter den Babenbergern, S. 46. — Die Kuenringe als Landeserbmarschälle, S. 47. — Stellung des Marschalles in der Zeit Otakars, S. 48. — Belehnung der Meissauer, S. 50. — Rechte und Pflichten des Erbmarschalles, S. 51. — Rechtsverhältnisse der Erbämter überhaupt, S. 54.	
II. Abschnitt: Die Fortbildung des Marschallamtes zu einem Hof- und zu einem Landmarschallamte	57—79
Die Centralverwaltung Österreichs unter den Babenbergern, S. 57. — Einfluss der Angliederung der Steiermark, S. 59. — Veränderungen im Kanzleiwesen, S. 59. — Einsetzung von Landeshauptleuten in Steiermark, S. 61. — Persönlicher Charakter der österreichischen Verwaltung, S. 62. — Otakarische Zeit, insbesondere die Einrichtung selbständiger Verwaltungsbehörden im Lande ob der Enns, S. 63. — Fortdauernder Einfluss der Hofbeamten in Österreich trotz der Einsetzung von oberen Landrichtern, S. 65. — Stärkung des landesfürstlichen Regimes unter Albrecht I., S. 68. — Antheil des Marschalles an der Verwaltung, S. 69. — Hermann von Landenberg, S. 70. — Dietrich von Pilichdorf, S. 73. — Abtrennung des staatlichen Geschäftskreises von den rein hofamtlichen Beziehungen nach dem Tode des Pilichdorfers, S. 75. — Die Stellung des Grafen Ulrich von Pfannberg, S. 76. — Weiterbildung des Amtes unter Rudolf IV. in inhaltlicher und formeller Beziehung, S. 77.	

II. Theil.

Das amtliche Schaffen des Landmarschalles.

I. Abschnitt: Der Landmarschall an der Spitze der Verwaltung des Landes unter der Enns	83—148
I. Im allgemeinen	83—91
Enge Begrenzung des Staatszweckes, S. 83. — Der Landmarschall als Hilfsorgan und Vertreter des Herzogs in der Verwaltung des Landes unter der Enns, S. 85. —	

Wie die anderen Beamten ist er frei absetzbar, S. 85. — Anstellung desselben, S. 87. — Eid, S. 88. — Besoldung, S. 88. — Öffentlich-rechtliche Momente seiner Stellung im Gegensatze zu den Finanzorganen, Pflegern etc., S. 89.	Seite
II. Die militärischen Functionen des Landmarschalles	91—97
Umbildung des Heerwesens seit dem Verfall der Lehn- und Dienstpflichten, S. 92. — Freie Dienstverträge, S. 93. — Das Heer ein Privatheer des Fürsten mit einem eigenen Hauptmanne, S. 95. — Der Marschall Anführer des Lehnaufgebotes und des allgemeinen Aufgebotes zur Landesvertheidigung, S. 96. — Aufsicht über die Burgen des Landes, S. 97.	
III. Die polizeiliche Thätigkeit des Landmarschalles	97—110
Inhalt der Polizeihochheit, S. 97. — Schwierigkeiten, den Landfrieden zu erhalten, S. 98. — Wirksame Sicherungsmaßregeln können, weil der einzelne Richter zu schwach ist, nur von der Centralgewalt ausgehen, S. 99. — Mitwirkung der Landstände, S. 101. — Vorkehrungen gegen das Fehdewesen, S. 101. — Der Landmarschall zunächst Executivorgan, später auch Richter bei Landfriedensbrüchen, S. 102. — Vorkehrungen gegen die schädlichen Leute, S. 103. — Theilnahme des Marschalles am Gereune, S. 104. — Verfolgung der schädlichen Leute von amtswegen, S. 106. — Oberaufsicht des Landmarschalles über das Geleitwesen, S. 107, und über die reisigen Knechte, S. 108. — Viertelhauptleute als Mittelbehörden, S. 109.	
IV. Die richterlichen Functionen des Landmarschalles	110—126
Beziehungen des Hoftaidings zum Landtaiding, S. 111. — Entwicklung einer außerordentlichen Gerichtsbarkeit des Landesfürsten, S. 112. — Formen derselben, S. 113. — Antheil des Landmarschalles an der Ausübung der herzoglichen Schutz- und Schirmgewalt, S. 114, an der außerordentlichen Gerichtsbarkeit, S. 120. — Der Marschall fasst festen Fuß im Hoftaiding, S. 122. — Umbildung der Gerichtsverfassung unter Albrecht V., S. 123. — Der Landmarschall ordentlicher Vorsitzender im Landrecht, S. 124, und regelmäßig auch Stellvertreter des Herzogs im herzoglichen Hofgerichte, S. 125.	

V. Das landmarschallische Gericht insbesondere 127—140

Vorsitz, S. 128. — Der Untermarschall, S. 128. — Ort und Zeit des Gerichtes, S. 129. — Urtheiler, S. 130. — Das Institut ständiger Beisitzer, S. 131. — Competenz des Gerichtes, S. 134. — Geschäftsgang bei demselben im 15. Jahrhunderte, S. 136.

VI. Die Beziehungen des Landmarschalles zu den übrigen Verwaltungsorganen des Landes unter der Enns. 140—144

Unterstützungspflicht des Landmarschalles als Executivbeamten des Herzogs gegenüber allen anderen Organen, S. 140. — Aufsichtsrecht über die locale Verwaltung, S. 141. — Verhältnis zur Centralstelle, namentlich zu den Statthalterschaften des 15. Jahrhunderts, S. 144. — Beziehungen zur Universität, S. 144.

VII. Die Beziehungen des Landmarschalles zu den Ständen 145—148

Der Landmarschall wird Vertrauensorgan der Stände, S. 145. — Vorsitz bei den Landtagen, S. 146. — Leitung der landschaftlichen Verwaltung, S. 147. — Mitwirkungsrecht der Stände bei Besetzung dieses Postens, S. 147.

II. Abschnitt: **Der Landmarschall als Mitglied des herzoglichen Rathes** 149—180

Die älteste Gestalt des Rathes, S. 149. — Eindringen ständischer Einflüsse, S. 150. — Der geschworne Rath der Landherren unter Otakar und den ersten Habsburgern, S. 151. — Reaction unter Albrecht I., S. 153. — Das ständische Mitwirkungsrecht äußert sich in anderen Formen, S. 156. — Der Rath wird eine nur dem Fürsten ergebene Behörde, S. 157. — Der Marschall ständiges Mitglied des Rathes, S. 159. — Andere Räte, S. 159. — Verleihung des Rathstitels, S. 162. — Die an herzoglichen Urkunden seit dem 14. Jahrhunderte vorkommenden Kanzleivermerke, S. 162. — Versuch, dieselben zu erklären, S. 163. — Aus denselben erhellt der persönliche Charakter der Centralverwaltung, S. 172. — Antheil der verschiedenen Beamten und Räte, insbesondere des Landmarschalles an der Centralverwaltung, S. 173. — Festere Constituierung des Rathes seit dem Ende des 14. Jahrhunderts, S. 176. — Wirkungskreis des Rathes unter Friedrich IV., S. 177. — Mangel jeglicher Arbeitstheilung an der

Centralstelle, S. 177. — Schwerfälligkeit des persönlichen Regimes, S. 178. — Übergang zur Maximilianischen Reformperiode, S. 179. — Der Landmarschall verschwindet seit Friedrich IV. fast ganz aus dem Rathe und ist nur mehr Chef der landesfürstlichen und ständischen Verwaltung im Lande unter der Enns, S. 179.

Seite

Anhang.

I. Das Amt des Hofmarschalles bis zum Ausgange des Mittelalters	183—186
II. Die Landmarschälle und Untermarschälle in Österreich während des Mittelalters	187—191
III. Der Landmarschall in den an herzoglichen Urkunden vorkommenden Subscriptionen	192—211
IV. Urkundliche Beilagen	212—263

BÜCHERVERZEICHNISS.

- Adler, S. Die Organisation der Centralverwaltung unter Kaiser Maximilian I. Leipzig 1886.
- Ankershofen, G. Freih. v., Hermann, H. und Tangl, C. Handbuch der Geschichte des Herzogthums Kärnten. Klagenfurt 1843 ff.
- Archiv für Kunde österr. Geschichtsquellen (von Bd. XXXIII ab: Archiv für österr. Geschichte), herausgegeben von der kaiserl. Akademie der Wissenschaften in Wien. Wien 1848—1896. Bd. 1—83.
- Aschbach, J. Geschichte der Wiener Universität im ersten Jahrhunderte ihres Bestehens. Wien 1865.
- Baasch, E. Die Steuern im Herzogthum Baiern bis zum ersten landständischen Freiheitsbrief (1311). In.-Diss. Marburg 1888.
- Bachmann, A. Österreichische Reichsgeschichte. Prag 1895.
- Baltzer, M. Zur Geschichte des deutschen Kriegswesens in der Zeit von den letzten Karolingern bis auf Kaiser Friedrich II. Leipzig 1877.
- Beiträge zur Kunde steiermärkischer Geschichtsquellen, herausgegeben vom historischen Vereine für Steiermark. Graz seit 1864.
- Below, G. v. Die landständische Verfassung in Jülich und Berg bis zum Jahre 1511. Düsseldorf 1885—1891. 3 Theile.
- Berchtold, J. B. Die Landeshoheit Österreichs nach den echten und unechten Freiheitsbriefen. München 1862.
- Birk, E. Urkundenauszüge zur Geschichte Kaiser Friedrichs III. in den Jahren 1452—1467 aus bisher unbenutzten Quellen im AÖG. X. 175 ff. und 369 ff., XI. 139 ff.
- Bischoff, F. Österreichische Stadtrechte und Privilegien. Wien 1857.
— Steiermärkisches Landrecht des Mittelalters. Graz 1875.
- Blätter des Vereines für Landeskunde von Niederösterreich. 1865 und 1866. Neue Folge 1867—1896. Bd. 1—30.
- Böhmer, J. F. Fontes rerum Germanicarum. Bd. I. Stuttgart 1843.
— Regesta imperii, und zwar: V. 1198—1250, herausgegeben von Ficker, Innsbruck 1881; VI. 1246—1313, Stuttgart 1844, nebst Add. I. 1849 und Add. II. 1857; VIII. 1346—1378, herausgegeben von Huber, Innsbruck 1877.

- Bornhak, C. Geschichte des preußischen Verwaltungsrechtes. Berlin 1884. 1. Bd.
- Brandl, V. Urkundenbuch der Familie Teufenbach. Brünn 1867.
- Brunner, H. Das gerichtliche Exemptionsrecht der Babenberger in WrSB. XLVII. 315 ff.
- Deutsche Rechtsgeschichte, I. Bd. 1887; II. Bd. 1892.
- Chmel, J. Materialien zur österreichischen Geschichte. Linz 1832—1838. Bd. I/1, I/2, II.
- Der österreichische Geschichtsforscher. Wien 1838—1841. 2 Bände.
- Regesta chronologico-diplomatica Friderici III. Romanorum Imperatoris. Wien 1838—1840. 2 Bände.
- Geschichte K. Friedrichs IV. Hamburg 1840—1843. 2 Bände.
- Notizenblatt für österreichische Geschichte und Literatur. Wien 1843.
- Monumenta Habsburgica. Wien 1854—1858. I. Abtheilung. Bd. 1—3.
- Chorinsky, Karl Graf. Der österreichische Executivprocess. Wien 1879.
- Denkschriften der kaiserl. Akademie der Wissenschaften in Wien, phil.-hist. Classe. Wien seit 1850.
- Doeberl, M. Die Markgrafschaft und die Markgrafen auf dem bayrischen Nordgau im Programme des königl. Ludwigs-Gymnasium. München 1894.
- Dopsch, A. Entstehung und Charakter des österreichischen Landrechtes im AÖG. LXXIX. 1 ff.
- Beiträge zur Geschichte der Finanzverwaltung Österreichs im 13. Jahrhunderte, I. im IÖGF. XIV. 449 ff.
- Die Bedeutung Herzog Albrechts I. von Habsburg für die Ausbildung der Landeshoheit in Österreich, in BlNÖ. 1893. 241 ff.
- Duellius, R. Historia ordinis equitum teutonicorum hospitalis S. Mariae Hierosolymitani. Wien 1727.
- Faigl, M. Die Urkunden des regulierten Chorherrenstiftes Herzogenburg (1244—1450). Wien 1886.
- Falke, J. Geschichte des fürstlichen Hauses Liechtenstein. Wien 1868. I. Bd.
- Festschrift zur 600jährigen Gedenkfeier der Belehnung des Hauses Habsburg mit Österreich von den historischen Vereinen Wiens. 1882.
- Ficker, A. Herzog Friedrich II., der letzte Babenberger. Innsbruck 1884.
- Ficker, J. Über die Entstehungszeit des Sachsenspiegels. Innsbruck 1859.
- Vom Reichsfürstenstande. Innsbruck 1861. I. Bd.
- Deutsches Königthum und Kaiserthum. Innsbruck 1862.
- Das deutsche Kaiserreich in seinen universalen und nationalen Beziehungen. Innsbruck 1862. 2. Aufl.
- Die Reichshofbeamten der staufischen Periode in WrSB. XL. 447 ff.

- Ficker, J. Forschungen zur Reichs- und Rechtsgeschichte Italiens. Innsbruck 1868—1874. 4 Bände.
- Beiträge zur Urkundenlehre. Innsbruck 1878. 2 Bände.
- Fischer, M. Merkwürdige Schicksale des Stiftes und der Stadt Klosterneuburg. Wien 1815. 2 Bände.
- Fontes rerum Austriacarum. Österreichische Geschichtsquellen, herausgegeben von der historischen Commission der kaiserl. Akademie der Wissenschaften in Wien. II. Abth.: Diplomataria et acta. Wien 1855—1896. Bd. 1—48.
- Franklin, O. Das Reichshofgericht im Mittelalter. Weimar 1867—1869. 2 Bände.
- Friess, G. Die Herren von Kuenring. Wien 1874.
- Dietrich der Marschall von Pilichdorf, im Programme des k. k. Stiftsgymnasiums Seitenstetten 1881.
- Herzog Albrecht I. und die Dienstherren von Österreich, in der Habsburger Festschrift 1882.
- Fürth, A. Freih. v. Die Ministerialen. Köln 1836.
- Gerbert, M. Codex epistolaris Rudolphi I. St. Blasien 1772.
- Hanthaler, Ch. Fasti Campililienses. Linz 1747—1754. 2 Bände in 4 Theilen.
- Recensus diplomatico-genealogicus archivii Campililiensis. Wien 1819—1820. 2 Theile.
- Hasenöhr, V. Über den Charakter und die Entstehungszeit des ältesten österreichischen Landrechtes, im AÖG. XXXVI. 291 ff.
- Österreichisches Landesrecht im 13. und 14. Jahrhundert. Wien 1867.
- Deutschlands südöstliche Marken im 10., 11. und 12. Jahrhunderte, im AÖG. LXXXII. 419 ff.
- Hauke, F. Die geschichtlichen Grundlagen des Monarchenrechtes. Wien 1894.
- Seifried Helbling, herausgegeben von J. Seemüller. Halle 1886.
- Hoffer, B. Zur Gründungsgeschichte des Frauenklosters St. Bernhard bei Horn, im Programme des k. k. Obergymnasiums Melk. Wien 1874.
- Hoheneck, Joh. G. A. Freih. v. Die löblichen Herrn Herrn Stände des Erzherzogthums Österreich ob und unter der Enns etc. 1727 ff.
- Hormayr, J. Freih. v. Wien's Geschichte und seine Denkwürdigkeiten. Wien 1823—1825. Bd. 1—9.
- Huber, A. Geschichte der Vereinigung Tirols mit Österreich und der vorbereitenden Ereignisse. Innsbruck 1864.
- Geschichte des Herzogs Rudolf IV. von Österreich. Innsbruck 1865.

- Huber, A. Die steirische Reimchronik und das österreichische Interregnum, im IÖGF. IV. 41 ff.
— Geschichte Österreichs. Gotha 1885—1888. Bd. 1—3.
— Österreichische Reichsgeschichte. Wien 1895.
- Hueber, Ph. Austria ex archivis Mellicensibus illustrata. Leipzig 1722.
- Jäger, A. Geschichte der landständischen Verfassung Tirols. Innsbruck 1881—1885. 2 Bände in 3 Theilen.
- Jähns, M. Handbuch einer Geschichte des Kriegswesens von der Urzeit bis zur Renaissance. Leipzig 1880.
- Jahrbuch der k. k. heraldischen Gesellschaft „Adler“. Wien 1874 ff.
- Jahrbücher der Litteratur. Wien 1844—1845. Bd. 108—109.
- Jansen, M. Die Herzogsgewalt der Erzbischöfe von Köln in Westfalen seit dem Jahre 1180 bis zum Ausgange des 14. Jahrhunderts. München 1895.¹
- Inama-Sternegg, K. Th. v. Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Leipzig 1879—1891. Bd. 1—2.
- Isaacsohn, H. Geschichte des preußischen Beamtenthums. Berlin 1874—1884. 3 Bände.
- Juritsch, G. Geschichte der Babenberger und ihrer Länder (976 bis 1246). Innsbruck 1894.
- Kämmel, O. Die Anfänge deutschen Lebens in Niederösterreich während des 9. Jahrhunderts. Dresden 1877.
- Die Entstehung des österreichischen Deutschthums. Leipzig 1879. I. Bd.

¹ Diese Arbeit, welche mir leider erst in einem Zeitpunkte zugekommen ist, als der größte Theil meiner Ausführungen bereits gedruckt vorlag, enthält im §. 13 eine Schilderung der rechtlichen Stellung und der Befugnisse des für Westfalen bestellten Marschalles, namentlich soweit er den Erzbischof von Köln in seiner Herzogsgewalt zu vertreten berufen war. Es erscheint von großer Wichtigkeit, dass auch hier im Nordwesten des Reiches dem Marschall wie in Österreich an den staatlichen Geschäften ein weitgehender Einfluss eingeräumt, und dass neben dem kölnischen Hofmarschall ein eigener Marschall für Westfalen eingesetzt und mit der Vertretung der herzoglichen Interessen in Westfalen betraut wurde.

Wie der Landmarschall war auch er ein frei absetzbarer Beamter, wie jener oberstes Executivorgan des Herzogs aber nicht nur in der Verwaltung des westfälischen Territoriums, sondern auch in der Ausübung der specifisch herzoglichen Befugnisse. In letzterer Beziehung fiel der Kreis seines amtlichen Schaffens inhaltlich und örtlich mit der jeweiligen Wirkungssphäre der herzoglichen Gewalt selbst zusammen.

- Kämmel, O. Aus dem Saalbuche eines österreichischen Klosters, im III. Band der Zeitschrift für allgemeine Geschichte etc. von H. v. Zwiedineck, S. 233 ff. Stuttgart 1886.
- Zur Entwicklungsgeschichte der weltlichen Grundherrschaften in den deutschen Südostmarken während des 10. und 11. Jahrhunderts, in den Historischen Untersuchungen, Festschrift für E. Förstemann. Leipzig 1894.
- Keiblinger, J. F. Geschichte des Benedictinerstiftes Melk in Niederösterreich, seiner Besitzungen und Umgebungen. Wien 1851 ff. 2 Bände.
- Kerschbaumer, A. Geschichte der Stadt Tuln. Krems 1874.
- Kink, R. Geschichte der kaiserlichen Universität zu Wien. Wien 1854. 2 Bände in 3 Theilen.
- Kollar, A. T. *Analecta monumentorum omnis aevi Vindobonensia*. Wien 1762. II. Bd.
- Kopp J. E. Geschichte der eidgenössischen Bunde. Berlin 1871.
- Kozina, G. Die Landeshauptleute von Krain bis gegen das Ende des 15. Jahrhunderts, im Jahresberichte der k. k. Oberrealschule in Laibach 1864, S. 30 ff.
- Reihenfolge der Landesvicedome von Krain im Mittelalter im Jahresberichte der k. k. Oberrealschule in Laibach 1869.
- Krones, Fr. v. Umriss des Geschichtslebens der deutsch-österreichischen Ländergruppe. Innsbruck 1863.
- Die Herrschaft König Ottokars II. von Böhmen in Steiermark. Ihr Werden, Bestand und Fall (1252—1276), im 22. Heft der Mittheilungen des historischen Vereines für Steiermark, S. 41 ff. Graz 1874.
- Handbuch der Geschichte Österreichs. Berlin 1876 ff. 5 Bände.
- Grundriss der österreichischen Geschichte. Wien 1881.
- Kühns, F. J. Geschichte der Gerichtsverfassung und des Processes in der Mark Brandenburg. Berlin 1865 ff. 2 Bände.
- Kürschner, F. Die Urkunden Herzog Rudolfs IV. von Österreich (1358—1365), im AÖG. XLIX. 1 ff.
- Küster, Wilhelm. Das Reichsgut in den Jahren 1273—1313. In.-Diss. Leipzig 1883.
- Kumar, J. A. Geschichte der Burg und Familie Herberstein. Wien 1817. 3 Theile.
- Kurz, F. Österreichs Handel in älteren Zeiten. Linz 1822.
- Österreichs Militärverfassung in älteren Zeiten. Linz 1825.
- Österreich unter Ottokar und Albrecht I. Linz 1816. 2 Bände.
- Österreich unter K. Friedrich dem Schönen. Linz 1818.
- Österreich unter Herzog Albrecht dem Lahmen. Linz 1819.
- Österreich unter Herzog Rudolf IV. Linz 1821.
- Österreich unter Herzog Albrecht III. Linz 1819. 2 Bände.

- Kurz, F. Österreich unter Herzog Albrecht IV. Wien 1830. 2 Bände.
— Österreich unter König Albrecht II. Wien 1835. 2 Bände.
— Österreich unter K. Friedrich IV. Wien 1812.
- Lambacher Ph. J. Österreichisches Interregnum. Wien 1773.
- Lampel, J. Die Landesgrenze von 1254 und das steirische Enns-
thal, im AÖG. LXXI. 297 ff.
— Das Gemärke des Landbuches, in BINÖ. XX. 267 ff. und XXI.
228 ff.
- Lamprecht, K. Deutsches Wirtschaftsleben im Mittelalter. Leipzig
1886. 3 Bände.
— Deutsche Geschichte. Berlin 1891—1895. 5 Bände.
- Lichnowsky, E. M. Fürst. Geschichte des Hauses Habsburg. Wien
1836—1844. 8 Bände. Im Anhang hiezu Urkundenregesten von
E. Birk.
- Liechtenstein, Ulrich v., herausgegeben von K. Lachmann. Berlin
1841.
— Frauendienst, herausgegeben von R. Bechstein. Leipzig 1886.
II Theile. Bd. 6 der deutschen Dichtungen des Mittelalters.
- Lindner, Th. Über Kanzler und Kanzlei des Königs Wenzel (1378—
1400) in Löher's Archivalischer Zeitschrift IV. 150 ff.
— Das Urkundenwesen Karls IV. und seiner Nachfolger (1346—1437).
Stuttgart 1882.
- Lorenz, O. Ottokar II. von Böhmen und das Erzbisthum Salzburg in
WrSB. XXXIII. 472 ff.
— Deutsche Geschichte im 13. und 14. Jahrhunderte. Wien 1863
und 1866. 2 Bände.
- Ludewig, J. P. de. Reliquiae manuscriptorum omnis aevi diplomatum
ac monumentorum ineditorum adhuc. Frankfurt und Leipzig 1722.
Bd. IV.
- Luschin v. Ebengreuth, A. Die Entstehung des österreichischen
Landrechtes. Graz 1872.
— Die steirischen Landhandvesten, im 9. Jahrgange der Beiträge
zur Kunde steiermärkischer Geschichtsquellen, S. 119 ff. Graz 1872.
— Geschichte des älteren Gerichtswesens in Österreich ob und unter
der Enns. Weimar 1879.
— Handelspolitik der österreichischen Herrscher im Mittelalter, im
Almanach der kaiserl. Akademie der Wissenschaften in Wien,
XVIII. Wien 1893.
— Österreichische Reichsgeschichte. Bamberg 1896.
- Meiller, A. v. Über eine Hypothese in Betreff der Entstehungszeit
des sogenannten ältesten österreichischen Landrechts, in WrSB.
XXI. 137 ff.
— Regesten zur Geschichte der Markgrafen und Herzoge Öster-
reichs aus dem Hause Babenberg. Wien 1850.

- Meiller, A. v. Die Herren von Hindberg und die von ihnen abstammenden Geschlechter von Ebersdorf und Pilichdorf, in WrD. VIII. 49 ff.
- Melly, E. Beiträge zur Siegelkunde des Mittelalters. Wien 1846. I. Bd.
— Vaterländische Urkunden, I. Wien 1846.
- Meyer, G. Die Verleihung des Königsbannes und das Dingen bei markgräflicher Huld. Jena 1881.
- Mittheilungen des historischen Vereines für Steiermark. Graz seit 1850.
— des Instituts für österreichische Geschichtsforschung (IÖGF). Innsbruck 1880—1896. Bd. 1—17, Ergänzt.-Bd. 1—4.
— aus dem Vaticanischen Archive, herausgegeben von der kaiserl. Akademie der Wissenschaften in Wien. Wien 1894. II. Bd.
- Monumenta Boica ed. academia scientiarum Maximil. Boica. München 1763—1883. Bd. I—XLIV.
— Germaniae historica: Scriptores, Bd. I ff. Hannover 1826 ff. Leges, Bd. I ff. Hannover 1835 ff. — Quartausgabe, Deutsche Chroniken, Bd. V/1. Hannover 1890; Bd. V/2. Hannover 1893. — Legum sectio IV. siehe Weiland.
- Muchar, A. v. Geschichte des Herzogthumes Steiermark. Graz 1844—1874. 9 Bände.
- Müller, G. Die Entwicklung der Landeshoheit in Geldern bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts. Marburg 1889.
- Notizenblatt, Beilage zum Archiv für Kunde österreichischer Geschichtsquellen. Wien 1851—1859. Bd. 1—9.
- (Ogesser, J.) Beschreibung der Metropolitankirche zu St. Stephan in Wien. Wien 1779.
- Pettenegg, E. Graf v. Die Urkunden des deutschen Ordens-Centralarchives zu Wien. Prag 1887. I. Bd.
- Pez, Hieron. Scriptores rerum Austriacarum. Wien und Regensburg 1743—1745. 3 Bände.
- Pölzl, J. Die Herren von Meissau, in BlNÖ. XIV. und XV. Bd.
- Preuenhuber, V. Annales Styrenses sammt dessen übrigen genealogischen Schriften. Nürnberg 1740.
- Pritz, F. X. Geschichte des Landes ob der Enns von der ältesten bis zur neuesten Zeit. Linz 1846—1847. 2 Bände.
- Pusch-Fröhlich. Diplomataria sacra ducatus Styriae. Wien 1756. 2 Bände.
- Quellen zur Geschichte der Stadt Wien. I. Abtheilung: Regesten aus in- und ausländischen Archiven. Wien 1895—1896. Bd. I, II.
- Rauch, A. Österreichische Geschichte. Wien 1779. 3 Bände.
— Rerum Austriacarum Scriptores. Wien 1790—1794. 3 Bände.
- Rehm, H. Die rechtliche Natur des Staatsdienstes nach deutschem Staatsrecht, historisch-dogmatisch dargestellt im XVII. Bande der Annalen des deutschen Reiches, 1884, S. 565 ff.

- Ried, Th. Codex chronologico-diplomaticus episcopatus Ratisbonensis. Regensburg 1816. I. Bd.
- Riezler, S. Geschichte Baierns. Gotha 1878—1889. Bd. I—III.
- Rosenthal, E. Geschichte des Gerichtswesens und der Verwaltungsorganisation Baierns. Würzburg 1889. I. Bd.
- Sava, K. v. Die Siegel der Landeserbämter des Erzherzogthums Österreich unter der Enns im Mittelalter, im 5. Bande der Berichte und Mittheilungen des Alterthumsvereines zu Wien, 1861, S. 45 ff.
- Schenk, J. Übersicht der österreichischen Gesetzgebung über Civilprocessrecht bis zum Schlusse des 16. Jahrhunderts. Wien 1864.
- Schlager, J. E. Wiener Skizzen aus dem Mittelalter. I.—II. Reihe, Wien 1836—1838; Neue Folge I.—III. Bd., Wien 1839—1846.
- Schmoller, G. Straßburgs Blüte und die volkswirtschaftliche Revolution im 13. Jahrhunderte. Bd. 6 der Quellen und Forschungen zur Sprach- und Culturgeschichte der germanischen Völker. Straßburg 1875.
- Über Behördenorganisation, Amtswesen und Beamtenthum, als Einleitung zum I. Bande der Acta Borussica IV. Berlin 1894.
- Schroeder, R. Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte. Leipzig 1894. 2. Aufl.
- Schrötter, F. F. Abhandlungen aus dem österreichischen Staatsrechte. Wien 1762—1766. 5 Theile.
- Schulte, A. Geschichte der Habsburger in den ersten drei Jahrhunderten. (SA.) Innsbruck 1887.
- Schwind, E. Freih. v. und Dopsch, A. Ausgewählte Urkunden zur Verfassungsgeschichte der deutsch-österreichischen Erblande im Mittelalter. Innsbruck 1895.
- Seeliger, G. Das deutsche Hofmeisteramt im späteren Mittelalter. Innsbruck 1885.
- Seidler, G. Studien zur Geschichte und Dogmatik des österreichischen Staatsrechtes. Wien 1894.
- Senckenberg, H. Chr. Baron. Selecta iuris et historiarum. Frankfurt a. M. 1734—1742. 6 Bände.
- Siegel, H. Die beiden Denkmäler des österreichischen Landesrechts und ihre Entstehung, in WrSB. XXXV. 109 ff.
- Über einen neuen Versuch, „den Charakter und die Entstehungszeit des ältesten österreichischen Landrechtes“ festzustellen, in WrSB. LV. 5 ff.
- Die rechtliche Stellung der Dienstmannen in Österreich im 12. und 13. Jahrhundert in WrSB. CII. 235 ff.
- Deutsche Rechtsgeschichte. Ein Lehrbuch. Berlin 1895. 3. Aufl.
- Siegenfeld, A. v. Der steirische Uradel (Tafeln) als Bd. IV/7 a des „Neuen Siebmacher“, Nürnberg 1893.

- Sitzungsberichte der kaiserl. Akademie der Wissenschaften in Wien, phil.-hist. Classe. Wien seit 1848.
- Steyerer, A. Commentarii pro historia Alberti II. sapientis. Leipzig 1725.
- Stölzel, A. Die Entwicklung des gelehrten Richterthums in deutschen Territorien. Stuttgart 1872. 2 Bände.
- Stockhorne, O. Freih. v. Die Stockhorne von Starein. Wien 1896.
- Strnadt, S. Die Geburt des Landes ob der Enns. Linz 1886.
- Strobl, J. Die Städte Krems und Stein im Mittelalter, im Programme der Landes-Oberrealschule. Krems 1881.
- Peter Suchenwirt's Werke. Ein Beitrag zur Zeit- und Sittengeschichte, herausgegeben von A. Primisser. Wien 1827.
- Suttinger, J. B. v. Consuetudines Austriacae. Nürnberg 1718.
- Tangl, K. Die Grafen von Pfannberg. II. und III. Abtheilung, im AÖG. XVIII. 115 ff.
- Tangl, M. Studien über das Stiftungsbuch des Klosters Zwettl, im AÖG. LXXVI. 261 ff.
- Teusch, J. Die Reichslandvogteien in Schwaben und im Elsass zu Ausgang des 13. Jahrhunderts. Bonn 1880.
- Tomaschek, J. A. Die höchste Gerichtsbarkeit des deutschen Königs und Reiches im XV. Jahrhundert, in WrSB. XLIX. 521 ff.
- Die Rechte und Freiheiten der Stadt Wien. Bd. I und II als I. Abtheilung der Geschichtsquellen der Stadt Wien. Wien 1877 und 1879.
- Topographie von Niederösterreich, herausgegeben vom Vereine für Landeskunde von Niederösterreich. Wien 1885—1896. II. Theil. Bd. 1—3.
- Tschudy, Chronicon Helveticum. Basel 1734.
- Uhlirz, K. Das Archiv der landesfürstlichen Stadt Zwettl. 1895.
- Urkundenbuch des Landes ob der Enns, herausgegeben vom Verwaltungsausschusse des Museums Francisco-Carolinum. 1852—1883. Bd. I—VIII.
- des Herzogthums Steiermark, herausgegeben von J. v. Zahn. Graz 1875 ff. II Bände.
- des aufgehobenen Chorherrenstiftes St. Pölten als I. Bd. des niederösterreichischen Urkundenbuches, bearbeitet von J. Lampel. 1891 ff. I. und II. Theil.
- Waitz, G. Deutsche Verfassungsgeschichte. Kiel 1844—1878. 8 Bände.
- Walter, F. Corpus juris Germanici antiqui. Berlin 1824. 3 Bände.
- Wartinger J. Privilegien der Stadt Gratz. Graz 1836.
- Weiland, L. Constitutiones et acta publica imperatorum et regum. I. Bd. 1893, II. Bd. 1896. Hannover.
- Werunsky, E. Österreichische Reichs- und Rechtsgeschichte. Lieferung 1 und 2. Wien 1894 und 1896.

- Wichner, J. Geschichte des Benedictinerstiftes Admont. Graz 1874—1878. Bd. 1—3.
- Winter, G. Urkundliche Beiträge zur Rechtsgeschichte ob- und niederösterreichischer Städte, Märkte und Dörfer vom 12.—15. Jahrhunderte. Innsbruck 1877.
- Das Wiener-Neustädter Stadtrecht des XIII. Jahrhunderts. Kritik und Ausgabe, im AÖG. LX. 71 ff.
- Wissgrill, F. K. Schauplatz des landsässigen niederösterreichischen Adels vom Herren- und Ritterstande, vom 11. Jahrhunderte an bis auf jetzige Zeiten. Wien 1794—1802. 4 Bände.
- Wurmbrand, J. W. Graf. Collectanea genealogico-historica. Wien 1705.
- Wyneken, Die Landfrieden in Deutschland von Rudolf I. bis Heinrich VII. In.-Diss. Göttingen 1886.
- Zahn, J. v. Steiermärkische Geschichtsblätter. Graz 1880—1885. Jahrgang 1—6.
- Geschichte von Hernstein in Niederösterreich als 2. Hälfte des II. Bandes von Becker, M. A. Hernstein in Niederösterreich. Wien 1889.
- Zallinger, O. v. Ministeriales et milites. Innsbruck 1878.
- Über den Königsbann, im IÖGF. III. 539 ff.
- Die ritterlichen Classen im steirischen Landrechte, im IÖGF. IV. 393 ff.
- Zur Geschichte der Bannleihe, im IÖGF. X. 224.
- Das würzburgische Herzogthum, im IÖGF. XI. 528 ff.
- Der Kampf um den Landfrieden in Deutschland während des Mittelalters, im IÖGF. Ergänz.-Bd. IV. 443 ff.
- Das Verfahren gegen die landschädlichen Leute in Süddeutschland. Innsbruck 1895.
- Zeissberg, H. v. Der österreichische Erbfolgestreit nach dem Tode des Königs Ladislaus Posthumus (1457—1458) im Lichte der habsburgischen Hausverträge, im AÖG. LVIII. 1 ff.
- Zeumer, K. Die deutschen Städtesteuern, insbesondere die städtischen Reichssteuern im 12. und 13. Jahrhundert. Leipzig 1878.
- Zwiedineck, H. v. Zeitschrift für allgemeine Geschichte, Cultur-, Litteratur- und Kunstgeschichte. 1884—1888.

Anmerkung. Der erste Band der Forschungen zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte der Steiermark, enthaltend: Verfassung und Verwaltung der Mark und des Herzogthums Steier von ihren Anfängen bis zur Herrschaft der Habsburger, von Prof. Dr. F. v. Krones, Graz 1897, gelangte erst zur Ausgabe, nachdem meine Arbeit bereits gedruckt vorlag.

ABKÜRZUNGEN.

- A. = Archiv.
AÖG. = Archiv für Kunde österreichischer Geschichtsquellen.
A.Vat. = Mittheilungen aus dem Vaticanischen Archive.
BINÖ. = Blätter des Vereines für Landeskunde von Niederösterreich.
DChr. = Deutsche Chroniken, Quartausgabe der MG.
D.et A. = Fontes rerum Austriacarum, II. Abtheilung.
FDG. = Forschungen zur deutschen Geschichte.
FRG. = Fontes rerum Germanicarum.
GBl. = Geschichtsblätter.
GF. = Geschichtsforscher (Geschichtsforschung).
GGA. = Göttinger gelehrte Anzeigen.
Hft. = Handschrift.
HofB. = k. k. Hofbibliothek in Wien.
HZ. = Sybel's Historische Zeitschrift.
IÖGF. = Mittheilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung.
J. f. L. = Jahrbücher der Litteratur.
LA. = Landesarchiv.
Lfr. = Landfrieden.
LGO. = Landgerichtsordnung.
L.Reg. = Birk's Regesten zu Lichnowsky's Geschichte des Hauses Habsburg.
M. = Monumenta.
MA. = Musealarchiv.
MBR. = v. Meiller's Regesten zur Geschichte der Markgrafen und Herzoge Österreichs.
MG. = Monumenta Germaniae historica.
NB. = Notizenblatt als Beilage zum AÖG.
nö. = niederösterreichisch.
Sch. = Sammlung Sr. Excellenz des Grafen Chorinsky.
SS. = Scriptores.
st. = steiermärkisch.
StA. = k. k. Haus- Hof- und Staatsarchiv in Wien.
Statth. = Statthaltereien.

- StdtA. = Stadtarchiv.
StGV. = Mittheilungen des historischen Vereines für Steiermark.
UB. = Urkundenbuch (Urkundliche Beilagen im Anhang IV).
UBNÖ. = Niederösterreichisches Urkundenbuch.
UBOE. = Urkundenbuch des Landes ob der Enns.
UBSt. = Urkundenbuch von Steiermark.
WrD. = Denkschriften der kaiserl. Akademie der Wissenschaften in
Wien, phil.-hist. Classe.
WrReg. = Quellen zur Geschichte der Stadt Wien (Regesten).
WrSB. = Sitzungsberichte der kaiserl. Akademie der Wissenschaften
in Wien, phil.-hist. Classe.
Z. = Zahl, Zeile, Zeitschrift.
-

STAMMTAFEL

der

österreichischen Herzoge im Mittelalter.

I. Babenberger.

Heinrich II.

1141—1156 Markgraf von Österreich

1143—1156 Herzog von Baiern

1156—1177 Herzog von Österreich

Leopold V.

1177—1194 Herzog von Österreich

1192—1194 Herzog von Steiermark

Friedrich I.

1195—1198 Herzog von Österreich

Leopold VI.

1195—1230 Herzog von Steiermark

1198—1230 Herzog von Österreich

Friedrich II.

1230—1246 Herzog von Österreich

und Steiermark

II. Habsburger.

Albrecht I.

1281 Reichsverweser

1282—1298 Herzog von Österreich

1298—1308 deutscher König

Rudolf III.

1298—1306

1306—1307 König
von Böhmen

Friedrich I.

1298—1330

1314—1330 als
deutscher König der III.

Leopold I.

† 1326

Albrecht II.

1330—1358

Heinrich

† 1327

Otto d. Fröhliche

† 1339

Friedrich II.

† 1344

Leopold II.

† 1344

Rudolf IV.

1358—1365

Friedrich III.

† 1362

Albrecht III.

1365—1395

Leopold III.

1365—1386

Albrecht IV.

1395—1404

Wilhelm Leopold IV. Ernst Friedrich IV.

1395—1406

1395—1411

1395—1424

1395—1439

Albrecht V.

1404(1411)—1439

1437—1439 König von Böhmen
und Ungarn

1438—1439 als deutscher König
der II.

Ladislaus Posthumus

1440(1452)—1457

Friedrich V.

1424(1435)—1493

als deutscher König
der IV.

(1440—1493)

Maximilian I.

1493—1519

deutscher König

1486—1519

Albrecht VI.

1424(1435)—1463

Sigismund

1439(1446)—1490

Einleitung.

In verschiedener Weise vollzog sich unter dem Einflusse des Lehnrechtes in den einzelnen Theilen des deutschen Reiches jene eigenthümliche Verfassungsänderung, die wir als Entwicklung der Landeshoheit zu bezeichnen pflegen. Auf dem Boden des alten Reiches bildete sich eine Reihe selbständiger Territorien, an deren Spitze nicht mehr ein absetzbarer königlicher Beamter im Namen der Reichsgewalt, sondern ein von Kaiser und Reich nur mehr nach Lehnrecht abhängiger erblicher Landesherr zu eigenem Rechte die Regierung führte.¹

Die Sonderstellung, welche einzelne Gebiete, namentlich die an den Grenzen des Reiches eingerichteten Markgrafschaften genossen, eignete sich im Zusammenhange mit einer Reihe anderer Umstände ganz vorzüglich dazu, hier frühzeitig eine alsbald zu kräftiger Entwicklung gelangende Territorialgewalt zu erzeugen.²

¹ Über die Entwicklung der Landeshoheit im allgemeinen vgl. Schroeder DRG. § 50 und die dort angegebene Litteratur. Für die speciellen Verhältnisse in Österreich kommen — außer Berchtold, Die Landeshoheit Österreichs, v. Luschin GW. §§ 2—6, Seidler, Studien I. — die verschiedenen Lehr- und Handbücher über österreichische Reichsgeschichte in Betracht.

² Vgl. auch noch Brunner DRG. II. 171 ff., Schroeder a.a.O. 552 ff., 573 ff. Die selbständige Stellung der Markgrafen von Brandenburg hat schon Kühns I. §§ 3—6 und nach ihm Bornhak I. 3 ff. des näheren beleuchtet. Für die Mark am Nordgau vgl. Doeberl a.a.O.

Schon der Zweck der Mark brachte es mit sich, dass dem daselbst eingesetzten Reichsbeamten umfassendere Gewalten zugewiesen und eine größere Selbständigkeit eingeräumt wurde, als dies bei den einfachen Grafen der Fall war. Vorzugsweise auf erobertem Grund und Boden errichtet, nur mit kleinen Gebietsstreifen des ererbten Besitzstandes verbunden, sollte die Mark ein Bollwerk, eine Grenzwehr gegen feindliche Angriffe bilden. Ihnen Widerstand zu leisten und dadurch den Besitzstand des Reiches zu schützen, gehörte zu den vorzüglichsten Pflichten des Markgrafen, und zur Erfüllung dieser Aufgabe besaß er von Anfang an ein selbständiges Commando in militärischen Dingen. Ihm stand nicht nur das Recht zu, die gesammte waffenfähige Mannschaft der Mark gegen feindliche Überfälle aufzubieten, sondern er war überdies dazu berufen, durch Anlage fester Plätze das Land in gutem Vertheidigungszustande zu erhalten. Auch sonst erfreute er sich einer größeren Selbständigkeit als andere Reichsbeamte.

Für die Entwicklung der Landeshoheit in den Marken war der Umstand von entscheidender Bedeutung, dass diesen Gebieten, obwohl auch sie als Vereinigung mehrerer Grafschaften aufgefasst wurden, der Charakter einheitlicher, untheilbarer Verwaltungsbezirke noch zu einer Zeit belassen wurde, als die alte territoriale Eintheilung des Reiches längst durch die Ausbildung der Immunitäten, durch willkürliche Theilung und Zusammenlegung der Grafschaften völlig durchbrochen war.

Das Gesagte gilt in besonderem Maße von jener Mark, welche dazu berufen war, das Stammland des österreichischen Staatsgebildes zu werden. Die Politik der deutschen Könige gieng dahin, die hier an der Grenze des Reiches gegen Osten eingesetzten Beamten im Vollbesitze der ihnen vom Reiche zugewiesenen Befugnisse zu erhalten. Politische und militärische Erwägungen entschieden dafür, dass die Verwaltung der Ostmark in unverkleinertem Ausmaße dauernd einer und derselben Familie belassen wurde, welche ihre hervorragende Eignung zum Grenzdienste gezeigt hatte und

deren Interessen durch einen reichen Grundbesitz mit dem Lande selbst innig verknüpft waren. Soweit es sich nicht um die Verleihung von Königsgut handelte, giengen die Könige hier mit der Begründung von Immunitäten nur selten und in äußerst vorsichtiger Weise vor, und ungetheilt übertrugen sie die Verwaltung der Ostmark vom Vater auf den Sohn, ohne dass vorerst hierin die Anerkennung eines Familienerbrechtes gelegen wäre.

Im Laufe der Zeit wurden für die Beziehungen der österreichischen Markgrafen zum Reiche, ebenso wie für die anderer Beamter lehnrechtliche Grundsätze maßgebend.³ Der Ausgangspunkt für diese wichtige Umbildung in der Verfassung des Reiches lag in der seit der Zeit der Ottonen bestehenden Übung, auch die Reichsämter, insbesondere die Grafengewalt zu Lehen zu geben. Das Lehnrecht erfasste zunächst nur die nutzbringende Seite derselben, die Amtsgewalt hingegen behielt noch den öffentlich rechtlichen Charakter. Daher galt auch nach der Verwandlung der Ämter in Lehen die Auffassung, dass die oberste Gewalt, wenigstens die oberste Gerichtsgewalt über Leib und Leben und über freies Eigen im ganzen Reiche allein und unmittelbar beim Könige ruhe und von ihm speciell verliehen werden müsse. Dies äußerte sich, wenn wir von der eigenthümlichen Verfassung der Markgrafschaften und einiger auf dem Boden der alten Stammesherzogthümer⁴ entstandener

³ Vgl. zu den folgenden Ausführungen v. Zallinger, Königsbann IÖGF. III. 539 ff., Bannleihe ebend. X. 224 ff., Das würzburgische Herzogthum ebend. XI. 528 ff. — In den beiden erstgenannten Aufsätzen wurde der von G. Meyer gegen die herrschende Lehre über den Begriff des Königsbannes erhobene Widerspruch als nicht stichhältig zurückgewiesen, zugleich auf Grund urkundlicher Forschungen der Zeitpunkt des Überganges der Bannleihe auf die Fürsten des näheren fixiert und dabei die herrschende Lehre in dieser für die Ausgestaltung der Territorien so wichtigen Frage in vielen Punkten berichtet.

⁴ Die in den Stammesherzogthümern liegenden Grafschaften waren theilweise vom Herzoge, theilweise unmittelbar vom Könige lehnbar. Wo das erstere der Fall war, bestand keine königliche Bannleihe.

Territorien vorläufig absehen, darin, dass zwar die einstigen Beamten des Reiches jetzt ihre Ämter zu Lehen hatten und daher nicht mehr frei absetzbar waren, dass aber auch weiterhin dem Könige allein das Recht zustand, die Bannleihe zu ertheilen, mochte der einzelne das Amtslehn von ihm selbst oder von einem geistlichen oder weltlichen Fürsten erhalten haben. Wie schon Brunner hervorgehoben hat, war dem Könige dadurch noch immer die Möglichkeit gelassen, jede unberechtigte Veräußerung und Verleihung der höheren Gerichtsbarkeit abzuwehren und eigenmächtigen Änderungen in der bestehenden Gerichtsverfassung entgegenzutreten.⁵ Aber auch sonst überwog lange Zeit im Gerichtslehn der amtliche Charakter; denn der Lehnsherr konnte hier anders als bei echten Lehen namentlich durch Exemtionen die Rechte des Lehnsmanne verkürzen und schmälern.

Erst als die Auffassung durchdrang, dass auch die hohe Gerichtsbarkeit ein ununterschiedener Bestandtheil der vom Reiche zu Lehn gehenden Fürstengewalt sei und darum von den Landesherren selbständig ohne Intervention des Königs an die einzelnen Richter in ihren Territorien neben dem Amte auch die Autorisation zur Ausübung der hohen Gerichtsgewalt ertheilt werden dürfe, war der entscheidende Schritt in der Entwicklung der Landeshoheit gethan. Eine Berechtigung des Königs, einseitig den Bestand des Lehns schmälern zu dürfen, wurde seitens der Fürsten nicht mehr anerkannt; ebenso wenig gestanden sie ihm weiterhin eine concurrierende Gerichtsbarkeit sowie das Recht zu, Exemtionen

Soweit das eigentliche Stammesgebiet reichte, gab es in Baiern und Schwaben allerdings keine reichsunmittelbaren Grafschaften; dies sowie der Umstand, dass auch die bairische Ostmark, endlich Böhmen und Mähren keine königliche Bannleihe kannten, verleiteten Meyer zu der irrigen Annahme, es liege ein Unterschied in der Gerichtsverfassung von Nord- und Süddeutschland vor, und die Verleihung des Blutbannes durch den König sei in ganz Süddeutschland nur für die von einem geistlichen Fürsten bestellten Richter erforderlich gewesen. Vgl. auch Note 3.

⁵ Brunner, Exemtionsrecht 315 ff.

von der ordentlichen Gerichtsgewalt ohne ihre Zustimmung ertheilen zu dürfen.

Gegenüber dem auf eine vollständige Umgestaltung der Reichsverfassung abzielenden Streben der Fürsten fehlte es freilich nicht an Ansätzen und Versuchen der Reichsgewalt, der fortschreitenden Feudalisierung der Hoheitsrechte entgegenzutreten. Ein bedeutender Hemmschuh lag für die Könige allerdings in dem schon im 12. Jahrhunderte allgemein anerkannten Rechtssatze, dass sie ein erledigtes Fahnlehn binnen Jahr und Tag wieder zu verleihen verpflichtet seien. Seit den Tagen Friedrichs I. wurde, je mehr es gelungen war, die Reste feudaler Verfassungsinstitute in Italien zu beseitigen, doch auch in Deutschland der Kampf mit dem Fürstenthume wieder aufgenommen und zu verschiedenen Malen eine Stärkung der Reichsgewalt dadurch herbeizuführen getrachtet, dass man allerdings im Widerspruche mit dem Lehnrechte die heimgefallenen Reichslehen amtsweise zu verwalten versuchte. Aber das Königthum kam gegenüber den Territorien über Ansätze nicht mehr hinaus. Durch Thronstreitigkeiten, durch die Doppelwahl von 1198 und andere Ereignisse war es schon zu sehr geschwächt, um den Kampf gegen die aufstrebende Macht der Fürsten mit Erfolg fortführen zu können, und je mehr die Könige ihre Interessen nach dem Süden verlegten, desto mehr verschob sich in Deutschland das politische Gleichgewicht zu Gunsten des Fürstenthumes.

Die Großen ihrerseits waren nämlich eifrigst bemüht, über den reichsrechtlich anerkannten Leihezwang hinweg die Gerichtslehen einzuziehen, in solchen Gebieten an Stelle der mit erblichen und selbständigen Rechten ausgestatteten Gerichtsvasallen absetzbare Beamte einzusetzen und überhaupt durch die verschiedenartigsten Mittel den Umfang ihrer Territorien abzurunden und alle in denselben geübten Gewalten von sich abhängig zu machen.

Obwohl die Krone genöthigt war, dieses Vorgehen von Seite der Fürsten in den beiden Gunstbriefen der Jahre 1220 und 1231 gutzuheißen, so hätten doch auch diese Verfügungen

noch immer der Reichsgewalt indirect zum Vortheile gereichen können, wenn letztere die Kraft besessen hätte, in weiterer Fortbildung dieser Grundsätze auch ihrerseits die heimgefallenen Fürstenthümer in eigener Verwaltung zu behalten und auf diesem Wege die von den Fürsten in ihren Gebieten durchgeführte Beseitigung des Feudalwesens für sich auszunützen. Aber es fehlte der Reichsgewalt an der nöthigen Macht, gegen die auf ihre landesherrlichen Befugnisse sich stützenden Großen siegreich vorzugehen, und so war es im Principe schon vor dem Interregnum entschieden, dass der Begriff des modernen Staates im deutschen Reiche sich nicht auf der Grundlage des Gesammtreiches, sondern auf jener der einzelnen Territorien ausbilden müsse. Ja die Könige waren, je mehr an Hoheitsrechten sie zu Gunsten der Fürsten aufgeben mussten, selbst genöthigt, die Stützen ihrer Macht vorzugsweise in einem ausgedehnten und wohllorgani- sierten Territorialbesitze zu suchen.⁶

Bis vor kurzem hat man angenommen, dass sich erst im 13. Jahrhunderte die vollständige Feudalisierung der Gerichtsgewalt in den Händen der Fürsten vollzogen habe. Man stützte diese Meinung darauf, dass der Sachsenspiegel des königlichen Bannleiherechtes noch in vollem Umfange Erwähnung thue, die süddeutschen Rechtsbücher hingegen dasselbe den weltlichen Fürsten bereits allgemein und principiell zuerkennen, den geistlichen Fürsten aber mit Rücksicht auf die canonischen Satzungen noch vollkommen versagen. Und erst als durch die Bulle des Papstes Bonifacius VIII. vom Jahre 1298 dieses Hindernis für die geistlichen Fürsten weggefallen sei, meinte man, habe die volle Gerichtshoheit des Königs auch auf die geistlichen Fürsten übergehen können.

⁶ Vgl. hiezu Ficker, Sachsenspiegel 131 ff., Königthum und Kaiserthum 102, endlich Forschungen zur Reichs- und Rechtsgeschichte Italiens I. Bd. Vorrede XXVII ff. und XLII, dann II. Bd. 272 ff. und 560 ff. A. Schulte, Geschichte der Habsburger 32 ff. beleuchtet die Stellung der Reichslandvögte als absetzbarer königlicher Beamter näher und macht auf ähnliche Tendenzen in der geistlichen Verwaltung der Bisthümer aufmerksam.

v. Zallinger's Forschungen,⁷ welche von der theoretischen Auffassung der Rechtsbücher auf das urkundliche Material zurückgiengen, führten im Gegensatze zu dieser herrschenden Lehre zur Erkenntnis, dass schon zur Zeit und in den Gegenden des Sachsenspiegels die thatsächlichen Verhältnisse mit den Lehren Eike's nicht ausnahmslos übereinstimmten, und dass ebenso auch in Süddeutschland zur Zeit der Entstehung des Schwabenspiegels schon ein Theil der Pfaffenfürsten, anderseits aber erst ein Theil der Laienfürsten in den anerkannten Besitz des Bannleiherechtes, jenes entscheidenden Schrittes in der Entwicklung der landesherrlichen Gewalt, gelangt waren, der päpstlichen Bulle daher diese entscheidende Bedeutung nicht zukommen könne.

Allen anderen Territorien ist Österreich in der Entwicklung der Landeshoheit vorangeeilt. Da der Markgraf von Anfang an nicht verpflichtet war, die einzelnen Grafschaften, welche in ihrer Vereinigung die Mark bildeten, an die dritte Hand zu leihen, so konnte er das ganze Gebiet unter seiner Verwaltung behalten. Die von ihm eingesetzten höheren Richter galten als seine Stellvertreter und erhielten von ihm mit ihrem Amte auch gleichzeitig die Berechtigung zur Ausübung der hohen Gerichtsbarkeit in seinem Namen.

An diesen Verhältnissen wurde durch die Erhebung des Landes zu einem Herzogthume nichts geändert. Die hohe Bedeutung, welche dem *privilegium minus* für die Entwicklung der Landeshoheit in Österreich zukam, findet, wenn wir von dem durch dasselbe begründeten — viel weiter, als das gemeine Recht dies zuließ, reichenden — Erbrechte der Babenberger absehen, vorzugsweise darin ihren Ausdruck, dass in dem Augenblicke, als die Mark zu einem Herzogthume erhoben wurde, die Berechtigungen, welche der Markgraf bisher genossen hatte, auch dem neuen Herzoge und zwar in der Form eines Privilegiums belassen wurden. So erhielt derselbe gegenüber allen anderen Fürsten eine Ausnahmsstellung; denn er verband, wie schon Brunner

⁷ Siehe oben Note 3.

betont hat, die äußere Machtstellung und den Rang eines Herzogs mit der nach innen um vieles strafferen Gewalt des Markgrafen. Es mussten demnach nicht etwa von nun an die Grafschaften, als deren Vereinigung sich die Ostmark darstellte, wie in anderen Territorialfürstenthümern an die dritte Hand geliehen werden, noch auch die vom Herzoge mit der Ausübung der hohen Gerichtsbarkeit betrauten Organe in Hinkunft den Bann vom Könige erbitten, sondern alle diese Rechte blieben auch dem neuen Herzoge.⁸

⁸ Brunner, Exemptionsrecht 320 ff. Die entscheidenden Stellen des *privilegium minus* lauten: „Dux autem Bawarie resignavit nobis marchiam Austrie cum omni iure suo et cum omnibus beneficiis, que quondam marchio Liupoldus habebat a ducatu Bawarie . . .“ und „marchiam Austrie in ducatum commutavimus et eundem ducatum cum omni iure prefato patruo nostro Heinrico . . . in beneficium concessimus.“ — Diese Wendung des *minus* fand auf Grund von theils gleichzeitigen, theils einer viel späteren Zeit angehörigen erzählenden Quellen eine verschiedenartige Auslegung, und es knüpft sich an dieselbe die wichtige Controverse, ob die Mark Österreich anlässlich ihrer Erhebung zum Herzogthume eine Gebietserweiterung erfahren habe oder nicht. Konnte man eine solche aus der Fassung des *Minus* nur sehr schwer ableiten, so glaubte man bis in die jüngste Zeit den Bericht des Otto von Freising, eines Augenzeugen, in diesem Sinne auslegen zu sollen. J. Strnadt, der in seiner Arbeit: Die Geburt des Landes ob der Enns 79 ff. zuerst gegen diese Anschauung auftrat, musste des heftigsten Widerspruches gewärtig sein. — Es ist hier nicht der geeignete Platz, auf diese Controverse einzugehen; nur soviel soll bemerkt werden, dass ich, gestützt auf die Fassung des *Minus*, Strnadt's Ansicht, eine Gebietserweiterung Österreichs habe im Jahre 1156 überhaupt nicht stattgefunden, für die richtige halte und daher auch den Ausführungen von Hasenöhrle (AÖG. LXXXII. 419 ff., namentlich 439) und von Dopsch (IÖGF. XVII. 296 ff.) beipflichten zu können glaube, welche die von Strnadt vertretene Auffassung theilweise durch neue Argumente gestützt haben. Mit Recht wurde der Bericht des Hermann von Altaich, welcher — allerdings unter Bezugnahme auf Verhältnisse seiner Zeit — seine Behauptungen nur auf der Fassung des *Minus* und der Schilderung Ottos von Freising aufbaut, als nicht stichhältig zurückgewiesen. Dann aber dürfte die Lösung dieser Streitfrage nur durch die von Dopsch versuchte Gegenüberstellung des *Minus* und des gleichzeitigen Berichtes, den uns Otto von Freising gibt, herbeizuführen sein. Eine solche zeigt uns nämlich, dass die Worte Ottos „cum comitatibus

Das Minus gewährte ihm aber auch noch einen unbedingten Schutz gegen jede vom Könige etwa ausgehende Schmälerei der im Amtslehn enthaltenen Befugnisse; denn es erklärte ausdrücklich, dass die Gerichtsbarkeit im ganzen Lande nur dem Herzoge oder demjenigen zustehen solle, dem er deren Ausübung gestatten würde. Die Deutung, welche Berchtold⁹ diesem Satze gegeben, wurde schon von Brunner¹⁰ mit Recht als eine viel zu weit gehende Interpretation zurückgewiesen. Von vorneherein blieb ja die Gewährung von Rechten bis in jene Kreise hinab, auf welche sich die öffentliche Gewalt niemals bezogen hatte, ausgeschlossen. Ebensowenig durften die schon bestehenden Immunitäten, welchen, da sie vom Könige begründet waren, Reichsunmittelbarkeit zukam, durch das einem Genossen gegebene Privilegium in ihrem rechtlichen Umfange berührt werden.^{10a} Diese denkwürdige Stelle des Minus konnte

ad eam ex antiquo pertinentibus“ dem „omne jus“ des Minus parallel laufen. Da weiters aus den von Hasenöhl 440 und von Dopsch 304 ff. beigebrachten Beispielen zu entnehmen ist, dass der Ausdruck *comitatus* in dieser Wortfolge die im Fürstenamte eingeschlossenen Grafenrechte — mochte der Fürst dieselben in eigener Hand behalten dürfen oder in die dritte Hand leihen müssen — zu bedeuten habe, so wird man auch in dem Berichte des Bischofs von Freising nicht etwa die Erwähnung territorialer Grafschaftsbezirke außerhalb der Mark, sondern die in der Herzogsgewalt eingeschlossenen, im *privilegium minus* unter die Worte „omne jus“ fallenden Grafenrechte zu suchen haben. Diese sollten dem neuen Herzoge in demselben Ausmaße verbleiben, in welchem sie seine Vorgänger als Markgrafen besessen hatten. Anders lagen die Verhältnisse z. B. in dem neu geschaffenen Westfalen, welches der Erzbischof von Köln anlässlich der Sprengung des alten Herzogthums Sachsen erhielt. Auch ihm wurde der Ducat „cum omni iure et iurisdictione“ verliehen, wobei die bezügliche Urkunde als einen Theil dieser Berechtigungen, die „comitatus“ hervorhebt; diese musste er jedoch dem Reichslehnrechte entsprechend an die dritte Hand geben. — Siegel DRG. 266 Note 1 und Schroeder DRG. 560 ff. Die Urkunde K. Friedrichs I. vom 13. April 1180 bei Weiland I. 384.

⁹ a. a. O. 158 ff.

¹⁰ Exemptionsrecht 331 ff.

^{10a} Die Urkunde K. Rudolfs für Freising vom 21. Juni (1277), D. et A. XXXI. 360, belehrt uns nicht nur darüber, dass der Bischof

daher nur neuerlich zum Ausdrucke bringen, dass wie schon früher der Markgraf, so nun auch der Herzog das ausschließliche Recht der Bannleihe besitzen solle, und sollte dabei noch insbesondere anordnen, dass der König auf jede künftige Schmälerung des Amtslehns ohne Wissen und Willen des Herzogs verzichten wolle, mochte diese in der Entfaltung einer concurrierenden Gerichtsbarkeit oder in der selbständigen Ertheilung von Exemtione¹¹ seinerseits gelegen sein.

von Freising im Jahre 1277 noch zu jenen geistlichen Fürsten gehörte, welche noch nicht in den Besitz der vollen Gerichtshoheit gelangt waren, sondern sie widerlegt auch die von Berchtold vorgeschlagene Interpretation des Minus. Wenn nämlich, wie Berchtold annahm, alle Besitzer einer hohen Gerichtsgewalt in Österreich die Autorisation zur Ausübung derselben hätten vom Herzoge erbitten müssen, wie käme dann Rudolf I. dazu dem freisingischen Richter kraft seiner königlichen Gewalt die Bannleihe zu ertheilen (*iudicem . . . cui etiam nos bannum manu nostra regia duximus concedendum*). Denn dass Rudolf dies als König- und nicht etwa nur als Vertreter des künftigen Landesherrn that, ergibt sich schon aus der Fassung dieser Urkunde, die sich überdies unmittelbar an die vom selben Tage ergangene Bestätigung der schon im Jahre 1189 dem Bisthume für dessen Besitzungen in der Mark Österreich von K. Friedrich gewährten Immunität anschliesst.

¹¹ Zunächst nur auf das Verbot, einseitig ohne Zustimmung des Herzogs Exemtione zu ertheilen, beziehen Brunner, Exemtionsrecht 335 und v. Luschin GW. 14 ff., sowie ÖRG. 154 die bekannte Stelle des Minus. Wenn aber die Gerichtsbarkeit nur dem Herzoge oder jenem zustehen solle, dem er sie gestattet, so lag hierin doch auch ein Verzicht des Königs, im Lande ohne Zustimmung des Herzogs eine mit demselben concurrierende Gerichtsbarkeit auszuüben. Vgl. v. Zallinger, IÖGF. X. 225 Note 2. — Die schon von Ficker, WrSB. XXIII. 513 und sohin von Brunner a. a. O. 334 zur Erklärung des Minus beantragte Heranziehung der über die Errichtung des Herzogthums Würzburg im Jahre 1168 ausgestellten Urkunde ist nach v. Zallinger's Ausführungen im IÖGF. XI. 555 ff. schon aus dem Grunde nicht mehr statthaft, da das Verbot im österreichischen Privilegium sich gegen die Ausübung irgend welcher, namentlich der Blutgerichtsbarkeit ohne „consensus“ und „permissio“ des Herzogs richtet, die dem Bischofe von Würzburg vom Reiche verliehene Gerichtsgewalt hingegen einen ganz bestimmt abgegrenzten Charakter hatte, in welchem der ordentliche Blutbann nicht mit inbegriffen war.

Durch das Privilegium minus wurde demnach früher als für irgend ein anderes Territorium des Reiches der Erwerb der vollen Gerichtshoheit, das heißt mit anderen Worten der Landeshoheit zu Gunsten der neuen Herzoge von Reichswegen anerkannt. Da die österreichischen Herzoge alle diese Rechte nicht nur kraft ihres Fürstenamtes, welches trotz der für dasselbe geltenden lehnrechtlichen Grundsätze in dieser Zeit noch nicht volle Garantie gegen Eingriffe von Seite der Centralgewalt, insbesondere gegen die Entstehung exterritorialer Bezirke bildete, sondern kraft besonderen Privilegiums ausübten, das Land überdies eine geschlossene, durch reichsunmittelbare Immunitäten nur wenig zerrissene Masse bildete, so ergab sich hieraus von selbst das natürliche Schwergewicht, mit welchem dieses Grenzland in der Folge auf die Wagschale der politischen Ereignisse in Deutschland drückte.¹²

Diese bevorrechtete Stellung auch in den später hinzuerworbenen Gebieten durchzusetzen, war das Streben der auf Heinrich II. folgenden Herzoge. Dass ihnen dies am Beginne des 13. Jahrhunderts schon in hohem Maße gelungen war, darauf deutet das Fehlen von Nachrichten über eine vom Könige an Richter dieser Gebiete ertheilte Bannleihe, über eine von ihm daselbst vorgenommene Gerichtshandlung, insbesondere aber die Erscheinung hin, dass auch in diesen Theilen des Territoriums ein selbständiges landesherrliches Exemptionsrecht nachweisbar ist. Dabei kommt, soweit es sich nicht um reichsunmittelbare Stifter handelte,¹³ eine persönliche Ingerenz des Königs überhaupt nicht mehr vor¹⁴ oder wurde höchstens zu dem Zwecke begehrt, um den heftigen Widerstand der durch derartige herzogliche Exemtionen betroffenen Gerichtsvasallen zu beseitigen.¹⁵

¹² Brunner a. a. O. 374.

¹³ Ebend. 345 ff.

¹⁴ Vgl. beispielsweise die Exemptionsprivilegien für Garsten, Gleink und Wilhering, UBOE. II. 433, 438; III. 9.

¹⁵ So bei St. Florian und Kremsmünster, Brunner a. a. O. 359 ff. Dass auch hier der Herzog der eigentliche Schöpfer der Exemption war, erhellt schon daraus, dass die Auffassung des Gerichtslehens nur bis

Neben der qualifizierten Grafengewalt übten die Babenberger, ohne dass wir im einzelnen Falle um die specielle Verleihung wüssten, noch eine Reihe anderer Hoheitsrechte des Königs, namentlich Regalien, zu eigenem Rechte aus.¹⁶ Bereits im 12. Jahrhunderte lässt sich für sie der Besitz des Juden-, sowie des Münz- und Bergregales, weiters der Bestand von ihnen errichteter Maut- und Zollstätten nachweisen; endlich besaßen sie das Markt- und Geleitsrecht und nahmen auch das Heimfallsrecht für sich in Anspruch. So war die Entwicklung der Landeshoheit, dank der Geschlossenheit des Länderbesitzes, noch unter den Babenbergern bereits so weit gediehen, dass der Fürst sich selbst als dominus terrae, als princeps oder caput terrae, kurzweg als Herr des Landes zu bezeichnen pflegte,¹⁷ und es erschien nur als ein beredter Ausdruck dieser Territorialgewalt, wenn Leopold VI. und Friedrich II. die Schutzvogtei über die in Österreich liegenden Cistercienserklöster — ein Vorrecht, welches bekanntlich sonst dem Kaiser allein zukam — nicht etwa auf Grund privatrechtlicher Verleihung, sondern kraft der ihnen zustehenden obersten Landesgewalt prätendierten¹⁸; oder wenn Leopold VI. nach dem erblosen Tode des Grafen von Hohenburg dessen Güter, soweit sie

zu ihm und nicht bis zum Kaiser fortschritt. Die kaiserliche Urkunde stellt sich lediglich als eine vielfach im Anschlusse an den Wortlaut der herzoglichen Privilegien gegebene Bestätigung der vom Herzoge getroffenen Verfügung dar.

¹⁶ Berchtold a. a. O. 183 ff., v. Luschin ÖRG. 203 ff. Die meisten dieser Regalien scheinen die Babenberger schon als absetzbare Reichsbeamte, aber damals noch im Namen und principiell auch zum Nutzen des Königs ausgeübt zu haben.

¹⁷ Ficker, Reichsfürstenstand 57.

¹⁸ Schon Ficker hat a. a. O. 328 bemerkt, dass der Übergang der Schutzvogtei über diese Stifter auf den österreichischen Herzog einen wichtigen Beitrag zur Entfaltung der Landeshoheit in Österreich bilde. Diese Berechtigung des Herzogs ist namentlich in der Urkunde Leopolds VI. für das Kloster Baumgartenberg vom 31. Jänner 1209 ausgesprochen. SchwD. 39. Vgl. dazu die Urkunde Herzog Friedrichs II. für das Kloster Wilhering, welche Meiller dem Jahre 1241 zuweist. UBOE. III. 89.

innerhalb der Gemärke Österreichs lagen, als Landesherr für sich in Anspruch nahm und sich dabei ausdrücklich auf die Gesetze des Landes berief, welche dem Fürsten ein derartiges Heimfallsrecht einräumten.¹⁹

Auch in dem Streben, die landesfürstliche Gewalt nach unten hin zu concentrieren, waren die Babenberger, soweit es sich um das Markgebiet handelte, gegenüber anderen Fürsten sehr bevorzugt. Jener langwährende Kampf, der anderwärts erst geführt werden musste, um die Macht der zum Landesherrn im Lehnverhältnisse stehenden Grafen zu beseitigen, blieb nämlich den österreichischen Herzogen ganz erspart; denn sogar in den landsässigen Immunitäten war die Autorisation zur Ausübung der hohen Gerichtsgewalt dem Herzoge vorbehalten. Schwieriger war die Stellung gegenüber den fremdherrlichen Enclaven. Die Herzoge verstanden es jedoch, die Besitzungen weltlicher Dynasten successive durch Kauf, Tausch, Beerbung und Ausübung des Heimfallsrechtes ganz an sich zu bringen, und versuchten auch in den geistlichen Enclaven durch Übernahme von Vogteien, durch Erwerbung der reichen Kirchenlehen von den im Lande begüterten reichsunmittelbaren Stiftern, späterhin auch durch Abschluss von Dienstverträgen verschiedener Art festen Fuß zu fassen und so allmählich die Verwaltung im ganzen Umkreise des Markgebietes zu einer von ihnen abhängigen zu gestalten.

Ungünstiger war ihre Position in den erst nach dem Jahre 1156 dem Herzogthume einverleibten Gebieten. Hier mussten sie in der ersten Zeit noch die Grafenrechte an die dritte Hand leihen. Trotzdem dieser Brauch mit dem fortschreitenden 13. Jahrhunderte außer Übung kam, die

¹⁹ In einer ca. 1210 ausgestellten Urkunde, durch welche Herzog Leopold VI. nach dem Tode des Grafen von Hohenburg eine Schenkung desselben an das Stift Altenburg bestätigte, heißt es: „Nos (scil. Liupoldus dux) vero prediis eiusdem F(riderici) comitis absque herede defuncti, quia in termino ducatus nostri sita erant, secundum institutiones legum iure succedentes . . .“ D. et A. XXI. 5. Vgl. ebend. 4 eine zweite Urkunde desselben Herzogs ddo. 1210, Juli 26, Göttweih.

richterlichen Vasallen allmählich überhaupt verschwanden, war die Zerrissenheit des Gebietes doch noch immer eine sehr bedeutende. Denn es gab daselbst eine Anzahl geistlicher und weltlicher Großer, welche vom Herzoge unabhängig waren. Zur Beseitigung dieser exterritorialen Bezirke bedurfte es erst eines langjährigen zielbewussten Vorgehens. Gegenüber den weltlichen Großen kann dieser Process mit der Unterwerfung der Schaunberge als vollendet gelten. Erst viel später gelang es, auch die letzten der daselbst begüterten geistlichen Fürsten der Landeshoheit des Herzogs von Österreich unterzuordnen.

K. Rudolf und sein Sohn Herzog Albrecht I. wussten die Idee der Landeshoheit in Österreich, welche während des Zwischenreiches durch verschiedene Umstände, namentlich auch durch den Übermuth des Adels erschüttert worden war, wieder herzustellen.

Es ist bekannt, mit welcher Ausdauer gleich die ersten Habsburger die kräftige Ausbildung einer bedeutenden Territorialmacht im Osten wie in Schwaben angestrebt haben. Die Doppelwahl von 1314 bildete freilich den Anlass zu langwierigen Kriegen, welche die angesammelten Mittel des Hauses verzehrten und den habsburgischen Besitzstand in den Vorlanden schwächten, wogegen ihre Stellung in Österreich durch spätere Gebietserwerbungen nur noch gefestigt wurde. Ihr Streben gieng jetzt dahin, die Verwaltung des Länderbesitzes im Innern auszugestalten und gegenüber dem Reiche zu einer völlig unabhängigen zu machen. Die Erwirkung des *privilegium de non evocando*, die Realisierung der von Rudolf IV. in den gefälschten Privilegien niedergelegten Ideen zunächst im eigenen Lande und gegenüber schwächeren Reichständen, dann aber seit der Bestätigung dieser Freiheiten durch Friedrich IV. auch gegenüber dem Reiche selbst sind Marksteine in der Ausgestaltung der österreichischen Landeshoheit und führten dahin, dass die Erblande am Ausgange des Mittelalters wie die Kurfürstenthümer ein in sich geschlossenes und selbständiges, nur durch das Lehnband mit dem Reiche verknüpftes Staatswesen bildeten.

Seit der Entwicklung der Landeshoheit fiel die Erfüllung einer Reihe von Aufgaben, welche früher das Reich zu besorgen hatte, mehr und mehr den einzelnen Territorien zu. Aber auch hier machte sich die dem mittelalterlichen Staatsleben eigene enge Begrenzung des Staatszweckes geltend. So erschöpften sich denn die den österreichischen Herzogen obliegenden Regentenaufgaben, wenn wir von der Verwaltung der ausgedehnten Domänen und von den übrigen Zweigen der Finanzverwaltung absehen, vorzüglich in der Gewährung des Schutzes vor äußeren und inneren Feinden. Für die Befriedigung wirtschaftlicher Bedürfnisse hatten zunächst nur autonome Verbände in Stadt und Land aufzukommen; jedoch knüpfte schon in den Tagen Rudolfs IV. die landesfürstliche Gewalt an die von den Städten unter dem fortschreitenden Einflusse der Geldwirtschaft ausgestaltete Wohlfahrtspflege an und erweiterte so während des Mittelalters — allerdings nur in sehr dürftiger Weise — den Kreis der ihr zukommenden polizeilichen Wirksamkeit.

In Ausübung dieser Functionen gesellten sich die österreichischen Landesherren schon sehr früh, noch in einer Zeit, wo sie absetzbare Reichsbeamte waren, eine Anzahl von Hilfskräften bei. Zur localen Verwaltung wie auch am Hofe selbst entstanden eine Reihe von Ämtern mit einem bald mehr bald weniger abgegrenzten Wirkungskreise. Aus dem persönlichen Charakter des fürstlichen Regimentes ergab sich von selbst, dass die Hofbeamten eine besonders wichtige Rolle zu spielen berufen waren; denn vermöge der unausgesetzten, persönlichen Beziehungen und des besonderen Vertrauens, welches sie bei ihrem Herrn genossen, war es selbstverständlich, dass sie auch zur Erledigung staatlicher Geschäfte herangezogen wurden. Das war in Österreich namentlich beim Marschallamte der Fall.

Die Schicksale dieses Amtes eignen sich besonders zum Gegenstande einer monographischen Darstellung. Denn indem wir das Wirken und Walten des Marschalls in Österreich einer näheren Untersuchung unterziehen, bietet sich uns die Gelegenheit, nicht nur einen Einblick in das Hofleben über-

haupt zu gewinnen, sondern auch an einem concreten Beispiele die eigenthümliche Verquickung staatlicher Verwaltungsaufgaben mit den Geschäften des Hofes zu erfassen. Gleichzeitig erhalten wir Kenntniss von den ersten Ansätzen einer Centralverwaltung in den einzelnen Ländern, von deren weiterer Ausgestaltung und deren Beziehung zur Centralstelle des ganzen Länderbesitzes.

Indem wir bei diesem Anlasse die Eigenart der Verfassungsentwicklung des österreichischen Länderbesitzes im Mittelalter gegenüber den anderen deutschen Territorien, namentlich gegenüber dem benachbarten Baiern besonders hervorheben wollen, dürfte eine monographische Behandlung dieses Amtes in Österreich schließlich vielleicht nicht ganz ungeeignet sein, einen kleinen Beitrag zur Lehre von der Entwicklung der deutschen Territorialverwaltung überhaupt zu liefern.

I. THEIL.

GESCHICHTE
DES
MARSHALLAMTES
IN ÖSTERREICH.

I. Abschnitt.

Das Marschallamt als älteres Hofamt und dessen Umbildung zu einem Erbamte.

I. Die vier Hausämter in Österreich im allgemeinen.

Den Ausgangspunkt für die hervorragende und vielseitige Stellung, welche dem Marschall im österreichischen Verwaltungsorganismus zukam, bildeten die Functionen, welche er als Hausbeamter zu verrichten hatte. Das Marschallamt erscheint nämlich in seiner ältesten Gestalt als eines jener vier Ämter, unter die, soweit unsere Kenntnisse zurückreichen, die Besorgung der Geschäfte jeder größeren Haushaltung aufgetheilt war.²⁰ Auch am Hofe der Babenberger finden wir dasselbe neben den drei anderen Hausämtern. Es werden nämlich seit dem 12. Jahrhunderte daselbst in den Urkunden Personen als Zeugen genannt, deren hofdienstliche Beziehung zu diesem Fürstenhause aus der ihrem Namen beigegebenen Bezeichnung eines Truchsesses, Kämmerers, Schenken und Marschalles hervorgeht,²¹ und wenn wir näher zusehen, finden

²⁰ Brunner DRG. I. 235, II. 101.

²¹ Es ist nahezu unmöglich, aus dem vorhandenen urkundlichen Materiale eine lückenlose Reihenfolge dieser Hausbeamten zu geben. So verdienstlich die Versuche sind, welche v. Meiller im Anhang seiner Babenberger-Regesten 317 ff. unternommen hat, so können sie auf Vollständigkeit keinerlei Anspruch erheben und sind nur mit großer Vorsicht zu gebrauchen. Warum ein derartiges Unternehmen mit so großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, dafür sollen einige Andeutungen

wir, dass diese Beamten ausschließlich dem Stande der herzoglichen Ministerialen angehörten. Dies ist ein Ergebnis, welches uns umsoweniger wundernehmen wird, als ja gerade die Ausbildung dieses Standes, die Abhebung desselben aus der großen Anzahl unfreier Elemente allerorten von der Verwendung derselben zu den Diensten des fürstlichen Haushaltes ihren Ausgang genommen hat.

Über die innere Einrichtung dieser vier Ämter und den Wirkungskreis derselben bieten die Quellen nahezu keinerlei Aufschlüsse. Es sind uns mit geringen Ausnahmen nur die Namen von Hofbeamten²² und auch diese in keines-

gegeben werden. Vor allem ist uns nur ein geringer Theil des urkundlichen Materials und von diesem nur ein weiterer Bruchtheil mit genauen Datierungen erhalten geblieben. Da die Träger der verschiedenen Ämter anfangs nur mit dem Vornamen angeführt werden, so lässt sich die Identität oder Verschiedenheit von zwei in demselben Zeitraume mit demselben Namen vorkommenden Personen nicht immer sicherstellen. Dort aber, wo die Benennung nach den Burgen schon vorwaltet, sind die genealogischen Forschungen theilweise noch nicht soweit vorgeschritten, um den Zusammenhang der verschiedenen Ministerialenfamilien genau ansehen zu können, was namentlich für die Frage nach der beginnenden Vererbung dieser Functionen wichtig wäre. Lassen sich ja sogar Fälle anführen, dass eine und dieselbe Person sich nach verschiedenen Burgen nannte. So sind beispielsweise die beiden Truchsesse von Kreuzenstein und von Lengenbach identisch UBOE. III. 321 und 327; dasselbe scheint mit den beiden Kämmerern Heinrich von Wasserberg und Heinrich von Tribuswinkel der Fall gewesen zu sein. v. Siegenfeld Tafel 5. Oft ist es schwierig, die Träger österreichischer Ämter von auswärtigen, eben am Hofe der Babenberger anwesenden Functionären zu unterscheiden, ebenso innerhalb der zum österreichischen Dienste gehörigen den Vorstand des Amtes von seinen Hilfsorganen abzuheben. Endlich bietet die Führung eines Amtstitels namentlich für die spätere Zeit noch keineswegs ein sicheres Kennzeichen dafür, dass die damit gemeinten Functionen wirklich ausgeübt wurden.

²² Die ältesten Erwähnungen solcher Hofbeamten reichen in die Zeit des Markgrafen Leopold des Heiligen zurück. In seinem Gefolge tritt ein gewisser Otto als Truchsess („dapifer marchionis“, an anderer Stelle „dapifer marchionis potens“ genannt), ein Heinricus als Kämmerer auf, D. et A. IV. Nr. 13, 201 und 233.

wegs lückenloser Reihenfolge überliefert. Überhaupt scheint es, dass die Verpflichtung der Ministerialen zum Hofdienste hier schon in früher Zeit ihren ursprünglichen Charakter geändert und gegenüber der militärischen Seite ihres Wirkens stark in den Hintergrund getreten ist.

Die Besiedlung der Ostmark²³ erfolgte zum großen Theile in der Weise, dass der hier gewonnene, im Eigenthume des Königs stehende Grund und Boden an geistliche und weltliche Grundherren ausgetheilt wurde.²⁴ Es ist bekannt, dass gerade die großen Grundherrschaften in ihrer aufstrebenden Entwicklung dem socialen Aufschwunge unfreier Elemente sehr günstig waren. Denn die Ordnung der Gutsverwaltung, die Ausübung der verschiedenen, den Grundherren zukommenden privaten und öffentlichen Berechtigungen machte eine große Zahl von Beamten nothwendig, welche vorzugsweise den besseren Elementen der unfreien Dienerschaft entnommen wurden. Aber auch den militärischen Anforderungen, welche an die Grundherrschaften gestellt wurden, konnten diese nur dadurch entsprechen, dass eine breite Schichte unfreier Leute zum Heeres-, insbesondere zum Reiterdienste herangezogen und dass aus solchen Elementen die zur Bewachung der verschiedenen Burgen nothwendige Mannschaft gebildet wurde.

Alle diese Momente trafen in der Person des Markgrafen der Ostmark in erhöhtem Maße zusammen. Denn er vereinigte in seiner Hand theils als Lehn, theils als Allod einen sehr bedeutenden Grundbesitz und war daher selbst der mächtigste Grundherr im Lande; er hatte aber auch als öffentlicher Beamter einen ausgedehnten, namentlich weitgehende militärische Verpflichtungen in sich schließenden Wirkungskreis.

²³ Vgl. zu den folgenden Ausführungen v. Luschin ÖRG. §§ 11, 34 und 35, v. Inama-Sternegg, Wirtschaftsgeschichte II. 4 ff., 33 ff. und 50 ff., O. Kämmerl, die Anfänge deutschen Lebens in Österreich 25 ff., die weltlichen Grundherrschaften SA. 3 ff., aus dem Saalbuche eines österreichischen Klosters bei v. Zwiedineck III. 233 ff.

²⁴ Vgl. die Zusammenstellung der Krongutschenkungen in der Ostmark bis zur Mitte des 12. Jahrhunderts bei v. Luschin ÖRG. 151, Note 2.

Da die Zahl freier Elemente im Lande von Anfang an keine große war, diese überdies zu so ausgedehnten militärischen Dienstleistungen nur gegen besondere Vortheile herangezogen werden konnten, die unfreien hingegen nicht nur billiger und besser auszunützen waren, sondern sich auch durch unbedingte Verlässlichkeit und Ergebenheit auszeichneten, so eignete sich die Markverfassung in hohem Maße dazu, einen classischen Boden für eine frühzeitige und kräftige Ausbildung der Ministerialität zu bilden. Wir können überdies annehmen, dass aus diesen Gründen schon in früher Zeit die verschiedenen Ämter in der Ostmark vorzugsweise an Ministerialen verliehen wurden.²⁵

²⁵ Es ist bekannt, dass, während fast alle Ämter in Deutschland seit dem 10. Jahrhunderte in Lehen verwandelt wurden, die Territorialverwaltung wiederum wirkliche Ämter aufzuweisen hat. In einer Reihe von Arbeiten wurde die Erklärung für diese eigenthümliche Erscheinung dahin gegeben, dass die Beseitigung des Lehnwesens den Landesherren mit Hilfe ihrer Ministerialen gelungen ist. Es ist klar, dass in einer Zeit, wo ein Freier ein Amt überhaupt nur zu übernehmen pflegte, wenn es ihm zu erblichem Lehn gegeben wurde, gerade die Ministerialen ihrem Herrn besonders wertvoll erscheinen mussten; denn sie waren ja schon aus dem Titel der Unfreiheit zur Übernahme von Ämtern am Hofe und in der localen Verwaltung verpflichtet, und ihre sonstigen Eigenschaften räumten ihnen den unbedingten Vorzug vor freien Elementen ein, weil in ihrer Person ritterliche Bildung, große politische Auffassung und praktische Geschäftsführung mit einem ausgeprägten Pflichtgeföhle vereint war. Da sie lange Zeit hindurch zu diesen Ämtern nur gegen Gewährung des Unterhaltes, nicht gegen Ertheilung von Lehen verwendet wurden, so fehlten ihnen auch von vorneherein alle Nebeninteressen einer in erster Linie auf eigenen Vortheil bedachten Geld- oder Grundaristokratie. Mit Rücksicht auf diese bedeutenden Vorzüge scheinen in einzelnen Territorien die Ämter geradezu planmäßig mit Ministerialen besetzt worden zu sein, und selbst am staufischen Hofe spielten sie eine hervorragende Rolle. In den Territorien führte dies zu einer bedeutenden Stärkung und Kräftigung der landesfürstlichen Gewalt und ermöglichte es der letzteren, in dem Momente, als die persönliche Abhängigkeit und das Bewusstsein, zur Übernahme von Ämtern verpflichtet zu sein, verblasste und die Ministerialen dem freien Ritterstand in jeglicher Beziehung gleichzukommen trachteten, einer neuerlichen Entäußerung der Hoheitsrechte mit Erfolg entgegenzutreten und an dem reinen

Etwa seit dem 12. Jahrhunderte nahm jedoch dieser Stand in Österreich und Steiermark einen ganz eigenartigen Entwicklungsgang. Der Umstand, dass die herzoglichen Ministerialen nicht nur zur Dienstleistung am Hofe und in der localen Verwaltung, sowie zu einfachen Kriegsdiensten herangezogen wurden, sondern dass der Landesfürst wegen der geringen Eignung freier Vasallen gerade sie dazu erkor, um mit ihrer Hilfe die zur Vertheidigung des Landes und zu Angriffskriegen nöthige Kriegsmannschaft aufzubringen, veränderte die Stellung derselben zu ihrem Herrn. Zu diesem Zwecke wurden sie nicht mehr mit kleinen Dienstlehen, sondern mit einem reichen Grundbesitze ausgestattet,²⁶ von dem sie selbst eine bestimmte Zahl berittener Krieger dem Heerbanne des Fürsten zuzuführen hatten. Ihnen wurde die Bewachung der verschiedenen Burgen des Landes anvertraut, oder wohl gar späterhin das Recht zugestanden, auf dem

Amtsbegriffe festzuhalten. Nur die vier Hausämter wurden allerorts in Lehen umgewandelt, der ihnen an der Territorialverwaltung zukommende Antheil jedoch im allgemeinen sehr reduciert, in einzelnen Ländern sogar ganz beseitigt. Schmoller, Straßburgs Blüte 9 ff., und Behördenorganisation (22 ff.), Lamprecht, Deutsches Wirtschaftsleben I. 1303 ff., 1357 ff., v. Below, Landständische Verfassung I. 16 und 32, dann Note 49 und 50, Derselbe HZ. 59, 225 ff. und 63, 302, Riezler II. 175, Note 1, Rosenthal I. 591, v. Below in GGA. 1890, 308 ff. Ganz anders lagen die Verhältnisse in Österreich. Die umfassende Gewalt, welche der Markgraf besaß, sowie der Umstand, dass, soweit nicht exterritoriale Bezirke vorhanden waren, die verschiedenen Ämter in der Mark von ihm besetzt wurden, ermöglichte es ihm, dem Aufkommen des Lehnwesens schon in seinen Anfängen mit Erfolg entgegenzutreten, umsomehr als aus den schon im Texte angeführten Gründen fast zu allen Ämtern nur Ministerialen verwendet wurden, deren Stellung ganz von seinem Willen abhieng, und die daher, solange diese Beziehungen erhalten blieben, eine Stütze der markgräflichen Gewalt bildeten. Vgl. für die weitere Entwicklung des Ämterwesens in der Mark die Noten 28, 34 und 42.

²⁶ Vgl. zum Beispiele den Besitzstand der Kuenringer bei Friess a. m. O. und für die folgenden Ausführungen Siegel, Dienstmannen 267 ff., v. Zallinger, Ministeriales et milites. Derselbe, die ritterlichen Classen des steirischen Landrechtes 398 ff.

ihnen zugewiesenen Grund und Boden selbst eine solche Wehr erbauen zu dürfen.

Die Zahl der freien Ritter wurde eine immer kleinere; denn eine Reihe solcher Familien starb aus oder trat in die herzogliche Ministerialität ein, die insbesondere schwächeren Elementen bedeutende Vorthelle brachte. Dagegen hob sich das Ansehen und die sociale Stellung der unfreien Elemente, und es gelang ihnen, allmählich den freien Vasallen näherzutreten. Da sie selbst wieder unfreie Ritter halten mussten, um ihren Pflichten nachzukommen, so erwarben sie, als die Grundsätze des Lehnrechtes auf alle zum Kriegerhandwerke berufenen Personen ausgedehnt wurden, wie die freie ritterliche Bevölkerung active und passive Lehnfähigkeit und bildeten im Vereine mit den Resten der freien Grafen und Herren die Classe der weltlichen Grundherren im Lande. Als solche übten sie nicht nur die grundherrliche Gewalt über ihre Untergebenen, sondern erwarben auch eine Reihe öffentlicher Berechtigungen. Abgesehen von einem gewissen Einflusse auf die Regierungshandlungen des Landesfürsten bekamen sie theils durch ausdrückliche Verleihung, theils auf dem Wege der Anmaßung oder Gewohnheit die niedere Gerichtsbarkeit auf ihren Gütern und im Zusammenhange damit die den localen Verwaltungsbehörden zukommenden militärischen und polizeilichen Berechtigungen. In einzelnen Fällen waren sie am Ausgange der Babenbergerzeit sogar schon im Besitze des Blutbannes über alle Angehörigen ihres Bezirkes.²⁷ Durch die Bestrebungen der Grund- und der

²⁷ So stiegen beispielsweise die Burggrafen von Gars aus ministerialischen Burggrafen allmählich zu Lehenträgern der Burg empor und vereinigten als eines der angesehensten Geschlechter des Landes einen großen Besitz in ihrer Hand. Topographie von Niederösterreich III. 311ff. — Albero von Chuenring ertheilte dem Kloster Zwettl Exemption von der ihm zukommenden Gerichtsgewalt, Urk. ddo. 1251, November 1 D.et A. III. 222, und diese Verwilligung wurde von seinen Söhnen Leutold und Heinrich bestätigt ddo. 1279, Jänner 11, Zwettl, ebend. 224. — Vgl. dazu die Urkk. ddo. 1248, März 22, Wien UBNÖ. I. 58, dann ddo. 1255, Juli 31, Weitra und December 13 UBOE. III. 217 und 218, dann ddo. 1284, September 27, Wien UBOE. IV. 26 und ÖLR. I. 46.

Immunitätsherren, welche ihre Rechte auszudehnen suchten und hierin durch Privilegien mannigfaltig unterstützt und gefördert wurden, lösten sich die alten Verwaltungssprengel auf, und es gelangte die locale Verwaltung mehr und mehr in die Hände der geistlichen und weltlichen Großgrundbesitzer.²⁸

Wir wissen, dass unter den letzteren die herzoglichen Ministerialen geradezu die Führerrolle einnahmen. Diese selbständige Stellung musste daher auch auf ihre Beziehungen zum Landesfürsten zurückwirken, und in der That gelang es ihnen durch kluges Zusammenhalten, gestützt auf ihre Macht im Lande, im Laufe der Zeit das Dienst- und Abhängigkeitsverhältnis, in dem sie vermöge ihrer unfreien Geburt standen, nahezu ganz zu lösen. Namentlich verlor sich das Bewusstsein einer regelmäßigen Dienstpflicht am Hofe und in der Landesverwaltung. Der mit einem erblichen Lehngute ausgestattete Ministeriale hörte überhaupt auf, ein zuverlässiger und gehorsamer Beamter zu sein, er gieng allmählich ganz in seiner grund- und lehnherrlichen Stellung auf und verrichtete ein ihm etwa aufgetragenes Amt nur nebenher. Werden wir noch an anderer Stelle hören, dass diese Eman- cipation eine Einschränkung der militärischen Pflichten im Gefolge hatte, so soll hier hervorgehoben werden, dass auch

²⁸ Diese Patrimonialisierung der localen Verwaltung ist eine den südöstlichen Marken des Reiches eigenthümliche Erscheinung. Während z. B. im benachbarten Baiern und am Mittelrhein gerade mit Hilfe der Ministerialen die durch das Lehnwesen in so hohem Maße geschehene Zersplitterung der Verwaltung zu Gunsten der landesfürstlichen Gewalt beseitigt wurde, und das Territorium fortan in eine Reihe von Bezirken zerfiel, an deren Spitze landesfürstliche Verwaltungsbeamte standen, wurde in Österreich selbst in den Tagen Albrechts I. eine Revindication der im Laufe der Zeit an die Grundherrschaften übergegangenen Verwaltungsbefugnisse nicht eingeleitet. Selbst dort, wo dieselben noch dem Herzoge geblieben waren, betrachtete dieser sie nur vom finanziellen Standpunkte aus, und die landesfürstlichen Pfleger — mochten sie im einzelnen Falle Zeitpächter oder Pfandgläubiger sein oder noch Beamtencharakter tragen — benahmen sich selbst mehr als Grundherren, denn als Diener des Fürsten.

der Dienst, den sie in den vier Hofämtern zu verrichten hatten, allmählich eine Veränderung erlitt, dahingehend, dass er den Charakter eines reinen Ehrendienstes annahm, den sie nicht etwa regelmäßig, sondern nur mehr bei bestimmten feierlichen Anlässen — und zwar jeder einzelne in dem Amte, dem er schon durch die Geburt zugewiesen war — zu leisten hatten. Die Darbringung desselben betrachteten sie nicht mehr als Pflicht, sondern als ein ihnen im Gegensatze zu den freien Vasallen einerseits, zu den unfreien Rittern anderseits ausschließlich zukommendes Recht.

Dies alles wirkte auch auf die Organisation der vier Hofämter zurück. Ohne dass sich bestimmte Anhaltspunkte in den Quellen finden ließen, werden wir, der allgemeinen Entwicklung entsprechend, auch für die Ostmark annehmen dürfen, dass seit jeher an der Spitze jedes einzelnen der mehrerwähnten Hofämter sich ein ständiger, den herzoglichen Ministerialen entnommener Beamter befand, welchem die oberste Leitung aller diesem Hofamte zufallenden Angelegenheiten, die Aufsicht über die zu demselben eingetheilten, in ständiger oder vorübergehender Dienstleistung stehenden Personen übertragen war.

Zunächst mochte der Wille des Herrn jeweils die Träger dieser Amtsbefugnisse auserkoren haben. Aber es entsprach nur den mittelalterlichen Verhältnissen, dass der Sohn den Beruf des Vaters erwählte, und so kam es auf diesem Wege alsbald zu einer gewissen Erblichkeit der Hofämter. Von großer Bedeutung hiefür war namentlich auch der Umstand, dass mit diesen Stellungen neben dem persönlichen Einflusse auf die Entschlüsse des Herrn, neben einem gewissen Antheile an der Regierung des Landes bedeutende Nutzungsrechte verbunden waren, und der einzelne Inhaber daher sich bestrebte, das ihm verliehene Amt seiner Familie dauernd zu erhalten.²⁹

²⁹ In Österreich sind die Möllersdorfer seit 1171 im Besitze des Schenkenamtes, die Seefeld-Feldsberger seit 1181 im Besitze des

Wie die Dienstpflicht der Ministerialen mit dem socialen Aufschwunge dieser Classe ihren Charakter änderte, so behagte es alsbald auch den Inhabern der vier obersten Ämter neben ihrer Stellung als Große des Landes immer weniger, ihre Pflichten persönlich zu erfüllen und dauernd die ihnen zugewiesenen Amtsgeschäfte zu leiten. Sie zogen sich ganz vom Hofleben zurück und überließen anderen die regelmäßige Ausübung des Dienstes. Ja der Inhalt ihrer Ämter wurde überhaupt, von gewissen speciellen Competenzen abgesehen, seinem Wesen nach auf die Leistung eines bei feierlichen Gelegenheiten zu verrichtenden Ehrendienstes beschränkt.³⁰ In Steiermark kann diese Umwandlung etwa unter der Regierung des letzten Traungauers als vollzogen gelten.³¹ Aber auch die österreichischen vier Hofämter waren zu dieser Zeit davon nicht mehr weit entfernt. Auch sie wurden, bald nachdem die Ministerialen des Lehnrechtes theilhaftig geworden waren, jedenfalls aber noch unter Leopold VI. in erbliche Lehen verwandelt.³²

Truchsessenamtes nachweisbar; für das Kämmerer- und das Marschallamt hingegen lässt sich ein derartiges Festhalten an einer Familie in dieser Zeit noch nicht urkundlich belegen.

³⁰ Nur mit dem Kämmereramte waren auch weiterhin gewisse Jurisdictionsrechte verknüpft, namentlich in Ansehung der herzoglichen Münze. Die übrigen behielten im allgemeinen nur den repräsentativen Charakter und einen Anspruch auf gewisse Ehrenvorzüge und Gefälle.

³¹ So heißt es bereits in der Georgenberger Handfeste: „Dapiferi pincerne camerarii marscalci qui de nostris sunt, intranti partes Styrie duci Austrie singuli cum suis subiectis per officia sua ministrent ea disciplina, qua nobis et parentibus nostris ministraverunt. Petenti curiam imperatoris aut in expeditionem eunti dicti officarii paribus ebdomadibus, paribus diebus paribusque sumptibus serviant, sicut et hii qui de Austria serviunt.“ SchwD. 21, Z. 28 ff.

³² Ganz deutlich erhellt der lehnrechtliche und erbliche Charakter für die Würde des Kämmerers aus jener Urkunde, welche von der Verleihung dieses Amtes an Konrad von Himberg handelt. Schon der Vorgänger desselben, Heinrich von Wasserberg, der mit dem in herzoglichen Urkunden seit 1205 häufig erwähnten Heinrich von Tribuswinkel identisch zu sein scheint, besaß dieses Amt als Lehn. Urk. 1236(?), 1. Juli, SchwD. 54. — Diese Urkunde, deren Datierung zu vielen hier

Nicht mehr als Hilfsorgane des Fürsten in der Verwaltung des Hofes, sondern nur als dessen Räthe und Vertrauenspersonen, weilten einzelne dieser Würdenträger noch am herzoglichen Hofe. Diejenigen, welche eine derartige Stellung nicht genossen oder nicht suchten, blieben trotz ihres Erbammes dem Hofe entweder ganz ferne, oder wurden in der Umgebung ihres Herrn nicht öfter als andere Große genannt.³³

Der Ehrendienst selbst erlangte allmählich eine ganz spezifische Bedeutung. Wie die herzoglichen Ministerialen sich selbst als vom Reiche geliehene Dienstmannen betrachteten, so versuchte man auch die Erbämter mehr und mehr von der Person des einzelnen Landesfürsten loszulösen und mit dem vom Kaiser und Reiche zu Lehn gehenden Fürstenamte in Verbindung zu setzen.

Diese Anschauung steht wohl in naher Beziehung zur Entwicklung der landständischen Verfassung in Österreich und Steiermark. Die umfangreichen Kriegspflichten, zu welchen der weltliche Großgrundbesitz herangezogen wurde, brachte es mit sich, dass, je mehr die landesfürstliche Gewalt sich entfaltete, ihr die zu einer Corporation aneinandergeschlossenen Landherren als Vertreter der Landesinteressen entgegentraten, und einen immer weiter reichenden Antheil an der Regierung

nicht näher zu erörternden Streitigkeiten Anlass gab, belehrt uns auch über die mit dem Amte verknüpften Nutzungsrechte. Für die übrigen Ämter sind uns ähnliche urkundliche Nachrichten aus dieser Zeit nicht erhalten geblieben.

³³ Dies lässt sich schon aus den Urkunden Leopolds VI. entnehmen; in viel auffälligerer Weise tritt diese Erscheinung während der Zeit Friedrichs II. hervor. Waren ja doch seine Beziehungen zu den Großen des Landes keineswegs ungetrübte. Gleich am Beginne seiner Regierung empörte sich ein Theil seiner Ministerialen; aber es gelang ihm, mit wenigen Getreuen den Aufstand niederzuwerfen, er gewährte den Empörern Verzeihung und beließ sogar einen ihrer Rädelsführer, nämlich Heinrich von Kuenring, im Besitze des ihm noch von seinem Vater verliehenen Marschallammtes. — Dessen Söhne Hadmar und Heinrich blieben, obwohl sie zwei Erbämter, das Marschall- und das Schenkenamt, in ihrer Hand vereinigten, dem herzoglichen Hofe ganz ferne. Ebenso wenig wird der Truchsess Chadold von Feldsberg in den Jahren 1234—39 in herzoglichen Urkunden genannt.

des Landes zu erwerben trachteten.³⁴ Wie aber sie alle sich als Herren des Landes fühlten, so bezeichneten sich auch die herzoglichen Ministerialen nicht mehr als „ministeriales ducis“, sondern als „ministeriales terrae“, späterhin als Dienstherren.^{34a} Die Inhaber der Erbämter jedoch hielten sich unter solchen Verhältnissen für Würdenträger des Landes, welche ausschließlich dazu berufen wären, an der Spitze ihrer Genossen — späterhin des Landesadels überhaupt — bei feierlichen Anlässen dem Fürsten zu dienen.

Infolge dieser Entwicklung wurden die alten Hofämter zu Landeserbämtern, welche sich in einer bestimmten Familie forterbten, im übrigen von der Person des jeweiligen Landesfürsten ganz unabhängig waren und selbst durch den

³⁴ Konnte v. Below, Landständische Verfassung 74 ff. für die Territorien von Jülich und Berg den Nachweis versuchen, dass die Zuziehung einer aus Vasallen und Ministerialen zusammengesetzten Genossenschaft bei wichtigen Regierungshandlungen der Grafen im 13. Jahrhunderte nicht auf einem Lehn- oder Dienstverhältnisse beruhte, aber auch noch nicht in den Beziehungen dieser Personen zum Territorium lag, so dass sie etwa das Interesse des Landes zu wahren gehabt hätten, so waren die Verhältnisse in Österreich, wie er selbst schon in der Anmerkung 301 hervorgehoben hat, ganz andere. Hier wirkten die Landherren bereits im 13. Jahrhunderte nicht als Große des Herzogs, sondern als „meliores et maiores terrae“ über Aufforderung des Fürsten bei wichtigen Regierungshandlungen mit und vertraten dabei das Interesse des Landes. Es lagen daher in Steiermark und Österreich bereits im 13. Jahrhunderte jene Erfordernisse vor, ohne welche eine landständische Verfassung nicht möglich ist. Vgl. ÖLR. I. 15 und 67, II. 41, 69, 86 und 91 sowie unten Note 36.

^{34a} Vgl. für Österreich die Urkk. ddo. 1270, October 2 D. et A. I. 114, dann 1269 ff. ebend. VI. 151 ff., sowie 1308, December 20 ebend. 219, endlich die beiden Landfrieden ddo. 1276, December 3 (principum . . . comitum baronum ministerialium terrarum Austrie Styrie et Karinthie et Carniole ac Marchie) und a. 1281 (wir die stete und ritter und chnappen von dem lande ze Osterriich) SchwD. 106 und 125. — Für Steiermark vergleiche im Gegensatze zum Georgenberger Vertrage (ministeriales et provinciales nostros) die Urkunden K. Friedrichs II ddo. 1237, April, Enns (ministeriales Styrie, consilio communi ministerialium majorum Styrie) SchwD. 77, sowie die Unterwerfungsurkunde ddo. 1276, September 19, Reun, ebend. 105.

Wechsel von Dynastien, oder wenn das Herzogthum als erledigtes Lehn zeitweise vom Reiche verwaltet wurde, in ihrem Bestande nicht berührt wurden.³⁵

Äußerlich trat diese Veränderung insbesondere darin hervor, dass im Titel der Erbbeamten die Erwähnung des Fürsten durch jene des Landes ersetzt wurde.³⁶ Auch im

³⁵ Eine ähnliche Auffassung herrschte im Reiche. Auch hier brachte man wenigstens einige Ämter nicht in unmittelbare Beziehung zur Person des jeweiligen Herrschers, sondern zum Reiche selbst, und Ficker hat weiterhin hervorgehoben, dass auch für das längst erledigte Herzogthum Schwaben noch im 13. Jahrhunderte eigene Beamte ernannt wurden WrSB. XL. 525, 530, 536 ff. In den geistlichen Territorien wurden schon früh die Ministerialen als „ministeriales ecclesiae“ genannt, ohne dass aber darin etwa eine territoriale Zugehörigkeit zum Ausdrucke kommen sollte. Ebenso galten die Hofämter daselbst wohl unter dem Einflusse lehnrechtlicher Grundsätze nicht mehr mit der Person des Bischofs, sondern mit der Kirche verbunden; sie erloschen daher nicht wie die übrigen Bestellungen mit dem Tode des Bischofs, beziehungsweise der Investitur seines Nachfolgers, sondern wurden in bestimmten Ministerialenfamilien bis zum Aussterben im Mannesstamme vererbt. Vgl. die Urk. a. 1127, Gudenus, Codex dipl. I. 394 und die Reichssentenzen ddo. 1219, September 25, 1223, Februar 5, 1230, September 17, 1240, Januar 15, 1242, Juli 3 und 1250, Juli 1, Weiland II. 80, 118, 412, 443, 447 und 465. — Im benachbarten Baiern gab es neben den mit der Leitung des täglichen Dienstes betrauten Ministerialen des Herzogs Erbbeamte des Herzogthums, welche nur bei gewissen feierlichen Anlässen intervenierten. Riezler II. 171.

³⁶ Ansätze hiefür reichen in die Zeit Leopolds VI. zurück. Was früher vielleicht nur zum Unterschiede von fremdländischen Beamten gebraucht wurde, erhielt im 13. Jahrhunderte eine spezifische Bedeutung. An die Stelle des Wortes „ducis“ oder „noster“ trat die Bezeichnung nach dem Lande, und nicht selten sollten besondere Attribute die mächtige Stellung der Erbbeamten im Lande zum Ausdrucke bringen. So nennt sich Heinrich von Kuenring in einem Privilegium für das Kloster Zwettl vom Jahre 1232 „primus marschaleus Austrie“, während die im Stiftungsbuche D. et A. III. 102 noch hinzugefügten Worte „vel summus“ nach gütiger Mittheilung des Hochw. Herrn Stiftsarchivars P. B. Hammerl in Zwettl von einer Hand ineunt. saec. XIV im Original über der Zeile nachgetragen und von da aus in das Stiftungsbuch übernommen wurden. Ähnlich bezeichnete sich Heinrich IV. von Kuenring in einer Urkunde ddo. 1259, März 7, Friess Reg. 281, als „potens marschaleus Austrie“.

Siegelwesen wurde seit dem 13. Jahrhunderte eine gewisse Pracht entfaltet; es führten nämlich diese Erbbeamten oder wenigstens einzelne von ihnen an Stelle ihrer Familiensiegel eigene Porträtsiegel, auf welchen sie zu Pferde mit den symbolischen Abzeichen ihres Ehrendienstes dargestellt waren.³⁷

Von wem seit der Umwandlung der vier Hofämter in erbliche Lehen die Amtsverrichtungen vorgenommen wurden, lässt sich aus dem verfügbaren Urkundenmateriale nicht genau feststellen. Wenn wir der allgemeinen Entwicklung folgen, so müssen wir annehmen, dass seit jeher auch in Österreich jedem Hofamte eine Reihe von Unterbeamten zugewiesen waren, von denen einer, wie früher die fallweise Vertretung, jetzt dauernd die Geschäfte des dem Hofe ferne

³⁷ Das älteste derartige Siegel ist ein Marschallsiegel, dessen sich Heinrich von Kuenring bediente, als er die Urkunde der Gräfin von Peilstein ddo. 1230, November 30, Lilienfeld besiegelte. Dasselbe hängt auch an der Urkunde von 1232 (Anm. 36). v. Sava, Landes-Erbämter 62 u. Fig. I. In größerer Zahl liegen derartige Siegel aus der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts vor, so von österreichischen Marschällen insbesondere für Chadold von Wehingen a. 1267 Orig.-Urk. StA., Heinrich von Kuenring a. 1276 D. et A. X. 22, für Stephan von Meissau a. 1285 D. et A. XI. 241 und Ulrich von Meissau a. 1319 D. et A. XVI. 61. Vgl. dazu noch v. Sava a. a. O. 62 ff. — Im 13. Jahrhunderte kommt außerdem häufig in den Umschriften der mit dem Familienwappen gezierten Siegel eine Bezugnahme auf das von der Person bekleidete Amt, namentlich wenn es ein Erbamt war, vor. So ist uns für das Jahr 1230 an einer Urkunde im Archive des Stiftes Heiligenkreuz das Siegel eines „camerarius Austriae“ erhalten, welches, obwohl der Name nicht mehr leserlich ist, dem Heinrich von Wasserberg = Tribuswinkel angehören dürfte, D. et A. XI. 77, Nr. LXVI. — An einer Urkunde Ottos von Perchtoldsdorf zum Jahre 1232 im Wiener Archive des Stiftes Melk befindet sich neben dem Familiensiegel desselben in der Umschrift die Bezugnahme auf das Kämmereramt, dagegen siegelte der später erwähnte jüngere Kämmerer Otto von Perchtoldsdorf stets mit einer Gemme, v. Siegenfeld, Tafel 5. — Der Landschreiber Ulrich Pfarrer zu Witzelsdorf führte im Siegel die Worte „Sigillum Ulrichi Scribe“ ddo. 1232, Juni 7, Wien D. et A. VIII. 299 und 300. — Ähnlich der Forstmeister Wichard von Arnstein (D. et A. XI. 77), die Schenken aus der Familie der Kuenringe, der Truchsess Albero von Feldsberg etc. Vgl. dazu v. Siegenfeld Tafel 7, 10 und 11.

weilenden Vorstandes zu übernehmen hatte.³⁸ Aber diese Personen hatten wegen ihrer untergeordneten Stellung am Hofe lange Zeit keinen Antheil am öffentlichen Leben und wurden daher nur sehr selten als Zeugen in herzoglichen Urkunden zugezogen. Für die Zeit Leopolds VI. und Friedrichs II. lassen sich aber auch in den Urkunden bereits Spuren eines derartigen Hofbeamtenthums nachweisen.³⁹ Soweit ihnen eine leitende Stellung zukam, wurden sie wahrscheinlich vorderhand noch den Kreisen der Ministerialität entnommen. Enthielt dieselbe ja doch genug Elemente, welche zu jener einflussreichen Stellung im Lande noch nicht emporgestiegen waren, und sicherlich gab es auch unter jenen, welche infolge ihres Lehnbesitzes eine selbständige Stellung errungen hatten, noch immer treue Diener des Landesfürsten.

³⁸ Vgl. aber die Reichssentenz ddo. 1223, Februar 5: „videlicet quod nullus sive fungatur officio dapiferi, pincerne, camerarii sive mareschalcii per se potest in illo (scil. officio) aliquem subrogare preter domini voluntatem.“ Weiland II. 119 und dazu Ficker a. a. O. 532 ff.

³⁹ Vgl. für eine frühere Zeit D. et A. IV. Namentlich die Zahl der Kämmerer scheint seit jeher eine ziemlich große gewesen zu sein, und einige von ihnen ragten doch wohl über die einfachen Kämmerlinge empor; z. B. Heinrich von Thunau (Tumbenowe) und Rudolf von Simmering, Urk. ddo. 1200, December 28 (Uhlirz, Das Archiv der landesfürstlichen Stadt Zwettl 11) und unter Friedrich II. Bruno von Bisamberg, Ulrich von Hütteldorf, endlich Otto von Walchungskirchen. Über den letztgenannten vgl. v. Meiller in WrD. VIII. 80ff. — Neben dem Erbtruchsesse standen dauernd im herzoglichen Dienste die dem österreichischen Ministerialenstande angehörigen Heinrich von Brunn und Heinrich von Kreuzenstein oder Lengenbach. Vgl. gegen die in diesem Punkte nicht stichhältigen Hypothesen v. Meiller's a. a. O. 85ff. nur z. B. die Urkunde ddo. 1235, Mai 1, Wien, UBNÖ. I. 49. — Ebenso gab es neben dem Erbschenken andere bald dauernd, bald nur vorübergehend im herzoglichen Dienste erwähnte Schenken; z. B. Wolfker von Parau, Dietrich von Dobra etc. — Es muss schließlich noch hervorgehoben werden, dass derartige Hofbeamte auch im Dienste der in Mödling residierenden Secundogenitur standen, sowie dass auch Herzoginnen einzelne dieser Ämter in ihrem Hofstaate vertreten hatten, D. et A. IV. Nr. 681, XI. 27; BINÖ. 1879, 115; Chmel GF. II. 483. — D. et A. III. 170 und 178, IV. 421.

In der That werden in den Urkunden seit Leopold VI. eine Reihe von Ministerialen bald mit, bald ohne hofamtlichen Titel erwähnt, und man wird geneigt sein, in ihnen jene Organe zu erblicken, welchen die Functionen der Erbbeamten zugewiesen wurden;⁴⁰ aber schon der Umstand, dass manche von ihnen den Titel lebenslänglich führten, ihn auch auf ihre Nachkommen vererbten, ohne dass wir festzustellen im Stande wären, ob der Führung des Titels noch fort eine Verwendung im Hofdienste parallel lief, deutet meines Erachtens darauf hin, dass auch sie noch das Bestreben hatten, die ihnen verliehenen Ämter zu erblichen Lehen umzugestalten. Ja in einzelnen Fällen gieng der Amtstitel dann geradezu im Namen der Familie auf.⁴¹

Gegenüber derartigen Versuchen gelang es der landesfürstlichen Gewalt, auch am Hofe den freien Amtsbegriff, dessen Ansätze nie vollständig verdunkelt waren, in den Vordergrund zu stellen und unter dem Einflusse der allmählich vordringenden Geldwirtschaft weiter auszugestalten.⁴²

⁴⁰ Namentlich scheint darauf hinzudeuten die unter Friedrich II. übliche Verwendung des Wortes *noster* (MBR. 178 R. 133, 182 R. 153, UBNÖ. I. 49) im Gegensatze zu den nach dem Lande sich nennenden Erbbeamten.

⁴¹ So werden die Truchsesse von Lengenbach, die Schenken von Dobra noch im 14. Jahrhunderte erwähnt.

⁴² Trotz der Annäherung, die zwischen Ministerialen und Vassallen stattfand, blieben eine Reihe von Ämtern in Österreich (Note 25) lehnrechtlichen Einflüssen unzugänglich. Schon die Verschiedenartigkeit in der Exemption auf märkischem und außermärkischem Boden deutet darauf, dass die Landgerichtsbarkeit in der Mark, wo sie durch landesfürstliche Organe ausgeübt wurde, von absetzbaren Beamten gehandhabt wurde. Denn sonst wäre die Begründung der Immunität nicht durch einen einfachen Befehl des Herzogs an seine Richter möglich gewesen, sondern es hätte eines lehnmäßigen Verzichtes von Seiten der letzteren bedurft. Vgl. Brunner, Exemptionsrecht 348 ff. und die daselbst in den Anmerkungen aufgenommenen Urkunden, sodann die Urkunde ddo. 1243, September 8 für St. Pölten UBNÖ. I. 55: „iudex noster in Tulna, quicumque pro tempore fuerit institutus.“ Im Gegensatze dazu stehen die Urkunden UBOE. II. 547, 554, 569, 589 und 591. Die gleiche Stellung nahmen die höheren Land-

Seit dem Verschwinden der ministerialischen Dienstpflicht hörte die ausschließliche Verwendung der Angehörigen dieses Standes an den leitenden Hofstellen auf. Es zogen neue Elemente — Ritter und Bürger — als landesfürstliche Beamte in den Verwaltungsdienst ein und erwarben am Hofe des Fürsten einflussreiche Positionen.⁴³

richter ein. ÖLR. I. 70 weist dem Oberstlandrichter bereits ein fixes Jahrgeld zu. Vgl. unten Note 155 ff.

Schwieriger lässt sich diese Continuität nachweisen für die Verwaltung der herzoglichen Burgen. Hier wurden allerdings eine Reihe von Burggrafen im Laufe der Zeit aus absetzbaren Beamten zu selbständigen Burgherren, die ihr Verhältnis zum Landesfürsten vorzugsweise auf lehnrechtlicher Grundlage aufbauten (z. B. die Burggrafen von Gars). Dem gegenüber tritt spätestens seit dem Beginne der Habsburgerzeit an den den Herzogen verbliebenen oder wieder in ihren Besitz gelangten Burgen das reine Officium in den Vordergrund, ohne dass wir die Einzelheiten und Übergangsstadien dieses Processes urkundlich nachzuweisen vermöchten.

Auch in der Verwaltung des Hofes gelang es den österreichischen Herzogen gegenüber dem eindringenden Lehnwesen, welches die vier alten Ämter umfasst hatte, den Amtsbegriff hervorzuheben und unter dem Einflusse geldwirtschaftlicher Grundsätze weiterzubilden. Die einzelnen Stadien lassen sich nicht hervorheben; nur soviel scheint mir unanfechtbar, dass am Beginne der Habsburgerzeit der reine Amtsbegriff gegenüber etwaigen lehnrechtlichen Gesichtspunkten auch am Hofe des Landesfürsten vollkommen zum Durchbruche gelangt ist, dass jedoch die ersten Ansätze dazu schon in die Zeit Friedrich II. fallen.

⁴³ Der unter Friedrich II. zuerst als Truchsess, dann als Kämmerer erwähnte Trauslieb scheint nicht mehr den Ministerialen angehört zu haben. Ein geringer Rang kam auch dem Kämmerer Otto von Walchungskirchen zu. MBR. 180 R. 145 und 182 R. 153, dann D. et A. III. 108. — Ritter und Bürger werden neben Geistlichen als Finanzbeamte genannt, so Otto de Foro, Bürger von Wien als österreichischer Kammermeister, A. Vat. II. 66. Vgl. dazu den Lebenslauf des Gozzo von Krems, BlNÖ. 1895, 146 ff. und des Konrad von Tulln bei Kerschbaumer, Tulln 478 ff. — Sehr bezeichnend ist es, wenn der Abt von Altaich in der Schilderung, welche er uns von dem Charakter Herzog Friedrichs II. gibt, erwähnt: „satagebat etiam nobiles et meliores terre sue opprimere et ignobiles exaltare“. MG. SS. XVII. 392 Z. 31. Vgl. dazu die Schilderung in Enenkel's Fürstenbuch, wie Herzog Friedrich II. zwölf junge Wiener Bürger in seinen Hofstaat aufnahm, Rauch SS. I. 322.

Das Behördenwesen selbst erfuhr seit dem 13. Jahrhunderte eine vollständige Umbildung. Die alten Hofämter schieden infolge ihrer Verwandlung zu Landeswürden aus dem Kreise des Hoflebens aus. Die weitreichenden Functionen des Truchsesses übernahmen Küchen- und Speisemeister.⁴⁴ Neben dem Kammermeister,⁴⁵ dem ein Theil der Befugnisse des alten Kämmerers zugewiesen wurde, gelangten Forst-⁴⁶ und Jägermeister⁴⁷ zu größerer Selbständigkeit, und dasselbe war wohl bei dem früher dem Schenkenamte untergeordneten Kellermeister⁴⁸ der Fall, während für den eigentlichen Schenkendienst weiterhin eigene Hofschenken bestellt wurden. Auch ganz neue Amtsgebilde, wie z. B. die Würde

⁴⁴ Beide Ämter bestanden schon in der Zeit der Babenberger. Dispensatores werden als untergeordnete Organe bereits unter Leopold dem Heiligen genannt (D. et A. IV. Nr. 80: Eberhardus dispensator marchionis). Für das Amt des Küchenmeisters vgl. die Urkk. ca. 1200 UBOE. II. 475 und 1224, Mai 10, Gleink ebend. 647, dann 1256, Juli 19, Wien D. et A. XI. 133.

⁴⁵ Vgl. Note 43.

⁴⁶ Wichardus von Arnstein wird als solcher in einer Urkunde genannt, welche die Herausgeber des UBOE. ca. 1250 ansetzen. a. a. O. III. 173. Ebenso trägt das an der Urkunde (ca. 1230, D. et A. XI. 77) hängende Siegel in der Umschrift die Amtsbezeichnung desselben, v. Siegenfeld Tafel 7. Schon viel früher bekleideten Mitglieder dieser Familie, zu welcher auch die von Gaden gehörten, durch mehrere Generationen ein herzogliches Waldamt in der Nähe von Heiligenkreuz und erscheinen daher sehr häufig in den für dieses Stift ausgestellten Urkunden. Vgl. D. et A. XI. 2, 10, 23, 25 etc. und UBOE. III. 173. — Dem Forstmeister unterstanden die verschiedenen herzoglichen Förster, D. et A. IV. Nr. 769, MBR. 28, R. 24 etc.

⁴⁷ Urkk. ddo. 1235, September 18, Sitzenberg UBOE. III. 34, dann D. et A. IV. 202 etc. Unter ihm standen die verschiedenen herzoglichen Jäger.

⁴⁸ Schon unter den Babenbergern werden cellerarii und magistri cellarii genannt. Ihnen oblag die Beaufsichtigung der in keine Grundherrschaft eingetheilten herzoglichen Weingärten, D. et A. IV. Nr. 81 und 783, dann S. 200 und 202. MBR. 95 Nr. 59 und 126 Nr. 164. Unter Otakar bekleidete Rapoto von Falkenberg als Kellermeister vorübergehend auch das Amt eines Schenken. Urkk. ddo. 1269, August 8, Prag und August 18 UBNÖ. I. 123 und 124.

des Hofmeisters, kamen zur Entstehung.⁴⁹ Eingehender soll diese Entwicklung für das Marschallamt geschildert werden.

II. Das Marschallamt insbesondere.

Als Hausbeamter war der Marschall⁵⁰ auch in Österreich vor allem mit der Aufsicht über die Stallungen seines Herrn betraut.⁵¹ Als solcher war er gleichzeitig der Chef des aus Unfreien gebildeten ritterlichen Gefolges, das ständig in der Umgebung des Fürsten, theils zu seinem Schutze, theils um den Glanz des Hoflebens zu erhöhen, weilte und zu den mannigfaltigsten Diensten herangezogen wurde.

Neben gewissen persönlichen Diensten⁵² hatte er für die Ordnung am Hofe überhaupt⁵³ und bei den verschiedenen

⁴⁹ Vgl. Seeliger, Hofmeisteramt 15.

⁵⁰ Schon der Herold'sche Text der lex Salica kennt den *marescalcus*, ebenso die lex Alam. c. 81 (Brunner DRG. I. 235, Note 25). Dass ihm die Aufsicht über den Stall und infolgedessen auch gewisse militärische Befugnisse zugewiesen waren, darauf deutet der Zusammenhang mit dem altdeutschen Worte „marah“ (lex Alam. 69 und 70), welches noch in unserem heutigen Mähre nachklingt, und worunter man das Streitross zu verstehen hat. Grimm, Deutsches Sprachwörterbuch VI. 1467. — Am Hofe der Karolinger war die Bezeichnung Marschall nur für den niederen Stalldiener gebräuchlich, während der Vorsteher der königlichen Stallungen den den römischen Verhältnissen entlehnten Titel „comes stabuli“ führte. Im westfränkischen Reiche erhielten sich diese Namen auch in der Folgezeit, nur gelangten die Ämter allmählich zu einer vorwiegend militärischen Bedeutung. Der *Connétable* galt als oberster Befehlshaber und unmittelbarer militärischer Adlatus des Königs, während die ihm untergeordneten *Maréchaux* die Anführer größerer Abtheilungen des versammelten Heeres waren. Jähns I. 572ff. Im deutschen Reiche hingegen erhielt das Wort *marescalcus* wieder seine ursprüngliche Bedeutung.

⁵¹ In dieser Eigenschaft flossen ihm gewisse Naturalabgaben, namentlich das Marchfutter zu. Vgl. unten Note 58ff.

⁵² Über diese klärt uns z. B. Ulrich von Liechtenstein des näheren auf, indem er uns erzählt, in welcher Weise der Domvogt von Regensburg bei der Königin Venus das Marschallamt ausübte. Lachmann a. a. O. 235 Z. 1ff., 249 Z. 25ff., 288 Z. 7ff., 290 Z. 13ff.

⁵³ Vgl. den wahrscheinlich noch unter Herzog Otakar in die Georgenberger Handfeste eingeschalteten Zusatz: „Capellanos et cleri-

Festlichkeiten⁵⁴ zu sorgen. Ihm oblag auch die Beherbergung der am Hofe erscheinenden Gäste.⁵⁵ Er bekleidete gleichzeitig das Amt des carolingischen mansionarius,⁵⁶ begleitete seinen Herrn bei dessen Reisen und schuf ihm, sowie dem Gefolge die nöthige Herberge.⁵⁷ Als Vorsteher eines der vier Hausämter hatte er auch eine Disciplinargewalt über alle zu demselben eingetheilten Personen in Sachen des Dienstes.

Neben diesem Wirkungskreise als Hausbeamter erwarb er alsbald einen hervorragenden Antheil an den im An-

cos nostros sessionem proximam nobis in mensa, sicut a patre nostro habuerunt, habere volumus et ne de hospiciis suis per marscaleum expellantur, interdicimus.“ v. Luschin, Steir. Landhandfesten 131 ff

⁵⁴ So bat der Marschall des Fürsten Leopold VI. von Österreich auf dem Hoftage zu Friesach (1224) die Anwesenden, „daz man da waere gezogenlich“. Ulrich von Liechtenstein ed. Lachmann 64 Z. 24.

⁵⁵ Vgl. die Schilderungen über die Beherbergung der Venusritter in Wien, ebend. 250 Z. 5 ff., 252 Z. 27 ff. — Einzelne Häuser in den Städten waren von der Einquartierungslast befreit. Dies galt aus begreiflichen Gründen von den Wohnungen der Hausgenossen in Wien, und eine dementsprechende Anordnung ist schon dem ihnen von Rudolf I. ertheilten Privilegium zu entnehmen (Urk. ddo. 1277, Juli 16 SchwD. 112 ff.). Sie gieng später in das Stadtrecht, welches Albrecht I. am 12. Februar 1296 dieser Stadt gegeben, in der erweiterten Form über, dass kein Marschall bei einem Bürger Gäste unterbringen dürfe, es würde ihn denn der Stadtrichter dahin weisen, dass aber bei Witwen und Hausgenossen überhaupt nicht Herberge begehrt werden solle, Tomaschek I. 70 §. 3. Dieselbe Bestimmung fand späterhin in dem den Städten Krems und Stein von Rudolf III. verliehenen Stadtrecht Aufnahme, Urk. ddo. 1305, Juni 24, Wien, Strobl a. a. O. 55 §. 3. — Auch für geistliche Häuser wurden derartige Privilegien erlassen, so z. B. für den Salzburgerhof in Wien durch die Urkunde der Herzoge Rudolf und Friedrich ddo. 1303, November 13, UB. Nr. 2.

⁵⁶ Hincmar de ord. pal. cap. 23 bei Walter CIG. III. 76; vgl. Brunner DRG. II. 102.

⁵⁷ Vgl. Note 55, sodann die schon erwähnten Schilderungen im Frauendienste des Ulrich von Liechtenstein; Enenkel's Fürstenbuch, Rauch SS. I. 273 und die Otakarische Reimchronik MG. DChr. V/2 75882 ff. Eine ähnliche Thätigkeit entfaltete der Marschall am Königshofe, vgl. die Urkk. ddo. 1185, Februar 11 und ddo. 1188 August 8, Goslar Weiland I. 428 und 457.

schlusse an das Hofleben zur Erledigung gelangenden staatlichen Agenden.

Er war am meisten dazu geeignet, den Landesfürsten in Ausübung der ihm obliegenden militärischen Pflichten zu unterstützen; denn als Anführer des zu jeglichem Dienste bereiten ritterlichen Gefolges war er der ständige Begleiter seines Herrn und stand ihm bei allen größeren oder kleineren Unternehmungen zur Seite. Es lässt sich nicht genau nachweisen, in welcher Weise er etwa bei der Aushebung der Truppen mitzuwirken hatte, ob ihm insbesondere bei Abwesenheit des Fürsten in dringenden Fällen ein eigenes Aufgebotsrecht zukam. Jedenfalls oblag ihm als Hausbeamten die Pflicht, für die kriegstüchtige Ausrüstung und Verpflegung der unfreien Mannschaft zu sorgen, soweit diese — nach erfolgter Abschichtung vom Hofe mit größeren oder kleineren Lehen ausgestattet — nicht aus eigenen Mitteln hiefür aufzukommen hatte. Das zur Bestreitung dieser Auslagen Erforderliche entnahm er den ihm zu diesem Zwecke zugewiesenen Naturaleinkünften.

Dazu gehörte vor allem das Marchfutter.⁵⁸ Es war dies eine der Mark eigenthümliche⁵⁹ ordentliche Grund-

⁵⁸ In der Exemtionsurkunde für das Schottenkloster zu Wien ddo. 1181, September 1 heißt es: „pabulum quod marscalco solvitur“; D. et A. XVIII. 10. — Diese Abgabe kommt auch noch unter anderen Namen vor, und zwar: als marchmutte, marchdienst, marchrecht, fodrum etc. Mag immerhin zwischen diesen Bezeichnungen und dem süddeutschen Worte Mähre (marach l. Alam. 69 und 70, vgl. oben Note 50) ein sprachlicher Zusammenhang nicht ausgeschlossen sein, so scheint mir doch das Bestimmungswort „march“ eher auf den Charakter des Landes als einer Mark hinzuweisen. Denn abgesehen von der schon von Werunsky ÖRG. 132 zum Vergleiche herangezogenen Marchsteuer der beiden Rationarien des 13. Jahrhunderts dürfte diese Ansicht noch aus dem Grunde die zutreffendere sein, weil in einigen Urkunden neben dem Worte „marchfutter“ die Ausdrücke „iustitia marchiae“, „marchialis annona“ gebraucht werden. Vgl. die Urkunde K. Otto IV. für St. Florian, ddo. 1212, Mai 21, Nürnberg UBOE. II. 547.

⁵⁹ „Iustitia illa marchie, quae vulgo marchmutte dicitur“, heißt es in der Exemtionsurkunde für Klosterneuburg ddo. 1147, Februar 24, Regensburg, Fischer II. 144. — Nähere Untersuchungen haben zum

abgabe,⁶⁰ welche in naher Beziehung zu der strammen militärischen Organisation dieser Gebiete stand und den Charakter einer öffentlich rechtlichen⁶¹ Leistung an sich trug, jedoch von den eigentlichen Steuern unterschieden werden muss. Denn der Markgraf forderte diese Abgabe als eine ihm vom Reiche überlassene, zunächst im Namen des Reiches, späterhin allerdings im eigenen Namen; während das charakteristische Merkmal der ländlichen Steuern eben darin lag, dass sie von den Besitzern der hohen Gerichts-

Ergebnisse, dass das Marchfutter über die Mark nicht hinausreicht, dass aber auch in den anderen Marken ähnliche Abgaben erwähnt werden. Vgl. für Steiermark die Urkunden UBSt. I. 394, II. 96, 220, 305 und 404, Wichner II. 100 und 325, für Meissen und die Mark am Nordgau Cod. dipl. Anhalt. I. 226 und Doeberl a. a. O. 67 ff.

⁶⁰ Urkk. a. 1195, Göttweig: „pabulum quod in bonis prediete congregationis . . . habere debuimus“; a. 1212: „avenam de prediis . . . nobis debitam“, D. et A. VIII. 279 und 288; Urk. ddo. 1243, December 8, Krems: „ius quoque nostrum, quod dicitur marchfuter in omnibus ecclesie prediis . . . relaxamus“ UBOE. III. 121. Im Urbarbuche des Grafen Siboto von Falkenstein (ca. 1170) heißt es: „a duce Orientalis prouincie de prediis ipsis comitis in terra ipsa positus habet modios, qui uocantur marchimütte et iusticiam operum, que in urbibus ducis fieri debent, et ceteras iusticias, que de prediis comitis debentur duci, ab eo ipse habet in beneficium“. Becker-Zahn, Hernstein II/2 424. — Das Marchfutter ist daher eine Realsteuer, welche in erster Zeit in Hafer, also als Naturalabgabe gereicht wurde, allmählich kam es jedoch zur Reluierung derselben in Geld: „avena autem debita, vel denarii pro avena solvendi“ (a. 1212 D. et A. 288). Der Propst von St. Pölten musste alljährlich am St. Michaelstage 26 Talente Wiener Münze „nomine avene que marchfuter vulgariter appellatur et nomine iuris quod uzgeding dicitur“ an die herzogliche Kammer zahlen. Urkk. ddo. 1243, September 8, Göttweig UBNÖ. I. 55. Diese Urkunden erbringen auch den Nachweis, dass das Marchfutter eine ordentliche Jahresabgabe war.

⁶¹ Im Gegensatze zu den verschiedenen Grundzinsen, Abgaben und Frohnden, welche der Herzog als Grundherr einheben konnte. Auf herzoglichem Grund und Boden musste dasselbe freilich im Laufe der Zeit die Gestalt einer privaten Abgabe annehmen, und die gleiche Entwicklung lässt sich dort nachweisen, wo diese Abgaben dem Grundherrn überlassen wurden. Vgl. dazu die beiden Rationarien und die Auszüge aus den Urbaren von Freising im 36. Bd. der D. et A.

barkeit⁶² zwar im Anschlusse an ihre Jurisdictionsrechte, aber nicht als Reichsbeamte sondern kraft eigenen Rechtes zur Befriedigung ihrer Geldbedürfnisse auferlegt wurden. An dem erwähnten Unterschiede zwischen Marchfutter, Burgwerk und den anderen „publicae functiones“ einerseits und den Steuern anderseits muss man festhalten, wenn man sie auch mit Werunsky⁶³ als Vorläufer der Steuern betrachten will.

Was die Befreiung von dieser Abgabe anbelangt, so bestand eine solche von Anfang an für alle Grundbesitzer, welche persönlich den Heeresdienst leisteten. Ferner verzichtete der König, späterhin auch der Herzog ganz oder theilweise den Bisthümern, Klöstern und Pfarreien, hie und da auch weltlichen Großen gegenüber auf die Ablieferung des Marchfutters, so dass diese fortan die Abgabe zu eigenem Nutzen verwenden durften. Dass derartige Exemtionen vor dem Jahre 1156 zunächst nur durch den König ertheilt wurden, entspricht vollkommen dem Charakter der Abgabe,

⁶² Zeumer hat a. a. O. 10 ff. m. W. zuerst die Behauptung aufgestellt, dass das Steuerrecht auf dem Lande sich im Anschlusse an die Grafengewalt entwickelt habe, und dass selbst dort, wo wir freie Herren im Genusse derartiger Steuern finden, das Vorhandensein vogteilicher oder Grafenrechte anzunehmen sei. Diese Ansicht ist sodann von Below HZ. 58. 196 ff., 63. 303 ff. und in GGA. 1890 308 ff. weiter ausgeführt worden; zu ihr bekennen sich auch die Untersuchungen von Baasch a. a. O. 9 ff., 20 ff., sowie von Müller a. a. O. 36 ff., und in der That scheint mir dieselbe für den größten Theil des deutschen Reiches, insbesondere für Norddeutschland, Baiern und Österreich zutreffend. Dagegen hat Schulte IÖGF. VII. 523 ff. und Geschichte der Habsburger 38 ff. in überzeugender Weise dargethan, dass im oberen Elsass und im südlichen Baden — wahrscheinlich in Schwaben überhaupt — die Steuererhebung nicht mit der Grafengewalt, sondern mit dem Besitze der niederen Gerichtsbarkeit im Zusammenhange stand, und dass gerade diese letztere dort die Grundlage zur Entwicklung der Territorialhoheit bildete; denn es gelang den schwäbischen Freien und sogar einzelnen Dienstmannengeschlechtern, begünstigt vom Königthume, nicht nur an ihren Rechten gegenüber den Grafen daselbst festzuhalten, sondern sogar die in ihrem Besitze befindliche Niedergerichtsbarkeit nach Sprengung der Grafschaftsverfassung zur Territorialgewalt auszubilden.

⁶³ ÖRG. 131.

und auch nach dieser Zeit wurde daran insoferne festgehalten, als in jenen Fällen, wo die Immunität zu Gunsten eines Reichsstiftes begehrt wurde, in den hierüber ausgestellten Urkunden dargethan wurde, dass der Herzog diese Nutzungen nicht kraft eigenen Rechtes beziehe, sondern vom Reiche zu Lehn trage.⁶⁴

Die Erträgnisse des Marchfutters wurden zur Verpflegung der Pferde des Herzogs und der von ihm zu erhaltenden unfreien Truppen verwendet. Über die Art der Einhebung lassen sich wenige Andeutungen finden. Der Marschall scheint zu diesem Zwecke eine Reihe von Unterbeamten gehabt zu haben, die er zu controlieren, denen er selbst gegebenenfalls zu Hilfe zu kommen hatte, wenn gegen die Einhebung der Abgabe größerer Widerstand geleistet wurde.⁶⁵ Späterhin beschäftigte er sich damit nicht mehr. Die Einsammlung des Marchfutters, beziehungsweise der an dessen Stelle getretenen Geldabgaben oblag den Finanzorganen des Fürsten. Der spezifische Charakter der Abgabe gieng verloren, sie wurde viel-

⁶⁴ Es ist daher der Unterschied in der Fassung der königlichen Urkunden ddo. 1189, Mai 18, Wien für Freising (D. et A. XXXI. 121) und ddo. 1217, Juni 14, Passau für Lilienfeld (MBR. 121 Reg. 147) zu beachten. In der ersteren, zu Gunsten eines reichsunmittelbaren geistlichen Fürsten ausgestellten, heisst es ausdrücklich, dass der Herzog auf seine Gerechtsame zu Gunsten des Reiches verzichtet habe und nunmehr der König dieselben dem Bischofe verleihe („maiestati nostre resignassent iusticiam, quam per dominicalia Frisingensis episcopii quondam ab imperio possederant in Austria, id est marhrecht et lantgeriht et burwerch, que specialiter ad usus ipsorum respiciebant“). Vgl. dazu auch noch die Exemtionsurkunde K. Friedrichs II. für Passau ddo. 1215, April 5, Augsburg (M. Boica XXX/1. 26). In der zweiten überlässt der Herzog selbst diese Einkünfte dem Kloster, und die königliche Urkunde erscheint nur als eine Bestätigung und Genehmigung der herzoglichen Verleihung.

⁶⁵ So lagen die Verhältnisse noch am Ausgange der Babenbergerzeit. Vgl. die Urkk. a. 1141 für Reichersberg, a. 1181 für das Schottenkloster und a. 1195 und 1212 für Göttweig. — Sehr bezeichnend ist es für die folgende Entwicklung, dass die Bestätigungsurkunde Albrechts I. ddo. 1287, Januar 15, Wien (D. et A. XVIII. 73) nicht mehr des Marschalles gedenkt, sondern die Worte enthält: „marchfüter, quod marstallum nostrum recipit“.

fach mit grundherrlichen und vogteilichen Lasten cumuliert^{65 a} und im 14. und 15. Jahrhunderte, soweit sie noch dem Landesfürsten zukam, wie andere Einnahmsquellen verpachtet oder zu Pfand gegeben.^{65 b}

Eine Reihe wichtiger Befugnisse ergaben sich für den Marschall während der Heerfahrt.⁶⁶ Er hatte für die Unterbringung der Leute, sei es bei Lagerung im Freien, sei es bei Einquartierung in Burgen oder anderen geschlossenen Orten zu sorgen,⁶⁷ und wurde zu diesem Zwecke dem Heere vorausgeschickt, um einen geeigneten Platz ausfindig zu machen. Ihm war aber auch die Sorge für den Tross überwiesen, und ebenso hatte er die Herbeischaffung des erforderlichen Proviantes für Mann und Pferd zu überwachen.⁶⁸ Naturgemäß

^{65 a} Dies ist bei Göttweig schon unter Friedrich II. der Fall gewesen (Urk. ddo. 1232, März 3, Neuberg, a. a. O. 296). In dieser werden die Landpfennige in eine Haferabgabe verwandelt, welche alsbald mit dem Vogthafer und dem eigentlichen Marchfutter zu einer einheitlichen Abgabe verschmolz. Vgl. z. B. die Rationarien, dann die Urkk. ddo. 1354, Februar 5, Wien, Hft. 15 Fol. 13 und die Urkk. ddo. 1374 und 1379, Wien, Hft. 407 neu, Fol. 59a und 91a im StA.

^{65 b} Zahlreiche Urkunden in den beiden eben erwähnten Handschriften des StA.

⁶⁶ Namentlich die Otakarische Reimchronik schildert uns die Thätigkeit des Marschalls im Kriege in anschaulicher Weise. Vgl. im allgemeinen Baltzer 96 ff. und Jähns I. 590.

⁶⁷ Auf dem Zuge Otakars nach Krain (1270) war Ulrich von Liechtenstein Marschall; der König befahl ihm, dass er das Heer bewahre. Otakars Reimchronik MG. DChr. V/1 10553 ff. erzählt uns dabei über die Lagerung vor Laibach:

dô er zuo kom geriten,
als der marschalch hiez.
ieglichs banier man stiez,
dâ sîn herberge solde sîn.

⁶⁸ Vor der Schlacht von Kroissenbrunn kam es zum Abschlusse eines kurzen Waffenstillstandes, damit die Ungarn die March übersetzen konnten. Das aus verschiedenen Ländern zusammengestellte Heer des Böhmenkönigs zog sich daher etwas zurück, und dabei denkt der Reimchronist der Thätigkeit des Marschalls mit den Worten:

und daz für rite mit den wegen
iegliches herren marschalch.

MG. DChr. V/1 7113 ff.

verband sich mit diesen Pflichten die Aufgabe, im Lager und überhaupt im Heere Ordnung und Disciplin aufrecht zu erhalten,⁶⁹ und den mittelalterlichen Verhältnissen entsprechend erlangte er, der ohnehin schon als Hausbeamter eine Disciplinargewalt über die zu seinem Amte gehörigen Personen besaß, auf diesem Wege eine gewisse Gerichtsbarkeit in Sachen des Krieges überhaupt.⁷⁰ In der Schlacht selbst stand er seinem Herrn unmittelbar zu Seite und trug, wenn nicht im einzelnen Fall jemand anderer dazu auserkoren war, das Banner des Fürsten, um welches sich die gesamte Ritterschaft sammelte.⁷¹ Nach beendetem Kampfe übernahm er

⁶⁹ Vgl. dazu die Jurisdictionsbefugnisse des königlichen Marschalls auf Grund der *lex pacis castrens* a. 1158, Juli Weiland I. 239. — Als Otakar gegen die heidnischen Preußen zu Felde zog, gab er seinen Hilfstruppen aus Steiermark den Liechtensteiner, jenen aus Österreich hingegen den alten Pergauer (Haslauer) als Marschall bei, und der Reimchronist erzählt uns darüber:

von Stîre er den rotten
von Liechtenstein hern Otten
vesticlich enphalch,
daz er wær ir marschalch,
sô daz er sie ûf den wegen
hiet in huote und in phlegen.

a. a. O. 9656 ff. Eine äußerst vielseitige Thätigkeit entfaltete Hermann von Landenberg in den Kämpfen gegen die Güssinger ebend. 25166 ff., 29954 ff., 30084 ff.

⁷⁰ Außer den in Note 69. erwähnten Belegstellen vgl. noch ÖLR. II. 55.

⁷¹ Die freien Herren und Ministerialen, welche dem landesfürstlichen Heerbanne eigene Contingente zuführten, hatten eigene Banner und scharten sich mit denselben um die Fahne des Herzogs. Bei der großen Bedeutung, welche dem herzoglichen Banner während des Feldzuges zukam, ist es begreiflich, dass diese Auszeichnung nur einem sehr angesehenen und verlässlichen Großen fallweise zuerkannt wurde. — Der Marschall, der als unmittelbarer Begleiter, als Anführer des berittenen Gefolges seinen Herrn in der Führung des Commandos unterstützte, eignete sich ganz vorzüglich zur Durchführung dieser verantwortungsvollen Aufgabe, so dass diese Function späterhin schlechterdings als eine Pertinenz des Amtes aufgefasst wurde. Schon das lateinische Gedicht, welches an der Spitze des „*liber foundationum*“ steht und dessen Entstehung nach

die Kriegsgefangenen und behielt dieselben bis zur Auslösung solange in seiner Verwahrung, bis anderweitige Anordnungen vom Herzoge getroffen wurden.⁷² Bei kleineren Unternehmungen wurde er nicht selten mit dem Oberbefehle über den Heerbann betraut.⁷³

Als Anführer des seinem Herrn unbedingt zur Verfügung stehenden Gefolges war er aber auch das geeignetste Organ, gerichtliche Urtheile oder sonstige Befehle desselben nöthigen-

M. Tangl's Studien im AÖG. LXXVI. 304 ff. in die vierte Dekade des 13. Jahrhunderts fällt, legte besonderen Wert darauf, dass Azzo, der Stammvater der Kuenringer, mit dem Landesbanner in der Hand den Sieg über die Böhmen und Ungarn erfocht. Dagegen brachten die daselbst aufgenommene prosaische Erzählung und die deutsche Reimchronik, welche beide in die erste Hälfte des 14. Jahrhunderts gehören, die dem Azzo zugeschriebenen Functionen bereits mit seiner angeblichen Würde als Marschall in Zusammenhang. Auch der Verfasser des Prologes zum St. Bernharder-Stiftungsbuche, der allerdings die Siege nur vom Hörensagen kannte, machte die Übergabe der Landesfahne zum Mittelpunkte jener Schilderung, welche er uns von der Verleihung des Marschallamtes an den ersten Meissauer gab, D. et A. VI. 146 ff. und Hoffer a. a. O. 29 ff. — In der Schlacht bei Göllheim trug Herzog Albrechts Hofmarschall Ulrich Prueschenk, in der Schlacht bei Mühl-dorf K. Friedrichs Hofmarschall Dietrich von Pilichsdorf das Panier des Landes Österreich. Vgl. auch die in Note 94 erwähnte Zusammenstellung. Auch andere Personen wurden vorübergehend mit diesem Amte betraut. So führte in der Schlacht am Weidenbache der alte Haslauer das Banner Österreichs, und ein Liechtenstein hob es empor, als es der Hand des Hundertjährigen entsank. Unter Otakar bestand sogar vorübergehend ein eigenes Banneramt, welches Graf Otto von Hardegg bekleidete. Als signifer Austriae führte er ein Siegel, welches ihn zu Pferde mit der österreichischen Landesfahne in der Rechten darstellte; jedoch erst unter K. Friedrich IV. wurde ein eigenes Erbpanieramt geschaffen und dem Georg von Volkersdorf verliehen. v. Sava 54. v. Wurmbrand 341.

⁷² MG. DChr. V/2. 58026 ff.

⁷³ So z. B. Hermann von Landenberg in der Fehde gegen Yban (1285) a. a. O. 25070 ff., gegen die aufständischen Steirer (1292), wobei ihm allerdings der Herzog zuhülfe kommen musste 56396 ff., gegen den Grafen von Heunburg (1292) 62974 ff., gegen Andreas von Ungarn (1299) 74507 ff. und Continuatio Vindob. MG. SS. IX. 721 Z. 41 ff., endlich bei Eroberung der Burg Mauternberg (1301) DChr. V/2 78787 ff.

falls mit Waffengewalt zu vollziehen.⁷⁴ Ja er bekleidete alsbald die Functionen eines obersten Executivbeamten des Landesfürsten und hatte in dieser Eigenschaft seinen Herrn in der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Innern des Landes zu unterstützen und namentlich gegen Landfriedensbrecher vorzugehen.^{74a} Von selbst ergab diese Seite

⁷⁴ Er nahm Pfändungen im Auftrage seines Herrn vor und vollzog die von letzterem gefällten Urtheile, Rauch SS. I. 306, 333 und 366, MG. DChr. V/1. 11447 ff.

^{74a} ÖLR. II. 57 und 61. Die Litteratur über das österreichische Landrecht findet sich in übersichtlicher Zusammenstellung bei Dopsch AÖG. LXXIX. 1 ff. — Nachdem v. Meiller WrSB. XXI. 137 ff. zuerst richtig erkannt hatte, dass wir die Handschriften des Landrechtes in zwei Gruppen zu scheiden haben, legte Siegel WrSB. XXXV. 109 ff. in unanfechtbarer Weise dar, dass es sich dabei um zwei in formeller Beziehung ganz verschiedene Urkunden handle, und verwies die erstere, die eine einfache Aufzeichnung des Rechtes, wie es zu einer bestimmten Zeit galt, sein sollte, aus einer Reihe von Gründen in den Anfang des Jahres 1237. Fast von allen späteren Forschern wurde die von Siegel für LR. I. gegebene Zeitbestimmung angenommen; nur Hasenöhrle AÖG. XXXVI. 291 ff. und Landrecht 24 ff. glaubte dem Landfrieden des Jahres 1276 auch noch vor LR. I. die Priorität einräumen zu sollen. Neuestens hat übrigens auch v. Zallinger anlässlich der Untersuchungen über das Frageverfahren in Österreich (Landschädliche Leute 86 Note 2) diese Frage selbst für LR. I. als eine offene erklärt und eine Darlegung der Gründe, aus welchen er die Beweisführung Siegel's für das Jahr 1237 nicht als zwingend anzuerkennen vermag, in Aussicht gestellt. — Bei LR. II. ist neben der Datierung auch noch der Charakter der Rechtsaufzeichnung ein bestrittener. Siegel betrachtete LR. II. als den Entwurf zu einer Landesordnung, welche der Kaiser auf Grund der ihm von den Ständen vorgelegten Rechtsaufzeichnung (LR. I.) ausarbeiten ließ, die aber niemals Brief und Siegel erhalten hatte. Wenn wir von Hasenöhrle's Argumentationen absehen, so hat sich namentlich v. Luschin gegen diese Auffassung gewendet und LR. II. als das Ergebnis von Berathungen erklärt, welche die Landherren im Jahre 1298 unter Berücksichtigung der von ihnen schon auf dem Tage zu Triebensee gestellten Forderungen gepflogen hatten, als K. Albrecht sie zur Revision ihrer Rechte angeregt hatte, ohne dass diese Zusammenstellung jemals Rechtskraft erlangt hätte, Landrecht 32 ff.

Gegen beide Auffassungen ist Dopsch a. a. O. aufgetreten und hat den Versuch gemacht, LR. II. als eine von K. Otakar im Jahre

seiner Stellung alsbald eine Ingerenz auf die Verwaltung des Landes Österreich überhaupt und ein gewisses Aufsichtsrecht über die localen Verwaltungsorgane daselbst.

Noch in die markgräflische Zeit reicht die Erwähnung dieses wichtigen Hofamtes zurück.⁷⁵ Seit Heinrich Jasomirgott werden uns bestimmte, der österreichischen Ministerialität angehörige Personen im Besitze desselben genannt, und zwar zuerst Otto, dann in der Zeit von 1177—1197 Albero und in den Jahren 1200—1203 Dietmarus, wobei jedoch über die Familienzugehörigkeit dieser Personen jegliche Andeutung fehlt.⁷⁶ Unter Leopold VI., etwa seit 1207, erwähnen die Urkunden Ulrich Struno von Falkenstein als herzoglichen Marschall. Wie sein Vater,⁷⁷ der jedoch noch nicht im Besitze dieses Amtes nachweisbar ist, weilte er sehr häufig in der Umgebung des Herzogs und wirkte bei den

1266 erlassene Landesordnung hinzustellen, welche den Übermuth des Adels dämpfen, die Rechte desselben einschränken sollte, dann aber schon durch die Ereignisse des Jahres 1276 und den Rudolfinischen Landfrieden beseitigt wurde. Dieser letztgenannten Meinung haben sich seither Schroeder DRG. 649, Huber ÖRG. 30 Note 3 und Werunsky ÖRG. 71 ff., v. Schwind SchwD. 101 und die MG. Weiland II. 605 angeschlossen. Jene zwei Rechtshistoriker aber, welche schon vorher eingehende Studien über diese Frage angestellt haben, sind bei ihren Ansichten geblieben; vgl. Siegel DRG. 78 und v. Luschin ÖRG. 135 ff., insbesondere Note 3. Wird man die Frage daher noch immer als eine offene bezeichnen müssen, so bekenne ich gerne, dass ich auf Grund der für das Marschallamt benützten Quellen LR. II. jedenfalls in die erste Habsburgerzeit setzen und den beiden Landfrieden von 1276 und 1281 unbedingt die Priorität einräumen zu sollen glaube, wie ich auch bezüglich des Charakters und der Abfassungszeit dieses Rechtsdenkmales zu der von v. Luschin gegebenen Erklärung hinneige.

⁷⁵ Das älteste Beispiel hiefür bietet die Schenkungsurkunde Herzog Leopolds IV. für das Stift Reichersberg a. 1141, UBOE. II. 193.

⁷⁶ MBR. Anhang 317 und dazu D. et A. IV. Nr. 377 und 572.

⁷⁷ Dieser wird schon (1158—1167) in einer herzoglichen Urkunde erwähnt und erscheint seit 1178 häufiger als Zeuge. Noch bei seinen Lebzeiten bekleidete der Sohn das Marschallamt.

verschiedensten Angelegenheiten als Zeuge mit.⁷⁸ Aber es lässt sich doch nicht mit Sicherheit entscheiden, ob er die Functionen des Marschallamtes stets persönlich ausgeübt hat, sondern es hat den Anschein, dass er gleich seinen Amtsgenossen schon mehr als Rathgeber und Vertrauensmann des Fürsten zu gelten hat. Jedenfalls waren lehnrechtliche Grundsätze auch für das Marschallamt bereits in Übung, und die Umbildung zum Landeserbamnt vollzog sich, als Leopold VI. nach dem kinderlosen Tode des Marschalls von Falkenstein⁷⁹ diese Würde an Heinrich von Kuenring verlieh,⁸⁰ eine Persönlichkeit, welche sich bereits hervorragende Verdienste um Fürst und Vaterland erworben hatte und einem der mächtigsten Ministerialengeschlechter des Landes angehörte. Friedrich II. beließ dem Kuenringer dieses Amt, trotzdem er der eigentliche Führer in dem großen Aufstande des Jahres 1231 war. Nach seinem Tode bekleideten andere Mitglieder des kuenringischen Hauses die Würde eines „marschalcus Austriae“, und das Amt blieb trotz des Wechsels der Dynastie fortan ein erbliches Lehen dieser Familie.⁸¹

⁷⁸ MBR. 317; dazu die Urkk. a. 1213, 1217 und 1218 D. et A. III. 76, UBSt. II. 221 und 236.

⁷⁹ Der Name Falkenstein verschwindet völlig aus den Urkunden, die Burg stand späterhin im Besitze des Grafen Berthold von Maidburg, AÖG. II. 522. Das Rationarium Austriae ed. Chmel NB. V. 402 erwähnt Lehen, welche durch den Tod dieses Marschalls dem Herzog heimgefallen sind.

⁸⁰ Da er schon am Begräbnistage Leopolds VI. ein Marschallsiegel führte, so spricht dies dafür, dass ihm dieses Amt noch von Leopold VI. verliehen wurde, v. Sava a. a. O. 62. Aber es geschah dies jedenfalls erst nach dem Tode des Falkensteiners; denn das lateinische Gedicht am Beginne des Stiftungsbuches von Zwettl erwähnt, anknüpfend an die Ereignisse des Jahres 1226, Azzo noch nicht als Marschall, sondern nur als Heerführer. Tangl a. a. O. 306.

⁸¹ Auf Heinrich von Kuenring († 1233) folgte sein jüngerer Sohn gleichen Namens, da der ältere bereits im Besitze des Schenkenamtes stand. In der Zeit von 1233 bis 1239 wissen wir überhaupt nichts von dieser Familie. Später wird eine andere Linie dieses Hauses im Besitze der Schenkenwürde erwähnt, nämlich Albero und dessen

Eine fortdauernde persönliche Verrichtung der mit diesem Amte verknüpften Functionen, oder auch nur ein besonderer Antheil an der Verwaltung des Landes lässt sich unter Friedrich II. für die Träger dieses Erbamtes urkundlich nicht nachweisen. Die Kuenringer hielten sich ja, wie wir schon gehört haben, während dieser Zeit dem Hofleben nahezu vollständig ferne.

Anders war dies am Beginne der Regierung Otakars. Die Beziehungen zwischen dem neuen Landesherrn und diesem so mächtigen Ministerialengeschlechte waren besonders nahe, weil Otakar ihm vorzugsweise die günstige Aufnahme im Lande zu verdanken hatte. Er beließ Heinrich von Kuenring nicht nur im Besitze des Erbamtes, sondern zeichnete ihn auch noch durch Verleihung der Würde eines Suppanus aus. In den ersten zehn Jahren der böhmischen Herrschaft weilte dieser Marschall sehr oft in der Umgebung des Königs^{81a} und nahm auch an der Verwaltung des Landes Österreich einen bedeutenden Antheil. Sobald aber Otakar, gestützt auf die erlangte Machstellung im Lande, seine Politik dem österreichischen Adel gegenüber änderte, zog sich auch der Kuenringer ganz vom politischen Leben zurück; denn nur einmal wird er nach dem Jahre 1265 noch in der Umgebung des Königs genannt (1269), und den Marschallstitel hat er seit 1262 ganz abgelegt.⁸²

Descendenz, das Marschallamt hingegen gieng auf den schon erwähnten Hadmar über (ddo. 1248, März 22, Wien UBNÖ. I. 58, ddo. 1249, April 30 D. et A. XXXI. 152). Nach seinem Tode vererbte es sich, da er keine Söhne hinterließ, auf Albero, der auch das Schenkenamt bekleidete; Otakar übertrug es jedoch späterhin auf dessen jüngeren Bruder Heinrich, Friess a.a.O. 168.

^{81a} Friess Reg. 254 und 257 (1252), 261 (1253), 271 (1256), 283 (1259), 287 (1262), 292 (1264), 293 und 1035 (1265), 298 (1269).

⁸² Urk. a. 1262 D. et A. XI. 154; vgl. dazu die Regesten von Friess Nr. 291 (1263), 292 (1264), 293 und 1035 (1265), 296, 297 und 298 (1269), 301 bis 306 (1270), 308 (1271), 317 und 319 (1276), 327, 1044 und 1045 (1277), 330 (1278), in welchen er nirgends mehr als Marschall genannt wird.

Gleichwie wir schon in den Urkunden der Babenberger⁸³ Personen angedeutet fanden, welche an Stelle der Erbmarschälle den eigentlichen Marschallsdienst verrichtet haben, so dürfte nach dieser Richtung hin auch die Stellung zu beurtheilen sein, welche Chadold von Wehingen⁸⁴ und Otto von Haslau⁸⁵ in den Sechzigerjahren des 13. Jahrhunderts in Österreich bekleideten.

Ein bedeutender Wirkungskreis war Heinrich dem Jüngeren von Kuenring noch bei Lebzeiten seines Vaters zugedacht. Denn Otakar verlieh ihm zu dieser Zeit nicht nur das Marschallamt in Österreich,⁸⁶ sondern bekleidete ihn auch

⁸³ So wird der österreichische Ministeriale Heinrich von Hackingen im Jahre 1217 öfters als Marschall genannt. Welches Bewandtnis es jedoch mit dem 1194 erwähnten Marschall Chalhohus und dem in den Jahren 1219, 1228 und 1240 vorkommenden Marschall Chunradus hatte, lässt sich nicht feststellen. In keinem Falle gehörte der im Gefolge Friedrichs II. öfter erwähnte Marschall Berthold von Treuna zum österreichischen Ministerialenstande, geschweige denn wie MBR. 327 und auch Werthner im Monatsblatte des „Adler“ 1892, 61 annehmen, zur Familie Traun. Er war vielmehr ein allerdings auch in Österreich bei Baden (D. et A. XI. 125) begüterter steirischer Adeliger, der, weil seine Burg Treuna bei Pettau nahe der ungarischen Grenze lag, auch mit diesem Nachbarlande Beziehungen unterhielt (Wenzel, Árp. uj. okm. XI. 463 und D. et A. I. 36).

⁸⁴ Urkk. ddo. 1266, März 16, Eggenburg D. et A. XXI. 15 und ddo. 1267, November 14, Wien AÖG. II. 190. Das Original im StA. trägt zwei Siegel. Jenes des Marschalls von Wehingen reiht sich den bereits in Note 37 beschriebenen Siegeln der Erbbeamten an. Es zeigt uns dessen Porträt zu Pferde mit einer Keule in der rechten Hand und trägt die Umschrift: „S. Kadoldi marschalci Austriae“.

⁸⁵ Urkk. ddo. 1271, Juni 12, Wien, D. et A. XVIII. 62.

⁸⁶ Als solcher wird er seit 1274 bald unter dem Titel „marschaleus Austriae“, bald „marschaleus per Austriam“ genannt. Ich glaube, dass wie bei den höheren Landrichtern auch beim Marschallamte beide Formen für identisch zu halten sind. Die Besonderheit der Stellung des jüngeren Kuenringers lag darin, dass er, obwohl Träger des Erbamtes, an der Verwaltung Österreichs activen Antheil nahm, und das ihm verliehene Capitaneat enthielt dann nur mehr eine Perfection der ihm ohnedies schon als Marschall zustehenden Functionen, dahingehend, dass er als Stellvertreter des abwesenden Königs die

vorübergehend mit der Würde eines „capitaneus Austriae“, ⁸⁷ mit einem Amte, welches schon einer seiner Ahnen unter Herzog Leopold VI. besessen hatte, und dem vorzugsweise militärische Bedeutung innewohnte. Der König entschloss sich zur Einsetzung eines Landeshauptmannes in Österreich, als es ihm galt, den Entscheidungskampf gegen den neugewählten deutschen König aufzunehmen, und er wollte zweifelsohne sich dadurch die Mitwirkung des österreichischen Adels sichern, an dessen Spitze die Kuenringer standen. Allein Heinrich war nicht im Stande, dem vordringenden Reichsoberhaupte erfolgreich entgegenzutreten; das ganze Land, selbst die Stadt Wien, erklärten sich für Rudolf, und so konnte auch er nichts anderes thun, als sich dem neuen Herrn des Landes unterwerfen. Dieser beließ ihn im Besitze des Erbmarschallamtes in Österreich und seiner Güter. ^{87a} Beides wurde ihm jedoch späterhin genommen, als eine von ihm unter dem Adel des Landes gegen den rechtmäßigen Herrn geplante, hochverrätherische Verbindung aufgedeckt wurde. ^{87b} Als erbliche Landeswürde verlieh K. Rudolf I. das Marschallamt nach der denkwürdigen Schlacht am Weidenbache (26. August 1278) an Stephan von Meissau, ⁸⁸ und es blieb

Verwaltung in Österreich leiten sollte. Vgl. dazu Friess, Die Kuenringer 169, dem gegenüber ich den in der Urkunde ddo. 1274, September 1, Sunnberg (D. et A. III. 344) als Zeuge und Siegler genannten Marschall für eine und dieselbe Person halte, so dass sich keinerlei weitere Anhaltspunkte dafür finden lassen, dass der ältere Heinrich zu dieser Zeit noch das Erbamt besaß. Vgl. dazu auch die Urkk. ddo. 1277, Juni 23, Zwettl, D. et A. VI. 155.

⁸⁷ Vgl. die Regesten bei Friess a. a. O. Nr. 316 und 319, dazu die Urkk. ddo. 1275, December 11, Wien im Schottenkloster, Duellius 56 und 57, v. Pettenegg Reg. Nr. 513 und 514.

^{87a} Friess a. a. O. Reg. Nr. 1044 und 1045 etc.

^{87b} Friess a. a. O. 176. Der Verlust des Amtes trat zwischen dem 18. April und dem 12. August 1278 ein.

⁸⁸ Der Zeitpunkt der Verleihung steht allerdings nicht ganz außer Zweifel, denn die Cont. Claustro-neoburg. (MG. SS. IX. 746 Z. 8) gedenkt dieses Ereignisses in der unbestimmten Form: „quem accedens ad hunc conflictum marscaleum regni et Austriae constituerat.“ Der

von da ab im Besitze dieses Hauses bis zum Erlöschen des Mannsstammes der Familie.⁸⁹

Von dem bedeutenden Wirkungskreise des Marschallamtes behielt der Erbmarschall unter den Habsburgern nur die repräsentative Seite. Bei gewissen feierlichen Gelegen-

Prolog zum Stiftungsbuche von St. Bernhard hingegen gibt an, dass die Ernennung schon am Vorabende der Schlacht erfolgt sei. Die Glaubwürdigkeit dieser letzteren Quelle hat bereits Hoffer 29 ff. in Frage gestellt, und wenn wir weiter in Erwägung ziehen, dass auch der Reimchronist, der doch die Verhältnisse in so ausführlicher Weise schilderte, einer derartigen Ehrung des Meissauers keinerlei Erwähnung thut, uns vielmehr zwei andere Helden als Bannerträger während dieser Schlacht nennt, so dürfte es wohl richtiger sein, dass die Verleihung des Marschallamtes erst nach der Schlacht erfolgt sei, als Belohnung für die großen Verdienste, welche Stephan von Meissau sich während des ganzen Feldzuges erworben hatte. Vgl. dazu Pölzl, Die Herren von Meissau in BINÖ. 1880. 11 Note 5. Als Marschall von Österreich wird Stephan von Meissau meines Wissens zum erstenmale in der Urkunde Rudolfs I. für Zwettl erwähnt, ddo. 1279, Mai 12, Wien (D. et A. III. 202 und Pölzl a. a. O. 12 Note 1).

⁸⁹ Nach dem Tode Stephans I. (1316) bekleidete sein Sohn Ulrich I. diese Würde (1316—1326); ihm folgte dessen ältester Sohn Stephan II. (1327—1365). Von diesem gieng das Amt auf dessen jüngere Brüder, zunächst auf Bernhard (1366—1380), dann auf Konrad (1381—1396) über, da der älteste Sohn Stephans II. schon seit 1356 im Besitze des durch den Tod des letzten Kuenringers von Dürnstein erledigten Schenkenamtes stand, v. Ludewig IV. 285. Konrad vererbte das Marschallamt auf seinen ältesten Sohn Ulrich III. (1381—1406) und dieser, da er keine männlichen Nachkommen hatte, auf seinen jüngeren Bruder Otto IV. (1406—1440). Als letzter des Meissauischen Mannsstammes vermachte Otto IV. mit Zustimmung seines Lehnherrn dieses Amt an Reinprecht von Walsee, und Friedrich IV. belehnte ihn durch die Urkunde ddo. 1440, December 19, mit dieser Landeswürde (Chmel, Reg. Frid. Nr. 184, Copie im Registratursbuche K. Friedrichs IV., Hft. 14109, fol. 71^b HofB. Wien). Nachdem auch diese Familie (1483) im Mannesstamme erloschen war, verlieh K. Friedrich IV. das Erbmarschallamt in Österreich an den Grafen Georg von Schaunberg, welchem es dessen Oheim Reinprecht, der letzte männliche

heiten⁹⁰ verrichtete er die herkömmlichen symbolischen Dienste um die Person des Landesfürsten, im übrigen bildete das Amt lediglich eine Quelle besonderer Ehrenvorzüge⁹¹ und Nutzungsrechte.⁹² Wo die Erbmarschälle, und dies gilt ganz allgemein

Nachkomme des Hauses Walsee, auf den Todesfall verschrieben hatte (Urkk. ddo. 1483, März 13 und 1489, December 13, Linz WrD. XII. 344 Reg. 1106 und 347 Reg. 1136).

⁹⁰ Den ersten Platz unter den Hoffestlichkeiten nahm die Erbhuldigung ein. Es war dies jener Act, durch welchen die Stände als Organ des Landes dem neuen Fürsten den Eid der Treue leisteten, wobei gleichzeitig die Rechte und Freiheiten des Landes bestätigt, die Lehenerneuerung vorgenommen wurde. Bei dieser Feier dienten die obersten Amtleute dem Fürsten nach altem Herkommen, jeglicher mit den Abzeichen seiner Würde (Urkk. a. 1192, Graz, UBSt. II. 17, ddo. 1358, November 20, Wien Steyerer add. 274, MG. DChr. V/2 74090ff.). — Auch wenn der Herzog an den Hof des Königs zog, sowie bei der Leichenfeier nach einem verstorbenen Fürsten hatten die Erbbeamten zu intervenieren (SchwD. 21, Z. 31 und Kurz, K. Albrecht II., II. 333).

⁹¹ Unter den am Hofe sich aufhaltenden Personen gebürte den Landeserbbeamten ein hervorragender Platz, v. Wurmbrand 266 und 348ff. Ebenso wurde im Siegel- und Titelwesen der schon unter den letzten Babenbergern begonnene äußere Prunk eine Zeitlang noch fortgesetzt. Zum Unterschiede von den eigentlichen Hofbeamten wurden die Erbbeamten in der Folge meist als „oberste Amtleute“ bezeichnet. Beim Marschallamt findet sich der Beisatz: oberster (summus, superior) erst unter Ulrich I. von Meissau; und dürften die Urkk. ddo. 1319, Juni 3, Wien UBOE. V. 239 und Juli 25, Wien D. et A. XVI. 61 diesbezüglich so ziemlich die ältesten Beispiele sein. Früher war dies schon beim Truchsess- und Schenkenamte der Fall. Vgl. v. Wurmbrand a. a. O. 312, dann die Urkk. ddo. 1280, März 30, Melk und ddo. 1288, März 28, Dürnstein Hueber 28 und 30; ddo. 1286, Juli 21, Göttweih D. et A. VIII. 336; ddo. 1299, November 27 und December 1, Friess a. a. O. Reg. 508 und 509 etc.

⁹² Über Nutzungsrechte, welche dem obersten Marschalle zustanden, erfahren wir einiges aus der in Note 94 erwähnten Zusammenstellung. Einzelne Prälaten hatten ihm jährlich Pelze und Filzschuhe zu überreichen. Diese eigenthümlichen Abgaben, über deren Sinn jegliche Andeutung fehlt, wurden im 14. Jahrhunderte zuweilen in Geld entrichtet. Vgl. darüber die Rechnungsbücher des Stiftes Klosterneuburg aus den Jahren 1374 und 1377 im D. et A. XXVIII. 278 und 281, sowie

von den Erbbeamten, in der Folge an der Verwaltung des Landes theilnahmen, geschah dies abgesehen von ihrer Thätigkeit als Mitglieder der ständischen Partei nur mehr dann, wenn sie der Fürst zu seinen Vertrauenspersonen anerkor.⁹³ Darnach war das Leben einzelner innig mit der Geschichte des Landes verknüpft, während andere Erbbeamte im öffentlichen Leben gar nicht mehr in den Vordergrund traten.

Unter der Regierungszeit Herzog Albrechts V. wurde eine Zusammenstellung der dem obersten Marschall in Österreich zukommenden Rechte und Pflichten verfasst.⁹⁴ Diese bezeichnete ihn vor allem als Bannerträger des Herzogthums und wies ihm eine Reihe wichtiger, namentlich militärischer Functionen zu; aber man verfolgte damit zweifelsohne nur den Zweck, dem Meissauer, der wegen politischer Umtriebe angeklagt worden war, eine große Zahl von Unterlassungsünden nachweisen zu können. Denn wie bereits hervorgehoben wurde, lässt sich schon für die Vorgänger Ottos IV. in diesem Erbamte zeigen, dass viele dieser Pflichten für die Erbmarschälle keinerlei praktische Geltung mehr hatten, vielmehr von jenen Organen geübt wurden, welche im übrigen die Functionen des alten Marschallamtes übernommen hatten.

Kirchliche Topographie V. 14 und BINÖ. 1875. 120. Worin sonst die gewiss nicht unbedeutenden Nutzungen dieses Amtes bestanden, ist uns unbekannt. Die Erträgnisse aus dem Marchfutter blieben dem Landesfürsten.

⁹³ So war z. B. Stephan I. von Meissau Mitglied jenes geschworenen Rathes, den König Rudolf seinem Sohne aus den Landherren beigab, Urkk. ddo. 1281, Mai 1, Wien SchwD. 123 etc., Seifried Helbling V. 63 ff., 90 ff., Otakars Reimchronik MG. DChr. V/1 23010 ff. — Während sein Sohn Ulrich I. im öffentlichen Leben gar nicht hervortrat, bekleideten in der Folge Haidenreich, Bernhard und Otto IV. von Meissau neben ihren Erbämtern verschiedene Ämter, vorübergehend auch die Würde eines Landmarschalles.

⁹⁴ Kurz, K. Albrecht II., II. 332. — Vgl. dazu ebend. 150 ff., dann Pölzl, Der letzte Meissauer, im Jahresberichte der Wiedner Comm.-Oberrealschule, Wien 1879.

Im Lehnbesitze bestimmter Familien des hohen Adels stehend, haben die Erbämter⁹⁵ das Mittelalter überdauert und sich als Ehrenstellen unter der Bezeichnung von „obersten Erblandwürden“ bis zum heutigen Tage erhalten. Die eigenartige Natur derselben, insbesondere der Umstand, dass die damit verbundenen Dienste persönlich verrichtet werden mussten, hob diese Ämter auch weiterhin von den übrigen Lehen ab.

Eine Succession der weiblichen Verwandten war während des ganzen Mittelalters vollständig ausgeschlossen, beim Aussterben der männlichen Linie fiel das Erbamt daher an den Landesherrn als erledigtes Lehn zurück.⁹⁶ Innerhalb der männlichen Verwandten vererbten sich dieselben als ein untheilbares Ganzes im Wege der Individualsuccession vom Vater in der Regel auf dessen ältesten Sohn,⁹⁷ beim Mangel geeigneter⁹⁸ Descendenten auf die Seitenlinie, sofern den

⁹⁵ Rudolf IV. schuf dazu noch das oberste Jägermeisteramt (Steyerer a.a.O. 274) und spätere Fürsten, namentlich K. Friedrich IV. und Ferdinand I. vermehrten die Zahl dieser Erbämter um ein Bedeutendes. Unter Friedrich IV. wurde nicht nur das Amt eines Bannerträgers von Österreich restituirt (v. Wurmb a.a.O. 341), sondern auch für Krain und die windische Mark eigene Erblandwürden geschaffen. Vgl. dazu Chmel, Reg. Frid. 3962 und Birk im AÖG. X. 390, Nr. 603 und 405, Nr. 706.

⁹⁶ So schon die Reichssentenz ddo. 1230, September 17, Nürnberg Weiland II. 412.

⁹⁷ Das Marschallamt gieng z. B. nach dem Tode Ulrichs I. von Meissau nur auf dessen erstgeborenen Sohn Stephan II. über, ebenso nach Konrads Tode (1396) zuerst nur auf Ulrich III., und erst nach seinem kinderlosen Tode auf Otto IV.

⁹⁸ Der Sohn musste das vogtbare Alter schon erreicht haben, sonst wurde der jüngere Bruder des letzten Inhabers damit belehnt. So wurde z. B. 1325 Reinprecht II. von Ebersdorf mit dem Erbkämmereramt belehnt, da der Sohn Rudolfs I. noch zu jung war. Wenn nicht eine Gesamtbelehnung erfolgt war, so konnte der einzelne Inhaber in Ermanglung von geeigneten Descendenten das Amt an Seitenverwandte von Todeswegen übertragen, jedoch bedurfte es der Zustimmung des Lehnherrn. Vgl. die Urk. ddo. 1356, Juli 26, Wien über die Belehnung der Meissauer mit dem österreichischen Erbschenkenamte bei v. Ludewig IV. 285. Mit Rücksicht auf L. Reg. III. 1880 und 1881

Collateralen aus einer etwa vorgenommenen Gesamtbeleihnung ein Anspruch zukam.⁹⁹

Eine Veräußerung des Amtes mit Zustimmung des Lehnherrn war statthaft,¹⁰⁰ dagegen jede Weiterverleihung mit Rücksicht auf den persönlichen Charakter des ganzen Verhältnisses von vorneherein ausgeschlossen. Mit Zustimmung des Landesfürsten konnte der letzte männliche Sprosse unter Lebenden oder von Todeswegen das Amt an eine andere zur Übernahme desselben qualifizierte Person übertragen.¹⁰¹ Derartige Veräußerungen waren jedoch nur zulässig an Mitglieder des einheimischen hohen Adels, und zwar sollte die Familie der Ministerialität angehören.¹⁰²

Endlich war mit Rücksicht auf die Verpflichtung, gewisse Ehrendienste persönlich darzubringen, eine dauernde

ist in der Datumszeile bei v. Ludewig „Eritag“ statt „Fritag“ zu lesen und auch bei L. Reg. III. 1882 das Datum zu berichtigen.

⁹⁹ Innerhalb einer *communi manu* mit einem Erbamte belehnten Familie konnte mit Zustimmung des Lehnherrn eine eigene Successionsordnung normiert werden, wobei nur an dem Principe der Individualsuccession festgehalten werden musste. Einen solchen Vertrag schloss z. B. Hans von Ebersdorf mit seinen Vettern. Trotz der Lehngemeinschaft sollte auf Grund desselben immer der Ältere der Familie, der dazu tauglich war, das oberste Kämmereramt als herzogliches Lehn besitzen. Herzog Albrecht V. bestätigte diesen Vertrag als Lehnherr ddo. 1431, Juli 10, Korneuburg (Original im StA., L. Reg. V. 3005). Vgl. dazu noch ebend. VI. 1982 und 1983; Chmel, Reg. Frid. 228 und Mat. II. 50. In der Folge nannten sich auch jüngere Mitglieder der Familie Erbkämmerer von Österreich, dagegen führte den Titel „oberster Kämmerer“ immer nur derjenige, welcher zugleich Inhaber des Amtes war.

¹⁰⁰ Wulfing von Gerlos verkaufte a. 1298 das österreichische Kämmereramt (*officium camerae Austriae*), welches er von Herzog Albrecht I. zu Lehn trug, mit dessen Zustimmung um 2000 Pfund Wiener Münze an Chalhoch von Ebersdorf, v. Wurmbrand a. a. O. 279.

¹⁰¹ Für das Marschallamt in Österreich vgl. Pölzl a. a. O. 1881. 64 Reg. 25 und 26, L. Reg. V. 850, VI. 157, WrD. XII. 344 Reg. 1106, 347 Reg. 1136; für andere Erbämter Chmel, Reg. Frid. 7578, 7797, 8148.

¹⁰² Davon wurde zum erstenmale abgegangen, als 1489 die Schaunberge als Erben der Walseer das oberste Marschallamt in Österreich erhielten.

Cumulierung mehrerer Erbämter in einer Hand im allgemeinen ausgeschlossen.¹⁰³

¹⁰³ Aus diesem Grunde wurden schon im 13. Jahrhunderte im Hause der Kuenringer die beiden Erbämter in der Regel getrennt verwaltet. Ebenso gieng nach dem Tode Stephans II. von Meissau (1365) das Erbmarschallamt nicht auf dessen ältesten Sohn Haidenreich über, da derselbe bereits mit dem Erbschenkenamte belehnt war (Urk. ddo. 1356, Juli 26, Wien, v. Ludewig IV. 285), sondern als Erbmarschall folgte Stephans II. jüngerer Bruder Bernhard. In der Hand des letzten Meissauers blieben allerdings beide Ämter vereinigt, die Vergabung derselben erfolgte jedoch getrennt, und es fiel das Marschallamt an die Walseer, das Schenkenamt an die Pottendorfer. Vgl. oben Note 89 und die Urkunde für Georg von Pottendorf vom 31. Jänner 1441 im Registratsbuche K. Friedrichs IV. (1440—1142) Hft. 14109, fol. 104^a HofB. Wien.

II. Abschnitt.

Die Fortbildung des Marschallamtes zu einem Hof- und zu einem Landmarschallamte.

Es ist v. Luschin's großes Verdienst gegenüber der vollkommenen Unklarheit und Verworrenheit, welche vorher über die Entwicklung des Marschallamtes geherrscht hatte,¹⁰⁴ in präziser Weise nachgewiesen zu haben, dass außer der repräsentativen Seite auch die übrigen Keime, welche im Marschallamte vorhanden waren, ihre Weiterentwicklung erfahren haben und aus dem Begriffe des alten Hofamtes ausgeschieden wurden, als dieses den Charakter einer erblichen Würde angenommen hatte. Indem diese eigenen, gleichfalls mit dem Marschallstitel ausgestatteten Organen übertragen wurden, kam es mit der fortschreitenden Spezialisierung des Arbeitsvertrages, insbesondere seit der Trennung des Hof- und Staatsdienstes zur Entstehung von zwei neuen selbstständigen Gebilden: dem Amte des Hofmarschalles einerseits, dem Landmarschallamte anderseits.¹⁰⁵

Eine genaue Prüfung des Urkundenmaterials zeigt uns, dass die von Luschin anlässlich der Einleitung zur Schilderung des landmarschallischen Gerichtes im Wirkungskreise des alten Marschallamtes angenommene Dreitheilung in

¹⁰⁴ Vgl. dazu beispielsweise v. Wurmbrand a. a. O. 289 ff., Kurz, K. Albrecht II., II. 152 Note b und auch noch Tangl im AÖG. XVIII. 237.

¹⁰⁵ v. Luschin GW. 84 ff.

der That unanfechtbar ist. Indem wir dieselbe infolgedessen zum Ausgangspunkte der weiteren Darstellung nehmen, handelt es sich, da wir uns mit dem Erbmarschall schon eingehend beschäftigt haben, darum, die Entwicklung der beiden anderen Seiten dieses Amtes näher ins Auge zu fassen und dabei insbesondere zu untersuchen, seit wann im Marschallamte diese Trennung nach hofdienstlichen und rein staatlichen Aufgaben als durchgeführt betrachtet werden darf.

Zu diesem Zwecke müssen wir uns mit den für die Verwaltung des Herzogthums Österreich geschaffenen Centralbehörden einigermaßen vertraut machen. Der persönliche Charakter der Regierung brachte es mit sich, dass vor allem die den Fürsten umgebenden Hofbeamten an der Centralstelle zu wirken berufen waren.¹⁰⁶ Schon wegen ihres ständigen

¹⁰⁶ Es war nur eine naturgemäße Entwicklung, dass die Centralbehörden aus der Hofverwaltung hervorgegangen sind. Schon für die fränkische Zeit lässt sich nachweisen, dass die wichtigsten Organe der Reichsverwaltung (Hausmeier, Pfalzgrafen, Referendare) Hofbeamte waren, und mit den Spitzen des Hofstaates pflegte sich der König auch über Reichsangelegenheiten zu berathen. Brunner DRG. II. 103, 106, 108 und 113. — Im deutschen Reiche waren zwar Kanzler und Pfalzgraf von jeder Beziehung zum Hofdienste gelöst; aber es ist bekannt, welchen bedeutenden Einfluss gerade die der Ministerialität entnommenen Hofbeamten unter den Staufern auf die Reichsregierung nahmen. — Die Hofmeister, welche wir seit K. Albrecht I. am königlichen Hofe nachweisen können, besorgten während der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts die Leitung der königlichen Hofhaltung; in der Folge jedoch verschob sich der Schwerpunkt für dieses Amt immer mehr auf das politische Gebiet, bis es schließlich unter Ruprecht zur Auftheilung des alten Amtsinhaltes an zwei selbständige Beamte kam und der Obersthofmeister dem neuen Haushofmeister die Leitung des königlichen Hauswesens abtreten musste. Seeliger a.a.O. 86. — Dass auch in den Territorien die Centralverwaltung an die Hofämter anknüpfte, dass daselbst Hofbeamte Jahrhunderte hindurch einen auch staatliche Geschäfte umfassenden Wirkungskreis besaßen und namentlich das ständige Personale des fürstlichen Rathes bildeten, lässt sich den verschiedenen über die Entwicklung der Territorialverwaltung handelnden Arbeiten entnehmen; vgl. für Baiern: Rosenthal 239, für Trier: Lamprecht, Wirtschaftsleben I. 1426 ff., für Brandenburg: Isaacsohn I. 4 ff. und Bornhak I. 57 ff.

Aufenthaltes am Hofe, wegen der vielen persönlichen Beziehungen zu ihrem Herrn gehörten sie in erster Linie zu jenen Vertrauenspersonen, mit welchen der Landesfürst die Fülle der stetig auftauchenden wichtigen Fragen zu besprechen pflegte. Aber auch mit der Ausführung staatlicher Aufgaben wurden sie betraut, und wie wir schon im vorhergehenden Abschnitte angedeutet haben, war unter ihnen namentlich der Marschall als unmittelbarer Executivbeamter des Herzogs in besonderem Maße dazu geschaffen und berufen, über den Rahmen der Hausverwaltung hinaus auch in der Verwaltung des Territoriums eine wichtige Rolle zu spielen.¹⁰⁷

Die Angliederung der Steiermark erfolgte unter Wahrung der vollen Selbständigkeit dieses Landes. Wie in Österreich führten die Babenberger auch in Steiermark zunächst durchaus in eigener Person die Regierung. Sie kamen häufig in das Land, saßen daselbst zu Gerichte und beriethen mit den steirischen Großen die wichtigsten Landesangelegenheiten.¹⁰⁸ Steirische Ministerialen verrichteten bei solchen Anlässen den Ehrendienst um die Person des Herzogs, häufig weilten die Inhaber der vier Hausämter aber auch am Hofe des Fürsten in Österreich.

Eine besondere Organisation erfuhr schon unter Leopold VI. das Kanzleiwesen, indem der Wirkungskreis der österreichischen Kanzlei auch auf steirische Angelegenheiten ausgedehnt, jedoch um dies zu ermöglichen, für eine genügende Vertretung steirischer Notare in dieser Kanzlei gesorgt wurde. Daneben blieb die seit den Tagen der Traungauer bestehende steirische Kanzlei als Landeskanzlei. Sie befasste sich aber, je mehr das eigentliche Beurkundungsgeschäft von den am Hofe befindlichen Notaren besorgt wurde, fast nur mehr mit der ihr seit jeher zukommenden Ober-

¹⁰⁷ Auch der Kämmerer hatte neben seinem Hofamte einen bestimmten Kreis staatlicher Agenden zu verrichten. Weniger eigneten sich zur Theilnahme an der Staatsverwaltung die Ämter des Schenken und des Truchsesses.

¹⁰⁸ Vgl. hiezu das Itinerar der Herzoge Leopold VI. und Friedrich II. bei MBR. und UBSt. II.

leitung des Landesfinanzwesens, soweit überhaupt eine Centralisation desselben schon vorhanden war, und so wurde der an ihrer Spitze stehende Beamte allmählich zum Centralorgan der Finanzverwaltung dieses Landes.¹⁰⁹

Mit dem persönlichen Regimente, welches der Herzog daselbst zu führen gewohnt war, gieng es auf die Länge der Zeit nicht mehr. Da er den größten Theil des Jahres

¹⁰⁹ Dass das Landschreiberamt aus der herzoglichen Kanzlei hervorgegangen ist, darauf weist schon die Bezeichnung *scriba* hin, welche zuerst in der Kanzlei, und zwar anscheinend in gleicher Bedeutung mit *notarius* gebraucht wurde. Noch späterhin kommt das Landschreiberamt als *officium notariatus* in den Urkunden vor (Urk. ddo. 1251, April 24 UBOE. III. 175, a. 1258, Enns D. et A. XXXIII. 61). In der Regel wurden dazu Geistliche verwendet, welche mit Pfarreien ausgestattet, nach längerer Erprobung mit *Canonicaten* oder anderen kirchlichen Würden ausgezeichnet wurden. Während der Chef der am herzoglichen Hofe befindlichen Kanzlei in der Regel als *Protonotar* bezeichnet wurde, kommt für den Leiter der steirischen Kanzlei seit 1222 der Name *scriba* vor, und zwar bekleidete zuerst Heinrich von Merin, der Sohn des in den Noten 110 und 111 erwähnten Reinbert von Mureck diese Würde („*scriba Styrie*“, Urk. ddo. 1222, Jänner 9, Graz UBSt. II. 278). Er gehörte dem geistlichen Stande an (ebend. 33 und 307), war späterhin Pfarrer von Gratwein (a. 1243, Graz ebend. 540) und wird als Landschreiber zum letztenmale am 18. December 1243 erwähnt (ebend. 542). Sein Gehilfe und späterer Nachfolger war Witigo. Zuerst als Notar und Pfarrer von St. Peter (bei Judenburg) erwähnt (Urk. a. 1241 und 1243, ebend. 512 und 529), bekleidete er etwa seit dem Jahre 1244 (Urk. ddo. 1244, April 26, Steinabrückl, ebend. 546) das Amt des Landschreibers zunächst unter Herzog Friedrich II., späterhin im Dienste der beiden Reichsverweser, und zwar zuerst unter Graf Otto von Eberstein, wobei er vorübergehend auch als *scriba Austriae* fungierte (Urk. a. 1247 D. et A. XXXI. 147, vgl. ddo. 1248, Jänner 20 Wichner II. 329), sodann nur auf Steiermark beschränkt unter Meinhard von Görz (Urk. ddo. 1250, Jänner 20, Graz Rauch ÖG. III., Anhang 15). Dann trat er in den Dienst des Herzogs Otakar (Urkk. a. 1252, Graz und ddo. 1253, Mai 16, Leoben Pusch-Fröhlich II. 22 und I. 325, vgl. UBOE. III. 199 und D. et A. I. 34), fungierte während der Ungarnherrschaft daselbst vorübergehend als steirischer Landschreiber (Urk. ddo. 1254, September 10, Feldkirchen Orig.-Reun, Copie im st. LA.), um sodann neuerdings im Dienste Otakars seine Tage als *scriba Anasi* zu beschließen. Strnadt 111. Vgl. dazu auch Lampel BlNÖ. XXI. 283 ff.

von Steiermark abwesend war, so ergab sich alsbald das Bedürfnis nach Einsetzung eines stellvertretenden Beamten, und diesem wurde in der Weise Rechnung getragen, dass der Herzog neben dem Landschreiber einen ständigen Vorsitzenden für die Landtaidinge an seinerstatt bestellte, der außerdem für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Lande zu sorgen, also neben richterlichen, auch polizeiliche und militärische Functionen an Stelle des abwesenden Herzogs auszuüben hatte.

Die erste Erwähnung eines solchen herzoglichen Stellvertreters fällt meines Wissens in das Jahr 1229, und zwar stand damals Reinbert von Mureck, ein steirischer Ministeriale an der Spitze der Verwaltung des Landes.¹¹⁰ Nachrichten aus den letzten Regierungsjahren Herzog Friedrichs II. bringen uns neue Kenntniss von derartigen als Stellvertretern des abwesenden Herzogs eingesetzten Beamten und deuten an, dass wir es wohl schon mit einer ständigen Einrichtung zu thun haben.¹¹¹

¹¹⁰ Urk. a. 1229, Marburg: „R[einbertus] de Mureke qui eo tempore gubernationi rei publice fuerat prestitutus“ UBSt. II. 361.

¹¹¹ In einer Urkunde (ca. 1240, Kraubat UBSt. II. 501) bezeichnete Graf Ulrich von Pfannberg, „qui auctoritate domini Friderici ducis iudicio in Styria presidemus“, den Reinbert von Mureck als einen seiner Amtsvorgänger („cum officio nostro fungeretur“) und erklärte, vom Herzoge beauftragt worden zu sein, den Propst von Seckau im Besitze jenes Waldes zu schützen, welcher diesem Stifte urtheilsmäßig zuerkannt wurde. Mit Recht glaubte schon Tangl, Pfannberger 119 aus dieser Urkunde entnehmen zu dürfen, dass Ulrich von Pfannberg nicht allein richterliche Befugnisse ausübte, sondern überhaupt mit der Vertretung des Herzogs in der Verwaltung dieses Landes betraut, kurzweg daher Hauptmann in Steiermark war; vgl. dazu noch die Urk. a. 1241, Marburg D. et A. XXXIX. 125. Wenigstens mit Bezug auf die richterliche Stellung scheint der Landschreiber Witigo sein Nachfolger gewesen zu sein; denn er erklärte in einer Urk. ddo. 1245, November 2, Kraubat UBSt. II. 575 ausdrücklich: „quod a domino meo Friderico illustri duce Austrie et Stirie habui in mandatis, ut iudicium et iusticiam facerem petentibus per Stiriam universis“. Vgl. dazu die Urk. ebend. 555. — Nach dem Tode Friedrichs II. blieb er

In Österreich hingegen blieb trotz der in der Erwerbung von Steiermark gelegenen Vergrößerung des babenbergischen Herrschaftsgebietes der unmittelbare Antheil des Herzogs an der Verwaltung länger erhalten, und der Hof des Fürsten bildete wie vordem die Centralstelle für die Verwaltung dieses Landes. Die Kanzlei hatte auch hier wie seinerzeit in Steiermark seit jeher neben dem eigentlichen Beurkundungsgeschäfte eine gewisse Oberleitung über das Finanzwesen des Landes, wozu überdies, da eine Sonderung des Staatsvermögens und der Staatseinkünfte vom Privatvermögen des Landesherrn und dessen Einkünften dem Mittelalter fremd war, die Finanzen des Hofes gehörten.¹¹² Was die anderen Zweige der Verwaltung anbelangt, so führte der Herzog persönlich den Vorsitz bei den Landtaidungen; war er daran verhindert, so bestellte er fallweise einen Vertreter, bis hierzu im Anschlusse an den Mainzer Landfrieden (1235) ein ständiges Hilfsorgan in der Person des Oberstlandrichters geschaffen wurde.¹¹³ Im übrigen wurden die Hofbeamten, unter ihnen namentlich Marschall und Kämmerer, im Vereine mit anderen am Hofe zufällig anwesenden Großen als Rathgeber zugezogen und mit der Besorgung von Regierungsgeschäften betraut. Nur wenn der Herzog für längere Zeit das Land verlassen musste, kam es zur Einsetzung eines eigenen Regierungsverwesers, welchem ähnliche Vollmachten ertheilt wurden, als sie die Hauptleute in Steiermark besaßen.¹¹⁴

neben dem kaiserlichen Statthalter auf das Amt des Landschreibers beschränkt. (Urk. ddo. 1250, Jänner 20, Graz für St. Lambrecht bei v. Muchar V. 229.)

¹¹² Ob die Finanzverwaltung noch unter den Babenbergern von der Kanzlei losgelöst und eigenen Organen zugetheilt wurde, lässt sich urkundlich nicht genau feststellen. Es fehlen uns Anhaltspunkte für die Stellung der als *scribae* bezeichneten Beamten. Vgl. dazu Note 109.

¹¹³ Heinrich von Habsbach wird als *iudex prouincialis totius Austrie* genannt (Urk. ddo. 1244 Mai, Bruck a. d. Leitha D. et A. XI. 108). Vgl. dazu v. Luschin GW. 55 ff. und Dopsch ÖLR. a. a. O. 73 ff.

¹¹⁴ In dieser Eigenschaft erwähnen die Urkunden Heinrich von Kuenring, und als solcher führte er den Titel *rector totius Austriae*. Wie oft er aber zum Statthalter in Österreich bestellt wurde, ist be-

Für die weitere Ausgestaltung der Territorialverwaltung in Österreich war die Regierung Otakars von der größten Bedeutung. Vor allem vollzog sich während dieser Zeit unter dem Einflusse politischer Ereignisse eine Änderung in dem Umfange des Landes unter der Enns; denn auf Grund des Ofner Friedens (1254) behielt Otakar vom alten Steiermark nur das Traunviertel und das Gebiet von Pütten und Wiener-Neustadt.^{114a} Letzterer Bezirk wurde zum Herzogthume Österreich geschlagen und blieb mit demselben auch noch zu einer Zeit vereinigt, als Steiermark längst schon den Ungarn abgenommen worden war. Dagegen schuf Otakar, anknüpfend an eine gewisse Sonderstellung, welche das Traunviertel schon unter den Babenbergern besessen hatte, aus den westlich der Enns gelegenen, theils zu Österreich, theils zu Steiermark gehörigen Gebieten einen eigenen Verwaltungsbezirk, das Land ob der Enns,¹¹⁵ und setzte daselbst einen Beamten für die richterliche und administrative¹¹⁶ und einen solchen für die Finanzverwaltung¹¹⁷ ein.

stritten. Friess zählt in seiner Geschichte der Kuenringer S. 61 drei solche Statthalterschaften auf, und zwar 1226, als Herzog Leopold in Italien weilte (Urk. des P. Gregor IX. ddo. 1227, April 3, Rom: „quem [scil. Liupoldus] ipse dimiserat ad custodiam terrae suae“ MBR. 138 Reg. 211), dann 1228, als Herzog Leopold sich an den Hof K. Heinrichs VII. begab (Urk. ddo. 1129, März 28, Hardegg, Keiblinger I. 1138), und 1230, als K. Friedrich II. den Herzog nebst anderen Großen des Reiches zur Schlichtung der großen Staats- und Kirchenfragen zu sich nach Italien berief (Urk. ddo. 1230 November, Keiblinger a. a. O. 1139); dagegen ist A. Ficker a. a. O. 13 ff. aufgetreten, ohne dass aber seine Widerlegung als vollkommen stichhältig zu bezeichnen wäre. Als rector totius Austriae entschied Heinrich von Kuenring z. B. einen Streit zwischen dem Abte von Melk und Siegfried von Chalchowe wegen gewisser Güter zu Rosenfeld, Keiblinger I. 321.

^{114a} Winter AÖG. LX. 132 und Lampel ebend. LXXI. 301 ff.

¹¹⁵ Vgl. Strnadt a. a. O. 113 ff. und 117 ff., dazu Lampel BINÖ. XXI. 276 ff. und 288 ff., sowie AÖG. LXXI. 396.

¹¹⁶ Ohne den Titel Hauptmann zu führen, übte Woko von Rosenberg daselbst seit 1256 alle Befugnisse aus, welche den späteren Landeshauptleuten zukamen. Er führte den Vorsitz bei dem Landtaiding zu Linz (Urkk. ddo. 1256, Januar 5, Linz, AÖG. LXXII. 218 Nr. 40 und

In ähnlicher Weise organisierte Otakar die Verwaltung auch in der 1259 wiedergewonnenen Steiermark, wobei er sich freilich auf jene noch aus der Babenbergerzeit herührenden Ansätze beziehen konnte, die schon unter ungarischer Herrschaft eine weitere Ausgestaltung erlangt hatten. Neben den von Otakar für die Ausübung der oberstrichterlichen, militärischen und polizeilichen Functionen bestellten, fast durchwegs fremden Familien entnommenen Landeshauptleuten¹¹⁸ besorgte ein Landschreiber daselbst die Leitung der Finanzverwaltung.¹¹⁹ Dieselben Einrichtungen übertrug

a. 1256, D. et A. III. 297), er unternahm militärische Streifzüge (Strnadt a. a. O. 111 Note 298) und gewährte sicheres Geleite im Lande (Urk. ddo. 1256, Juni 24, UBOE. III. 228). Später wurde er als Nachfolger des Heinrich von Liechtenstein Landeshauptmann in Steiermark. Seine Nachfolger in Oberösterreich hießen bald Landrichter, bald Hauptleute, und zwar: Konrad von Summerau, *judex provincie Austrie superioris* (Urk. ddo. 1264, Juli 1, Linz UBOE. III. 321, vgl. dazu ebend. 344), dann Burkhart von Klingenberg, zugleich Marschall des Königreiches Böhmen (1274—1276 *capitaneus Anesi*, D. et A. III. 158 und 166, UBOE. III. 430, *capitaneus Austrie superioris* ebend. 435), dann am Beginne der Habsburgerzeit Konrad von Summerau (Urk. ddo. (1277), Juni 10 und (1277?), October 28, Wien, D. et A. XXXI. 362 und 374) und Markgraf Heinrich von Hochberg (Urk. a. 1280, UBOE. III. 520) etc. Vgl. Strnadt a. a. O. 121.

¹¹⁷ Heinrich von Hag wird nach Witigo's Tode als Landschreiber (*scriba Anesi*) genannt 1256—1261 (UBOE. III. 244 und 283, dann D. et A. XXIII. 61), nach ihm Meister Konrad von Tulln 1267—1270 (UBOE. III. 357, 364, 365, 374—376, Wichner II. 355), dann wieder Heinrich von Hag 1272 *procurator circa Anasum* (Urk. a. 1272, UBOE. III. 393), welcher Ausdruck nicht mit Strnadt a. a. O. 120 auf ein Landrichteramt zu beziehen ist, sondern, wie aus zahlreichen Beispielen erwiesen werden kann, finanzielle Bedeutung hat; späterhin (1273—1278) Gozzo, Bürger von Krems, bald als *procurator*, bald als *officialis* in Anaso, einmal als *gubernator scribatus Anesi* genannt (UBOE. III. 343 und 400, D. et A. XXXIII. 91, Chmel GF. I. 553, AÖG. LXXII. 227 Nr. 70). Unter den Habsburgern wurde die Finanzverwaltung Oberösterreichs von den in Wien anfänglich nur für das Land unter der Enns bestellten Landschreibern besorgt.

¹¹⁸ Vgl. v. Krones, Landeshauptleute 41 ff. und 109 ff.

¹¹⁹ Als Landschreiber fungierte der freisingische Domherr Ulrich (1260—1269) Pusch-Fröhlich II. 26, Wichner II. 358 und

er auch auf die 1270 erworbenen Gebiete von Kärnten, Krain und der windischen Mark.

Im Gegensatze zu diesen Ländern, welche von zwar frei absetzbaren, im übrigen aber mit großer Selbständigkeit ausgestatteten Beamten verwaltet wurden, hielt Otakar wie seine Vorgänger für Österreich an dem persönlichen Charakter des Regimentes selbst zu einer Zeit noch fest, als er längst die Krone Böhmens auf seinem Haupte trug, und das Schwergewicht der Regierung naturgemäß nach Prag verlegt war.

Freilich wurde der persönliche Antheil des Königs nur auf die wichtigeren Angelegenheiten beschränkt; denn schon im Landfrieden von 1254¹²⁰ übertrug er einen Theil der ihm

359. Auf ihn folgte der Ritter und Bürger Meister Konrad von Tulln (1270—1274) D. et A. I. 115, 125, 126 und 133; Pusch-Fröhlich II. 325; WrReg. I. 1277; endlich die Inedita Urkk. ddo. 1273, November 22, Graz, Original im StA. für Spital am Semmering und ddo. 1274, December 4, Graz für Seckau, Original im bischöflichen Archive zu Seckau, Copie im st. LA.; dann Konrad von Himberg, der ein Sohn des österreichischen Kämmerers gleichen Namens war und schon 1269 als Domherr von Passau genannt wird, späterhin von 1277 bis zu seiner Erhebung auf den Bischofsitz von Chiemsee (1279) das Landschreiberamt in Steiermark verwaltete. WrReg. Nr. 1265, D. et A. I. 188, Wichner II. 378, J. f. L. Bd. 109, S. 257, v. Zahn, StGBI. I. 55. Da v. Zahn a. a. O. II. 129 Anm. ihn mit dessen 1275 an den Hof nach Wien als österreichischen Landschreiber versetzten Amtsvorgänger Konrad von Tulln für identisch hielt, so glaubte er daraus entnehmen zu sollen, dass zeitweise unter K. Rudolf die Finanzverwaltung Österreichs und Steiermarks von einer und derselben Person besorgt wurde. Diesem Umstande verdanken wir es wohl vorzugsweise, dass v. Zahn a. a. O. die für die Finanzgeschichte Österreichs im 13. Jahrhunderte so wichtigen Urkunden a. a. O. zum Abdrucke brachte. — Auf Konrad von Himberg folgte als steirischer Landschreiber der berühmte Abt Heinrich von Admont (ddo. 1279, October 25 bis 1297, Mai 25).

¹²⁰ Eine Neuausgabe dieser Urkunde liegt uns in dem erst kürzlich erschienenen II. Bande der MG., Quartausgabe, LL. IV. 604 ff. vor. Die Herausgeber glaubten von der bisher üblichen Einreihung dieses undatierten Stückes in das Jahr 1251 abgehen und innerhalb des durch das Wort *ducis* gesetzten Zeitraumes (1251, 21. November bis 1261, 24. December) eine engere Grenze ziehen zu sollen, nachdem bei Ab-

als Herzog zustehenden Gerichtsgewalt dauernd auf das neu-geschaffene Amt der höheren Landrichter. Diese sollten gleichzeitig auch für die Aufrechterhaltung des Landfriedens sorgen und wurden zu diesem Zwecke insbesondere zur Ein-

fassung desselben die bairischen Landfrieden von 1244 und 1256 benützt worden seien. Ob es zulässig ist, lediglich auf die Ähnlichkeit der Schlussätze im § 25 des Otakarischen Landfriedens und im § 40 der Urkunde von 1256 ein Filiationsverhältnis zu gründen, erscheint um so fraglicher, als das Niederbrechen von gegen die bestehenden Vorschriften erbauten Burgen auch anderwärts befohlen wurde. Eher dürfte ein Zusammenhang zwischen dem Landfrieden und jenen zwei Stellen der Annalen von Altaich, MG. SS. XVII. 393 Z. 41 ff. und 397 Z. 1 ff., bestehen, welche uns von einer nach Beendigung des Ungarkrieges erlassenen Friedensordnung berichten. Es lässt sich auch nicht gut denken, dass Otakar gleich bei seinem Einrücken in Österreich, wo er doch vollauf mit der Festigung seiner Macht gegenüber den ihm von außen drohenden Angriffen zu thun hatte, so detaillierte und theilweise auch so einschneidende Bestimmungen erlassen habe. Viel wahrscheinlicher ist es, dass er in diesem Zeitpunkte lediglich die crassesten Auswüchse beseitigte, sich nur im allgemeinen um die Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung bemühte und seine neuen Unterthanen darüber in Eid nahm („sit man alrest lantvride hat vor uns gesworn“), an eine gründliche und eingehende Durchführung eines Landfriedens aber erst dann schritt, als er nach außen hin seine Macht gefestigt und insbesondere den ungarischen Ansprüchen durch die Abtretung eines Theiles der Steiermark Rechnung getragen hatte, dann aber diese Gelegenheit auch dazu benützte, die Verwaltungseinrichtungen des Landes den geänderten Verhältnissen anzupassen. Die Verfügungen über den Burgenbau weisen gerade auf diese Zeit, ebenso die Übertragung eines Theiles der Gerichtsgewalt an ständige Landrichter, welche schon deshalb nothwendig wurde, weil Otakar — seit Ende 1253 auch König von Böhmen — nicht in der Lage war, die laufende Verwaltung in Österreich den Anforderungen des Landrechtes entsprechend zu besorgen. Eine Urkunde aus dem Jahre 1256 zeigt uns denn auch, entsprechend den Anordnungen des Landfriedens, zwei höhere Landrichter in voller Thätigkeit, D. et A. XXXI. 191. Ebenso lässt sich die Einsetzung des geschwornen Rathes der Landherren sehr gut in diese Epoche einfügen, da Otakar, wenn er auch wider-spenstige Adelige maßregelte, doch der Unterstützung der durch die Landherren vertretenen Macht noch sehr bedurfte und daher eine bestimmte Form schuf, in welcher der landständische Einfluss auf die Regierung des Landes hervorzutreten hätte.

leitung des Frageverfahrens in den einzelnen Landgerichten ermächtigt.

Zur Entscheidung jener Fälle, welche dem Könige vorbehalten waren, sowie zur Erledigung anderer Regierungsgeschäfte bediente sich Otakar fallweise eines ausgebreiteten Systems von Delegationen, außer die Parteien besaßen das Recht, nur von ihm persönlich gerichtet zu werden, oder sie begaben sich an seinen Hof. Als Delegierte verwendete er neben den Landrichtern und den auch weiterhin für Österreich bestellten Hofbeamten¹²¹ gerne jene Landherren, welche er als ständische Rathgeber in seinen Rath aufgenommen hatte.

Naturgemäß erstreckte sich die Wirksamkeit eines Heinrich von Kuenring, eines Chadold von Wehingen oder eines Otto von Haslau, Persönlichkeiten, welche theils als erbliche Würdenträger, theils als absetzbare Beamte bei Otakar als Marschälle im Dienste standen, in erster Linie auf die Verwaltung des Landes, da ja der Dienst um die Person des Königs vorzugsweise von böhmischen und mährischen Großen verrichtet wurde. Dasselbe hat von der Thätigkeit des jüngeren Heinrich von Kuenring zu gelten, der nicht nur das Marschallamt von Österreich bekleidete, sondern vorübergehend auch zum Hauptmann und Verweser daselbst ernannt wurde.¹²²

¹²¹ So z. B. der Bürger Otto vom Hohenmarkte (1267—1268) als österreichischer Kämmerer im Gegensatze zu dem Erbkämmerer Otto von Perchtoldsdorf; vgl. D. et A. III. 468, WrReg. Nr. 859, dann A. Vat. II. 66.

¹²² Auch die Finanzverwaltung Österreichs wurde unter Otakar dahin ausgestaltet, dass der mit ihrer Oberleitung betraute Beamte aus der Kanzlei völlig abgeschichtet wurde und zu selbständiger Bedeutung gelangte. Als Landschreiber (*scribae Austriae*) finden wir Merchlinus (ca. 1265—1274) A. Vat. II. 46, Sifrid, in anderen Urkunden Sidelinus genannt (1270) UBNÖ. I. 127, D. et A. XXXI. 312 und 313, Jo[hannes] (ca. 1270—1274) A. Vat. II. 46, die Bürger Paltram von Wien und Gozzo von Krems vor a. 1275 September, D. et A. III. 344 und 463, endlich den mehrerwähnten Konrad von Tuln (als *scriba et procurator Austriae* in der Urk. ddo. 1275, November 12, D. et A. X. 20 zum erstenmale erwähnt). Daneben kommen auch sogenannte Kammergrafen in

Die von Otakar für die Verwaltung von Steiermark geschaffenen Einrichtungen wurden von den Habsburgern unverändert gelassen. Dagegen brachte schon Albrecht I. in das am Hofe befindliche Behördenwesen so manche Neuerung, und es war gerade seine Regierung auch für die weitere Ausgestaltung des Marschallamtes von großer Bedeutung.

Das Ziel, dem Albrecht I., eine mit hervorragendem staatsmännischen Talente ausgestattete Herrschernatur, zusteuerte, bestand in der Festigung der landesfürstlichen Gewalt gegenüber der überwuchernden Macht der Landherren. Unausgesetzt war er bestrebt, den weitgehenden Einfluss zurückzudrängen, welchen sie namentlich in der Zeit des Interregnums an der Regierung des Landes, und zwar theils auf legalem Wege, theils durch Anmaßung erworben hatten. Aus diesem Grunde berief er über den aus der Zeit Otakars und Rudolfs I. herrührenden ständischen Beirath hinweg zur Theilnahme an der Verwaltung vorzugsweise nur solche Männer, welche durch hervorragende Verdienste um die Vertretung der landesfürstlichen Interessen sich sein besonderes Vertrauen erworben hatten. Aus ihnen bildete er jenen engeren Rath, der als eine nur vom Fürsten abhängige Behörde, zugleich, wie wir im zweiten Theile des näheren hören werden, als Centralstelle für den gesamten Länderbestand gedacht war; ihnen verlieh er nach und nach die einflussreichsten Hof- und Staatsämter.¹²³

Österreich und Steiermark vor, die ich in erster Linie für Münzbeamte halte, ohne dass die wenigen Andeutungen ihre Beziehungen zum Landschreiberamte sicherstellen ließen. Sie gehörten meist dem Bürgerstande an, doch wurden auch hie und da Juden dazu bestellt. Manchmal bekleidete eine und dieselbe Person gleichzeitig beide Ämter.

¹²³ Vgl. dazu Friess, Habsburger Festschrift 69 ff. und Dopsch, Landeshoheit 241 ff. — Dazu gehörten vor allem jene Schwaben, welche dem Fürsten aus seiner Heimat gefolgt, in Österreich aber als Fremdlinge von vornherein nur auf den Landesherrn angewiesen waren und so zu den kräftigsten Hebelarmen des neuen Systems wurden. Da sie in ihrem ganzen Handeln und Gebahren frei von Sonderinteressen nur das Wohl des Landesfürsten im Auge hatten, so wurden sie in erster Linie die Zielscheibe des Hasses und Spottes des eingebornen Adels.

Von der größten Wichtigkeit war es, wer bei Herzog Albrecht I. die Dienste eines Marschalles bekleidete. Denn wie kein anderer Beamter eignete sich gerade der Marschall dazu, einer der kräftigsten Vertreter des neuen Systems zu werden; war er ja doch der oberste Executivbeamte im Kriege wie im Frieden, zugleich der Anführer der dem Fürsten unbedingt ergebenen Mannschaft, ja unter Umständen auch der ganzen landesfürstlichen Kriegsmacht, und daher war er in erster Linie dazu berufen, die Interessen der landesfürstlichen Macht gegenüber den auf Wahrung ihrer ständischen Rechte, auf Verfolgung von Sonderinteressen bedachten Landherren — nöthigenfalls mit den Waffen in der Hand — durchzusetzen.

Albrecht I. war sich dessen auch wohl bewusst, dass die Verleihung dieses Amtes an ein Mitglied des österreichischen Herrenstandes nicht den von ihm erstrebten Erfolg haben könne; denn die Doppelstellung, welche sich naturgemäß in einem solchen Falle ergab, wenn der Marschall als Mitglied der Stände auch deren Interessen zu wahren gehabt hätte, ließ ihn zur Vertretung des Landesfürsten, insbesondere im Kampfe mit den Ständen als minder brauchbar erscheinen. Herzog Albrecht zog daher nicht etwa den Erbmarschall Stephan von Meissau, der ja einer der hervorragendsten Landherren war und unter den Mitgliedern des ständischen Beirathes wohl noch immer den bedeutendsten Einfluss auf die Entschlüsse seines Herrn hatte, in seinen unmittelbaren

Nicht besser ergieng es jenen einheimischen Elementen, welche ihre Kräfte ausschließlich dem Fürsten weihten. Mit Recht hat daher Dopsch betont, dass die Anfeindung der Schwaben mit der Opposition gegen den Abt Heinrich von Admont zusammengehalten werden müsse. — Dann erscheint der Hass der österreichischen Landherren gegen die Schwaben nur als ein einzelnes Phänomen in dem hin- und herwogenden großen Kampfe der Stände mit der landesfürstlichen Gewalt. Indem es Albrecht I. gerade mit diesen wenigen Getreuen gelungen war, die schweren Verfassungskrisen zu überwinden und aus denselben als Sieger hervorzugehen, wurde ein hochbedeutsamer Schritt in der Entwicklung der Landeshoheit gethan und die landständische Macht für lange Zeit in den Dienst des Fürsten gestellt.

Dienst, sondern betraute mit den Functionen des Marschallamtes in Österreich den Schwaben Hermann von Landenberg, der ähnliche Dienste bei ihm schon in seiner Heimat verrichtet hatte.¹²⁴

Der Wirkungskreis, den der Landenberger als Marschall des Herzogs Albrecht I. in Österreich entfaltete, war äußerst vielseitig, und es entbehrten die Competenzen seiner Amtstellung, entsprechend der zu dieser Zeit an der Centralstelle völlig mangelnden Specialisierung des Arbeitsvertrages, noch jeder schärferen Begrenzung.

Die Reimchronik erwähnt vornehmlich seine militärischen Befugnisse. Wir entnehmen daraus, dass er dem Herzoge, wenn dieser persönlich den Oberbefehl führte, als unmittelbares Hilfsorgan zur Seite stand,¹²⁵ dass er aber auch häufig selbständig das Commando hatte, namentlich wenn das Heer nur aus den dem Landesfürsten unbedingt zur Verfügung stehenden, unfreien Rittern und aus geworbenen Truppen bestand.¹²⁶ Es ist bekannt, welche bedeutende Rolle er z. B. im Kampfe gegen die steirischen Landherren spielte, als dieselben, von Salzburg und Baiern unterstützt, sich zum Aufbruche gegen den eigenen Fürsten erhoben.

¹²⁴ Kopp I/1 357 etc. — In Österreich wird er am 30. Januar 1282 zum erstenmale in der Umgebung Albrechts I. zu Wien erwähnt (Ried, Cod. dipl. Ratisb. I. 579). Vgl. dazu MG. DChr. V/1. 23007 ff.

¹²⁵ Als Albrecht I. im Jahre 1289 selbst gegen die Güssinger zufelde zog, begleitete ihn der Landenberger und übte die dem Marschall zukommenden Jurisdictionen aus. MG. DChr. V/1. 29953, 30084.

¹²⁶ Im Jahre 1285 unternahm er im Auftrage Albrechts I. einen Feldzug gegen die Güssinger. Da es sich um einen Angriffskrieg handelte, so zog nur das Hofgesinde, d. i. die unfreie Ritterschaft des Herzogs und nur wenige vertragsmässig Verpflichtete aus, ebend. 25082 ff., 25245 ff., 25569 ff. Auch gegen die steirischen Landherren befehligte er das Hofgesinde, zog an der Spitze desselben nach Steiermark und vertheidigte, von den Bürgern unterstützt, die feste Stadt Bruck a. M. so lange, bis Albrecht I. mit einem größeren Heere zum Entsätze anlangte. In der Heunburger Fehde (1292) stand das herzogliche Truppencontingent, durch Zuzüge vergrößert, unter seiner Führung, ebend. V/2. 62958 ff. Vgl. endlich noch zum Jahre 1301 die Cont. Vindob. MG. SS. IX. 721 Z. 40 ff.

Aber auch auf dem Gebiete der inneren Verwaltung entfaltete er als Mitglied des engeren Rathes,¹²⁷ als erster Minister der Herzoge Albrecht I. und Rudolf III. eine vielseitige Thätigkeit. Da die Herzoge in Steiermark und in Oberösterreich ohnehin schon in den Landeshauptleuten mit weitreichender Selbständigkeit ausgestattete Hilfsorgane hatten, die Verwaltung des Landes unter der Enns aber vom Hofe aus besorgt wurde, so betraf naturgemäß ein guter Theil der vom Landenberger an der Centralstelle entfalteten Wirksamkeit das Land Österreich, und es war nur eine ganz entsprechende Ausgestaltung seines Schaffenskreises, dass er von Rudolf III., als dieser im Jahre 1300 für längere Zeit außer Landes zu weilen genöthigt war, zu dessen Stellvertreter in der Regierung, kurzweg zum Verweser in Österreich bestellt wurde.^{130, 130a}

¹²⁷ Ebend. 23007 ff., 70286 ff., 73975 ff.

¹²⁸ Schon der Umstand, dass er in so vielen herzoglichen Urkunden, ihr Inhalt mag sich auf österreichische oder steirische Verhältnisse beziehen, als Zeuge auftritt, legt seinen hervorragenden Antheil an der Regierung klar.

¹²⁹ Zur Rechnungslegung des Landschreibers Konrad von Tulln wurde er vom Herzog Albrecht zugezogen, Urk. ddo. 1282, October 19, Wien SchwD. 129; vgl. auch Urk. ddo. 1295, October 10, UBOE. IV. 228. Späterhin wies ihn K. Albrecht an, die Neustädter Bürger in Ausübung ihres freien Handels gegen Eingriffe von Seite der Wiener Bürger zu schützen. Namentlich sollte er auch jedermann von einer etwa zu Ungunsten der Neustädter geplanten Einforderung ungerechter Zölle und Mauten abhalten, Urkk. ddo. 1299, October 10 und 11, Esslingen und (1300), Mai 17, Strassburg, Winter AÖG. LX. 104. — Für die Zeit Rudolfs III. vgl. noch die Urkk. ddo. 1300, Mai 20, Wien und 1303, Februar 27, Korneuburg, Faigl 23 und UBOE. IV. 432.

¹³⁰ Sieh die ddo. 1300, Februar 28, zu Krems ausgestellte Urkunde im Anhang IV., UB. Nr. 1. Diese Statthalterschaft dürfte mit der Reise in Zusammenhang stehen, welche Rudolf III. in diesem Jahre anlässlich seiner Vermählung mit der Schwester des französischen Königs nach Paris unternommen hatte. Nach der im XXI. Bande bei Bouquet, *Recueil des historiens des Gaules et de la France* 1894 abgedruckten Chronik des Iohannes a Sancto Victore 635 Z. 12 v. o. fand die Vermählung im Sommer (in aestate sequenti) statt, welche Angabe die Ann. Lubicensis noch dahin näher präcisieren, dass sie

Stets müssen wir aber daran festhalten, dass den Ausgangspunkt für die umfassende Thätigkeit, welche Hermann von Landenberg entfaltete, das Hofamt bildete, welches er, wie schon vor dem Jahre 1281, so auch weiterhin bei Albrecht I. und Rudolf III. bekleidete.¹³¹ Freilich war dadurch nicht ausgeschlossen, dass zur Verrichtung der dem Marschall obliegenden täglichen Hofdienste neben dem Landenberger Beamte bestellt wurden, welche man mit Rücksicht auf diesen Wirkungskreis mit dem Namen Hofmarschälle zu bezeichnen pflegte. Herzog Albrecht I. hatte wenigstens zeitweise noch einen eigenen Hofmarschall;¹³² von seinen

das Pfingstfest als näheren Zeitpunkt angeben, MG. SS. XVI. 417 Z. 29 ff. Mit Rücksicht auf die Urkunde ddo. 1300, Februar 28, dürfte die Reise noch vor März 1300 angetreten worden sein. Im December 1300 kehrte der Herzog dann mit seiner Gemahlin Blanca wieder nach Österreich zurück, Cont. Flor. ib. IX. 751 Z. 45 ff. Vgl. dazu noch Cont. Vindob. ib. 721 Z. 26 ff. und Böhmer RI. VI. Reg. 265 und Add. Reg. 244 und 245. — Hermann von Landenberg wird während des ganzen Jahres 1300 als in Österreich anwesend erwähnt, davon freilich nur einmal ausdrücklich als Statthalter in Österreich. Vgl. dazu die Urkk. ddo. 1300, Mai 20, Wien, dann Juli 23, Klosterneuburg und September 25, Faigl 23, Fischer II. 315 und UBOE. IV. 350.

^{130 a} Die Reimchronik erzählt uns übrigens, dass schon H. Albrecht I., als er sich zum Kriege gegen K. Adolf von Nassau entschlossen hatte, den Grafen Berthold von Maidburg als Hauptmann in Österreich zurückließ, MG. DChr. V/2. 70651 ff. Die Anwesenheit desselben im Lande geht aus einer Zwettler Urkunde ddo. 1298, Juni 29 hervor, ohne dass er jedoch in derselben als Landeshauptmann bezeichnet würde, D. et A. III. 314. Vgl. auch Busson WrSB. CXVII. Abh. XIV. 40. — Vgl. unten Note 215.

¹³¹ In dieser Eigenschaft hinterlegte er für K. Albrecht, dessen Gemahlin und H. Rudolf III. im Stifte Lilienfeld alle seit K. Rudolf I. für Österreich und Steiermark ergangenen Lehnbriefe und Privilegien, Urk. ddo. 1299, Februar 23, Wien L. Reg. II. Anhang CCXCVI, und behob dieselben späterhin wieder, ebend. Reg. 259. Im Jahre 1302 begleitete er an der Spitze des Hofgesindes Herzog Rudolf III. nach Steiermark, DChr. V/2. 75882 ff.

¹³² Als solche werden genannt: Ritter Conrad der Breitenfelder (Urk. ddo. 1285, Februar 14, D. et A. VI. 157) und Ulrich der Prueschenk (a. 1293, Kerschbaumer, Tuln 336 Nr. 90). Der letztere trug

Söhnen nahm ein jeder neben dem Hof- und dem Kammermeister auch einen Hofmarschall in seinen Hofstaat auf.¹³³

Einer derselben, nämlich Dietrich von Pilichdorf, übernahm nach dem Tode des Marschalls von Landenberg¹³⁴ dessen ausgedehnten Wirkungskreis und wurde so als Hofmarschall K. Friedrichs III. gleichzeitig dessen oberster Exekutivbeamter¹³⁵. Entbehrte auch sein amtliches Schaffen noch einer genaueren Begrenzung, so sind seine Beziehungen zum Lande Österreich doch bereits schärfer ausgeprägt als bei seinem Vorgänger. Es ist vielleicht nicht ohne tiefere Bedeutung, dass gerade er in dem dritten Treffen der unglücklichen Schlacht von Mühldorf, zu welchem unter Herzog Heinrichs Führung die österreichischen Truppen eingetheilt waren, das Landesbanner trug.¹³⁶ Ihm wurde die Sorge für die Aufrechterhaltung des Landfriedens in Österreich aufgetragen,¹³⁷

in der Schlacht bei Göllheim als Hofmarschall das österreichische Landespanier, DChr. V/2. 72531 ff. und oben Note 71.

¹³³ H. Rudolf III. besaß außer Hermann von Landenberg noch Dietrich von Pilichdorf als Hofmarschall (Urk. ddo. 1303, März 3, Wien, UBOE. VI. 602). Bei H. Leopold II. bekleidete Hartmann von Tegernfeld dieses Amt, während Ulrich von Buttikon als Hofmeister und Johannes zu Metore als Kammermeister genannt werden (Urk. ddo. 1316, September 17, Esslingen Senckenberg, Sel. jur. II. 276). Otto der Fröhliche hatte neben anderen Hofbeamten auch einen Hofmarschall Jans den Taler (Urk. ddo. 1337, Juli 22, Wien, D. et A. XXXV. 254; vgl. Chmel GF. II. 252).

¹³⁴ DChr. V/2. 91147—91191. Sein Todestag fällt auf den 10. December 1306.

¹³⁵ Friess, Dietrich von Pilichdorf. Übrigens wurde er schon als Hofmarschall neben Hermann von Landenberg zur Verrichtung staatlicher Geschäfte fallweise herangezogen. So hob er im Auftrage Rudolfs III. die vom Herzoge verfügte Sequestrierung der Güter des Klosters Engelszell in Österreich auf (Urk. ddo. 1306, März 3, Wien, UBOE. VI. 602).

¹³⁶ AÖG. IX. 363. Über seinen Antheil am Treffen bei Gammelsdorf (1313) vgl. die Cont. Zwetl. III. in MG. SS. IX. 665 Z. 39 ff. und Friess a. a. O. 15 ff.

¹³⁷ So hatte er (1312) gegen die schädlichen Leute das Frageverfahren im ganzen Lande einzuleiten und das Territorium von solchem Gesindel zu säubern. Cont. Zwetl. a. a. O. 664 Z. 44 ff.

an des Landesfürsten Stelle sollte er bei dessen Abwesenheit oder sonstiger Verhinderung den Landesklöstern Schutz und Schirm bieten¹³⁸ und Richter sein über die dem Fürsten vorbehaltenen Streitfälle der höheren Geistlichkeit des Landes;¹³⁹ endlich bekleidete er zu wiederholtenmalen in solchen Zeiten das Amt eines Hauptmannes, eines Verwesers von Österreich.¹⁴⁰ Aber auch während der Anwesenheit des Königs im Lande pflegte er sich nicht nur als dessen Hofmarschall, sondern immer häufiger als Marschall in Österreich zu bezeichnen.¹⁴¹

¹³⁸ So z. B. für Melk, Urk. ddo. 1316, Februar 29, Wien bei Hueber 52.

¹³⁹ Der Abt von Seitenstetten sollte, wenn K. Friedrich und dessen Bruder außer Landes weilten, vor dem Marschall in Österreich seinen Gerichtsstand haben, Urk. ddo. 1319, März 4, Steier D. et A. XXXIII. 164.

¹⁴⁰ Vgl. dazu die Regesten bei Friess 29ff. Derartige Statthalterschaften des Pillichdorfers ergaben sich für die Jahre 1315—1318, 1321 und 1322. — Interessant ist es, dass das Pfandbuch Friedrichs des Schönen jene Gefällsverpfändungen, welche Dietrich als Hauptmann vorgenommen hatte, unter der Rubrik: „anno domini MCCCXV° tempore marschalci“ bringt AÖG. II. 555, Nr. 121. — Der Verweser des Landes galt auch dazu berechtigt, an des Herzogs Stelle in jenen Fällen zu entscheiden, in welchen Erkenntnisse des Stadtgerichtes Wien an den herzoglichen Hof gedingt wurden. So unter Bezugnahme auf das Rudolfinische Stadtrecht vom 24. Juni 1278, Wien (Tomaschek I. 54, § 19) die Urkunde, welche Herzog Albrecht I. dieser Stadt im Jahre 1296 verlieh, und diese Bestimmung ist dann allerdings in etwas geänderter Fassung in das Kremser und Steiner Stadtrecht übergegangen. Tomaschek I. 73 ff. § 27 und 28; Strobl 59 § 25 und 26. Vgl. unten Note 215.

¹⁴¹ Als „hofmarichschalich ze Osterreich“ erscheint er zuerst am 3. März 1303 UBOE. VI. 602, in den folgenden Jahren wird er einfach als „Hofmarschall“ bezeichnet, Friess Reg. 24, 25, 27, 31, 33—35. — Nach Rudolfs III. Tode heißt er bald „Hofmarschall“ Reg. 43, 45—48, 51, 54—56, 61, 63, 64, 69, 76; bald einfach „Marschall“ ebend. 36—38, 40, 42, 57, 66, 81, 83—88, 93 und 95 oder „Marschall in Österreich“ ebend. 52, 73—75, 77, 80, 91, 97, 98, 100 und 101. Eine Eintragung im ältesten Grundbuche der Schotten lautet: „dominus Dietricus de Pillichdorf marschaleus etc.“ (v. Hormayr, Wien I. Nr. 20), während das Necro-

In diesem weitreichenden Wirkungskreise fand er keinen Nachfolger mehr. Das Princip der Arbeitsgliederung drängte auch bei diesem Amte zu einer principiellen Loslösung des in demselben enthaltenen staatlichen Geschäftskreises von den rein hofamtlichen Beziehungen.¹⁴² Erstere wurden nach dem Tode des Pilichdorfers (25. December 1326) dem Hofmarschall abgenommen und aus ihnen ein eigenes Amt geschaffen, dessen Träger dadurch zum obersten Executivbeamten des Landesfürsten in allen staatlichen Angelegenheiten wurde. Dieser Beamte war daher ständiges Mitglied der für den ganzen Länderbesitz am Hofe des Herzogs wirkenden Centralstelle, trat aber gleichzeitig als unmittelbares Hilfsorgan des Fürsten, da die Verwaltung des Landes unter der Enns von der Centralstelle aus besorgt wurde, mehr und mehr an die Spitze dieses Landes und führte als Nachfolger der alten Marschälle und auf Grund seiner Beziehungen zu dem als Kern des habsburgischen Besitzstandes betrachteten Lande Österreich den Titel eines Marschalles von Österreich.¹⁴³

Der Hofmarschall hingegen behielt jene Gruppe marschallischer Amtsfunktionen, welche lediglich den persönlichen Dienst bei Hofe betrafen. Er war in der Folge nur mehr Hofbeamter, als solcher allerdings regelmäßig Mitglied des Rathes, so dass auch er, dem Charakter der mittelalterlichen Centralverwaltung entsprechend, eventuell mit der Verrichtung staatlicher Aufgaben betraut werden konnte. Jedoch galt er gleich dem Hof- und dem Kammermeister in Österreich als persön-

logium der Wiener Minoriten ihn als „marschaleus terre Austrie“ bezeichnet, Pez SS. II. 505.

¹⁴² Vgl. über ähnliche Wandlungen beim Hofmeisteramte Seeliger 47ff. und 61.

¹⁴³ Ähnliche Verhältnisse bestanden noch im 15. Jahrhunderte für das Finanzwesen in Österreich. Die österreichischen Landschreiber des 13. und beginnenden 14. Jahrhunderts, wie auch der weiterhin bald als Hubmeister, bald als oberster Amtmann (officialis) bezeichnete Beamte leiteten neben dem Finanzwesen von Österreich ob und unter der Enns auch die damit verbundene Finanzverwaltung des herzoglichen Hofes. Vgl. Adler, Centralverwaltung 170ff. und oben Note 112 und 122.

licher Adjunct und Gehilfe des einzelnen Herzogs,¹⁴⁴ so dass sein Amt daher spätestens mit dem Tode des Fürsten erlosch.¹⁴⁵ Die einzelnen Fürsten hatten ihre besonderen Hofmarschälle, und es stand regelmäßig dem Marschall von Österreich eine bald größere, bald kleinere Zahl von Hofmarschällen gegenüber.

Unter Albrecht II. bekleidete Graf Ulrich von Pfannberg¹⁴⁶ das Marschallamt in Österreich. Über der einflussreichen Stellung, welche diese Persönlichkeit als Rathgeber und oberster Executivbeamter des Herzogs Albrecht II. einnahm,¹⁴⁷ trat begreiflicherweise die Wirksamkeit auf dem Ge-

¹⁴⁴ Vgl. oben Note 133. Herzog Albrecht II. besaß nacheinander verschiedene Hofmarschälle: „Konrad den Halmpek“ Urkk. ddo. 1338, Juli 8 und 12, Wien und ddo. 1341, Mai 1, Wien, alle drei Urkunden im st. LA.; „Heinrich von Schwandek“ Urkk. ddo. 1347, November 29 bis 1354, Februar 27, Wien D. et A. X. 320, XVIII. 283, endlich „Ernst den Stockhorner“ seit 1355, Juni 20, Pfarrkirchen, v. Stockhorner 130 ff. Reg. 18—23. — In dem selbständigen Hofstaate, den Rudolf IV. schon bei Lebzeiten seines Vaters hatte, bekleidete „Friedrich von Hannau“ die Stelle eines Hofmarschalles; Urk. ddo. 1357, December 31, Wien L. Reg. III. 1983.

¹⁴⁵ Nach dem Tode Herzog Albrechts II. trat Ernst Stockhorner nicht etwa in den Dienst Rudolfs IV. über, v. Stockhorner 132 Reg. 26—28. Ebensowenig nahm Rudolf IV. den Hofmeister seines Vaters „Wolfhart von Hannau“, dessen Kammermeister „Andreas den Hauser“ und dessen Küchenmeister „Niclas den Scheck“ unter seine Beamten auf. Dieser Nachweis lässt sich aus der Gegenüberstellung des in der Hft. 15 des StA. für Albrecht II. zusammengetragenen Materiales mit den Urkunden seines ältesten Sohnes erbringen, und die Cont. Zwetlensis MG. SS. IX. 688, Z. 3 ff. hat demnach doch nicht ganz Unrecht, wenn sie uns die Nachricht überliefert, Rudolf IV. habe jene Beamten „qui patri astiterant suo in curia“, entfernt. Vgl. auch Huber, Rudolf IV., 21 Note 2. — Auch in der Folge erloschen die Functionen der Hofbeamten mit dem Tode des betreffenden Herzogs; für das Hofmeisteramt vgl. die Tabelle bei Seeliger 130.

¹⁴⁶ Zum erstenmale wird er in dieser Eigenschaft erwähnt in der Urkunde ddo. 1330, December 30 L. Reg. III. 845. Seinen Lebenslauf schildert uns K. Tangl, AÖG. XVIII, 182 ff., 219 ff. Vgl. dazu Peter Suchenwirth ed. Primisser XI. Vers 1—328.

¹⁴⁷ Vgl. die Regesten bei Tangl a.a.O. Nr. 132, 134, 136, 139, 151, 155, 159, 167, 172 und 173. Herzog Albrecht II. vertraute ihm im

biete der Verwaltung des Landes Österreich umsomehr in den Hintergrund, als er seit 1335 überdies zum Landeshauptmanne des neuerworbenen Herzogthums Kärnten bestellt wurde. Immerhin lässt sich auch diese Seite seiner Thätigkeit urkundlich nachweisen,¹⁴⁸ und es muss insbesondere hervor-gehoben werden, dass er wie schon frühere Marschälle — allerdings im Vereine mit dem Grafen von Hardegg — zum Verweser in Österreich bestellt wurde, als Albrecht II. gegen die Schweizer zu ziehen genöthigt war und auch H. Rudolf außer Landes weilte.¹⁴⁹

Wen H. Albrecht II. nach dem Tode des Pfannbergers (23. October 1354) zu dessen Nachfolger einsetzte, ist aus den urkundlichen Materialien nicht zu entnehmen.¹⁵⁰ In einer der ersten Urkunden H. Rudolfs IV. wird Hermann von Landenberg¹⁵¹ als Träger dieses Amtes erwähnt, und von da ab lassen sich die Marschälle in Österreich in ziemlich lückenloser Reihe angeben.^{151a}

Seit den Tagen Rudolfs IV. erfuhr das Marschallamt nicht nur eine wichtige Ausgestaltung in formeller äußerlicher Beziehung, sondern auch eine nähere Präcisierung seines Inhaltes.

Was zunächst den letzteren Punkt anbelangt, so wurde der Marschall, ohne deshalb aus der Centralstelle am Hofe

Vereine mit dem Grafen Konrad von Schaunberg die Erziehung seines Sohnes, des nachmaligen Herzogs Rudolf IV. an. Ioann. Vict. ad ann. 1342, Böhmer FRG. I. 446.

¹⁴⁸ Urk. ddo. 1336, Juni 1 L. Reg. III. 1067, ddo. 1345, December 14 Wien, Steyerer Add. 135 ff. und ddo. 1352, Juni 21 D. et A. X. 337.

¹⁴⁹ Urk. ddo. 1354, Juli 6, Wien im Anhang IV., UB. Nr. 5.

¹⁵⁰ Sein Sohn Johann von Pfannberg wird nur als Hauptmann in Kärnten, aber in keiner Urkunde als Marschall in Österreich genannt. Die Behauptung K. Tangl's a. a. O. 279 erweist sich demnach als nicht stichhaltig.

¹⁵¹ So schon in der Urkunde ddo. 1358, November 3, Wien als Mitglied des Herzog Rudolf IV. zur Seite stehenden Rathes genannt. Tomaschek I. 137.

^{151a} Anhang II.

des Herzogs auszuscheiden, dauernd mit der obersten Leitung der Verwaltung des Landes Österreich betraut, und zwar in der Weise, dass er daselbst im Falle der Anwesenheit des Landesfürsten als dessen unmittelbares Hilfsorgan, im Falle der Abwesenheit oder sonstigen Verhinderung desselben als dessen natürlicher Stellvertreter vorzugehen hatte. Je häufiger letzterer Umstand infolge der Zunahme der Regierungsgeschäfte eintrat, je schärfer sich die Centralstelle gegenüber den von ständischen Einflüssen erfüllten Landesverwaltungen abhob, mit desto größerer Selbständigkeit führte der Landmarschall die niederösterreichische Verwaltung, desto mehr entsprach sein amtliches Schaffen, insbesondere seitdem er den ordentlichen Vorsitz im ständischen Gerichte des Landes erworben hatte, der Wirkungssphäre der an die Spitze der übrigen Länder gestellten Landeshauptleute. Aber auch in formeller Hinsicht erfuhr das Marschallamt zu dieser Zeit eine wichtige Weiterbildung, indem dem Träger desselben gerade mit Rücksicht auf seine Beziehungen zur Verwaltung des als ein selbständiges Territorium geltenden Landes unter der Enns der Titel: Landmarschall in Österreich zuerkannt wurde.¹⁵²

¹⁵² Zum erstenmale führt meines Wissens Hermann von Landenberg den Titel „Landmarschall in Österreich“ in der Urkunde Herzog Rudolfs IV. ddo. 1359, Jänner 10, Wien D. et A. XXXV. 325. In lateinischen Urkunden heißt er „marscalcus provincialis Austriae“, seltener „marscalcus ducatus Austriae“. Gerade diese Bezeichnung sollte seine Beziehung zur Verwaltung des Landes näher zum Ausdrucke bringen, während umgekehrt seine Abhängigkeit vom Herzoge darin sich äußerte, dass er noch weiterhin als „marscalcus noster“ bezeichnet und von Rudolf IV., der auf äußeres Gepränge so viel hielt, zur Führung eines ganz eigenartigen Siegels ermächtigt wurde. Im Gegensatze zu den Porträtiegeln der Erbbeamten stellt dieses den Träger der öffentlichen Gewalt, den Herzog mit dem Gerichtsschwerte in der einen, dem Scepter in der anderen Hand dar und bringt in doppelter Umschrift den Namen des Landmarschalles und des Herzogs. Ein derartiges Siegel ist uns vom Landmarschall Hermann von Landenberg an der Urkunde ddo. 1360, Mai 27 L. Reg. IV. 178 erhalten geblieben (Orig. StA.); zwei weitere Beispiele bringt Gruber in seinem Buche: Kurzgefasstes Lehrsystem seiner diplomatischen und heraldischen Collegien, Wien 1789,

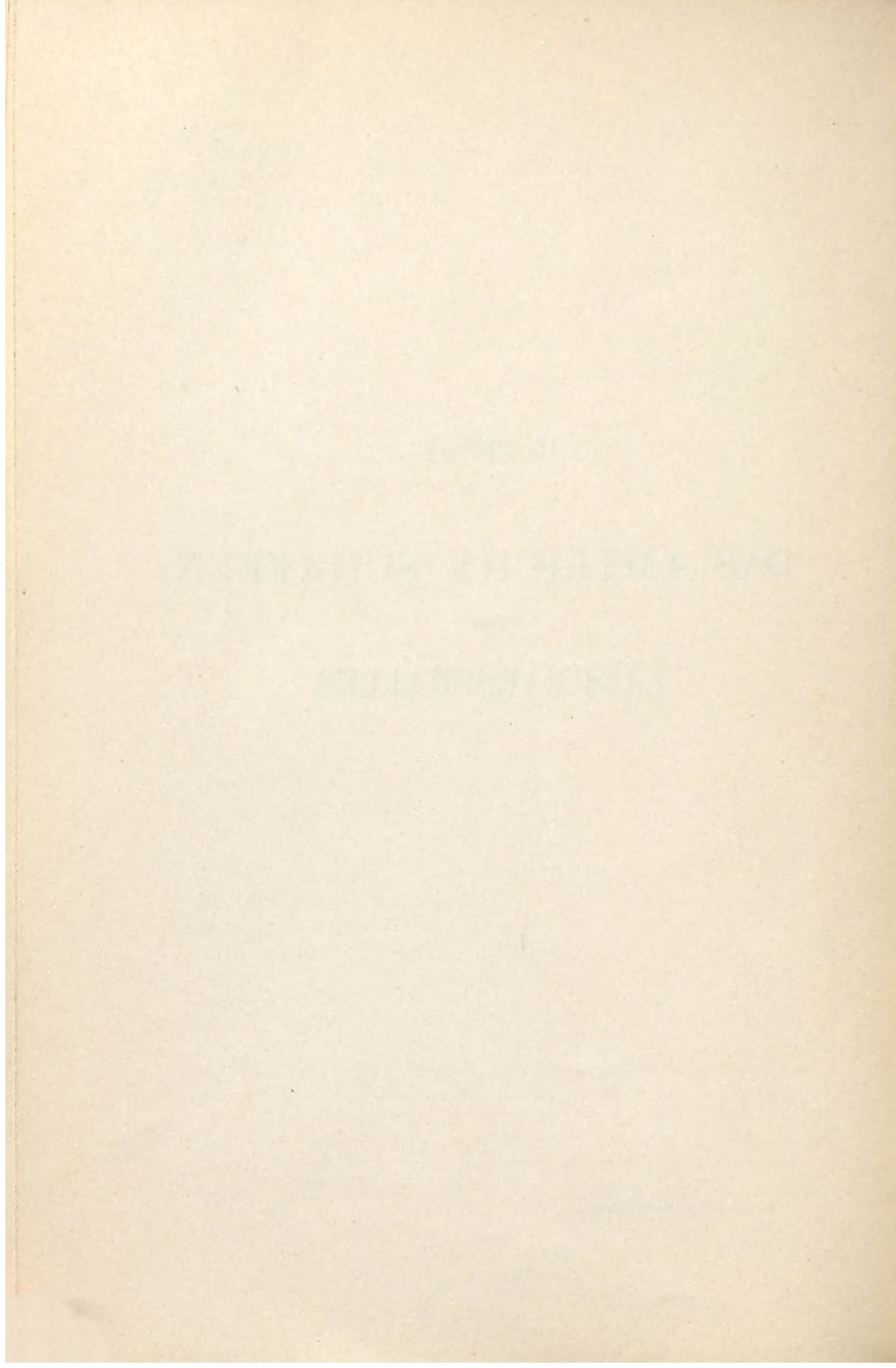
Das Verhältniß, in welchem der Marschall seit jeher zu den Adeligen des Landes stand, der Umstand, dass er nicht nur ihr Anführer im Kriege war, sondern auch als Chef der Verwaltung des Landes ihnen gegenüber eine Reihe wichtiger Befugnisse ausübte, brachte es mit sich, dass er allmählich auch an die Spitze der ständischen Macht des Landes trat und so eine ganz eigenthümliche Doppelstellung einnahm, welche ihn dazu verhielt, neben den Interessen des Fürsten auch jene des Landes zu wahren.

Mit der Ausgestaltung der im alten Marschallamte liegenden Ansätze zu zwei selbständigen Gebilden schließen wir den geschichtlichen Theil der Arbeit, indem wir uns vorbehalten, die weiteren Schicksale dieser Ämter der systematischen Behandlung ihres Wirkungskreises einzuflechten.

143. Ein gleiches Siegel führte auch Leutold von Stadeck; es hängt z. B. an der Urkunde ddo. 1362, October 25, Wien L. Reg. IV. 411, Original im StA. Vgl. v. Sava a.a.O. 61.

II. THEIL.

DAS AMTLICHE SCHAFFEN
DES
LANDMARSCHALLES.



I. Abschnitt.

Der Landmarschall an der Spitze der Verwaltung des Landes unter der Enns.

I. Im allgemeinen.

Als seit der Entwicklung der Landeshoheit das Verhältnis der Unterthanen zum Reiche gelockert wurde und die Erfüllung einer Reihe von Aufgaben, welche früher das Reich zu besorgen hatte, den Territorialherren zufiel, da erfuhr die enge Begrenzung des Staatszweckes, jene eigenthümliche Erscheinung des mittelalterlichen Staatslebens, vorerst noch keinerlei Erweiterung. Sehen wir von der Finanzverwaltung ab, so erschöpften sich die Aufgaben der einzelnen Landesherren fast das ganze Mittelalter hindurch in der Gewährung des Schutzes vor äußeren und inneren Feinden.

Diese oberste Schutz- und Schirmgewalt übten sie theils in eigener Person, theils durch ihre Beamten. Sie bildete den wesentlichen Inhalt jener Vollmachten, welche den an der Spitze der einzelnen habsburgischen Länder stehenden Hauptleuten und Landvögten gegeben wurden,¹⁵³ und

¹⁵³ Die uns erhaltenen Anstellungsurkunden und Dienstreverse gewähren uns nur selten einen deutlichen Einblick in den Pflichtenkreis dieser Hauptleute. So erwähnen z. B. die beiden Urkunden a. 1363 nur ganz im allgemeinen die Übertragung der Landeshauptmannschaft ob der Enns an Eberhard von Walsee und legen nur darauf besonderen Werth, dass dieser Beamte auch für die Verwesung der verschiedenen

die Wirksamkeit dieser Beamten musste sich zu einer um so wichtigeren gestalten, als durch die fortschreitende Patrimonialisierung der Localverwaltung die Amtsbezirke an vielen Orten zersplittert, ja oft geradezu aufgelöst, die Führung der Geschäfte der persönlichen Ingerenz des Landesfürsten fast ganz entzogen wurde.

Ämter der localen Verwaltung, welche noch im Besitze der landesfürstlichen Gewalt waren, sorgen dürfe, UBOE. VIII. 122 und 156. Der Auftrag desselben Herzogs an Berchtold von Gufidaun wegen Übernahme der Hauptmannschaft in Tirol gedenkt wenigstens noch der richterlichen Functionen dieses Beamten, Urk. ddo. 1363, December 13, Brixen SchwD. 225. Ganz allgemein gehalten ist die Anstellungs-urkunde für Hertlein von Liechtenstein als Hauptmann in Steiermark ddo. 1388, April 17, Wien im Anhang IV. UB. Nr. 11, und Graf Johann von Schaunberg, dem K. Friedrich IV. im November 1450 die Hauptmannschaft ob der Enns verlieh, hob in seinem Reverse nur hervor, dass er dieses Amt mit dem Schlosse zu Linz um den gewöhnlichen Sold und die Burghut, welche seine Vorgänger bezogen haben, getreulich für den König innehaben, verwesen und versorgen wolle, Original im StA., Chmel, Reg. Frid. 2658. — Viel ausführlicher sind jene Urkunden gehalten, welche über die Besetzung der in den Vorlanden bestehenden Landvogteien handeln. Da wir schon aus einem summarischen Vergleiche dieser Einrichtung mit den Hauptmannschaften entnehmen können, dass es sich um verwandte Institutionen handelt, so sind wir in der Lage, das uns für die Vorlande gebotene Material zur Ergänzung unserer Untersuchungen über den Pflichtenkreis und die Stellung der Landeshauptleute und des Landmarschalles zu verwerthen. Urk. (ddo. 1379—1380), Senckenberg, Sel. jur. IV. 179, ddo. 1387, März 1, Innsbruck, ddo. 1387, November 25, Schaffhausen, ddo. 1388, Januar 13, Wien, ddo. 1389, Juli 25, Wien, ddo. 1390, October 23, Amstetten und ddo. 1408, Juni 8, Krems UB. Nr. 8, 9, 12 und 21. Vgl. dazu Huber, Rudolf IV. 169 g. — Einige Beiträge liefert uns auch die Otakarische Reimchronik; denn mehrmals wird darin erwähnt, dass die Landeshauptleute an des Herzogs Stelle Friede und Recht zu gewähren und die Unterthanen zu beschützen hätten, MG. DChr. V/1. 18648ff., 24223ff., 24286ff.; V/2. 70651ff. — Eine sehr wichtige Quelle endlich sind jene zahllosen Einzelaufträge, welche an die Hauptleute vom Hofe aus gerichtet wurden, mochte es sich nun um Ausübung der Gerichtsbarkeit, um Beschützung von Kirchen, Städten und Märkten oder um andere Regierungsgeschäfte handeln. Vgl. z. B. UBOE. III. 430, V. 333 und 551, VIII. 378, 431, 608 und 628; Pusch-Fröhlich I. 218, 220, II. 26 etc.

Im Lande unter der Enns war der Landmarschall jenes Organ, dessen sich die Herzoge in Ausübung der ihnen zustehenden obersten Schutz- und Schirmgewalt bedienten, dem sie zur Erreichung dieses Zweckes Befugnisse militärischer, polizeilicher und richterlicher Natur zuerkannten.¹⁵⁴

Bevor wir die Beziehungen des Landmarschalles zur Verwaltung dieses Landes einer näheren Untersuchung unterziehen, sollen einige Bemerkungen über die persönliche Stellung dieses Beamten vorausgeschickt werden.

Wir erwähnten schon andernorts, dass in Österreich die Ministerialen infolge des bedeutenden socialen Aufschwunges, den diese Classe unfreier Elemente genommen, den Versuch machten, die in ihrem Besitze befindlichen Hof- und Verwaltungsämter in Lehen zu verwandeln. Vollkommen gelang ihnen dies jedoch nur für die alten Hausämter. Aber diese nahmen — zu Landeserbämtern umgestaltet — den Charakter von Ehrenstellen an, denen fast jeder Antheil am Hofleben und an der Verwaltung des Landes fehlte. Da im übrigen der Amtsbegriff gegenüber versuchsweise vordringenden lehnrechtlichen Grundsätzen die Oberhand behielt, so waren die Organe, mit welchen man seit dem Ausgange der Baben-

¹⁵⁴ Für die Wirksamkeit des Landmarschalles insbesondere gewinnen wir Anhaltspunkte nicht nur aus den theils an ihn gerichteten, theils von ihm erlassenen Urkunden, welche, im Drange des geschäftlichen Lebens erflossen, ein richtiges Bild von seinem amtlichen Schaffen geben, sondern auch aus zwei sehr ausführlich gehaltenen Bestallungsurkunden. Gibt uns die eine wichtige Aufschlüsse über das Walten dieses Beamten, solange er noch nicht die ordentliche Gerichtsbarkeit in Niederösterreich erworben hatte (Note 165), so zeigt die zweite ihn auf dem Höhepunkte seiner Machtstellung (Note 272). Endlich besitzen wir die Formel des vom Landmarschall bei seinem Dienstantritte verlangten Amtseides in vier — verschiedenen Zeitepochen angehörigen — Ausfertigungen (Note 161). Von großer Bedeutung sind die fünf in den UB. Nr. 36—40 aus der Hft. 14109 der Hofbibliothek in Wien aufgenommenen Urkunden, welche anlässlich der Einsetzung des Rüdiger von Starhemberg zum Landmarschall von Österreich erlassen wurden. Ihre Kenntnis verdanke ich der freundlichen Mittheilung des Herrn Dr. Hans Lechner.

bergerzeit an der Centralstelle und in der localen Verwaltung arbeitete, fast durchwegs frei ein- und absetzbare Beamte.¹⁵⁵ Dies galt von der Stellung des Oberstlandrichters und der höheren Landrichter.¹⁵⁶ Das gleiche war der Fall bei den Landeshauptleuten,¹⁵⁷ Landvögten^{157a} und Landschreibern,

¹⁵⁵ Vgl. oben S. 33 ff. sowie die Anm. 25, 28 und 42. Zu den folgenden Ausführungen vergleiche insbesondere Rehm 568 ff. und Schmoller, Behördenorganisation (46 ff.).

¹⁵⁶ Er war ein mit einem fixen Jahressold angestellter Beamter, dessen Ein- und Absetzung allein vom Landesfürsten abhieng. ÖLR. I. 70. Seine Stellung schließt sich an das durch den Mainzer Landfrieden im Reiche geschaffene Hofrichteramt an. Dieselben Verhältnisse galten für die Otakarischen Landrichter, deren Amt frei widerruflich war. Vgl. die Zusammenstellung bei Siegel, Dienstmannen 259.

¹⁵⁷ Dass diese frei absetzbare Beamte waren, geht schon aus zahlreichen Urkunden, welche der Zeit Otakars angehören, hervor. Unabweisbar ist der Zusammenhang dieser Einrichtung mit dem Institute der Reichshauptleute, welche ihrerseits ihr Vorbild in den italischen Generalvicaren etc. hatten. Es lässt sich nachweisen, dass die Urkunde, welche für Meinhard von Görz als Reichsverweser in Steiermark ddo. 1248, Juni vom Kaiser ausgefertigt wurde (Weiland II. 377), ihrer Fassung nach sich vollkommen an die den italischen Generalvicaren gegebenen Bestallungsbriefe anschließt. Vgl. ebend. Nr. 216, 217, 266, 272 und 273. Auch in den folgenden Jahrhunderten waren die Landeshauptleute frei absetzbare Beamte, und fast alle uns erhaltenen Anstellungsurkunden enthalten die Clausel: „unz an uns oder unser erben widerrufen“. — Nach dem Rationarium Styriae bezog der Landeshauptmann schon zu Otakars Zeiten 500 Mark jährlich „pro solario et custodia castrorum in Graecz“. Rauch SS. II. 116. Vgl. auch die in Note 153 erwähnten Urkunden.

^{157a} Während die Bestellung der Landeshauptleute und Landvögte im allgemeinen auf beliebigen Widerruf erfolgte, pflegte man zur Zeit Albrechts III. die Landvogteien jeweilig auf ein Jahr zu vergeben. Es ist dies die zweite Form, in der uns der freie Amtsvertrag während des Mittelalters entgegentritt. Der Zweck, den man in beiden Fällen verfolgte, war derselbe. Man wollte einerseits das Amt nicht auf zu lange Zeit hinaus vergeben, namentlich wenn man sich von der Eignung des Beauftragten noch nicht völlig überzeugt hatte, andererseits sollte in den Beamten selbst durch die Kürze des Dienstcontractes, durch die stete Möglichkeit des Widerrufs das Gefühl der Verantwortlichkeit lebendig erhalten werden. Wie aber im ersten Falle oft jahrelang vom Kündigungsrechte kein Gebrauch gemacht wurde, so

endlich bei den verschiedenen theils im herzoglichen, theils im privaten Dienste stehenden Burggrafen, Pflegern, Richtern und Finanzbeamten.¹⁵⁸ Regelmässig wurde die Beschaffenheit und Höhe des für einzelne Dienstleistungen zu gewährenden Entgeltes in der Form einer fixen jährlichen Besoldung in Geld festgesetzt, und das galt in Österreich seit dem 14. Jahrhunderte auch schon für die Organe der Centralstelle.¹⁵⁹

Auch der Landmarschall war ein solcher vom Landesfürsten auf Widerruf ernannter Beamter.¹⁶⁰ Seine Einsetzung geschah wie die der anderen Beamten durch Ausfertigung eines Bestallungsbriefes, der, wie aus zwei uns erhalten gebliebenen Urkunden hervorgeht, eine eingehende Aufzählung der ihm zukommenden Pflichten und Rechte enthielt.^{160 a} Gleichzeitig ergingen entsprechende Aufträge an die competenten landesfürstlichen Finanzorgane zur Flüssigmachung des dem Landmarschall ausgesetzten Soldes,^{160 b} ferner, wie uns dies z. B. anlässlich der Bestallung Rüdigers von Starhemberg überliefert ist, an die Landstände und die durch sie vertretenen Unterthanen, endlich an die verschiedenen Organe der localen Verwaltung: den Landmarschall in seiner Amtsführung zu unterstützen und ihm namentlich im Falle eines

galten die kurzfristigen Vertragsverhältnisse, wenn nach Ablauf der Zeit eine Lösung von keiner Seite begehrt wurde, als stillschweigend, und zwar auf unbestimmte Zeit prolongiert. — Dass die Entwicklung der Verwaltungseinrichtungen der Vorlande sich unmittelbar an die von den deutschen Königen geschaffene Reichslandsvogteiverfassung anschließt, hat schon Schulte a. a. O. 32 ff. nachgewiesen. Vgl. Küster 73 ff.

¹⁵⁸ Vgl. für Steiermark das *Rationarium Styriae* a. a. O. 114 ff. und die Urk. ddo. 1275, Januar 26, Wien Pusch-Fröhlich I. 236; für Österreich das *Rationarium Austriae* ebend. 3 ff., sowie Werunsky ÖRG. 86 ff. Für spätere Zeit Chmel ÖGF. I. 28 ff., II. 203 ff. und 418 ff., SchwD. 380, dann zahlreiche Urkunden in den Hftn. 16 und 408 neu ff. des StA.

¹⁵⁹ Seeliger a. a. O. 78.

¹⁶⁰ Wie aus dem Verzeichnisse im Anhang II. zu entnehmen ist, wechselten die Landmarschälle oft in rascher Folge.

^{160 a} Vgl. Note 154.

^{160 b} Urk. (ddo. 1441, Februar 9) UB. Nr. 37.

Krieges oder innerer Unruhen behufs Wiederherstellung und Erhaltung des Landfriedens hilfreich beizustehen.^{160c}

✓ Vor dem Antritte seines Dienstes musste er einen bestimmten Eid leisten.¹⁶¹ Für seine Mühewaltung bezog er einen festen Geldgehalt, aus dem er nicht nur für die Kosten der laufenden Verwaltung aufzukommen hatte, sondern wovon er auch sein Hilfspersonale erhalten musste.¹⁶² Dieser Sold

^{160c} Urk. ebend. Nr. 38 und 39. Gleichzeitig wurden von K. Friedrich auch die Anwälte in Wien hievon verständigt und angewiesen, dem Landmarschall über Ersuchen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung hilfreich beizustehen, UB. Nr. 40. Rüdiger von Starhemberg erhielt endlich noch einen Schadlosbrief für allen während der Abwesenheit des Königs von den Feinden eventuell zu erleidenden Schaden, Urk. ddo. 1441, Februar 9, Neustadt, UB. Nr. 36. Vgl. auch Urk. ddo. 1493, März 13, Linz UB. Nr. 46.

¹⁶¹ Urkk. ca. 1384 NB. II. 336; ca. 1425 und 1441, Februar 12 in den UB. Nr. 30 und 41, ddo. 1476, Februar 8, Neustadt SchwD. 405.

¹⁶² Einen solchen erwähnt schon die über die Bestellung des Rudolf von Walsee ausgefertigte Urkunde. Der Sold galt gleichzeitig als Pauschalvergütung der normalen Auslagen für „kost“ und „futer, wa er in unserm land reitt an uns“. Besondere Auslagen wurden ihm jedoch separat vergütet, Urk. ddo. 1399, September 3, Wien UB. Nr. 15. Die Höhe des Soldes, welchen Rudolf von Walsee bezog, ist infolge einer in der Handschrift befindlichen Lücke nicht ersichtlich; nur wissen wir, dass ihm 200 Pfund jährlich vom Amte zu Kreuzenstein, der Rest aus der herzoglichen Kammer gezahlt werden sollte. — Ulrich von Dachsberg bezog jährlich 600 Pfund (Urk. ddo. 1399 cit.), Hertnid von Pottendorf 800 Pfund (Urk. ddo. 1411, October 18, Wien UB. Nr. 25). — Hans von Ebersdorf erhielt alle Quatember 100 Pfund vom Hubmeisteramte und 16 Pfund aus den Einkünften der Münze; wenn diese Angaben vollständig sind, wäre sein Jahressold bedeutend niedriger gewesen als der seiner Vorgänger, Urk. ddo. (1427, Juni 28) Wien Hft. 238 im nö. LA. fol. 92^b. — Rüdiger von Starhemberg bekam 800 Pfund Pfennige als Jahressold und 200 Pfund als Aufzahlung (Urk. ddo. 1441, Februar 9, Neustadt, UB. Nr. 37). — Dagegen beanspruchte Jörg von Pottendorf als Entgelt für die Verwaltung des Landmarschallamtes jährlich 1000 fl. und dazu noch 200 Pfund eigenen Rathssold; der Kaiser bestritt diese Forderung mit der Bemerkung, dass ein Landmarschall stets herzoglicher Rath sei und dafür keinerlei besondere Entlohnung zu beziehen habe, Chmel, M. Habsb. II. 290ff. — Über die Verhandlungen mit dem Grafen Michael von Maidburg vgl. Chmel a. a. O. II. 627—633, III. 313ff., 354 und 358, BINÖ. 1879. 23ff.

wurde ihm theils aus der herzoglichen Kammer bezahlt, theils auf andere Ämter geschlagen; jedoch wechselte die Höhe desselben. Die Auszahlung der Bezüge geschah vierteljährig im nachhinein, wobei die vier Quatember als Termine galten.¹⁶³

Wie fast alle Verwaltungsorgane des Mittelalters war auch der Landmarschall noch nicht ein eigentlicher Berufsbeamter; denn seine Wirksamkeit war von vorneherein nur als eine Nebenbeschäftigung gedacht, die ein Großer des Landes bald längere, bald kürzere Zeit auf sich nahm.¹⁶⁴ Trotzdem unterscheidet sich seine Stellung von der der meisten anderen landesfürstlichen Organe dadurch, dass sie, wenn dies für das Mittelalter überhaupt hervorgehoben werden darf, in erster Linie als ein Pflichtenverhältnis erscheint und (im Gegensatze zu den meisten übrigen Beamten, deren Beziehungen zum Landesherrn ausgesprochenermaßen privatrechtlicher Natur waren) schon mehr die öffentlich rechtlichen Momente des modernen Staatsdienstes an sich trägt.¹⁶⁵

Die mit der Finanzverwaltung betrauten Organe waren meist Contrahenten ihrer Fürsten, welche die ihnen vertragsmäßig zugewiesenen Einkünfte einzuheben und davon die an sie ergehenden Zahlungsanweisungen zu bezahlen

¹⁶³ UB. Nr. 25 und 37; Chmel, Reg. Frid. 1652, 1984, 7442; M. Habsb. III. 314.

¹⁶⁴ Über den eigentlich erst der Neuzeit angehörenden Begriff des Berufsbeamtenthums vgl. Schmoller a.a.O. (31) und (58)ff.

¹⁶⁵ Dies geht wenigstens aus der Instruction hervor, welche Rudolf von Walsee anlässlich seiner Bestellung zum Landmarschall erhalten hat und die daher etwa in den Anfang des Jahres 1384 zu setzen ist. Vgl. Anhang II. Diese Urkunde ist im NB. II. 335 ff. aus der Hft. 40 fol. 192 ff. des StA. abgedruckt. Ähnlichen Charakter hatte auch die Stellung der Hofbeamten, während bei Vergebung der Landeshauptmannschaften das privatrechtliche Element in den Vordergrund trat (Urk. ddo. 1363, Januar 11, Judenburg und October 24, Innsbruck UBOE. VIII. 122 und 156); und, wenn uns auch nicht gerade eine Verpfändung des Amtes, wie eine solche bei gewöhnlichen Pflegschaften zu gewissen Zeiten an der Tagesordnung war, überliefert ist, so konnte doch gegebenenfalls aus finanziellen Rücksichten die freie Widerruflichkeit des Amtsauftrages ausgeschlossen werden, Urk. ddo. 1384, September 19, Wien L. Reg. IV. 1883 und 1884.

hatten. Die Auswahl von Hilfskräften war ihnen ganz freigestellt, dagegen wurde ihnen oft vom Landesfürsten ein Controlorgan beigegeben. Sie mussten nur zu bestimmten Terminen den Herzogen über ihre Gebarung Rechnung legen, wobei eventuelle Überschüsse rückerstattet, Forderungen ihrerseits hingegen entweder sofort getilgt oder in irgend einer Weise sichergestellt wurden. Behielt eine solche Person die Geschäfte auch weiterhin, so wurde die Differenz als Saldo für die nächste Rechnungsperiode vorgetragen.¹⁶⁶ Die Vergebung dieser Ämter erfolgte häufig im Wege der Versteigerung, und dann traten die Meistbietenden als Pächter der Amtsgefälle ein; andere wieder wurden mit ihren Ansprüchen auf einen Theil des Amtsertrages gewiesen,¹⁶⁷ und es war dann nur ein Schritt mehr, dass diese Einnahmsquellen einzelnen Personen zur Belohnung ihrer Verdienste als Leibgedinge, oder den verschiedenen Gläubigern des Landesfürsten als Pfand gegeben wurden.¹⁶⁸ In solchen Fällen blieb das Amt dem Gläubiger bis zur Zahlung der Pfandsumme, manchmal daher durch mehrere Generationen verhaftet; er konnte es mit Zustimmung des Herzogs weiter verpfänden¹⁶⁹ oder sich durch Veräußerung desselben für seine Forderung bezahlt machen.¹⁷⁰

¹⁶⁶ Über die Beziehungen des Landschreibers Konrad von Tulln zu K. Rudolf und H. Albrecht vgl. A. Vat. II. Nr. 170, 173 und 208, SchwD. 123, v. Zahn StGBI. II. 129 ff. Ausdrücke wie „*officia regere, rector officiorum, provisor officiorum*“ deuten schon — abgesehen von dem Inhalte der Urkunden — die Stellung an, welche diese Leute (kapitalkräftige Bürger, Juden etc.) einnahmen. Sie waren eigentlich Banquiers ihrer Fürsten. Für das 14. Jahrhundert bieten reiches Material die oben in Note 158 aus Chmel ÖGF. erwähnten Rechnungen verschiedener mit dem Herzoge im Kontokorrent-Verhältnisse stehenden Finanzbeamten; für das 15. Jahrhundert vgl. BlNÖ. XV. 277 ff. und XXI. 433 ff.

¹⁶⁷ Beispiele enthalten für das 13. Jahrhundert die beiden Rationarien. Viel zahlreicher ist das Material im 14. und 15. Jahrhundert.

¹⁶⁸ Z. B. v. Zahn StGBI. II. 129 ff.; AÖG. II. 519 ff.; UBOE. IV. 193 und 213 etc.

¹⁶⁹ Beide Clauseln finden sich regelmässig in den betreffenden Urkunden. Vgl. z. B. UBOE. V. 3 und 155 etc.

Auch bei der Verleihung der Pflegschaften waren durchwegs privatrechtliche Gesichtspunkte maßgebend, und selbst das staatsrechtlich wichtigste aller Hoheitsrechte, die Gerichtsbarkeit, wurde nur als Einnahmsquelle aufgefasst, die sich beliebig verwerten liess.¹⁷¹ Pfleger, Burggrafen und Richter aller Art waren oft genug nur Pächter oder Pfandinhaber, standen aber auch sonst zum Landesfürsten regelmäßig in einem auf die Erben übertragbaren Lohnverhältnisse. Ihre selbständige Stellung trat nach außen hin insbesondere darin hervor, dass der einzelne seinen Dienst nicht so sehr im Sinne eines Amtes, als einer wirtschaftlichen Unternehmung besorgte, welche gewisse Erträgnisse abwerfen musste, um neben den Auslagen noch einen entsprechenden Reingewinn zu erzielen, und so trug ihre Wirksamkeit trotz aller in den Bestellungen hervorgehobenen, in den Reversen versprochenen Amtspflichten oft die Gefahr einer Ausbeutung der Unterthanen in sich.

II. Die militärischen Functionen des Landmarschalles.

Schon im ersten Abschnitte haben wir erfahren, dass der Marschall als Hausbeamter an der militärischen Executive des Landesherrn betheiligt war. Dieser Umstand führte in weiterer Ausbildung der Amtsfunktionen dahin, dass er nicht nur an die Spitze der Ritterschaft des Landes unter der Enns trat, sondern als Hilfsorgan und Vertreter des

¹⁷⁰ So löste z. B. Hans von Stadeck mit Bewilligung der Herzoge das Hubmeisteramt in Graz von Otto dem Stubenberger um 2770 Pfd. Wr. Pf., um welche Summe es letzterem verpfändet war, und der Stadecker sollte es nun um diese Summe solange innehaben, bis die Herzoge ihn abfänden, Urk. ddo. 1377, Juni 29, Wien Hft. 407 neu fol. 83 im StA. Vgl. Urk. ddo. 1410, Juni 10, Wien bei Melly, Vaterländische Urkunden 64 Nr. XCIX.

¹⁷¹ Vgl. für das 13. Jahrhundert die passauische Urkunde vom Jahre 1256 UBOE. III. 234, dann die beiden Rationarien. Für spätere Zeit sehr viele Beispiele in Birk's Regesten zu Lichnowsky und im AÖG. X. 183 ff., 371 ff.

Herzogs auch mit der Militärverwaltung daselbst betraut wurde.

Nicht ohne bedeutenden Einfluss konnten auf die weitere Ausgestaltung dieses Amtes die großen und einschneidenden Veränderungen sein, welche die Heeresverfassung fast aller deutschen Territorien im Mittelalter erfahren musste, und die auch in Österreich und Steiermark namentlich mit dem Beginne des 13. Jahrhunderts eintraten. Den Ministerialen, welche daselbst bis zu dieser Zeit die Hauptstütze der landesfürstlichen Kriegsmacht gebildet hatten, war es nämlich gelungen, auch in militärischer Hinsicht ihre Dienstpflicht zu lockern und ihre Stellung immer mehr jener der freien Vasallen anzupassen. So kam es, dass das Heer, welches dem Herzoge bisher bei Offensivkriegen zur Verfügung stand, bedeutend vermindert wurde, weil eine unbeschränkte Kriegspflicht nur mehr für die eigenen Ritter und Knechte des Landesherrn bestand.¹⁷²

Nachdem dieses Hofgesinde doch nur für kleinere Unternehmungen ausreichte, so mussten neue Hilfsquellen gefunden werden. Diese ergaben sich durch den Abschluss von auf bestimmte Zeit oder auf Widerruf lautenden entgeltlichen Dienstverträgen theils mit fremden Großen, aber auch mit dem einheimischen Adel. Indem diese letzteren dem Landesfürsten neuerdings eine ausgedehnte Verfügung über die Kriegsmacht seiner Unterthanen sicherten, waren sie geeignet, die durch das Vordringen lehnrechtlicher Gesichtspunkte eingetretene Schwächung der Heeresmacht — allerdings unter bedeutenden Kosten für den Landesfürsten — wettzumachen.¹⁷³ Wir haben es hier mit einer dem Ämter-

¹⁷² Siegel, Dienstmannen 244 ff., v. Luschin ÖRG. 197 ff., Werunsky ÖRG. 154 ff.

¹⁷³ Für den Defensivkrieg blieb das alte Lehnaufgebot, aber auch dieses wurde durch Eingehung von Dienstverträgen aufgefrischt. Insbesondere war man bestrebt, die in wessen Händen immer befindlichen Burgen des Landes durch vertragsmäßige Übernahme der Offenhaltungspflicht zu Stützpunkten der landesfürstlichen Kriegsmacht zu erheben. Vgl. Schroeder DRG. 577 Anm. 24, Lamprecht a.a.O. I. 1271 und 1286.

wesen analogen Entwicklung zu thun; denn diese Verträge sind nur ein specieller Fall jener ganz auf privatrechtlicher Grundlage aufgebauten Dienstverträge, durch welche man sich beim Verfall der Vasallitäts- und Ministerialitätsbände die Treue und Ergebenheit einzelner Unterthanen besonders zu sichern und die nöthigen Hilfskräfte für die Hof- und Staatsverwaltung zu beschaffen trachtete.

Auf Grund der urkundlichen Nachrichten, welche uns insbesondere vom 14. Jahrhunderte ab in größerer Zahl geboten werden, können wir diese Kriegsdienstverträge auf zwei typische Fälle zurückführen und darnach in zwei große Gruppen theilen. Immer handelt es sich dabei um ein reines Vertragsverhältnis; nur aus diesem ergab sich die Dienstpflicht, aber auch keine anderweitige Pflicht. Hierin unterscheidet sich die Stellung dieser Krieger so gewaltig von den aus einem Vasallitätsverhältnisse oder aus dem Titel der Unfreiheit verpflichteten Personen.¹⁷⁴

Zur ersten Gruppe müssen wir jene Verträge zählen, durch welche einzelne Personen ohne Rücksicht auf einen bestimmten Feldzug in den Dienst des Landesfürsten traten und sich ihm gegenüber verpflichteten, während eines festgesetzten Zeitraumes oder auf beliebigen Widerruf jederzeit zu Kriegsdiensten in eigener Person und zwar in der Regel

¹⁷⁴ Trotzdem enthielten diese Verträge anfangs lehnrechtliche Anklänge. Sie erzeugten in der ersten Zeit noch ein umfassendes Treueverhältnis und verlangten Schutz- und Schirmpflicht des Herrn einerseits, Treupflicht des Dieners andererseits. Später gewannen die Merkmale des freien Vertrages die Oberhand. Von besonderem Interesse sind jene Dienstverträge, welche die Ministerialen eines Fürsten mit fremden Herren eingingen — ob sie nun von ihnen Lehen hatten oder nicht — und in welchen sie versprachen, um ein bestimmtes Entgelt gegen jedermann, ausgenommen ihre rechtmäßige Herrschaft, mit einer bestimmten Zahl ausgerüsteter Krieger zu dienen. Durch solche Verträge wusste z. B. der Erzbischof von Salzburg hervorragende steirische Adelige in der Zeit des Interregnums für seine Zwecke zu gewinnen. Vgl. die Reverse des Ulrich von Liechtenstein, des Wulfing von Treuenstein und der Grafen von Pfannberg Urkk. ddo. 1250, Mai 12, Salzburg und Juni 1, Fohnsdorf J. f. L. 108. Bd. 161 ff. und AÖG. LXXI. 430 ff.; vgl. dazu O. Lorenz in WrSB. XXXIII. 483.

mit einer bestimmten Zahl ausgerüsteter Leute bereitzustehen und ihm gleichzeitig ihre Burgen offenzuhalten. Für diese vertragsmäßigen Verpflichtungen wurden ihnen entweder die Nutzungen eines Gutes oder ein bestimmtes Jahrgeld angewiesen. Ebenso erhielten sie, wenn es dann wirklich zum Feldzuge kam, Ersatz für erlittene Kriegsschäden, und es wurde der von ihnen beigestellten Mannschaft ein Sold ausgesetzt.¹⁷⁵

Zur zweiten Gruppe gehören jene Verträge, welche unmittelbar vor Beginn eines bestimmten Feldzuges zur Verstärkung des Truppencontingentes geschlossen wurden und die Verpflichtung enthielten, gegen Entgelt eine bestimmte Zahl von Kriegern auf die Dauer der geplanten Unternehmung dem Heere des Fürsten zuzuführen.^{175 a}

Die Mannschaft, welche der einzelne zu Pferde und zu Fuß wohlausgerüstet zu stellen hatte, entnahm er in beiden

¹⁷⁵ Beispiele hierfür bieten die Dienstreverse des Jans von Kapellen (ddo. 1328, December 9, Wien UBOE. V. 525), des Erbmarschalles Stephan von Meissau ddo. 1329, März 10, dann des Burggrafen von Gars und des Marchart von Mistelbach, beide ddo. 1330, April 22, Wien UB. Nr. 3 und 4 und L. Reg. III. 807. Sehr ausführlich ist der Revers gehalten, welchen Hans der Tannberg von Münster, ein bairischer Unterthan, dem Herzoge Albrecht III. anlässlich seiner Bestellung zum landesfürstlichen Diener ausstellte, Urk. ddo. 1394, December 7, Wels UB. Nr. 13 und 14. — Mit den Söldnerführern wurden derartige Verträge in der Regel nur auf kurze Fristen geschlossen. Vgl. die Urk. ddo. 1453, April 30, Neustadt AÖG. X. 185 Nr. 22 und verschiedene Beispiele für die Zeit des K. Ladislaus in der Hft. 428 neu des StA.

^{175 a} Schon die Reimchronik hebt an verschiedenen Punkten hervor, dass die Herzoge ihre Kriegsmacht durch Anwerbung von Truppen für einen speciellen Feldzug verstärkt haben. Weiterhin lassen sich namentlich aus den Kämpfen Friedrichs III. mit Ludwig dem Baier mehrfache Beispiele anführen; vgl. L. Reg. III. 430, 516, 550, 552—554, 556, 671. Ähnliche Verträge aus späterer Zeit, z. B. im Kampfe gegen Ungarn und Böhmen UBOE. V. 533, gegen Baiern L. Reg. III. 900, 902, 903, 906, 913, 920, 1050, UBOE. VIII. 396; gegen die Schweizer L. Reg. III. 1885, UBOE. VII. 383 und 384, gegen den Patriarchen von Aquileja ebend. VIII. 38, gegen die Lombardei VIII. 373 und 418 sowie Melly, Vaterländische Urkunden Nr. LXX—LXXIV. Vgl. dazu AÖG. II. 519ff.

Fällen seinen eigenen unfreien Rittern. Fehlte es ihm an solchen, so musste er zur Anwerbung von Soldrittern schreiten. Je mehr es der unfreien Ritterschaft seit dem 14. Jahrhunderte gelang, sich gegenüber ihren Herren aus dem Verhältnisse der Unterordnung und Abhängigkeit zu erheben und die letzten Merkmale unfreier Geburt abzuschütteln, desto mehr konnte der einzelne, mochte es nun der Landesfürst selbst oder ein Mitglied des Herren-, schließlich auch des Ritterstandes sein, die zur Bewachung der Burgen nothwendige Mannschaft und das Truppencontingent für die Offensive nur mehr im Wege freier Verträge beschaffen. Immer häufiger geschah dies durch Anwerbung von jenen Berufskriegern adeligen oder gemeinen Standes, welche heute unter dieser, morgen unter jener Fahne kämpften und insbesondere seit der Zeit der Hussitenkriege bildeten theils als Reiter theils als Fußtruppen organisierte Söldnerscharen oft unter staatsfremden Führern das Hauptcontingent der Territorialheere. Das für den Offensivkrieg bestehende Heer wurde so allmählich zu einem Privatheere des Fürsten, und das Aufgebot richtete sich daher nicht mehr an die Vasallen, sondern an diejenigen Personen, welche infolge besonderer Verträge zur Theilnahme an dem Feldzuge verhalten waren.

Auch die Stellung des Marschalles wurde durch diese Änderungen betroffen. Solange fast nur einheimische Adelige, wenn auch als vertragsmäßig geworbene Krieger, im Heerbanne des Fürsten standen und das Heer überdies noch einen territorialen Charakter aufwies, kam es noch häufig vor, dass der Marschall, der im Lehnheere an der Spitze der Ritterschaft des Landes stand, das österreichische Contingent befehligte.¹⁷⁶ Als aber das Heer mehr und mehr zu einem den verschiedensten Ländern entnommenen, zusammengewürfelten Privatheere des Fürsten wurde, verstand es sich nicht mehr von selbst, dass der Marschall in Vertretung des Landesherrn

¹⁷⁶ So noch Hermann von Landenberg und Dietrich von Pilichdorf, MG. DChr. V. a. v. O. Über die Treffen von Gammelsdorf und Mühldorf vgl. Friess, Dietrich von Pilichdorf 15 und 21 ff.

das Commando zu führen habe.¹⁷⁷ Fallweise wurde ihm dasselbe allerdings noch zuerkannt; seine Stellung war aber dann nur die eines gewöhnlichen Heerführers.¹⁷⁸

Dagegen blieb der Landmarschall an der Spitze des zur Landesvertheidigung dem Fürsten zur Verfügung stehenden Landesaufgebotes, welches sich aus dem gesammten hohen und niederen Adel des Landes (Lehnaufgebote), aus den Contingenten der reichsfürstlichen Bischöfe und der landsässigen geistlichen Stifter, der landesfürstlichen Städte und Märkte und nöthigenfalls auch der von der ländlichen Bevölkerung gestellten Mannschaft zusammensetzte. Das Recht, die Lehnleute, beziehungsweise die gesammte waffenfähige Mannschaft des Landes aufzubieten, war dem Herzoge vorbehalten. Nur bei einem plötzlichen Angriffe von außen oder einer solchen Empörung im Innern konnte der Landmarschall, falls der Herzog nicht anwesend war, selbständig vorgehen,¹⁷⁹ und dann waren alle, an welche das Aufgebot ergieng, verpflichtet, ihm hilfreich beizustehen. Dies galt insbesondere auch von den verschiedenen Organen der localen Verwaltung.^{179a} Unter seinem Commando zogen diese Truppen

¹⁷⁷ Gegen die Grafen von Schaunberg wurde Reinprecht von Walsee, der damals Hauptmann des Landes ob der Enns war, zum Befehlshaber bestellt, Urk. ddo. 1380, März 16, Wien Kurz, Albrecht III. II. 211. Seit der Zeit, als Söldnerscharen unter einheimischen oder staatsfremden Führern (capitanei, Hauptleute genannt) einen immer größeren Theil des Heeres ausmachten, wurde der oberste Feldherr als Feldhauptmann oder oberster Hauptmann bezeichnet. Mit diesem Amte betrauten die Landesfürsten hervorragende Mitglieder des einheimischen Adels, seit Friedrich IV. aber auch fremde Persönlichkeiten, ja oft geradezu die Söldnerführer selbst. Vgl. Chmel, Mat. I. und II., Reg. Frid. a. v. O.

¹⁷⁸ So z. B. die Landmarschälle Graf Johann von Schaunberg 1424 gegen die Hussiten (WrD. XII. 313 Reg. 798 und 799) und Jörg von Kuenring 1460 gegen Gamaret Fronauer (Urkk. ddo. 1460, April 3 und October 16, Wien bei Friess a.a.O. CXXIV. Reg. 936 und 941.

¹⁷⁹ Urk. ca. 1420 in Hft. 238 fol. 25^a des nö. LA.; Urk. ddo. 1441, Februar 9, Neustadt UB. Nr. 36 und Urk. ca. 1480 Chmel, M. Habsb. III. 179.

^{179a} Urk. ddo. (1441, Februar 9, Neustadt) UB. 39 und 40. Der Landmarschall seinerseits musste sich, wenn seine eigene Kraft nicht

selbständig oder nur als Verstärkung der übrigen Kriegsmacht gegen den Feind.

Als Chef der Militärverwaltung in Österreich unter der Enns oblag dem Landmarschall auch die Sorge für die Instandhaltung der Burgen und anderer Landesvertheidigungsanstalten; namentlich besass er infolge dessen ein Aufsichtsrecht über die localen Verwaltungsorgane, mochte es sich nun um Burgen des Landesfürsten oder um Wehren der Städte oder der geistlichen und weltlichen Grundherren handeln.

Eine ähnliche Stellung nahmen die Landeshauptleute und Landvögte in den übrigen Ländern ein; nur scheinen ihre Befugnisse mit Rücksicht auf die weite Entfernung vom Hofe umfassendere gewesen zu sein.¹⁸⁰

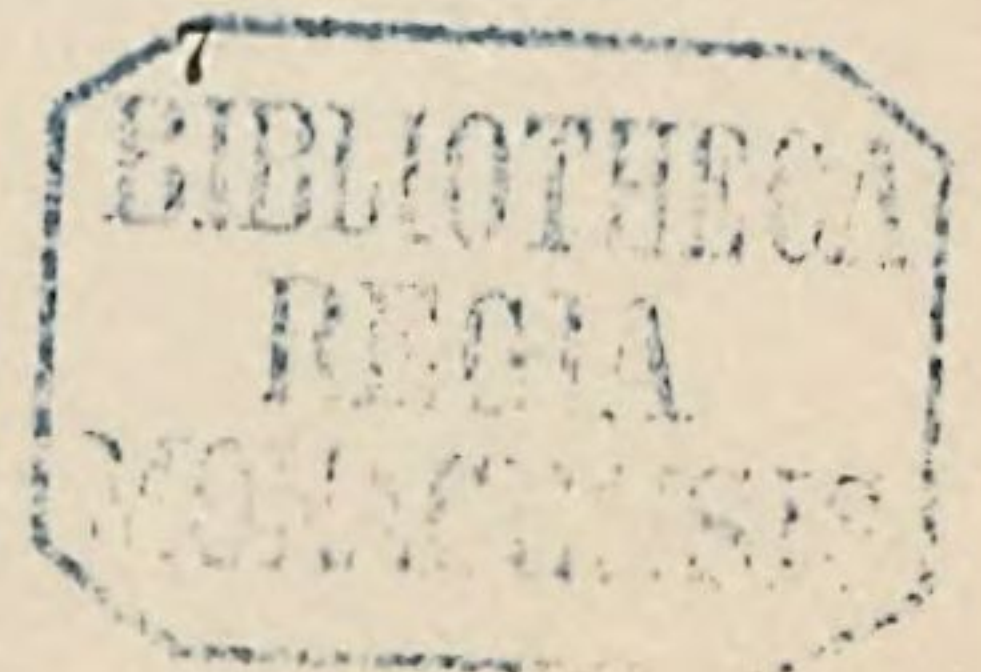
III. Die polizeiliche Thätigkeit des Landmarschalles.

Dem enge begrenzten Zwecke des mittelalterlichen Staatswesens entsprechend, erschöpfte sich die Polizeihochheit hauptsächlich in der Bewahrung der allgemeinen Landessicherheit. Die Handhabung dieses Zweiges der Verwaltung, dessen Besorgung, wie wir sehen werden, in Österreich vorzugsweise dem Landmarschall zugewiesen war, gehörte jedoch zu den schwierigsten Aufgaben, welche die Territorialverwaltung zu erfüllen hatte; denn aus einer Reihe von Gründen konnten

ausreichte, vom Herzoge oder von den etwa eingesetzten Regierungsverwesern die Zuweisung entsprechender Mittel, namentlich der eventuell zur Verfügung stehenden Söldnertruppen erbitten. Urk. ebend. Nr. 40 und ca. 1480 bei Chmel, M. Habsb. III. 397.

¹⁸⁰ Auch sie durften nicht etwa mit der landesherrlichen Kriegsmacht einen Angriffskrieg unternehmen. Es muss dies aber doch geschehen sein; denn Heinrich Gessler z. B. wurde es bei seiner Ernennung zum Landvogte im Argau, Thurgau und im Schwarzwalde ausdrücklich verboten, ohne Wissen und Willen des Landesfürsten einen Krieg anzufangen. Urk. ddo. 1387, März 1, Innsbruck UB. Nr. 8. Etwas anders lautet die Urkunde ddo. 1387, November 25, Schaffhausen ebend. Nr. 9. — Es ist dies eine Clausel, welche späterhin auch in den Bestallungsbriefen der brandenburgischen Landeshauptleute wiederkehrt Isaacsohn a.a.O. I. 104ff., Bornhak I. 158.

Wretschko, Marschallamt.



während des Mittelalters die Friedensstörungen nie recht beseitigt werden.¹⁸¹

Die Wehrverfassung des Reiches hatte eben einen eigenen Berufskriegerstand herangebildet, der sich von den übrigen Kreisen der Bevölkerung vollständig abschloss und im Besitze einer privilegierten Stellung auf alle jene Unterthanen, welche die Werke des Friedens betrieben, mit Geringschätzung und ohne das Gefühl einer Gemeinsamkeit der Interessen herabsah. Die höheren Schichten dieses Standes befanden sich in einer äußeren Macht- und Vermögenslage, welche naturgemäß Willkür und Missachtung aller Ordnungen des Rechtes erzeugen konnte. Nur zu häufig pflegten sie daher ihre Streitigkeiten nicht im Wege eines gerichtlichen Verfahrens, sondern durch Faust und Fehde auszufechten. Die unteren Classen hingegen wurden durch die Dürftigkeit der äußeren Lebenslage zum Missbrauch der Waffen, zur Verübung gewohnheitsmäßiger und gewerbsmäßiger Räubereien gegen die anderen Stände verleitet, ja förmlich gedrängt.

Besonders ungünstig lagen die Verhältnisse in Österreich. Der Aufgabe, welche die Mark zu erfüllen hatte, entsprechend, war der Beruf der Märker ein kriegerischer; viele Burgen und Wehren erhöhten die Vertheidigungskraft des Landes, erforderten aber auch einen zahlreichen, stets unter Waffen stehenden Kriegerstand. So kam ritterliches Leben und Treiben im guten, aber auch im schlechten Sinne des Wortes hier zu besonderer Entfaltung. Stellte ja doch das kleine Land Österreich am Ausgange des 13. Jahrhunderts eine Streitmacht von über 2500 in Eisen gepanzerten Rittern in den Dienst seiner Fürsten.¹⁸² Da diese sich in der Hauptsache aus den Contingenten von etwa zwei Dutzend Bannerherren zusammensetzte, so zählte der größte Theil der Krieger zu jenen Einschildigen, welche im Besitze von kleinen, für die

¹⁸¹ Vgl. für die folgenden Ausführungen namentlich v. Zallinger, Landfrieden 443ff. und Landschädliche Leute 85ff.

¹⁸² Urk. ddo. 1281 vor Juni bei SchwD. 125. Vgl. dazu Siegel, Dienstmannen 250 und die daselbst angeführten Citate aus dem VI. Gedichte des Seifried Helbling.

Bedürfnisse der Familie kaum ausreichenden Lehen standen. Viele derselben mussten daher zu Solddiensten greifen oder, wenn sich eine derartige Erwerbsquelle nicht ergab, ihre Bedürfnisse durch Gewaltthat befriedigen.

Die Aufrechterhaltung des Landfriedens war aber in Österreich auch noch dadurch zeitweise fast unmöglich gemacht, dass sich in den benachbarten Ländern, namentlich im südlichen Böhmen und Mähren und an der Grenze gegen Ungarn infolge der vielen daselbst geführten Kriege ein internationales, sehr gut organisiertes, aus ritterlichen Classen, aber auch aus gemeinen Söldnern bestehendes Proletariat aufhielt, welches theilweise im Dienste mächtiger Großer, theilweise auf eigene Faust durch Räubereien und Überfälle im eigenen und im fremden Lande den Frieden der Bewohner störte.

Die Sicherungsmaßregeln, welche zuerst von der Reichsgewalt, dann von den einzelnen Landesherren zur Erhaltung des Friedens eingeleitet wurden, hatten den mittelalterlichen Verhältnissen entsprechend lange nur repressiven Charakter und waren daher oft von ganz unzureichender Bedeutung.

Wenn wir das großartigste aller Friedensgesetze, den Mainzer Landfrieden vom Jahre 1235, ferner die nach demselben für das Reich¹⁸³ und speciell für Österreich¹⁸⁴ erlassenen Friedensordnungen einer näheren Betrachtung unterziehen, so handelte es sich in ihnen in erster Linie um eine bedeutende Einschränkung der erlaubten Fehde, dann aber auch um die Schaffung von Vorkehrungen zur Bekämpfung der in un-erlaubter Fehde oder von landschädlichen Leuten so häufig verübten Friedensbrüche. Man wies auch in Österreich die Verfolgung und Ahndung derartiger Unthaten zunächst dem ordent-

¹⁸³ Weiland II. 241ff., Wyneken, Landfrieden 5ff. und 21ff.

¹⁸⁴ Der Otakarische Landfriede (Weiland II. 604ff. und oben Note 120), die beiden Landfrieden aus der Zeit Rudolfs I. ddo. 1276 December 3, Wien und 1281 vor Juni, SchwD. 106 und 125, endlich verschiedene Landfriedensurkunden aus dem 15. Jahrhunderte. Reiches Material enthalten auch die beiden Fassungen des österreichischen Landrechtes.

lichen Richter zu.¹⁸⁵ Die einzelnen Landrichter waren jedoch der ihnen übertragenen Aufgabe oft genug gar nicht gewachsen. Fehlte es ihnen doch in der Regel an der nöthigen Macht, eines solchen Uebelthäters habhaft zu werden und ihn in den Machtbereich ihres oder, wenn ihre Competenz, wie dies vielfach der Fall war, zur Verurtheilung desselben nicht ausreichte,¹⁸⁶ des höheren Gerichtes zu bringen. Zwar konnten sie die Leute ihres Bezirkes wie zur Landesvertheidigung so auch zur Verfolgung des Friedensfeindes aufbieten; da aber die Nacheile mit dem Gemärke ihres oft sehr kleinen Verwaltungsgebietes endigte, so war es dem Friedensstörer ein leichtes, dieser Verfolgung zu entkommen. Vollends ohnmächtig war aber die locale Gewalt gegenüber jenen Friedensbrüchen, welche von wohlgemauerten Burgen aus unternommen wurden, oder dann, wenn ein Räuber die schützenden Thore einer solchen Veste erreicht hatte; denn nur zu oft verweigerte der Herr, mochte es nun der eigene oder ein fremder sein, dessen Auslieferung.

Gegenüber diesen Verhältnissen, die umso unerträglicher wurden, je größere Anforderungen man in militärischer Hin-

¹⁸⁵ Lfr. 1254, ÖLR. I. 64, II. 83. Dagegen erklärt ÖLR. II. 61: „wir seczen und gepieten, wo in dem land ain offner gebalt geschiecht, oder da ainer den andern offennlich beraubt, dem sol der lantrichter gepieten, das er zehof kom und antwurt umb den gewalt“. Ohne dadurch der Datierungsfrage von ÖLR. II. präjudicieren zu müssen, lässt sich, wie Dopsch Landrecht 78ff. hervorgehoben hat, schon für die Zeit Otakars eine Competenz des Hofgerichtes in Sachen der öffentlichen Gewaltthätigkeit zeigen, und späterhin weisen Lfr. 1276 und 1281 die Cognition über Landfriedensbrüche dem Fürsten zu. Auch im benachbarten Steiermark werden wenigstens seit dem 14. Jahrhunderte den gewöhnlichen Processen jene wegen öffentlicher Gewaltthat gegenübergestellt und der Competenz des Landeshauptmannes zugetheilt. StLR. Art. 1, 46, 74 und 197. Es bedarf kaum der Erwähnung, dass unter diesen Begriff namentlich die Landfriedensbrüche zu rechnen sind.

¹⁸⁶ Vgl. die vorhergehende Note. ÖLR. II. 61 deutet an, dass trotz der Jurisdiction des Landesfürsten in Landfriedenssachen die vorbereitenden Handlungen noch immer von höheren und niederen Landrichtern vorgenommen werden konnten, wie sie auch noch an der Execution gegen ausgebliebene Beklagte betheiligt waren.

sicht an die Bewohner des Landes stellen musste und je mehr Berufskrieger als ritterliches Proletariat sich im Lande aufhielten, konnte nur die Centralgewalt einigermaßen Abhilfe schaffen. In der That versuchten die Habsburger eine Reihe von Maßregeln zur Bekämpfung der zahlreichen und empfindlichen Friedensbrüche einzuleiten.

Es gelang ihnen insbesondere die Landstände, die ja auch ihrerseits unter den trostlosen Verhältnissen zu leiden hatten, für diesen Zweck zu gewinnen und das Corporationsinteresse derselben sich nutzbar zu machen. Denn es galt die Auffassung, dass ein solcher Friedensbruch nicht bloß ein Vergehen gegen den einzelnen, sondern gegen alle sei, die den Landfrieden beschworen hatten, so dass sie mit vereinten Kräften den Thäter der verdienten Bestrafung zuzuführen und zur Wiedergutmachung des Schadens zu verhalten verpflichtet wären. Die Stände selbst erklärten daher die Pflicht, an der Execution gegen derartige Friedensfeinde mitzuwirken, für eine so bindende, dass jede Person, welche einem diesbezüglichen Aufgebote des Landesherrn nicht Folge leisten würde, selbst als Landfriedensbrecher zu gelten hätte.¹⁸⁷

Des weiteren wurden insbesondere Vorkehrungen zur Bekämpfung des Fehdewesens getroffen. Als Friedensbrecher galt in Ausführung des schon im Mainzer Landfrieden enthaltenen Grundsatzes derjenige, welcher, ohne die Vermittlung der Behörden anzurufen, seinen Anspruch mit Gewalt durchzusetzen versuchte, aber auch jener, der zur Fehde zwar berechtigt, die von den Gesetzen diesfalls getroffenen Vorkehrungen außer Acht ließ.¹⁸⁸

¹⁸⁷ Zum erstenmale in der Urk. ddo. 1281 vor Juni, SchwD. 125 hervorgehoben, kehrt diese Verpflichtung in den folgenden Landfriedensurkunden häufig wieder. Vgl. auch ÖLR. II. 61 und unten Note 193 und 194.

¹⁸⁸ Lfr. 1254, Pkt. 1 und 2, dann auch ÖLR. I. 64, II. 83. — Für das 15. Jahrhundert die Urkunde Herzog Wilhelms ddo. 1406, Jänner 31, Wien SchwD. 296 Z. 22 ff., die Landfrieden der Herzoge Leopold IV. ddo. 1407, Jänner 2, Wien und Albrecht V. ddo. 1414, Jänner 5, Wien bei Kurz, K. Albrecht II., I. 281 und AÖG. XXXI. 306, endlich die

Mit der Bekämpfung solcher Friedensbrüche wurde in Österreich meistentheils der Marschall betraut, da dieser Beamte der Anführer des dem Landesfürsten unbedingt zur Verfügung stehenden ritterlichen Gefolges war. Dabei beschränkte sich seine Thätigkeit anfangs auf das Executionsverfahren, wenn der Herzog selbst die Verurtheilung des Friedensbrechers ausgesprochen, oder wenn ein anderer Richter den Marschall um die Vollstreckung eines derartigen Urtheiles angegangen hatte.¹⁸⁹ Es war aber eine naturgemässe Entwicklung, dass er im Laufe der Zeit als Stellvertreter des Herzogs den Vorsitz bei den Landfriedensgerichten in Österreich erhielt, ja dass sein Gericht späterhin geradezu als Causalgericht für Landfriedensbrüche erklärt wurde.¹⁹⁰

Unter normalen Umständen vollzog sich der Process gegen einen solchen Ruhestörer in der Weise, dass man ihn über Anzeige des Klägers zu Gerichte vorlud. Erschien er zur Verhandlung, so wurde sie mit ihm durchgeführt, dabei zur Vermeidung künftiger Ruhestörungen vor der Fällung des Urtheiles ein Ausgleich versucht und erst, wenn dieser misslungen war, mit einem Urtheile vorgegangen. Erschien der Beklagte nicht vor Gericht, dann wurde er, wenn hinlängliche Beweise vorhanden waren, in Abwesenheit verurtheilt.

Die Durchführung der Execution war Sache der öffentlichen Gewalt, und zwar hatte der Landmarschall nicht nur zur Bestrafung des Thäters, sondern auch zur Erlangung des Schadenersatzes das Nöthige zu veranlassen¹⁹¹ und er

Landtagsverhandlungen aus der Zeit K. Friedrichs IV. wie auch die Landfriedensurkunden ddo. 1440, April 25 und 1464, September 30, Neustadt bei Hoheneck II. § 5 und bei Chmel Mat. II. 281.

¹⁸⁹ ÖLR. II. 57 und 61.

¹⁹⁰ Urk. ca. 1384 NB. II. 335; dann Urk. ddo. 1403, Februar 6, Wien UB. Nr. 18, Urkk. ddo. 1456, October 13 UB. Nr. 45, Lfr. ddo. 1407, Jänner 2, Wien Kurz, K. Albrecht II., I. 283, ddo. 1440, April 25 Hoheneck II. § 5 und ddo. 1464, September 30, Neustadt Chmel Mat. II. 281, endlich Kollar a. a. O. II. 1337 ff., vgl. dazu unten Note 206 und 207.

besaß für derartige Zwecke ein eigenes Executionscorps.¹⁹² In schwierigeren Fällen konnte er an den Landesfürsten um Hilfe herantreten, und dieser begehrte dann die Unterstützung der Stände¹⁹³ oder schritt gar zur Aufbietung der gesamten waffenfähigen Mannschaft des gefährdeten Bezirkes. Im Nothfalle oder bei Abwesenheit des Herzogs konnte der Landmarschall auch selbständig die ständische Hilfe in Anspruch nehmen.¹⁹⁴

Besondere Vorkehrungen wurden außerdem von der Centralgewalt gegen das Räuberwesen, gegen die schädlichen Leute¹⁹⁵ eingeleitet. Sie beschränkten sich in Österreich wie anderwärts zunächst darauf, von Zeit zu Zeit eine

¹⁹¹ ÖLR. II. 57 und 61; Lfr. ddo. 1281, vor Juni und Urk. des Herzogs Wilhelm ddo. 1406, Jänner 31, Wien SchwD. 125 und 295; dann die Lfr. a. 1407 und 1412 Kurz a.a.O. 283 und NB. III. 307.

¹⁹² So schon die in Note 190 erwähnte Urkunde aus dem Jahre 1384.

¹⁹³ Vgl. oben Note 179^a. — Fast alle Landfriedensurkunden erklären die Bereitwilligkeit der Stände, gegen solche Unthaten Hilfe leisten zu wollen, jedoch verlangten diese in der Regel für ihre Mitwirkung vollen Ersatz des etwa erlittenen Schadens und, wenn sich ein solcher Krieg in die Länge zog, auch eine Besoldung. Urk. ddo. 1402, April 1, Wien UB. Nr. 16, dann Urk. ddo. 1412, Jänner 28, Wien NB. III. 308 und Kollar II. 1138. Im 15. Jahrhunderte kam es bei den eifrigen Versuchen, den Landfrieden wiederherzustellen, zu wiederholten Malen zur Aufstellung eines stehenden Heeres, an dessen Spitze der Landmarschall oder ein vom Herzog bestellter Feldherr gegen die Friedensbrecher zufelde ziehen sollte. Im Zusammenhange damit wurde auch oft gegen die schädlichen Leute systematisch vorgegangen. Urk. ddo. 1402, Februar 5, Wien AÖG. XXXI. 288 und Pez SS. I. 1165; Urk. ddo. 1407, Jänner 2, Wien Kurz a.a.O. 281.

¹⁹⁴ Ausdrücklich ist dies ausgesprochen in dem ständischen Revers über den von Albrecht V. auf zwei Jahre errichteten Landfrieden ddo. 1412, Jänner 28, Wien NB. III. 308. Beispiele für eine spätere Zeit bei Kollar II. a. a. O. und D. et A. VII. 400. Vgl. auch die Urkk. ddo. 1456, October 13 UB. Nr. 45 und ddo. 1464, September 30, Neustadt bei Chmel Mat. II. 231.

¹⁹⁵ Vgl. zu der in Note 181 erwähnten Litteratur noch Hasenöhr, Landrecht 208ff. und Siegel DRG. 3. Auflage 554ff. — v. Zallinger hat a.a.O. 93ff. die Eigenthümlichkeit dieses Verfahrens näher beleuchtet und dasselbe gegenüber dem Rügeverfahren abgehoben.

durchgreifende Reinigung des Territoriums von den Gewohnheitsverbrechern, wie solche namentlich in der Form der Raubritter auftraten, von amtswegen¹⁹⁶ durch Organe der öffentlichen Gewalt durchzuführen. Das Verfahren, welches man zur Auffindung der schädlichen Leute einschlug, Frage oder Landfrage, späterhin Gereune genannt, beruhte im Gegensatz zu dem ordentlichen Processe auf der Inquisitionsmaxime, in deren Dienst die allgemeine Rügepflicht der Unterthanen gestellt wurde. Wenn im Zuge des Verfahrens sieben¹⁹⁷ in bestimmter Form gegebene Aussagen übereinstimmend die Schädlichkeit einer Person bekundeten, so war der Schuldbeweis erbracht.¹⁹⁸ Für den Übersagten gab es keinerlei Reinigung mehr; er galt bereits als verurtheilt, und die öffentliche Gewalt hatte nun gegen ihn von amtswegen die Execution einzuleiten. War er bei Gericht anwesend, so wurde die Strafe — in den meisten Fällen die Todesstrafe — sofort an ihm vollzogen; der abwesende hingegen kam in einen der Acht ähnlichen Zustand.

Mit der Durchführung dieses Verfahrens waren in der Zeit Otakars die oberen Landrichter betraut;¹⁹⁹ denn sollte es überhaupt den gewünschten Erfolg aufweisen, so musste es in einem größeren Bezirke vorgenommen werden. Im österreichischen Landrechte wurde übrigens zur Anordnung des Verfahrens die Zustimmung der Landherren verlangt.²⁰⁰ In

¹⁹⁶ Lfr. 1254 Pkt. 29, ÖLR. I. 15, II. 69.

¹⁹⁷ Während ÖLR. I. und II. an der Siebenzahl als Erfordernis des Notorietätsbeweises festhielt, scheint nach den späteren Rechtsquellen, nach welchen sich das Verfahren überdies als ein heimliches darstellte, schon die beschworene Anzeige einzelner ausgewählten Vertrauenspersonen allein und unmittelbar als Grundlage für die Verurtheilung und für die Einleitung der Execution genügt zu haben. Siegel a.a.O. 556 und v. Zallinger a.a.O. 259.

¹⁹⁸ Auch hierin zeigt sich ein Fortschritt gegenüber den Anordnungen des Mainzer und der bairischen Landfrieden von 1244 und 1256. v. Zallinger a.a.O. 126.

¹⁹⁹ Lfr. 1254 Pkt. 29, Weiland II. 608.

²⁰⁰ Ich schließe mich der von v. Zallinger a.a.O. 95 gegebenen Interpretation von ÖLR. I. 15 an und glaube daher aus der Fassung

der habsburgischen Zeit nahm die Landfrage auch noch in dem Sinne den Charakter einer außerordentlichen Maßregel an, dass man sich zur Anordnung derselben im großen Stile sehr selten und insbesondere nur dann entschloss, wenn infolge langwieriger Kriege oder innerer Unruhen die Zahl der schädlichen Leute im Lande und daher auch die Zahl der Raubthaten derart zugenommen hatte, dass die Wiederherstellung des Landfriedens mit den gewöhnlichen Mitteln nicht mehr zu erreichen war. Gerade der Marschall erwies sich in solchen Fällen als das geeignetste Vollzugsorgan zur Durchführung dieser Maßregel; denn ihm oblag seit jeher die Aufrechterhaltung des Friedens im Lande. Wir finden daher Dietrich von Pilichdorf (1312) mit der Abhaltung des Gereunes betraut, und auch in der Folge war der Landmarschall jeweils Mitglied der zur Abhaltung dieses Inquisitionsverfahrens fallweise von den Herzogen bestellten Commissionen.²⁰¹

Sobald dann eine Person der Landschädlichkeit überwiesen war, wurde gegen sie sofort das Executionsverfahren eingeleitet. Reichte das dem Landmarschall zur Verfügung stehende Hilfscorps nicht aus, so konnte nöthigenfalls wie gegen die Landfriedensbrecher ein allgemeines Aufgebot eingeleitet werden. Mit Hilfe dieser Mannschaft hatte der Marschall den flüchtigen Übelthäter aufzusuchen, die Burg, in welche er sich zurückgezogen hatte, zu belagern und sie, wenn die Herausgabe des schädlichen Mannes verweigert wurde, zu zerstören.

Als eine außerordentliche Maßregel zur planmäßigen Säuberung des Landes von schädlichen Leuten eingeführt,

dieses Artikels entnehmen zu sollen, dass hiedurch nicht etwa einer missbräuchlich vorgekommenen Eigenmächtigkeit der Landrichter, sondern den Befugnissen des Landesherrn selbst eine Schranke gesetzt werden sollte. A. M. v. Luschin GW. Note 258 und 308. — Die Zustimmung der Landherren erwähnt thatsächlich die Cont. Zwettl. III. ad 1312, MG. SS. IX. 664 Z. 44 ff.

²⁰¹ Vgl. zu den bei v. Zallinger a. a. O. 88 ff. und 129 ff. angegebenen Stellen noch die Urkk. ca. 1384 NB. II. 335, ddo. 1402, Juni 30 und 1403, Februar 6, Wien, sowie ddo. 1403, März 3, Wien UB. Nr. 17, 18 und 19.

solle die Landfrage nicht etwa einen Ersatz der privaten Rechtsverfolgung bilden;²⁰² dies umsoweniger als sie die Zuerkennung eines Schadenersatzes principiell ausschloss. Seit dem 15. Jahrhunderte schwinden denn auch die Nachrichten über dieses Verfahren. Der Gedanke, durch eine größere oder geringere Anzahl eidlich abgegebener Aussagen die Schädlichkeit eines Individuums zu constatieren, wurde jedoch in das ordentliche Verfahren übernommen, soweit es sich um die Verfolgung von Übelthätern handelte, welche in die Kategorie der schädlichen Leute gehörten; nur mussten diese Personen gefangen vor Gericht gebracht werden.²⁰³ Damit war allerdings ein altherkömmlicher Grundsatz des deutschen Rechtes zum Schutze der persönlichen Freiheit des einzelnen, behufs Bekämpfung einer gewissen Classe von Verbrechern in weitem Umfange ausser Kraft gesetzt; denn bisher hatte dieses Recht dem Verletzten nur im Falle der handhaften That zugestanden. Man gieng aber in Österreich, wie auch anderwärts in Süddeutschland, noch weiter und erklärte es schlechterdings als eine Pflicht der Gerichts- und Polizeiorgane, die schädlichen Leute von amtswegen aufzusuchen und gefangen vor Gericht zu bringen. In erster Linie war dies natürlich Sache der localen Behörden;²⁰⁴ da

²⁰² In dieser Beziehung hatte ja das ganze Verfahren überhaupt ein sehr beschränktes Anwendungsgebiet; denn es galt nur für gewisse Verbrechen und nur dann, wenn dieselben von in die Kategorie der schädlichen Leute gehörigen Personen heimlicherweise begangen und vom Thäter nicht ehrlich einbekannt wurden. Vgl. ÖLR. I. 17, II. 71 und die Erklärung dieser Stellen bei v. Zallinger 107 ff.

²⁰³ v. Zallinger 142 ff., 161 ff., 188 ff.

²⁰⁴ Die Landfriedenseinigungen des 15. Jahrhunderts enthalten mehrfache Bestimmungen über die Verfolgung der schädlichen Leute. So wurde z. B. in dem Landfrieden ddo. 1440, April 25 von den Ständen vereinbart, dass sobald „rauber oder andere beschediger des landts“ sich zeigen, Landrichter, Richter und andere Amtleute, die zunächst dabei gesessen sind und davon Kunde erlangen, von der Stunde ab ein Landgeschrei erheben und die Leute derselben Gegend zur Hilfe aufbieten sollen, damit der Beschädiger ergriffen und den Leuten ihr Gut wieder zurückgestellt werde, Hoheneck II. § 5; vgl. dazu die Landfriedensurkunde K. Friedrichs ddo. 1464, September 30, Neustadt Chmel

aber die Kraft des einzelnen dazu oft nicht ausreichte, so erhielt der Landmarschall den Auftrag, den unteren Organen, wenn sie ihn um Hilfeleistung angiengen, beizustehen, aber auch selbständig nach schädlichen Leuten im Lande zu forschen, um sodann gegen dieselben vorzugehen.²⁰⁵

Wir können in diesen Vorkehrungen zur Bekämpfung des Fehde- und Räuberwesens die ersten Ansätze zu einer Landespolizei erblicken. Als oberster Verwaltungsbeamter des Landes war der Landmarschall überhaupt verpflichtet, für die Sicherheit des Verkehrs im Lande zu sorgen. Zunächst handelte es sich dabei um eine gewisse Oberaufsicht über die verschiedenen Organe der localen Verwaltung, aber im Nothfalle konnte und musste er auch selbst eingreifen. Namentlich oblag es ihm, die öffentlichen Straßen durch seine Organe zu beschirmen und gegen alle jene Leute, welche die Sicherheit des Verkehrs beeinträchtigen würden, in entsprechender Weise vorzugehen.²⁰⁶ Endlich war es dem Land-

Mat. II. 281 und die Urkunde des K. Ladislaus für die Leute zu Schrick ddo. 1453, Juni 19, Wien, Pkt. 6 und 8 bei Winter, Urkundliche Beiträge 105, dann die Urkunde ddo. 1456, October 13 UB. Nr. 45 und dazu oben Note 179^a. Wie wenig aber damit geholfen war, geht schon daraus hervor, dass es nur zu oft eines förmlichen Feldzuges bedurfte, um eines solchen Übelthäters habhaft zu werden und ihn der Bestrafung zuzuführen.

²⁰⁵ Vgl. die Urkunden von ca. 1384 NB. II. 335 und ddo. 1403, Februar 6, Wien und März 5, Wien UB. Nr. 18 und 19, endlich die Antwort Herzog Albrechts V. auf die ständischen Beschwerden bei Schlager II. 148.

²⁰⁶ Die Gewährung sicheren Geleites war zunächst Sache der localen Verwaltungsorgane. Gewissen Personen musste dasselbe unentgeltlich geleistet werden, so z. B. den Angehörigen der Wiener Universität. Vgl. die betreffende Stelle des Rudolfinischen Privilegiums ddo. 1365, März 12 bei Kink II. 8 ff. In kritischen Zeiten kam es behufs Verfolgung des den Verkehr gefährdenden räuberischen Gesindels wohl gar zur Aufstellung eines eigenen berittenen Corps. Die Oberaufsicht über die Handhabung der Sicherheitspolizei auf den öffentlichen Straßen stand dem Landmarschall zu und seine diesbezüglichen Pflichten galten als so wichtige, dass sie sogar in die Formel des von ihm zu leistenden Eides aufgenommen wurden. So im Gegensatze zu

marschall auch zur Pflicht gemacht, in höchster Instanz gegen die im Lande befindlichen herrenlosen reisigen Knechte einzuschreiten²⁰⁷ und dieselben der Bestrafung zuzuführen, damit das Land unter dieser mit der Heeresverfassung zusammen-

den Urkunden von ca. 1384 NB. II. 336 und ca. 1425 UB. Nr. 30, die Urk. ddo. 1476, Februar 8, Neustadt SchwD. 405. — Vgl. übrigens auch den Landfriedensentwurf (1443) bei Kollar II. 1141 ff. und die Forderungen der Stände auf den Tagen zu Stockerau (ddo. 1459 December) und Göllersdorf (ddo. 1460 Februar) D. et A. VII. 180 und 194; endlich die Urkunden der Herzoge Wilhelm und Albrecht IV. ddo. 1403, Februar 6, Wien und des Königs Ladislaus ddo. 1456, October 13 UB. Nr. 18, 44 und 45. — In der Mark Brandenburg bestanden als Organe der mit der Polizei betrauten Landeshauptleute eigene landesfürstliche Geleitsmänner, welche die Reisenden zu begleiten und sie gegen Angriffe und Beschädigungen zu schützen hatten. Isaacsohn I. 151 ff., Bornhak I. 160.

²⁰⁷ Die Verfolgung dieser Leute wurde deswegen angeordnet, weil man die Thatsache ihrer herrenlosen Stellung als einen indirecten Beweis schädlicher Lebensweise betrachtete. Daher verlangte z. B. der Entwurf eines Landfriedens vom Jahre 1443 ausdrücklich, dass alle ledigen Knechte binnen Monatsfrist das Land zu verlassen hätten; wo man sie nach dieser Zeit noch finden würde, sollten sie gefangen genommen und solange gehalten werden, bis der Fürst oder der Landmarschall, beziehungsweise der Hauptmann ob der Enns, eine Verfügung über sie treffen würden, Kollar II. 1144. Weiters wurde bei verschiedenen Anlässen schon die Beherbergung solcher Leute unter Strafe gestellt (ebend. 1341), und die Beschlüsse, welche auf einem Landtage zu Wien (ddo. 1454, September) von den Ständen gefasst und von K. Ladislaus genehmigt wurden, giengen dahin, dass alle ledigen Knechte auf dem Lande, in Märkten und Dörfern wie auch in den Tafern nur über Nacht bleiben dürfen. Würden sie daselbst länger verweilen, so solle man sie gefangen nehmen und dem obersten Hauptmann oder dem Landmarschall in Österreich zur Verfügung stellen. Gleichzeitige Aufschreibung im Stadtarchive zu Steyr, Copie saec. XIX im MA. zu Linz. Vgl. noch D. et A. VII. 214 und 395, XLIV. 604, sowie die Landfriedensurkunde ddo. 1464, September 30, Neustadt bei Chmel, Mat. II. 281. Der Verurtheilung dieser verbotenen Leute gieng dann immer häufiger noch die peinliche Frage voran, je weniger man sich mit dem aus ihrer Stellung resultierenden indirecten Beweis der schädlichen Lebensweise begnügte und für das Urtheil ein Geständniss forderte. Vgl. Art. 7 des ewigen Landfriedens a. 1495 und v. Zallinger a. a. O. 193 ff., 235 und 260 ff.

hängenden und darum fast unvermeidlichen Landplage möglichst wenig zu leiden hätte.

Zur Erhöhung der Sicherheit im Lande, vor allem zur schleunigen Abwehr von feindlichen Einfällen wurde im Laufe des 15. Jahrhunderts zu wiederholtenmalen der Versuch gemacht, Mittelbehörden zwischen dem Landmarschall und den localen Verwaltungsorganen zu schaffen. Solche waren umso nothwendiger, als die zahllosen Überfälle und Angriffe von außen, die Kämpfe und Fehden im Innern, endlich die Aufstände der nach Auszahlung ihres Soldes drängenden Söldner es immer häufiger nothwendig machten, die ganze waffenfähige Mannschaft eines grösseren oder kleineren Bezirkes aufzubieten. Vom Centrum des Landes aus liess sich ein derartiges Aufgebot nur schwer überwachen; bei drohenden Überfällen musste überdies rasche Hilfe geboten werden, und so kam es wohl schon in den Tagen Albrechts V. dazu, dass man das ganze Land in vier Kreise (Viertel) theilte und an die Spitze eines jeden dieser Bezirke je zwei Hauptleute stellte, welche gegebenenfalls dieses Aufgebot zu veranlassen und an der Spitze desselben dem Feinde entgegenzutreten, oder die Kontingente dem Heerbanne des Fürsten zuzuführen hätten.²⁰⁸

Zu wiederholtenmalen drängten die Stände in der Zeit Friedrichs IV., da weder die Localbehörden noch auch der Landmarschall ihrer Aufgabe gewachsen waren und überdies das letztere Amt oft jahrelang unbesetzt blieb, auf die Einsetzung von solchen Viertelhauptleuten, und thatsächlich wurde in jedem Kreise je ein Mitglied des Herren- und des Ritterstandes mit diesen Functionen betraut.²⁰⁹

²⁰⁸ Urk. ddo. 1425, Juni 11, Horn bei Kurz, K. Albrecht II., II. 366.

²⁰⁹ Vgl. die Verhandlungen auf dem Landtage zu Wien ddo. 1440 Ende November und zu St. Pölten ddo. 1441 November bei Kollar II. 860 und 1000. Im Jahre 1442 wurden solche Hauptleute über Präsentation der Stände eingesetzt, ebend. 1117. Für die spätere Zeit vgl. Kollar II. 1345; Chmel, M. Habsb. II. 577, III. 397 und 422. — Dieselben Einrichtungen wurden von K. Friedrich 1443 in Steiermark und

Abgesehen von dem schon besprochenen militärischen Wirkungskreise hatten diese Hauptleute auch für die Beschirmung der Straßen, überhaupt für die Aufrechterhaltung des Landfriedens zu sorgen, daher namentlich bei der Execution gegen Landfriedensbrecher mitzuwirken und die schädlichen Leute ihres Bezirkes von amtswegen zu verfolgen.^{209a}

Als Mittelbehörden waren sie einerseits dazu berufen, den Localbehörden gegenüber unterstützend, aber auch controlierend einzugreifen; anderseits waren sie selbst, namentlich was die Durchführung des allgemeinen Aufgebotes anbelangt, dem Landmarschall als Chef der Landesverwaltung untergeordnet und verantwortlich. Ihm stand es jederzeit frei, nöthigenfalls selbst einzuschreiten und an ihn hatten sie sich um Unterstützung zu wenden, wenn sie mit den ihnen zur Verfügung stehenden Kräften den drohenden Angriff auf den Frieden des Landes abzuwehren nicht im Stande waren. Seine Pflicht war es umgekehrt, einem derartigen Ansuchen mit allen ihm zugebote stehenden Mitteln zu entsprechen und in einem solchen Falle nicht nur selbst einzugreifen, sondern auch eventuell die übrigen Viertelhauptleute zur Mitwirkung aufzufordern.²¹⁰

IV. Die richterlichen Functionen des Landmarschalles.

Von Haus aus darf der Marschall nicht zu den Gerichtspersonen gezählt werden. Als oberster Executivbeamter des Herzogs gewann er jedoch allmählich einen immer bedeutenderen Antheil an der vom Landesfürsten geübten Gerichtsbarkeit und wurde außerdem späterhin ordentlicher Richter über die privilegierten Personen des Landes.²¹¹

späterhin auch in Oberösterreich getroffen. Für Steiermark vgl. die Urkunden ddo. 1443, December 4 und 6, Graz bei Kumar II. 101 und 103, für Oberösterreich Chmel, Reg. Frid. 4877 und 4887, sowie M. Habsb. II. 689.

^{209a} Kollar a.a.O. 1000; Chmel, M. Habsb. II. 577, 689, III. 398.

²¹⁰ Chmel, M. Habsb. III. 397 ff. Vgl. auch Werunsky ÖRG. 90.

²¹¹ Litteratur: Außer den Lehr- und Handbüchern über österreichische Reichsgeschichte vgl. namentlich Hasenöhl Landrecht

Die Gerichtsbarkeit, welche den österreichischen Herzogen zustand, erschöpfte sich, selbst soweit sie öffentlich-rechtlicher Natur war, keineswegs in dem Vorsitze bei den Landtaidingen, sondern es übten schon die Babenberger nebenbei auch an ihrem Hofe richterliche Befugnisse aus. Insbesondere von Friedrich II. wissen wir, dass er außerhalb der hergebrachten Dingstätten des Landes, dort, wo er sich eben aufhielt, die Großen zu einem Gerichte versammelte. Diese Ansätze höfischer Gerichtsbarkeit erhielten ihre weitere Ausgestaltung unter der Regierung Otakars, und in der Zeit der ersten Habsburger erschien die von den Herzogen geübte ordentliche Gerichtsbarkeit ihres Amtscharakters entkleidet und als ein persönliches Vorrecht des Fürsten, ohne dass dadurch freilich ihr Inhalt eine Änderung erfahren hätte. Am Hofe geübt, entsprach sie vielmehr fast ganz der alten Landgerichtsbarkeit, und das von Herzog Albrecht I. in Fortbildung der überkommenen Ansätze geschaffene Hoftaiding sollte der Hauptsache nach gegenüber den Landtaidingen ein Konkurrenzgericht bilden,²¹² in welchem der landesfürstliche Einfluss vorwaltete, aber auch die Interessen des hohen Adels gegenüber der Ritterschaft Begünstigung finden sollten.

Dagegen war das Hoftaiding am Beginne der Habsburgerzeit noch nicht eine den Landtaidingen übergeordnete Instanz, sondern der Rechtszug gieng von diesen unmittelbar an den König, der, seitdem die in der otakarischen Zeit stark verdunkelten Beziehungen zum Reiche durch König Rudolf I. wiederhergestellt worden waren, wieder als der oberste Schirmer des Rechtes galt.²¹³

165 ff., v. Luschin GW., Siegel Dienstmannen 256 ff., Dopsch Landrecht 76 ff., Seidler 72 ff.

²¹² Nur darf dabei nicht übersehen werden, dass das Hoftaiding auch eine exclusive Kompetenz besaß und in dieser Beziehung schon früher eine Ergänzung der Landtaidinge bilden sollte. Vgl. dazu Dopsch 78 ff. und oben Note 185.

²¹³ ÖLR. I. 1, II. 1, Seifried Helbling ed. Seemüller IV. 114 ff., dann der Streit wegen des österreichischen Erbtruchsessenamtes L.Reg. I. 1097.

Die Herzoge erlangten aber neben der ihnen noch aus der Zeit, als sie Beamte des Reiches waren, zukommenden ordentlichen Gerichtsgewalt alsbald auch außerordentliche, auf ihrer landesherrlichen Stellung beruhende richterliche Befugnisse. Soweit nämlich die einzelnen Richter von ihnen den Bann empfangen — und dies war in Österreich, abgesehen von exterritorialen Bezirken, schon im 13. Jahrhunderte allgemein der Fall — hatten sie auch das Recht, in die Amtswirksamkeit derselben einzugreifen. Insbesondere konnten sie über Wunsch der Parteien, aber auch aus Eigenem jede Streitsache vor ihr persönliches Gericht ziehen;²¹⁴ oft wurden sie mit Umgehung der ordentlichen Gerichte oder, wenn diese den Schutz verweigerten, um Rechtshilfe angegangen, oft von den Parteien als Schiedsrichter auserwählt.^{214a} Außerdem war bereits am Ausgange des 13. Jahrhunderts, wenigstens im Stadtrechte, ein Rechtszug an ihre Person anerkannt,²¹⁵

²¹⁴ So wurden z. B. im Hoftaidinge Aufschübe ertheilt, weil der Herzog die Angelegenheit persönlich entscheiden wollte, v. Luschin a. a. O. 72 Note 107, Schlager a. a. O. II. 123.

^{214a} Häufig wurde dann der Schiedspruch vom Herzoge unter Zuziehung seiner Räthe gefällt, welche dabei theils als Rathgeber des Fürsten, theils als selbständige Urtheiler fungierten, so z. B. in dem Streite zwischen den Bürgern und dem Bishofe von Passau, Urk. ddo. 1368, April 21, Wien M. Boica XXVIII/1. 515, oder zwischen Graf Hermann von Cilli und Wilhelm von Scherfenberg, Urk. ddo. 1371, Juli 12, Wien, zwischen Heinrich von Walsee und Reinprecht von Haslau, Urk. ddo. 1381, Juni 3, Melly, Vaterländische Urkunden Nr. LXXV und LXXXVII, zwischen dem Grafen Eberhard von Württemberg und der Stadt Rottweil Urk. ddo. 1394, November 7, Freiburg i. Br., L. Reg. VII. S. CCXXXVII Nr. 2140^b, endlich zwischen dem Bishofe von Passau und dem Propste Anton von Wien, Urk. ddo. 1401, März 17, Wien, M. Boica XXXI/2. 3.

²¹⁵ Eine Appellation von den Stadtgerichten wird meines Wissens zum erstenmale erwähnt in der Urkunde Otakars für die Stadt Tüln, und zwar galten als höhere Instanzen das königliche Hofgericht und die oberen Landrichter, Urk. ddo. 1270, October 27, Wien. In etwas erweiterter Form ist diese Bestimmung in die Urkunde K. Rudolfs für diese Stadt (ddo. 1276, October 30, im Lager vor Wien) übergegangen. Winter, Urkundliche Beiträge 24 § 12 und 26 § 12. — Viel ausführlicher aber handelt darüber die Urkunde desselben Königs für Wien,

und wenige Jahrzehnte später appellierte man auch von den Landgerichten an das herzogliche Gericht.^{215a} Schließlich wurde theils durch Zugeständnisse von Seite der Reichsgewalt, theils im Wege der Anmaßung jeder Einfluss, den der König noch auf die Handhabung der Gerichtsbarkeit in Österreich zu nehmen berufen war, beseitigt, und seit den Tagen Herzog Rudolfs IV. galten die österreichischen Herzoge ihren Unterthanen gegenüber allein als Hort des Friedens, als oberste Schützer und Schirmer des Rechtes.

Diese den Herzogen zukommende außerordentliche Gerichtsgewalt wurde in den verschiedensten Formen geübt. In der ersten Zeit wiesen sie derartige Streitfälle dem Hoftaiding zu. Je mehr aber dieses Gericht, welches seit dem Verschwinden der Landtaidinge das alleinige Gericht für die privilegierten Classen der Bevölkerung bildete, obwohl in ihm nur die Landherren als Urtheiler fungierten, den Charakter

ddo. 1278, Juni 24. Der Rechtszug geht darnach vom Stadtgerichte nicht mehr an die höheren Landrichter, sondern an den Rath der Stadt. Wenn aber der Rath darüber nicht zu entscheiden vermag, dann sollen die Räthe sich an den König, beziehungsweise an dessen Reichsverweser wenden, welcher dann unter Zuziehung der Großen des Landes das Urtheil fällen wird, Tomashek I. 54 § 19. Es erscheint nun als ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung der Landeshoheit unter Albrecht I., dass dieser Fürst in dem Stadtrechte a. 1296 sich selbst mit Ausschluss des Königs als die höchste Instanz bei Appellationen gegen Urtheile der Wiener Stadtschranne bezeichnete, Tomashek I. 73 § 27. Gleichzeitig traf er noch die Verfügung, dass schon dann, wenn der Rath binnen Monatsfrist über ein an ihn gedingtes Urtheil nicht entschieden hätte, Kläger oder Beklagter ihre Angelegenheit vor dem Herzoge anbringen könnten. Das Recht, in solchen Fällen zu entscheiden, stand auch dem vom abwesenden Herzoge bestellten Landesverweser zu, Tomashek § 28 und oben Note 140. — Etwas allgemeiner gehalten kehren diese Bestimmungen in dem Stadtrechte von Krems und Stein wieder, Tomashek a. a. O. Vorrede XXXVI und Strobl 58 § 25 und 26. — Für Wiener-Neustadt vgl. die Urk. ddo. 1277, November 22 bei Winter a. a. O. 33 § 7 und dagegen das Stadtrecht des 14. Jahrhunderts, cap. 113 im AÖG. LX. 282.

^{215a} Urkk. ddo. 1340, November 15, Perg NB. I. 341, ddo. 1353, November 26, Wien UBNÖ. I. 445 und ddo. 1362, Jänner 18, Wien UB. Nr. 6^a.

einer von ständischem Einflusse durchsetzten Behörde gewann, desto mehr verlor es den Zusammenhang mit der Person des Herzogs, wogegen die herzogliche Gerichtsbarkeit ihrerseits in anderen Formen zutage trat und seit dem Ende des 14. Jahrhunderts bereits in ziemlich festen Umrissen nachweisbar ist.²¹⁶ Schon kam es vor, dass einzelne Personen von der Jurisdiction des Hoftaidings eximiert und ihnen die Zusage ertheilt wurde, nur vom Herzoge selbst oder von dessen gesetztem Richter gerichtet zu werden.²¹⁷

8 An dieser herzoglichen Gerichtsbarkeit gewann der Marschall alsbald einen bedeutenden Antheil. Wie wir ihn schon

²¹⁶ So erwähnen Urkunden aus der Zeit Wilhelms und seiner Brüder Gerichtssitzungen unter dem Vorsitze des Herzogs, in welchen nicht die „lantherren“ aus Österreich, wie dies beim Hoftaiding der Fall war, sondern die „herren“ oder „herren und rete“ als Urtheiler fungierten; z. B. in dem Streite zwischen dem Bischofe von Passau und dem Juden Jaendlein, Urk. ddo. 1397, September 27, Wien, M. Boica XXX/2. 465, oder in einem Streite zwischen den Walseern und der Stadt Portenau, Urk. ddo. 1405, April 21, Wien, Original im StA., L. Reg. V. 699. So ladet Herzog Wilhelm in dem Streite zwischen dem Richter zu Wiener-Neustadt und Heinrich dem Hekchlein, Bürger daselbst, beide Parteien vor (Urk. ddo. 1406, März 6, Wien), und wie wir aus späteren Zeugnissen über diesen Process entnehmen können, sollte derselbe vor dem Herzoge und seinen Räthen geführt werden (Urk. ddo. 1406, September 25 und October 11, Wien). Über diesen Streitfall liegen im Wiener Stadtarchiv sechs Originalurkunden. Vgl. dazu noch die über Rechtsspruch der Herren und Räte unter dem Vorsitze des Herzogs Ernst an den Abt von Formbach gerichtete Vorladung in seinem Streite mit dem Hofmeister Otto von Meissau wegen des Landgerichtes Herzogenburg auf das Hoftaiding zu Pfingsten nach Wien zu kommen, worauf Herzog Wilhelm seine Herren und Räte hierüber wolle entscheiden lassen, Urk. ddo. 1406, März 13, Wien M. Boica IV. 179. Herzogliche Räte unter dem Vorsitze Herzog Leopolds IV. entschieden den Streit zwischen dem Kloster Erla und den Ennser Bürgern, Urk. ddo. 1410, September 4, Wien UB. Nr. 23.

²¹⁷ Ein solches Privilegium besaß z. B. der Bischof von Passau. Nach der Urkunde Herzog Albrechts III. ddo. 1367, December 19, Wien (SchwD. 247) sollte der Bischof sich gegen Klagen österreichischer Unterthanen nur „vor uns selber oder vor solchen unsern ampt-

als Vollzugsorgan der von seinem Herrn gefällten Erkenntnisse²¹⁸ kennen gelernt haben, so war er als dessen unmittelbares Executivorgan in erster Linie dazu berufen, die Schutz- und Schirmgewalt gegenüber allen Unterthanen auszuüben,²¹⁹ wobei seine Wirksamkeit sich vorzugsweise auf das Land unter der Enns²²⁰ erstreckte. War freilich der Herzog im

leuten oder herren, die wir sunderlich und mit namen darczû schaffen“, zu verantworten haben, und ähnlich lautete die herzogliche Urkunde ddo. 1372, October 22, Wien M. Boica XXX/2. 302. Namentlich diese Urkunden bieten uns den Schlüssel zur Erkenntnis, dass die in Note 216 erwähnte Gerichtsbarkeit eine vom Hoftaiding verschiedene ist. Andere Beispiele enthalten die Urk. ddo. 1397, September 27, Wien, ebend. 465 und v. Luschin GW. Note 112. — Vgl. unten Note 233 und 327.

²¹⁸ Über die ältere Zeit vgl. die Note 74. Beispiele aus dem 14. und 15. Jahrhundert bieten die Urk. ddo. 1388, März 2, Wien und ddo. 1419, August 10, Wien UB. Nr. 10 und 28. Für seine Executivgewalt in Sachen des Landfriedens vgl. neben ÖLR. II. 57 und 61 die im Vorhergehenden S. 102ff. angeführten Beispiele. — Wie er im Kriege die Gefangenen zu übernehmen und zu verwahren hatte, so oblag ihm in Friedenszeit die Verwahrung von Staatsverbrechern. Ein Beispiel führt v. Luschin GW. Note 143 zum Jahre 1408 an. Bürgermeister Vorlauf und die übrigen Häupter der Wiener Unzufriedenen, welche Herzog Leopold IV. enthaupten ließ, wurden nämlich, wie Ebdorfer berichtet, „in domo marsealci, in loco malefactorum, qui Jopa vocatur“ gefangen gehalten. Auch aus Urfehdebrieffen können wir entnehmen, dass Übelthäter vom Landmarschall in Untersuchungshaft behalten wurden.

²¹⁹ Es wird ihm daher befohlen: „item daz er unser land und leutt getrewleich ausricht, alsvil in dann des antrifft“ weiterhin: „item daz er notte ieden man von des rechten wegen, wenn man in darumb anruft oder von unsers geschäfts wegen“, Urk. ca. 1384 NB. II. 335.

²²⁰ In den anderen Ländern fiel diese Aufgabe den daselbst als Stellvertretern des Landesherrn eingesetzten Hauptleuten und Landvögten zu. Freilich war es möglich, dass, wenn die Parteien sich unmittelbar an den Landesfürsten um Hilfe wandten, im einzelnen Falle eine andere Person, unter Umständen also auch der Landmarschall mit der Durchführung solcher Angelegenheiten betraut wurde, und namentlich in der Zeit Friedrichs IV., in welcher sich ein gewisser Antagonismus zwischen der ständischen und der landesfürstlichen Macht zeigt, sehen wir oft Räte des Königs neben den Landeshauptleuten in der Länderverwaltung thätig.

Lande anwesend, dann brachten die Parteien regelmäßig ihr Ansuchen am Hofe ein, und der Herzog selbst traf dann die geeigneten Maßregeln, entschied den Streit entweder in eigener Person mit oder ohne Zuziehung von Räthen oder betraute eines seiner Organe mit der Erledigung. Namentlich wenn es sich um zwangsweise Durchsetzung von Ansprüchen handelte, wurde häufig hiezu der Marschall erkoren.

Wenn der Herzog jedoch außer Landes weilte, dann war der von ihm eingesetzte Verweser zur Erledigung derartiger Ansuchen berufen, und da dies schon unter den ersten Habsburgern häufig, seit Rudolf IV. jedoch ständig der Marschall war,²²¹ so gewannen die Beziehungen dieses Beamten zur Verwaltung des Landes Österreich allmählich immer festere Formen, und es wurde mehr und mehr Sitte, dass die Parteien, selbst wenn der Herzog anwesend war, sich unmittelbar an den Landmarschall um Hilfe wandten, soweit es sich nicht um dem Landesfürsten zur Entscheidung vorbehaltene Fälle handelte.

Im einzelnen sollte er in höchster Instanz über Begehren der Parteien die säumigen Schuldner zur Zahlung anhalten und nöthigenfalls Zwangsmittel in der Form von Sicherstellungsmaßregeln und Executionsschritten anwenden.²²² Er galt aber auch als jene Persönlichkeit, welche den Sieger

²²¹ Vgl. oben S. 78.

²²² Urkk. ca. 1384 NB. 335, dann ddo. 1370, October 13, Wien UBNÖ. II. 95 und 97 und ddo. 1465, April 18, Neustadt im AÖG. X. 423 Reg. 826. — Es wurde in einzelnen Fällen schon durch den Vertrag dem Gläubiger das Recht eingeräumt, im Falle die Zahlung der Schuld nicht rechtzeitig geleistet würde, sich an den Herzog oder seinen Landmarschall, oder wer an ihrerstatt Gewalt in dem Lande hätte, für Hauptgut und Schadenersatz wenden zu dürfen, damit ihm ohne „klag“ und „fürbot“ soviel zu Pfand eingewantwortet werde, dass er daraus für seinen Anspruch Deckung finden könne. Urkk. a. 1379 Senckenberg, Sel. jur. IV. 192; ddo. 1431, Mai 17, Wien, Original im nö. LA. Nr. 2270, dann das Formular eines Kaufbriefes im Cod. 238 ebend. fol. 15^b. Vgl. auch die folgende Note. — Wenn in einem solchen Falle ein Streit entstand, dann musste er vor dem Herzoge oder seinem Landmarschall ausgetragen werden, ebend. fol. 53^b. Vgl. die spätere Gestaltung dieses schleunigen Verfahrens bei Graf Chorinsky, Executivprocess 20 ff.

im Prozesse namens des Herzogs im Besitze der ihm urtheilsmäßig zuerkannten²²³ oder als Pfand eingeworteten²²⁴ Sachen gegen Eingriffe Dritter zu schützen hatte.

Insbesondere war er verpflichtet, den Bürgern in den landesfürstlichen Städten und auch der Stadtverwaltung selbst Schutz und Schirm zu gewähren, so oft er darum ersucht wurde.²²⁵ Die Entscheidung von Processen, in welche die Städte verwickelt waren, kam ihm jedoch nicht zu, da diese zum landesfürstlichen Kammergute gehörten.^{225 a}

²²³ In den Urkk. ddo. 1375, April 1, Wien UB. Nr. 7 und 1406, Juli 5, Wien M. Boica XXXI/2. 65 wird dies ausdrücklich als eine Pflicht des Landmarschalles erklärt. Aber ebenso müssen wir die in der Praxis des Hoftaidings vorkommende Formel deuten, wenn es daselbst etwa seit der Mitte des 14. Jahrhunderts heißt: „und soll in auch mein herr der herzog darauf schirmen oder swer an seiner stat gewalt hat in dem land ze Osterreich“, während früher nur der Herzog als Schirmer genannt wurde. Vgl. Urkk. ddo. 1357, März 8, Wien UBNÖ. I. 470, 1360, März 4, Wien UBOE. VII. 686, 1365, Mai 30, Wien D. et A. XVI. 274 etc. Dass wir unter diesem Stellvertreter in erster Linie den Landmarschall zu verstehen haben, geht aus den Urkunden ddo. 1361, December 4, Wien und 1375, April 1, Wien UB. Nr. 6 und 7 hervor. In den Urkunden der anderen Länder werden in analoger Weise die Landeshauptleute genannt.

²²⁴ Urkk. ddo. 1361, December 4, Wien in den UB. Nr. 6; dann 1372, Mai 26, Wien UBOE. VIII. 592; 1374, Mai 30, Wien D. et A. XVIII. 352; 1383, September 22, Wien NB. I. 322; 1388, Februar 26, Wien D. et A. XVI. 374 etc.

²²⁵ Vgl. die Urk. ca. 1384 im NB. II. 335. — Herzog Albrecht III., welcher den Bürgern von Steyr das Recht der freien Fahrt auf der Donau und der Enns verliehen hatte, wies den Landmarschall an, die Bürger, sobald sie seine Hilfe anrufen würden, in Ausübung dieses Privilegiums zu schützen, falls die Störung im Lande unter der Enns zugefügt worden wäre, sonst sollte der Hauptmann ob der Enns eingreifen; Urk. ddo. 1381, December 21, Steyr, Original im StA. Steyr. Urkunden, durch welche landesfürstlichen Städten und Märkten Privilegien gewährt wurden, forderten in der Regel auch den Landmarschall, oft sogar namentlich auf, gegen Verletzungen der Freiheiten im Namen des Herzogs einzuschreiten. Vgl. die Urkunden des StA. L. Reg. IV. 982, 1169, 1380 und 2028; dann ddo. 1373, December 18, Wien bei Tomaschek I. 181 und 1388, April 12, Wien bei Winter a. a. O. 92; für spätere Zeit viele Beispiele in der Hft. 16 des StA.

Im Namen des Herzogs sollte er den Juden im Lande Schutz gewähren und ihnen bei Einbringung ihrer Schulden behilflich sein, ohne sich in die Streitigkeiten derselben untereinander einmischen zu dürfen, sowie ohne irgendwelchen Anspruch auf die dem Landesherrn zu leistenden Abgaben zu haben.²²⁶

Weiters war er verpflichtet, allen landesfürstlichen Finanzorganen, welche ihn bei Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgaben um seine Unterstützung angiengen, beizustehen und ihnen zur Einbringung der verschiedenen Abgaben und Gefälle in der Weise zu helfen, dass er die säumigen Schuldner zur Erfüllung ihrer Pflichten verhielte. In solchen Fällen durfte er auch gegen die Stadtgemeinden selbst einschreiten und die Zahlung der von ihnen zu entrichtenden Abgaben erzwingen.²²⁷

Ferner war der Landmarschall jenes Organ, dessen sich die Herzoge in Ausübung der ihnen über die im Lande gelegenen oder doch daselbst begüterten Hochstifte, Klöster und Kirchen zustehende Schirmvogtei bedienten. Diese besaßen sie als Landesherrn über alle im Lande befindlichen Cistercienserklöster,²²⁸ dann aber auch gegenüber jenen kirchlichen

^{225 a} Vgl. z. B. die Instruction ca. 1384 und die Urk. 1480, Mai 4, Wien SchwD. 408.

²²⁶ Instruction ca. 1384; dazu die Urkunden (a. 1365—1379 und 1368—1379) SchwD. 266 und 268, sowie ddo. 1386, November 13, Neustadt, Orig. im StA., L. Reg. IV. 2028. Ähnliche Befugnisse hatten die Landvögte, vgl. UB. Nr. 8 Anm. und Nr. 9.

²²⁷ Die Instruction hob dies zunächst für den obersten Amtmann, dann aber auch für die mit der Einhebung des Ungeldes betrauten Organe hervor. Man wird jedoch zur Annahme berechtigt sein, dass der Landmarschall dieselbe Stellung auch gegenüber allen anderen Finanzbeamten eingenommen hat. Späterhin wurde diese Pflicht in die Eidesformel, welche er bei Übernahme des Amtes zu beschwören hatte, aufgenommen, Urkk. ca. 1425, UB. Nr. 30 und ddo. 1476, Februar 8, Neustadt SchwD. 405. Über den obersten Amtmann und die österreichische Finanzverwaltung des 14. und 15. Jahrhunderts vgl. Adler, Centralverwaltung 170 ff., v. Luschin ÖRG. 210 ff. und Werunsky ÖRG. 94 ff. und 113 ff.

²²⁸ Vgl. oben Note 18.

Instituten, über welche sie seinerzeit schon auf Grund der verschiedensten Rechtstitel die Stiftsvogtei erworben hatten.²²⁹ Die meisten der aus diesen Vogteiverhältnissen sich ergebenden Rechte und Pflichten wurden von den Dingvögten geübt, deren Bestellung bald durch den Landesfürsten, bald vom geistlichen Vorsteher selbst erfolgte, in einzelnen Fällen aber auch ein erbliches Amt einer Familie des Landes sein konnte. Immer aber stand über ihnen der Landesfürst als oberster Schutzvogt, und dieser übte seine Befugnisse entweder persönlich oder durch seine Organe, namentlich durch den Landmarschall aus. Aber auch bei dem unter der Schirmvogtei von Privaten stehenden Kirchenbesitze ergaben sich für den Landmarschall schon aus dem Titel der dem Landesherrn gegenüber allen Unterthanen zustehenden obersten Schutzgewalt eine Reihe von Beziehungen.

Immer handelte es sich um die Führung einer gewissen Aufsicht über das Walten der einzelnen Vögte, wie diese in den anderen Ländern von den Landeshauptleuten besorgt wurde.²³⁰ Er war dazu berufen, über eingelaufene Beschwerden gegen Übergriffe oder Versäumnisse derselben einzu-

²²⁹ Brunner, Exemptionsrecht 339 ff.

²³⁰ Aus einer großen Zahl von Urkunden, welche bis auf die Zeit K. Otakars zurückreichen, lässt sich entnehmen, dass die Landeshauptleute die Aufgabe hatten, im Namen der Herzoge Kirchen und Klöster, sowie deren Güter und Leute vor Gewalt und Unrecht zu schützen und namentlich darüber zu wachen, dass dort, wo das geistliche Institut von der ordentlichen Gerichtsgewalt eximiert war, alle Ansprüche gegen Unterthanen desselben vor dem Immunitätsrichter ausgetragen werden, dass niemand die Immunitätsleute eigenmächtig pfände oder in anderer Weise bedränge. Endlich hatten sie auch das geistliche Institut vor feindlichen Angriffen zu schützen. Sie übten diese Functionen theils in eigener Person, theils durch die ihnen untergebenen Organe der localen Verwaltung aus. Vergleiche z. B. für Seckau die Urkunden bei v. Zahn UBSt. II. 141, dann Pusch-Fröhlich II. 220 und 325, für Admont Wichner II. 345 und 359, für das Cistercienserstift Reun Pusch-Fröhlich I. 218, II. 220, für Kremsmünster UBOE. V. 333, VII. 469, für andere Kirchen und Klöster in Oberösterreich NB. IX. 369 ff., UBOE. III. 430 und 435, IV. 81 und 144, VI. 88, VII. 180, 198, VIII. 608, WrD. XII. 326 Reg. 937.

schreiten und Abhilfe zu gewähren, sowie die schuldtragenden Personen zur Verantwortung zu ziehen. Andererseits musste er die einzelnen Vögte in der Führung der Geschäfte, soweit deren eigene Kräfte nicht ausreichten, unterstützen.²³¹ An sie und an die verschiedensten Verwaltungsorgane des Landes ergingen in Ausübung dieser Functionen mancherlei Aufträge.²³²

Zu wiederholtenmalen wurde der Landmarschall schließlich geradezu mit der Erledigung von Streitfällen betraut, welche von den Parteien dem Herzoge zur Entscheidung vorgelegt worden waren. Dies galt namentlich von jenen Processen, deren Austragung dem Fürsten vorbehalten war, so z. B. im Appellationsverfahren oder wenn es sich um Angelegenheiten der Landesklöster und der geistlichen Stifter oder um andere privilegierte Persönlichkeiten handelte.²³³ Immer natürlich bedurfte er eines besonderen Auftrages,

²³¹ So wurde das Schottenkloster in Wien dem Schutze des Landmarschalles empfohlen, Urkk. ddo. 1377, Mai 12, Wien und 1385, October 15, Wien D. et A. XVIII. 372 und 404. Andere diesbezügliche Aufträge wurden erlassen für Heiligenkreuz Urk. ddo. 1371, Mai 21, Wien D. et A. XVI. 293, für Herzogenburg Urk. ddo. 1419, October 14, Herzogenburg Faigl 386, für das Stift St. Clara in Wien Urk. ddo. 1421, März 7, Wien, Original im nö. LA. Nr. 4034, BlnÖ. 1882. 279, für einzelne Pfarreien Urkk. a. (1379—1380), Senckenberg, Sel. jur. IV. 223, ddo. 1453, Juni 20, Wien und 1454, December 4 UB. Nr. 42 und 43.

²³² Urkk. ddo. 1413, Jänner 14, Wien BlnÖ. 1883. 323 ff.; ddo. 1419, September 1, Wien BlnÖ. 1870. 264 und ddo. 1420, März 6, Wien UB. Nr. 29.

²³³ Derlei Processe wurden nicht mehr im Hoftaiding, sondern außerhalb dieser Gerichtsstelle entschieden (Note 216 und 217). Der Marschall setzte selbständig die Urtheilerbank zusammen, und die Urkunden bringen als Urtheiler nicht wie im Hoftaiding die „Landherren“, sondern „Herren“ oder „Räthe“. Da wir unter diesen Personen die Mitglieder des herzoglichen Rathes zu verstehen haben (Urk. ddo. 1367, December 19 SchwD. 247 und ddo. 1372, October 22, Wien M. Boica XXX/2. 302), so erscheint diese unter dem Vorsitze des Herzogs oder seines Landmarschalles geübte Gerichtsbarkeit als ein Vorläufer des erst unter Albrecht V. zur vollständigen Ausbildung gelangten herzoglichen Hofgerichtes. Im Grunde genommen waren die als Urtheiler verwendeten „herren“ vielfach dieselben Personen, welche auch im

welcher sich dann entweder auf einen einzelnen Fall oder eine Gruppe gleichartiger Geschäfte beziehen konnte.²³⁴ Die Entwicklung führte jedoch dahin, dass der Landmarschall immer mehr als dasjenige Organ betrachtet wurde, welches im Falle der Abwesenheit oder bei sonstiger Verhinderung des Herzogs als dessen Stellvertreter auch über dem Fürsten vorbehaltene Processe zu verhandeln berufen war, vorausgesetzt, dass der Herzog nicht für den einzelnen Fall eine anderweitige Verfügung getroffen hatte.²³⁵

Um ein vollständiges Bild von der vielseitigen richterlichen Thätigkeit zu erlangen, welche der Landmarschall außerhalb des Hoftaidings ausübte, müssen wir uns noch vergegenwärtigen, dass er die Judicatur über alle im Lande unter der Enns vorgefallenen Landfriedensbrüche besaß, sowie dass er auch im herzoglichen Lehngerichte den natürlichen Stellvertreter des Fürsten bildete und namentlich dann zum Richter bestellt wurde, wenn der Herzog in Processen seinen Mannen gegenüber als Partei auftrat.²³⁶

Wir wenden uns nunmehr den Beziehungen zu, welche zwischen dem Landmarschall und der im Hoftaiding geübten

Hoftaiding saßen. Während sie jedoch dort vermöge ihrer ständischen Stellung als Urtheiler fungierten, waren sie an der specifisch herzoglichen Gerichtsbarkeit nur als landesfürstliche Räthe und Beamte theiligt, hatten daher auch als Urtheiler nur das Interesse ihres Herrn vor Augen zu halten. — Vgl. die nachfolgenden Urkunden: ddo. 1362, Januar 18, Wien UB. Nr. 6^a, ddo. 1370, Juli 21, Wien und 1371,, Mai 21, Wien D. et A. XVI. 292 ff., ddo. 1374, März 3, Wien UB. Nr. 6^b ddo. 1404, November 16, Wien Faigl 358, ddo. 1406, Juli 5, Wien M. Boica XXXI/2. 65 und ddo. 1409, Juni 19, Wien UB. Nr. 22.

²³⁴ Außer den in Note 233 erwähnten Beispielen noch Urkk. ddo. 1319, März 4, Steyr D. et A. XXXIII. 164 und ddo. 1365, März 12, Wien SchwD. 240 Z. 29 ff.

²³⁵ Bereits die Urk. ca. 1384, NB. II. 335, hebt dies ganz im allgemeinen hervor mit den Worten: „item das er herren, ritter und knecht umb ir zusprûch, wes wir der selb nicht ausrichten und verhören, ausricht und verhör und was im darinn ze swer ist, das mag er an uns bringen“. Vgl. auch Note 245.

ordentlichen Gerichtsbarkeit bestanden.²³⁷ Aus den uns über diese Gerichtsstelle erhaltenen Aufzeichnungen können wir entnehmen, dass daselbst aus kleinen Anfängen der Einfluss des Landmarschalles mächtig emporstieg. Er fungierte nämlich im Hoftaiding nicht nur als Urtheiler,²³⁸ sondern es gelang ihm im Laufe der Zeit immer häufiger die Stelle des Vorsitzenden einzunehmen.²³⁹ Gelegenheit dazu bot die Eigenthümlichkeit, dass die Stellung des Hofrichters wie die anderer Beamter der Centralstelle keineswegs mit exclusiver Berechtigung ausgestattet war. Wie der Herzog selbst den Vorsitz im Hoftaiding übernehmen konnte, so stand es ihm auch zu, fallweise eine andere Persönlichkeit mit den Functionen eines Gerichtshalters zu betrauen. Von selbst ergab sich, dass dabei immer häufiger die Wahl auf den Landmarschall fiel, welcher seinen ständigen Aufenthalt am Hofe hatte, im herzoglichen Rathe eine der einflussreichsten Personen war und in seiner Stellung als oberster Executivbeamter des Herzogs gerade an der Verwaltung des Landes unter der Enns einen so bedeutenden Antheil nahm. Aber auch von Seite der Stände wurde diese Entwicklung gefördert; denn der

²³⁶ Urkk. ddo. 1365, März 20, Neustadt SchwD. 243, ddo. 1428, Juli 15, Wien L. Reg. V. 2679, ddo. 1431, März 23, Wien Hft. 238 im nö. LA. fol. 59^a und ddo. 1478, Juni 25, Graz Chmel, M. Habsb. II. 600 Nr. 383. — Auch die Landeshauptleute und Landvögte hatten in ihren Gebieten den Vorsitz in den herzoglichen Lehnssachen zu führen. Vgl. Urk. ddo. 1387, November 25, Schaffhausen und 1408, Juni 8, Krems UB. Nr. 9 und 21.

²³⁷ Die Hauptquelle hiefür bildet der uns erhaltene Band des Frohnbuches der Wiener Hofschranne. Vgl. v. Luschin GW. 3.

²³⁸ Z. B. Gesammturtheil ddo. 1376, Jänner 9 Schlager a. a. O. II. 75.

²³⁹ Dann ertheilte er wie die Hofrichter Aufschübe, lud die Parteien zur Versammlung vor (ddo. 1395, März 8 und Juni 7, 1396, September 25, Frohnbuch fol. 146a und 167a), entsandte Diener und andere Bevollmächtigte zur Aufnahme von Beweisen (ddo. 1392, März 11 und 1393, Juni 2, ebend. fol. 88 und 106), versuchte vor der Urtheilsfällung einen gütlichen Ausgleich mit den Parteien zustande zu bringen (ddo. 1395, Juni 7 Schlager II. 121), stellte die Fragen an die Urtheiler und verkündigte schließlich den Spruch.

Landmarschall war ja auch ihr Vertrauensmann, und so galt er am Ausgange des 14. Jahrhunderts bereits als der eigentliche Vorsitzende des privilegierten Gerichtes in Österreich.²⁴⁰ Freilich blieb das Amt des Hofrichters noch einige Zeit bestehen und ausdrücklich wurde es im Schiedsspruche der Stände aus dem Jahre 1406 unter jenen Ämtern genannt, welche der Vormund Herzog Albrechts V. zu besetzen verpflichtet war.²⁴¹

Als es zwei Jahre später²⁴² dem Ritterstande nach langen Kämpfen gelungen war, die Aufnahme in die Gerichtsbank des Hoftaidings zu erlangen, bedeutete dies eine neuerliche Steigerung des ständischen Einflusses auf Kosten der Gerichtshoheit des Landesfürsten, und das Bedürfnis nach einer Reform der Gerichtsverfassung Österreichs war unabweisbar. Diese wurde unter Albrecht V. durchgeführt. Wir wissen, dass dieser Fürst gleich am Anfange seiner Regierung die landesherrlichen Regierungsrechte zu stärken, die Macht und den Einfluss der Stände zu vermindern bestrebt war. Auf dem Gebiete der Gerichtsbarkeit musste er jedoch mit den gewordenen Thatsachen rechnen; denn es wäre unmöglich gewesen, dem Adel die Theilnahme an der Rechtsprechung einfach zu entziehen und das Hoftaiding, in welchem seit mehr als einem Jahrhunderte der hohe, schließlich auch der niedere Adel als Urtheiler fungierte, wieder auf ein ausschließlich im landesfürstlichen Interesse wirkendes Gericht zurückzuführen.

²⁴⁰ Im Neuberger Theilungsvertrage (1379) hieß es ausdrücklich: „als das alles in die egenante hofschrann ze Wienn . . . gehört, als das ein lantmarschalich in Österreich . . . unz her inngehebt habent“ SchwD. 270 Z. 40ff. Herzog Albrecht III. wies die Klage der bischöflich passauischen gegen herzogliche Unterthanen in Niederösterreich vor das Hoftaiding und bestellte ihnen als Richter daselbst den Landmarschall oder andere Amtleute, Urk. ddo. 1372, October 22, Wien M. Boica XXX/2. 302. Jost Kirchstetter versprach das Recht in Hinkunft nur vor den Herzogen, ihrem Marschalle oder an den Stätten zu nehmen und zu geben, wo man dies nach Landesrecht thun soll, Urk. ddo. 1407, Jänner 22 UB. Nr. 20.

²⁴¹ Urk. ddo. 1406, September 12, Wien bei Rauch SS. III. 455ff.

²⁴² v. Luschin GW. 75ff.

Er beließ daher dem Herren- und Ritterstand die Entscheidung jener Fälle, auf welche diese bereits ein festes Recht erworben hatten.²⁴³ Den Vorsitz in diesem Gerichte, welches im Grunde genommen nur eine Fortsetzung des Hof-
taidings war, theilte er jedoch nicht mehr einem Hofrichter,²⁴⁴ sondern dem Landmarschall zu, der ja gleichzeitig auch eine Vertrauensperson der Stände war.

In dieser Umbildung der Gerichtsverfassung in Österreich lag aber doch nicht etwa eine völlige Entäußerung der dem Landesfürsten zukommenden Hoheitsrechte, denn auch auf das ständische Gericht, für welches der Name „Landrecht“ üblich wurde und welches um das Jahr 1420 schon vollkommen ausgebildet erscheint, behielt der Landesfürst noch immer einen bedeutenden Einfluss, der sich gegebenenfalls entsprechend vermehren ließ. Abgesehen davon, dass der Landmarschall und der Untermarschall landesfürstliche Beamte waren und die Ernennung beider — späterhin auch der Beisitzer — dem Landesfürsten zukam, konnte er auch sonst die Rechtsprechung in diesem Gerichte beeinflussen; denn es stand ihm frei, in daselbst anhängigen Processen Aufschübe zu ertheilen, eventuell auch die Entscheidung derselben ganz an sich zu ziehen.^{244 a}

Die Erledigung aller anderen Streitfälle, auf welche der Adel ein festes Recht noch nicht besass, behielt Albrecht V. sich selbst vor, und für diese eigene herzogliche Gerichtsbarkeit, welche uns schon zu Zeiten des Hof-
taidings in verschiedenen Formen begegnete, gieng am Beginne des 15. Jahrhunderts am Hofe aus dem herzoglichen Rathe eine eigene

²⁴³ Dies war, abgesehen von Landfriedensbrüchen, namentlich bei Civilprocessen gegen Adelige und gewisse, denselben gleichgestellte Personen der Fall. Vgl. unten im Texte vor Note 264.

²⁴⁴ Albrecht V. scheint den Tod des Hofrichters Albert des Ottensteiners abgewartet zu haben. Im Jahre 1412 wird zum letztenmale des Hofrichters und eines Hof-
taidings Erwähnung gethan. D. et A. XVIII. 523, v. Pettenegg Reg. I. 1702.

^{244 a} Vgl. Hft. 238 des nö. LA. a. m. O., dann die Urkunde ddo. 1439, Mai 30 UB. Nr. 35 und Note 245.

Behörde hervor, das „herzogliche Hofgericht“. Im Gegensatze zu dem „Landrechte“ und zu den in den übrigen Ländern bestehenden Adelsgerichten, welche durchwegs ständischen Charakter an sich trugen, sollte dies eine im Dienste des Fürsten stehende Gerichtsstelle sein, in der daher nahezu ausschließlich herzogliche Räthe als Urtheiler bestellt wurden. Der bedeutende Antheil, welchen der Landmarschall schon im 14. Jahrhunderte an der specifisch herzoglichen Gerichtsbarkeit besaß, wurde auf diese neue Behörde übertragen, und so galt der Landmarschall unter Albrecht V. namentlich während der Abwesenheit des Landesfürsten, aber auch sonst als dessen natürlicher Stellvertreter in diesem Gerichtshofe,²⁴⁵ soferne nicht, wie dies vorübergehend geschah, ein eigener Hofrichter bestellt^{245a} oder eine andere Person fallweise mit diesen Functionen betraut wurde.

²⁴⁵ Vgl. die Landtagsbeschwerden unter Herzog Albrecht V. bei Schlager a. a. O. 145, sowie die Urkk. ddo. 1429, Juli 23, Wien UB. Nr. 32 und ddo. 1437, December 11, Wien Faigl 434. — Von besonderer Wichtigkeit jedoch ist jene Urkunde, durch welche nach dem Rücktritte des Grafen Johann von Schaunberg der damalige Untermarschall Hans Stockhorner von K. Albrecht II. zum Verweser des Landmarschallamtes bestellt wurde. Abgesehen davon, dass er verhalten war, das „Landrecht“ im Gang zu erhalten und unmittelbar an die unter seinem Vorgänger getroffenen Verfügungen anzuknüpfen, wurde er auch ausdrücklich ermächtigt, über alle Appellationen, welche bei Hof eingebracht wurden, zu entscheiden, wenn die vom Herzoge mit dessen unmittelbarer Vertretung betrauten Anwälte dies nicht selbst thun wollten, Urk. ddo. 1439, Mai 30 UB. Nr. 35. Die Kenntniss dieser ausführlichen Instruction verdanke ich einer gütigen Mittheilung des Herrn Landesgerichtsrathes Dr. Theodor Motloch. Sie ist uns in der Hft. 135 ineunt. saec. XVIII des nö. LA. in allerdings vielfach modernisierter Form erhalten geblieben, und zwar an zwei Stellen fol. 35^a—36^a und fol. 88^a—89^b. So hat sie auch in der S. Ch. Aufnahme gefunden, wogegen eine wesentlich gekürzte Abschrift bei v. Stockhorner 144 zu lesen ist. Eine weitere Abschrift in der Hütter'schen Sammlung Bd. 58 fol. 307^b—310^a im nö. StatthA.

^{245a} Es ist uns nämlich in der Hft. 16 des StA. fol. 170^b eine Eidesformel für Stephan von Hohenberg überliefert (ddo. 1428, Mai 13, UB. 31), als Herzog Albrecht V. ihn mit der Verwesung des Hofgerichtes seiner Hofschranne in Österreich betraute, und es wird dabei

Darnach nahm der Landmarschall als Gerichtsperson eine eigenthümliche Doppelstellung ein. Im Landrechte gebürte ihm, beziehungsweise seinem Vertreter unbedingt der Vorsitz, und er trat, wenn auch alle Justiz im Namen des Fürsten gehandhabt wurde, nach außen hin als selbständiger Leiter der Verhandlungen auf; er lud die Parteien vor, er war es, der die Vergleichsversuche einleitete, der Aufschübe ertheilte, an die Urtheiler Fragen richtete, ihren Wahrspruch entgegennahm und in Form eines Urtheils verkündete.

Im Hofgerichte hingegen galten alle Gerichtshandlungen, mochte nun der Herzog anwesend sein oder nicht, als von ihm ausgehende, alle Zwischenverfügungen wie auch das Endurtheil trugen schon der äußeren Form nach den Charakter landesfürstlicher Acte, und die zum Gerichtshalter bestellte Persönlichkeit fungierte lediglich als Stellvertreter des Herzogs.

Im Concurrenzverhältnisse beider Gerichte nahm der Herzog für das Hofgericht den Vorrang in Anspruch. Trotzdem lässt sich eine eigentliche Überordnung desselben über das Landrecht nicht nachweisen, und noch in den Zeiten Maximilians I. gab es keine Appellation von den Urtheilen des Landmarschalles an die höheren landesfürstlichen Behörden.

Schließlich wollen wir nur noch erwähnen, dass an der Jurisdiction des Landmarschalles über Landfriedensbrüche und in herzoglichen Lehnssachen auch in den Tagen Albrechts V. und Friedrichs IV. nichts geändert wurde, und dass nicht selten auch andere Jurisdictionsinhaber diesen Beamten mit der Untersuchung und Entscheidung ihnen vorbehaltener Fälle betrauten.²⁴⁶

hervorgehoben, dass diese Beeidigung in Gegenwart des Herzogs und seiner Räthe vor sich gieng. Da jedoch anderwärts für diese Zeit von einem Hofrichteramt keinerlei Erwähnung geschieht, so halte ich diese Bestallung für eine nur vorübergehende. Wird ja doch schon ein Jahr später ausdrücklich hervorgehoben, dass im Falle der Abwesenheit des Herzogs der Landmarschall den Vorsitz im herzoglichen Hofgerichte zu führen habe Urk. ddo. 1429, Juli 23, Wien UB. Nr. 32.

²⁴⁶ So z. B. der Bischof von Passau, Hft. 238, fol. 58^b im nö. LA.

V. Das landmarschallische Gericht insbesondere.

Das niederösterreichische Landesarchiv verwahrt unter der Signatur 238 eine Papierhandschrift aus der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts, welche zwar von einer Hand des 16. oder 17. Jahrhunderts mit der Aufschrift: „*Nr. 3, Gerichts vnd Landtagssachen bei Herzog Albrechten zu Osterreich von Ao. 1420 bis 1431*“ versehen wurde, der Hauptsache nach jedoch ein Formelbuch des landmarschallischen Gerichtes darstellt. Während das erste Drittel vorzugsweise Formularien zu verschiedenen Privaturkunden bietet, außerdem fol. 24—28 eine Antwort Herzog Albrechts V. auf vorgebrachte Landtagsbeschwerden bringt,²⁴⁷ beginnen die Gerichtsbriefe auf fol. 42 mit der einleitenden Überschrift:

„*Hie heben sich an die gerichtbrief des hochgeporen fürsten herzog Albrechts herzog ze Osterreich.*“

Dieselben, im ganzen 37 Stück, reichen mit Ausnahme des fol. 63 eingeschobenen „*Hindergangbrieff*“ bis fol. 68. Nach einer Unterbrechung durch Privaturkunden (fol. 68^b bis 73^b) folgt eine zweite Serie von Gerichtsbriefen, und zwar unter der Überschrift:

„*Hie sind vermerkt die gerichtbrief, die aus sind gangen bei herren Piligreym von Puechaim die zeit als [er] landmarschall ist gewesen, da man hat gezalt nach Cristi gepurd vierzehenhundert und darnach in zwainzigisten jare unz alslang, das er das marschalkambt hat aufgeben.*“

Diese, 113 an der Zahl, füllen die Blätter bis fol. 124^b.

In beiden Gruppen sind die meisten Stücke, dem Charakter der Sammlung entsprechend, mit Weglassung des Datums gebracht, auch der Name des Landmarschalles wurde vom Compiler fast durchwegs getilgt, so dass eine genaue chronologische Bestimmung der einzelnen Eintragungen nicht

²⁴⁷ Schlager II. 145ff., jedoch ohne Quellenangabe; vgl. auch v. Luschin, GW. 4ff. und 88ff.

mehr möglich ist. Dennoch lässt sich aus der Handschrift selbst entnehmen, dass die fol. 73^b gebrachte Überschrift nicht richtig ist, indem nur ein Theil der Gerichtsurkunden der Amtsführung Pilgrims von Puchaim angehört, die übrigen von dessen Nachfolgern, namentlich von Hans von Ebersdorf erlassen wurden.

Aus den in dieses Formelbuch aufgenommenen und anderen dem 15. Jahrhunderte angehörenden Urkunden wollen wir ein Bild zu gewinnen trachten von der Organisation und der Wirksamkeit des landmarschallischen Gerichtes.

I. Vorsitz. Dem ständischen Charakter dieses Gerichtes entsprechend, entfiel der persönliche Vorsitz des Landesfürsten vollständig, dieser gebürte vielmehr ausschließlich dem Landmarschall und in dessen Verhinderung dem Untermarschall.²⁴⁸ Ein solcher wurde dem Landmarschall als ständiges

²⁴⁸ Das Amt des Untermarschalles lässt sich etwa seit dem Jahre 1386 als eine ständige Einrichtung nachweisen; vgl. die Zusammenstellung im Anhang II. Aber schon die dem Rudolf von Walsee (ca. 1384) ertheilte Instruction enthielt die Anordnung: „item daz er hie ze Wienn chainen Anwalt an sein stat secze, denn der uns auch gevalle.“ Vermuthlich giengen den Untermarschällen als ständigen Beamten fallweise mit der Vertretung des Landmarschalles betraute Organe voran, und die Entwicklung dürfte derjenigen ähnlich gewesen sein, die wir den Urkunden für die Entstehung der Landesverweserschaften in den anderen Ländern entnehmen können. So kam es meines Wissens in Steiermark zum erstenmale vorübergehend zur Bestellung eines Verwesers, als Ulrich von Walsee vom Jahre 1322 an infolge seiner Theilnahme an den Kämpfen mit K. Ludwig dem Baiern insbesondere in der unglücklichen Schlacht von Mühldorf für längere Zeit das Land verlassen musste. Da fungierte Konrad von Windischgrätz als sein Verweser; wenigstens wissen wir, dass er über Auftrag der Herzoge Albrecht II. und Otto des Fröhlichen als Verweser des Landeshauptmannes ddo. 1323, März 18 einen langwierigen Grenzstreit zwischen dem Burggrafen zu Gösting und dem Stifte Reun zu schlichten hatte (Hft. 2255^b saec. XVIII. Diplomatarium Runense, st. LA.). Späterhin hatte Leutold von Stadeck, solange er die Hauptmannschaft in Steiermark mit der Stelle eines Landmarschalles in Österreich in einer Hand vereinigte, zu Graz in der Person des Hertlein von Teuffenbach einen Verweser, Urk. ddo. 1362, September 29, Brandl 35. Etwa seit 1380 aber erscheinen die Verweser schon neben den

Hilfsorgan etwa seit dem Ende des 14. Jahrhunderts beigegeben, war jedoch nur zur Vertretung desselben im Gerichtsvorsitze, nicht aber in seinem übrigen Wirkungskreise berufen. Als Leiter der Verhandlungen lud er die Parteien vor das Landrecht, ertheilte Aufschübe, stellte die Fragen an die Urtheiler und verkündete das gefundene Urtheil. Nur die Ausfertigung der Gerichtsbriefe erfolgte auch in diesen Fällen in der Regel durch den Landmarschall.²⁴⁹

Wie der Landmarschall wurde auch der Untermarschall vom Landesfürsten auf Widerruf angestellt, und regelmäßig versah dieses Amt ein Mitglied des Ritterstandes.²⁵⁰ Dagegen hatte der Landmarschall wie das übrige Hilfspersonale²⁵¹ so auch den Untermarschall²⁵² selbst zu besolden.

II. Ort und Zeit des Gerichtes. Auch das Landrecht blieb, so lange es überhaupt bestand, an Wien geknüpft, da ja diese Stadt stets den Mittelpunkt der Verwaltung des Landes Österreich bildete. Daran wurde selbst zu jener Zeit festgehalten, als die dem Hofe folgende Centralregierung nach anderen Städten verlegt worden war.

Bestimmte Gerichtstermine, wie sie v. Luschin für das Hoftaiding nachweisen konnte, gab es beim Landrechte nicht. Vielmehr zeigt uns eine Zusammenstellung der in den Urkunden erwähnten Tagsatzungen, dass im 15. Jahrhunderte bei diesem Gerichte, wenn es überhaupt functionierte, die Sitzungen während des ganzen Jahres hindurch ohne größere Unterbrechung abgehalten wurden. Die Parteien wurden

Hauptleuten als ständige Vorsitzende des für den Adel in Graz bestehenden, auf ständischer Grundlage sich aufbauenden Gerichtes. Ähnlich gestalteten sich die Verhältnisse in Kärnten, während man in Oberösterreich noch längere Zeit an der subsidiären Stellung des Verwesers festgehalten zu haben scheint.

²⁴⁹ Zahlreiche Beispiele ergeben sich aus der Hft. 238 im nö. LA.

²⁵⁰ Kollar II. 858.

²⁵¹ Ein Schreiber des Landmarschalles wird schon im Jahre 1364 erwähnt. Anhang III, Reg. Nr. 3. Die Gerichtsbriefe nennen Land-schreiber, Frohnboten, Diener etc.

²⁵² v. Luschin GW., Note 154.

bald über 14 Tage, bald über 3 oder 6 Wochen, hie und da auch zu ganz bestimmten Terminen vorgeladen, während beim Hoftaiding, welches in der Regel nur drei Versammlungen im Jahre hielt, der Aufschub immer nur auf den nächsten Termin ertheilt werden konnte.²⁵³

III. Die Urtheiler. Eine allgemeine Pflicht, bei den Verhandlungen des Landrechtes zu erscheinen, bestand nicht, vielmehr lag es hier wie schon beim Hoftaiding — von den Parteien und solchen Personen, die aus einem bestimmten Grunde zu erscheinen verhalten waren, abgesehen — ganz im Belieben des einzelnen, ob er zu Gericht kommen wollte oder nicht.

Der Vorsitzende bildete daher die Gerichtsbank von Fall zu Fall aus den eben anwesenden Adeligen, und zwar nach der schon beim Hoftaiding seit 1408 bestehenden Übung aus Mitgliedern des Herren- und des Ritterstandes. Wie dies noch im Jahre 1443 ausdrücklich ausgesprochen wurde, war er bei Auswahl der Urtheiler verpflichtet, beide Stände ebemäßig zu berücksichtigen, freilich mit der Beschränkung, dass, wenn von einem Theile zu wenige anwesend waren, man eine grössere Zahl aus dem anderen Stand entnehmen durfte, damit das Landrecht nicht stille stehe.²⁵⁴

Im folgenden Jahre wurde jedoch von König Friedrich IV. eine wichtige Neuerung beantragt, welche sich im

²⁵³ Darauf deutet das Institut ständiger Beisitzer, dann aber auch die Antwort hin, welche K. Friedrich am 21. März 1460 auf die ihm vorgebrachten ständischen Beschwerden ertheilte. Er erklärte nämlich, Georg von Kuenring zum Landmarschall aufgenommen und ihm einen Sold zuerkannt zu haben, damit er das Landrecht mit Beisitzern versehe und „das täglich in seinem ganck ist“ Chmel, Mat. II. 198. Ähnlich für das Jahr 1478 Schlager a. a. O. II. 132. — In dem Prozesse, der vor diesem Gerichte zwischen Jörg von Rosenharts und Hanns von Liechtenstein geführt wurde, lassen sich nachstehende Tagsatzungen aus den im nö. LA. erliegenden Urkunden entnehmen: ddo. 1469, August 31, October 16, November 3 und 20, December 9 und 15, 1470, Jänner 19 und 26. — Für das 16. Jahrhundert vgl. die LGO. vom Jahre 1557 und v. Luschin GW. 95.

²⁵⁴ Kollar II. 1108 und 1134.

Reichshofgerichte schon seit Sigmunds Zeiten eingebürgert hatte. Eine Annäherung an die Verhältnisse des Reiches war sehr natürlich in einer Zeit, wo der deutsche König als Vormund des rechtmäßigen Erben, Ladislaus Posthumus, die österreichische Verwaltung zu führen hatte. Sie ergab sich um so leichter, als die Organisation der höchsten Gerichtsbarkeit im Reiche in vielen Punkten den österreichischen Verhältnissen ähnlich war.²⁵⁵ Denn wie wir dies für Österreich schon kennen gelernt haben, findet sich auch im Reiche etwa seit K. Ruprecht eine Zweitheilung der am Königshofe geübten Gerichtsbarkeit; dem Hofgerichte trat allmählich die persönliche Gerichtsbarkeit des Kaisers in festen Formen gegenüber. Als Vermittler des kaiserlichen Willens erschien seit Sigmund nur mehr das Kammergericht, in welchem Räte unter dem Vorsitze des Kaisers oder seines Hofmeisters zu Gericht saßen. Das Hofgericht hingegen verlor die Unmittelbarkeit des Zusammenhanges mit der Persönlichkeit des Herrschers und damit auch die ihm Jahrhunderte hindurch zugekommene Bedeutung. Es wurde zu einer geschlossenen Behörde, in welcher nicht nur das Amt des Hofrichters ständig war, sondern auch die Functionen der Urtheiler nicht mehr an die jeweils anwesenden Personen, sondern an hiezu ernannte Beisitzer übertragen wurden.²⁵⁶ In dieser Gestalt concurrierte es noch in der ersten Zeit Friedrichs III. mit dem Kammergerichte.

Dieses Institut ständiger Gerichtsbeisitzer wollte der König auch auf das Landrecht in Österreich übertragen, und er glaubte durch eine solche Reform, wie sie denn auch im März 1444 in den Entwurf zu einem Landfrieden aufgenommen wurde, am besten für den Fortgang des Landrechtes zu sorgen. Bei dem über die Einführung dieses Landfriedens gehaltenen Landtage wurde aber eine Einigung

²⁵⁵ Vgl. Tomaschek, Die höchste Gerichtsbarkeit des deutschen Königs und Reiches 521ff., Franklin, Reichshofgericht I. 318ff., II. 162, Seeliger, Hofmeisteramt 114ff., sodann oben S. 113ff. und 120ff.

²⁵⁶ Das älteste Beispiel gehört zum Jahre 1422, Tomaschek a. a. O. 574.

nicht erzielt, und die delegierten Rätthe legten daher alle von den Ständen gestellten Anträge dem Könige zur Entscheidung vor. Wann diese getroffen wurde, lässt sich nicht feststellen. Jedenfalls dürfte die Neuerung bald eingeführt worden sein, da ja über diesen Punkt des Landfriedens ständischerseits keinerlei Bedenken erhoben wurden.²⁵⁷ Späterhin — auf dem Göllersdorfer Landtage (Februar 1460) — forderten die Stände selbst vom Kaiser die Einführung von Beisitzern für das Landrecht aus dem Herren- und Ritterstande des Landes und zwar aus beiden in gleicher Anzahl und bezeichneten diesen Vorgang als altes Herkommen.²⁵⁸

Die Bestellung der Gerichtsbeisitzer erfolgte durch den Landesfürsten, jedoch unter Mitwirkung der Stände. Der auf einem Landtage versammelte Adel präsentierte — und zwar Herren- und Ritterstand getrennt — aus ihrer Mitte eine bald größere, bald kleinere Zahl von Candidaten, aus denen der Landesfürst diejenigen als Beisitzer aufnahm, welche ihm hiezu geeignet zu sein schienen.²⁵⁹

Eine Folge ihrer ständigen Beschäftigung war es, dass ihnen für ihre Thätigkeit wie anderen Beamten ein Sold ausgesetzt werden musste²⁶⁰ und dass der Landesfürst von ihnen die Ablegung eines Amtseides verlangte. Das uns erhaltene Formular (1476) trägt ihnen neben den allgemeinen jedem Beamten zukommenden Pflichten noch mit Rücksicht auf ihre

²⁵⁷ Kollar 1169 ff.

²⁵⁸ Der Inhalt dieser Forderungen lässt sich aus einem Schreiben der Stände an die Stadt Wien entnehmen, Urk. ddo. 1460, Februar 2, D. et A. VII. 192 ff. Vgl. dazu die Antwort des Kaisers bei Chmel, Mat. II. 198.

²⁵⁹ Das Präsentationsrecht der Stände erkannte Friedrich in dem Antwortschreiben ausdrücklich an, welches er den auf dem Landtage zu Tuln im Herbste 1463 versammelten Ständen übersandte, D. et A. VII. 369. — Auf dem Wiener Landtage (1478, October 21) wurden sieben aus dem Herren- und dreizehn aus dem Ritterstande präsentiert, aus welchen der Kaiser je drei zu Beisitzern bestellte. Chmel, M. Habsb. II. 627 und 634.

²⁶⁰ Urk. a. 1460, Chmel Mat. II. 198 und D. et A. VII. 214; a. 1476, M. Habsb. III. 663 Nr. 106, a. 1478, ebend. II. 550.

Function als Urtheiler die besondere Verpflichtung auf, „*das landsrecht treulich und aufrichtiklich zu besiczen und aim ieden dem armen als dem reichen ein rechts recht sprechen und darin nicht ansehen, freuntschaft, veintschaft, miet noch gab noch dhainerlai ander menschlich bewegung, sunder allein got und die gerechtikait trewlich und ungeverlich als uns got helf und all[e] heiligen*“.²⁶¹

Aus den Beisitzern stellte der Landmarschall oder sein Vertreter die Gerichtsbank für den einzelnen Fall zusammen, konnte aber dabei im 15. Jahrhunderte die Zahl der Urtheiler noch durch andere zufällig anwesende Adelige beliebig vermehren.²⁶² In den folgenden Jahrhunderten fiel diese Erweiterung der Gerichtsbank weg und auch das Landrecht nahm den Charakter eines allerdings aus ständischen Elementen zusammengesetzten Beamtengerichtes an.

Der deutschrechtliche Grundsatz, dass die Entscheidung des Streitfalles nicht bei dem Richter, sondern bei den Mitgliedern der Gerichtsbank zu stehen habe, wurde auch beim Landrechte beobachtet. Der Landmarschall, beziehungsweise dessen Vertreter war nur Gerichtshalter; Urtheiler waren die Beisitzer. Ihre Stellung hatte so viel Ähnlichkeit mit jener der alten Schöffen.²⁶³ Namentlich brachten auch sie bei Beantwortung der an sie gestellten Fragen ein Recht zur Anwendung, welches sie aus dem Volksbewusstsein, aus ihrer eigenen Erfahrung nahmen. Als Recht galt das, was sie mit Stimmeneinheit oder wenigstens mit Stimmenmehrheit gefunden hatten. Sache des Vorsitzenden war es, dieses Urtheil zu verkünden. Erst die Landrechtsordnung des Jahres 1557 machte auch den Vorsitzenden zum Urtheilsfinder und theilte ihm eine Stimme zu, welche im Falle der Stimmengleichheit ausschlaggebend war.

²⁶¹ Chmel, M. Habsb. III. 664.

²⁶² Aus der Zeit des Landmarschalles Georg von Pottendorf sind uns die Urtheiler von zwei Gerichtssitzungen, und zwar einmal sechzehn, das anderemal zehn Mitglieder des Adels überliefert, Hft. 5/II. fol. 131 im nö. LA. Welche von ihnen ständige Beisitzer waren, lässt sich nicht feststellen.

²⁶³ Brunner DRG. II. 223 ff., 355 und 362.

IV. Die Competenz dieses Gerichtes war im 15. Jahrhundert noch nicht fest abgegrenzt. Das Landrecht war aber jedenfalls seit den Tagen Herzog Albrechts V. das ordentliche Gericht, bei welchem der Adel des Landes und überdies die Besitzer von Herrengülden in Civilsachen belangt wurden, soweit der Streit nicht etwa vor ein Causalgericht [Berg-, Münz-, Lehngericht] gehörte. Ferner hatte das Landrecht über Landfriedensbrüche im allgemeinen zu entscheiden.

Die Competenz des landmarschallischen Gerichtes war jedoch von selbst ausgeschlossen, wenn der Geklagte die Zusage erhalten hatte, nur vor dem Landesfürsten oder seinem gesetzten Richter sich verantworten zu müssen. Im Besitze derartiger Freiheiten standen jene Personen, welche die von ihnen angesprochene Reichsunmittelbarkeit über ihren in Österreich liegenden Güterbesitz gegen einen solchen Vorbehalt aufgegeben hatten, dann die höhere Geistlichkeit des Landes, endlich eine Unzahl besonders begnadigter Unterthanen vom Adeligen und den verschiedenen Hofdienern bis zum Juden herab. In solchen Fällen wurde der Process vor dem herzoglichen Hofgerichte geführt.²⁶⁴

Das Landrecht war auch nicht berufen, über Criminalklagen, welche gegen Adelige erhoben wurden, vorzugehen, soweit ihnen nicht der Charakter von Landfriedensbrüchen zukam.²⁶⁵

Ebenso sollten alle Processe, in welchen der Landesfürst selbst Partei war, vor dem herzoglichen Hofgerichte

²⁶⁴ Siehe die bei v. Luschin GW. Note 180 angeführten Beispiele. Auch Klagen gegen landesfürstliche Städte und Märkte gehörten vor das herzogliche Hofgericht. Vgl. die Instruction für Rudolf von Walsee a. 1384 NB. II. 335. — Daher erhoben die Prälaten und Bürger Beschwerde gegen die Bestimmung des Landfriedensentwurfes (1444), wonach alle Landleute in Österreich ob und unter der Enns den gerichtlichen Vorladungen des Hauptmannes in Linz, beziehungsweise des Landmarschalles, Folge zu leisten hätten, und beriefen sich auf ihre privilegierte Stellung, Kollar 1200.

²⁶⁵ v. Luschin GW. Note 181, dazu Urk. ddo. 1434, Februar 25, Wien im NB. III. 406.

entschieden werden. Die von den Ständen so oft erhobene Forderung, der Fürst möge seine Ansprüche gegen den Adel vor dem Landrecht erheben und umgekehrt bei Klagen gegen ihn zwar vor einem gesetzten Richter, aber vor Herren, Rittern und Knechten als Urtheilern sich verantworten, fand keinerlei Realisierung.²⁶⁶

Endlich giengen Appellationen gegen Urtheile der localen Gerichte nicht an das Landrecht, sondern an das Hofgericht des Fürsten,²⁶⁷ und dieses hatte auch im Falle der Justizverweigerung einzuschreiten.

Die Competenz des Landrechtes erfuhr noch dadurch eine Erweiterung, dass der Landesfürst die eigenthümliche Doppelstellung des Landmarschalles dazu benützte, um ihm vorbehaltene oder an ihn zur Entscheidung gebrachte Streit-

²⁶⁶ Diese Forderung erhoben die Stände z. B. auf dem Göllersdorfer Landtage im Februar 1460 (D. et A. VII. 192), und ein Jahr später machte Albrecht VI. ihnen thatsächlich die Concession, dass er als Landesfürst Klagen gegen die Landleute vor dem Landmarschall oder vor einem gesetzten Richter, der aber ein geadelter Landmann sein müsse, anbringen werde, und es werde dabei das Gericht mit Herren, Rittern und Knechten besetzt werden. Dagegen wären Ansprüche gegen ihn vor einem gesetzten Richter zu erheben, wobei das Gericht mit Räthen, Herren, Rittern und Knechten besetzt werden solle (Urk. ddo. 1461, April 28, Freistadt, Copie in der Hft. 2 im nö. LA.; eine ähnliche Urkunde für das Land ob der Enns bei Schenk 23). Dies begehrt die Stände späterhin (1463) auch von Kaiser Friedrich. Er verwies sie aber auf das alte Herkommen, und man scheint sich damit begnügt zu haben (D. et A. VII. 370, Chmel, Reg. Frid. II. Anhang CLVI). Das Herkommen gieng jedoch wenigstens seit dem Regierungsantritte Friedrichs IV. dahin, dass derartige Processe, soweit nicht ein besonderer Gerichtsstand vorlag, dem herzoglichen Hofgerichte übertragen und hier von Räthen unter dem Vorsitze eines für den Fall bestimmten unparteiischen Richters entschieden wurden (Urk. ddo. 1443, Juli 1, ddo. 1445, April 22, Neustadt und ddo. 1446, August 8, Wien bei Chmel, Mat. I/2. 120, 121, 166 und 211).

²⁶⁷ Urk. ddo. 1464, Januar 10, D. et A. VII. 391. Während von den ersten Gerichten in den übrigen Ländern an den Landesfürsten appelliert werden konnte, galten Berufungen von Urtheilen des Landrechtes noch nach dem Augsburger Libell von 1510 als unstatthaft und wurden erst unter Ferdinand I. eingeführt, v. Luschin GW. 94.

fälle gegebenenfalls an das Landrecht zur Erledigung zuzuweisen, ein Vorgehen, dem nicht selten auch andere Jurisdictionsinhaber folgten.²⁶⁸

V. Der Geschäftsgang bei dem Landrechte während des 15. Jahrhunderts bot oft genug Anlass zu bitteren Klagen. Schon während der Regierungszeit Herzog Albrechts V. (1411—1439) beschwerten sich die Stände darüber, dass durch Ertheilung längerer Aufschübe der Fortgang der Justiz gefährdet werde; der Herzog hingegen begründete das Vorkommen solcher Säumnisse damit, dass sich von den zahlreichen besoldeten Räthen nur ein kleiner Theil am Hofe ständig aufhielte, welcher überdies sehr oft zur Erledigung dringender, keinerlei Aufschub duldender Angelegenheiten herangezogen werden müsste. Es sei daher manchmal unmöglich, diese im Hofgerichte und im Landrechte als Urtheiler zu verwenden. Wenn alle besoldeten Räthe wirklich am Hofe anwesend wären, dann würde für beide Gerichte eine genügende Anzahl von Urtheilern vorhanden sein.²⁶⁹ Trotzdem scheint das Landrecht unter Albrecht V. im allgemeinen ganz gut functioniert zu haben.²⁷⁰

Viel schwieriger gestalteten sich die Verhältnisse unter Friedrich IV. (1439—1493). Die vielen Kriege, welche dieser Regent mit auswärtigen Feinden zu führen hatte, die Kämpfe und Zwistigkeiten in seinem eigenen Hause und mit seinen Unterthanen, unausgesetzte Fehden der ritterlichen Stände, Raubzüge und Empörungen der nach Soldzahlung drängenden Söldnertruppen traten dem Streben nach Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, nach ordentlichem Fortgange der Gerichte häufig mit schier unüberwindlicher Macht entgegen. Zu oft kam es vor, dass der König lange Zeit überhaupt keine Persönlichkeit finden konnte, die das Amt eines Landmarschalles in Österreich hätte übernehmen wollen. War es ihm

²⁶⁸ Mehrere Beispiele bieten die Gerichtsbriefe in der Hft. 238 des nö. LA.

²⁶⁹ Schlager a. a. O. 145 ff. nach der mehrerwähnten Hft. 238.

²⁷⁰ Es sind uns für diese Zeit zahlreiche Urtheilsbriefe des Landrechtes erhalten geblieben. Vgl. namentlich Hft. 238.

häufig erst nach langen Bemühungen seinerseits, wie auch von Seite der Stände gelungen, einen geeigneten Candidaten ausfindig zu machen und zur Übernahme des Amtes zu bewegen, dann ergaben sich neuerdings Schwierigkeiten wegen Bestellung der Beisitzer. Unter solchen Umständen kann es uns nicht wundernehmen, dass während der langen Regierungszeit dieses Fürsten zeitweise der Landfrieden und die öffentliche Sicherheit vollständig darniederlag.

In den Landtagsverhandlungen dieser Zeit wurden denn auch unaufhörlich Klagen wegen Störung des Landfriedens erhoben. Durch Abschluss von Friedensbündnissen und auf anderem Wege versuchten Fürst und Stände des öfteren Abhilfe zu schaffen, und häufig wurde dabei gerade die Forderung laut, der Landesfürst möge einen kräftigen Marschall einsetzen, damit das Landrecht seinen Gang nehme, dem Armen wie dem Reichen sein Recht werde und man nicht genöthigt sei, berechnete Ansprüche im Wege der Selbsthilfe gewaltsam durchzusetzen.²⁷¹

Gleich zu Beginn seiner Regierung sah sich Friedrich IV. in die unangenehme Lage versetzt, langwierige Verhandlungen wegen Bestellung eines Landmarschalles pflegen zu müssen; denn Graf Johann von Schaunberg hatte noch unter König Albrecht II. wegen Kränklichkeit sein Amt niedergelegt, und der König war zu dieser Zeit durch Reichsgeschäfte so in Anspruch genommen, dass er den Untermarschall Hans Stockhorner zum Verweser dieses Amtes ernannte, die Auswahl eines tauglichen Nachfolgers jedoch einem späteren Zeitpunkte überließ.²⁷² Friedrich IV. leitete die Verhandlungen mit den Ständen auf einem im April 1440 abgehaltenen Landtage²⁷³ ein. Die Stände präsentierten den Walseer, späterhin auf dem Wiener Landtage (Ende November 1440) Hans von Ebersdorf.²⁷⁴ Aus uns unbekannten Gründen wurde keinem

²⁷¹ Kollar a. v. O.

²⁷² Urk. ddo. 1439, Mai 30, UB. Nr. 35 und August 6, Wien Hueber 116. Vgl. auch BINÖ. 1894. 363 ff.

²⁷³ Kollar a. a. O. 841.

²⁷⁴ Ebend. 858.

von beiden dieses Amt vom König übertragen, vielmehr entschloss sich Friedrich IV. im Februar 1441, im Einvernehmen mit den Landständen Rüdiger von Starhemberg zum Landmarschall einzusetzen.²⁷⁵ Nun handelte es sich aber noch darum, das Landrecht in Gang zu bringen. Der König versprach zwar den auf dem Landtage zu Wien (1441 Juni) versammelten Ständen, den Landmarschall dazu anzuhalten;²⁷⁶ allein bis dies vollständig bewerkstelligt wurde, vergieng längere Zeit, und es bedurfte noch mehrfacher Unterhandlungen mit den Ständen und dem Landmarschall, umsomehr als dieser sich nicht recht entschließen konnte, die ihm übertragenen Functionen thatsächlich auszuüben.²⁷⁷

Neuerliche Klagen über Stillstand des Landrechtes und über Störung des Landfriedens wurden namentlich nach dem Tode des Königs Ladislaus erhoben. Friedrich IV. bestellte daraufhin den Georg von Kuenring zum Landmarschall und sicherte sogar, ohne dazu verpflichtet zu sein, den Beisitzern einen Sold zu.²⁷⁸ Nach dem Tode des Kuenringers aber wollte sich keiner der hiezu in Aussicht genommenen Adligen zur Übernahme des Landmarschallamtes entschließen. Es wurde daher auf dem schwach besuchten Landtage zu Korneuburg (December 1465) vorerst der Beschluss gefasst, mit der Besetzung des Amtes bis auf den nächsten allgemeinen Landtag, den der Kaiser für den Monat Jänner 1466 in Aussicht stellte, zu warten, einstweilen aber einen Hauptmann und 200—300 Berittene zur Wiederherstellung des Landfriedens aufzunehmen.²⁷⁹ Ein Jahr später finden wir

²⁷⁵ Urkk. ddo. 1441, Februar 9, Neustadt UB. Nr. 36—40. Dass diese Urkunden nicht allein im Register Friedrichs IV. aufgenommen, sondern auch thatsächlich ausgegeben wurden, lässt sich den späteren Landtagsverhandlungen entnehmen, welche von der Aufnahme des Rüdiger von Starhemberg zum Landmarschall in Niederösterreich handeln. Kollar a. a. O. 903, 905 und 911.

²⁷⁶ Kollar 905.

²⁷⁷ Ebend. 984, 1000, 1052, 1108. Am 29. Mai 1442 wird Rüdiger von Starhemberg urkundlich zum erstenmale als Landmarschall genannt, vgl. Chmel, Mat. I/2. 98.

²⁷⁸ Ebend. II. 198, D. et A. VII. 214.

Georg von Pottendorf als Landmarschall,²⁸⁰ unter dessen Leitung das Landrecht einen besseren Fortgang nahm.²⁸¹ Jedoch nur wenige Jahre bekleidete er dieses Amt, denn schon im Jahre 1472 ergriff er mit anderen österreichischen Adeligen, durch die Verhältnisse gezwungen, die Partei des Königs Mathias von Ungarn und bat ihn um Hilfe, da der Kaiser nicht im Stande wäre, das Land vor inneren Unruhen und vor den Einfällen der hussitischen Böhmen zu schützen.

Neuerlich blieb das Amt mehrere Jahre hindurch unbesetzt, bis Graf Michael von Hardegg die Führung desselben übernahm.²⁸² Wieder brachten die Kämpfe mit Mathias gewaltige Störungen in die Wirksamkeit des Landrechtes. Nicht nur nach Wiederaufnahme der Gerichtssitzungen drängten die Stände, sondern sie präsentierten auch auf dem Wiener Landtage (October 1478) eine Reihe von Beisitzern. Tatsächlich stellte der Kaiser auch einige derselben an und wies ihnen den entsprechenden Sold zu, doch erst am Ende des Jahres 1479 gelang es, die Gerichtsmaschine wieder einigermaßen in Bewegung zu setzen,²⁸³ nicht ohne dass die Gerichtssitzungen durch eine Verfügung vom 2. April 1482 wegen des Krieges mit Mathias neuerlich bis zum November sistiert werden mussten.²⁸⁴

²⁷⁹ D. et A. XLIV. 597 ff.

²⁸⁰ Chmel, M. Habsb. II. 290.

²⁸¹ Es functionierte ziemlich tadellos bis zum Beginne des Jahres 1472. Für diese Zeit ist uns eine größere Zahl von Gerichtsurkunden erhalten geblieben. Außer den in Note 262 erwähnten sind dies für das Jahr 1468 Nr. 3035, für das Jahr 1469 Nr. 3054—3056 und 3065, für das Jahr 1470 Nr. 3074, 3086, 3088 und 3089, endlich für das Jahr 1471 Nr. 3098, 3099, 3102, 3104 und 3110 des nö. LA. Dazu vgl. noch ddo. 1471, Februar 20, Graz und Mai 14, Wien M. Boica XXXI/2. 513 und Schlager a. a. O. 151.

²⁸² Als solcher wird er am 18. September 1475 zum erstenmale genannt Chmel, M. Habsb. II. 229. Am 8. Februar 1476 erließ der Kaiser den Auftrag wegen dessen Beeidigung ebend. III. 663.

²⁸³ Ebend. II. 627, III. 362 und 371.

²⁸⁴ Schlager a. a. O. 154.

Nach dem Tode des Grafen von Hardegg (24. März 1483) besetzte Friedrich das Amt gar nicht mehr, und erst Mathias, der Wien und einen Theil von Niederösterreich erobert hatte, betraute Christoph von Liechtenstein²⁸⁵ mit den Functionen des Landmarschalles (1487); ihn beließ späterhin nach der Rückeroberung von Niederösterreich auch Friedrich IV. im Besitze dieses Amtes, und er bekleidete diese Würde noch unter Maximilian I.²⁸⁶

VI. Die Beziehungen des Landmarschalles zu den übrigen Verwaltungsorganen des Landes unter der Enns.

Vermöge der ihm zukommenden obersten Executivgewalt war der Landmarschall dazu verpflichtet, allen Verwaltungsorganen des Landes, welche ihn um seine Unterstützung baten, zuhülfe zu kommen und sie in Ausübung der ihnen obliegenden Functionen zu unterstützen.²⁸⁷ Dies galt gegenüber den verschiedenen mit militärischen und polizeilichen Functionen ausgestatteten Pflegern und Burggrafen des Landes, — mochten diese im herzoglichen oder im Dienste der

²⁸⁵ Falke I. 502. Zwei Gerichtsbriefe dieser Zeit (ddo. 1488, Juni 16 und 1489, Juni 26) verwahrt das nö. LA. Nr. 3277 und 3293.

²⁸⁶ Urk. 1493, März 15 L. Reg. VIII. 1903. Hoheneck I. 613 gibt an, dass das bezügliche Diplom im Liechtenstein'schen Archive aufbewahrt sei; trotz der eifrigen Nachforschungen des Herrn f. l. Archivrathes Lucas Haug gelang es doch nicht, diese Urkunde aufzufinden. Vgl. dazu Urk. ddo. 1493, März 15, Linz UB. Nr. 46. Über seine weitere Thätigkeit — er bekleidete das Landmarschallamt bis 1501 — vgl. Lichnowsky VIII. 175 und 178, dann die Gerichtsbriefe aus den Jahren 1494—1496 im nö. LA.: Nr. 3364, 3378, 3381, 3385—3388, 3402, 3403 und 3423.

²⁸⁷ Vgl. dazu die Instruction vom Jahre 1384, die Eidesformeln für den Landmarschall (Note 161) und Urk. ddo. (1441, Februar 9, Neustadt) UB. Nr. 39. — Aber auch den jeweils eingesetzten Regierungsverwesern hatte er in Ausübung ihrer Functionen behilflich zu sein. Urk. ddo. (1441, Februar 9, Neustadt) UB. Nr. 40. Dies konnte namentlich dann eintreten, wenn es sich bei Kriegen oder inneren Unruhen um die Aushebung des Lehnaufgebotes handelte, an dessen Spitze bekanntlich der Marschall stand.

Großen des Landes stehen, — ebenso gegenüber den seit dem 15. Jahrhunderte bestellten Viertelhauptleuten, und wir wissen, dass er auch die Ausübung der Gerichtsbarkeit im ganzen Lande zu fördern, bei Durchführung von Executionen nöthigenfalls helfend einzugreifen, die Vögte bei Handhabung ihrer Befugnisse zu unterstützen und auch den Finanzorganen des Landes bei Einbringung der Abgaben und Gefälle durch Anwendung geeigneter Zwangsmaßregeln beizukommen hatte.

Umgekehrt aber waren alle Verwaltungsorgane des Landes dazu verpflichtet, den Landmarschall in seiner Amtsführung namentlich bei Kriegsgefahr und bei inneren Unruhen mit allen ihnen zugebote stehenden Mitteln zu unterstützen.^{287 a}

Er besaß aber auch ein Aufsichtsrecht über die Handhabung der Verwaltung im Lande unter der Enns. Den durch Säumnisse oder Übergriffe der Amtleute betroffenen Personen stand das Recht zu, dagegen bei den höheren Behörden klagbar aufzutreten, und solche Beschwerden wurden in Österreich dem persönlichen Charakter der Verwaltung entsprechend am Hofe angebracht, worauf der Herzog eines seiner Organe mit der Untersuchung, manchmal auch sofort mit der Erledigung der Angelegenheit betraute. Häufig wurde hiezu gerade der Landmarschall, als das höchste Organ der Executive, delegiert. Ja zur Durchführung gewisser Agenden war er schon generell ermächtigt, und wenn der Herzog außer Landes weilte, so galt er als dessen natürlicher Stellvertreter in der Leitung der niederösterreichischen Verwaltung.²⁸⁸ Je

^{287 a} Urkk. ddo. 1411, September 11, Wien UB. Nr. 24 und ddo. (1441, Februar 9, Neustadt) UB. Nr. 39 und 40. Vgl. auch noch die Landfriedensurkunde ddo. 1440, April 25 bei Hoheneck II. § 5.

²⁸⁸ So räumte ihm der Ungeltbrief Herzog Rudolfs IV. eine Jurisdiction über die mit der Einhebung dieser Abgabe betrauten Organe ein. Urk. ddo. 1359, März 21, Wien: „Wer ouch daz dhainr unserr amptleut die wir uber das vorgeant unser ungelt seczen, kain unrecht in iemans gericht fürende wurde oder tünde in den egenanten sachen, das sullen unser lantherren und die richter pringen an uns oder an unsern landmarschal in Österreich und sullen auch wir denselben unsern amptmann . . . darumb pessern und strâffen an leib und an güt nach gelegenhait der schulde die wir mit warhait uf si

weniger sich die Gewährung rascher Abhilfe von dem mit Regierungsgeschäften überbürdeten Landesherrn erwarten ließ, desto mehr gewöhnten sich die Leute auch bei Anwesenheit des Herzogs im Lande, ihr Anliegen unmittelbar an den Landmarschall zu richten, der ja seit dem 15. Jahrhunderte auch den Vorsitz im ersten Gerichte des Landes führte. Da er überdies nach seiner Instruction in einer Reihe von Fällen schon von amtswegen als Aufsichtsorgan einzuschreiten hatte, so ergab sich für ihn trotz des persönlichen Charakters der Verwaltung genug Gelegenheit, controlierend und ergänzend in die locale Verwaltung einzugreifen und gegen pflichtvergessene Organe vorzugehen.

Seit dem 15. Jahrhunderte hob sich die Centralstelle immer mehr von der Verwaltung des Landes unter der Enns ab und es gab in der Folge eine Reihe von Angelegenheiten, welche der Landesfürst während seiner Anwesenheit im Lande seiner persönlichen Erledigung vorbehielt,^{288a} während seiner

vinden.“ SchwD. 194 Z. 3ff. Der Landmarschall sollte einschreiten, wenn an den Angehörigen der Wiener Universität eine Justizverweigerung begangen worden wäre (Urk. ddo. 1365, März 12, Wien SchwD. 240 Z. 29ff.), und als Herzog Albrecht V. in Erfahrung gebracht hatte, dass einige Amtleute die von den Wiener Bürgern und einigen Umsassen aufgestellte Weingartenordnung nicht einhalten und diejenigen, welche deren Bestimmungen übertreten, nicht zur Verantwortung ziehen, da wies er seinen Landmarschall Hertnid von Pottendorf an, gegen solche Amtleute jeweils über geschehene Anzeige vorzugehen und sie dazu anzuhalten, dass die Zuwiderhandelnden von ihnen zur Verantwortung gezogen würden, Urk. ddo. 1413, Jänner 31, Wien Tomaschek II. 20 (mit der irrigen Datierung: Februar 1). Die einzelnen Pfleger, Landrichter etc. wurden daher schon in ihren Bestallungsbriefen angewiesen, dem Herzoge und dessen Landmarschall gewärtig und gehorsam zu sein. Vgl. Urk. ddo. 1411, September 11, Wien und 1441, Februar 9, Neustadt) UB. Nr. 24 und 39. — Vgl. dazu oben S. 78 und auch Note 223.

^{288a} Es ist fraglich, wie weit unter Albrecht V. die Competenz des Landmarschalles im stellvertretenden Vorsitze beim herzoglichen Hofgerichte gieng. Die Urk. ddo. 1439, Mai 30 UB. Nr. 35 gibt uns nur für das Appellationsverfahren nähere Aufschlüsse, indem sie alle diesbezüglichen Angelegenheiten dem Landmarschall zuweist, wenn die

Abwesenheit aber nicht mehr an den Landmarschall übertrug. Zur Ausübung dieser Regierungsrechte wurde vielmehr in solchen Fällen wie auch während der Zeit der Minderjährigkeit des Herrschers eine stellvertretende Collegialbehörde mit einem in der Regel das Land ob und unter der Enns umfassenden Wirkungskreise eingesetzt²⁸⁹ und als deren Mitglieder eine größere oder geringere Zahl von Vertrauenspersonen, unter ihnen die Inhaber der höchsten Hof- und Landesstellen, daher häufig auch der Landmarschall^{289 a} und der Hauptmann ob der Enns berufen, wobei die ganze Institution bald den Charakter einer reinen Beamtenregierung^{289 b} trug, bald mehr von ständischen Einflüssen^{289 c} erfüllt war.

Anwälte nicht selbst eine Entscheidung treffen wollten. Vgl. auch Urk. ddo. 1429, Juli 23, Wien UB. Nr. 32.

²⁸⁹ Adler, Centralverwaltung 186 ff. und 485 ff., v. Luschin ÖRG. 191 ff. Auch in Steiermark wurde im Jahre 1444, als K. Friedrich IV. im Begriffe war, in das Reich zu ziehen und seinen Pflichten als deutscher König nachzukommen, eine solche stellvertretende Regierung eingesetzt. Es ist uns nämlich ein Schreiben K. Friedrichs an Georg von Herberstein wegen Übernahme der Anwaltschaft erhalten geblieben. Da aus demselben zu entnehmen ist, dass neben anderen Großen auch die Hauptleute von Steiermark und Kärnten Mitglieder dieses Regierungscollegiums waren, so lässt sich vielleicht daraus schließen, dass der territoriale Wirkungskreis dieser Statthalterschaft über die Grenzen von Steiermark hinausreichte. Urk. ddo. 1444, Juli 6, Neustadt Kumar a. a. O. II. 104.

^{289 a} Urkk. ddo. 1438, Februar 9, Ofen bei Kurz, K. Albrecht II., II. 353; ddo. 1442, April 7, Krems Kollar II. 1108 und Aeneas Sylvius ebend. 118. Ferner Urk. ddo. 1457, März 24, M. Boica IV. 192 und v. Zeissberg AÖG. LVIII. 82 und 96.

^{289 b} So die am 9. Februar 1438 von K. Albrecht II. eingesetzten Anwälte. Das gleiche hat von den Regenten zu gelten, welche Friedrich IV. bestellte, als er zur Kaiserkrönung nach Rom zu reisen beabsichtigte, und ebenso geschahen die nach dem Jahre 1463 noch nothwendig gewordenen Delegationen stets ohne Mitwirkung der Stände, wie auch das von Maximilian im Jahre 1493 mit einem die fünf niederösterreichischen Länder umfassenden Wirkungskreise eingesetzte Regiment als eine nur vom Landesfürsten abhängige und ausschließlich in seinem Interesse wirkende Centralbehörde erscheint.

^{289 c} Dies war der Fall mit den im Jahre 1441, späterhin unter K. Ladislaus 1452 bestellten Anwälten. Eine bestimmende Einfluss-

Mit besonderen Vollmachten ausgestattet und dazu geschaffen, an des Landesfürsten Stelle die Regierung zu führen, traten diese Statthalterschaften schon unter Friedrich IV. gegenüber den Landesbehörden — daher auch gegenüber dem Landmarschall und den Landeshauptleuten — von selbst in ein Verhältnis der Überordnung,²⁹⁰ welches dann seine weitere Ausgestaltung erhielt, als Maximilian I. an die Stelle dieser vorübergehenden Statthalterschaften permanente Behörden setzte, deren Wirksamkeit sich über die niederösterreichische Ländergruppe, demnach über einen viel größeren Ländercomplex erstreckte.²⁹¹

nahme der Stände lag aber auch vor, als im Anschlusse an den im April 1442 zu Krems gehaltenen Landtag der Landmarschall und 22 Räte als stellvertretende Regierung eingesetzt wurden. Adler a. a. O. 488 ff.

²⁹⁰ Urk. ddo. 1439, Mai 30 UB. Nr. 35 und 1476, Februar 8, Neustadt Chmel, M. Habsb. III. 663. Vgl. dazu auch die Landfriedensurkunde ddo. 1440, April 25 bei Hoheneck II. § 5.

²⁹¹ Einige Landmarschälle bekleideten an der Wiener Universität die Stelle der weltlichen Conservatoren. Albrecht III. hatte in seinem Stiftbriefe die Anordnung getroffen, dass einer der zwei herzoglichen Anwälte im Stadtrathe als Conservator diese Anstalt bei allen weltlichen Vorkommnissen, insbesondere im Besitze ihrer Privilegien und Freiheiten zu schützen hatte. Die Universität wich jedoch von dieser Bestimmung des Stiftbriefes wahrscheinlich aus dem Grunde ab, weil der Stadtanwalt, der es mit der Bürgerschaft hielt, nicht ihr volles Vertrauen genoss, und sie brachte es dahin, dass durch Vermittlung des Freisinger Bischofes der Landmarschall Rudolf von Walsee die Stelle eines „Conservator privilegiorum universitatis“ übernahm (ddo. 1391, December 31 lib. I act. fac. art. fol. 77, abgedruckt bei Kink I/1 Note 138). Von dieser Zeit ab bekleideten die Landmarschälle dieses Amt, und Aschbach a. a. O. 187 erwähnt eine Verordnung Herzog Albrechts V. aus dem Jahre 1429, wonach der jedesmalige Landmarschall von Österreich auch Conservator der Universitätsprivilegien sein sollte. Als solcher hatte er den subjudex, jenen weltlichen Unterrichter einzusetzen, dem die Bestrafung der größeren Vergehen der Scholaren oblag, soweit sie nicht zur Competenz der geistlichen Gerichte gehörten. (Wir wissen, dass die Universität z. B. im Jahre 1397 einen solchen Unterrichter durch Vermittlung des Bischofes von Freising vom Landmarschall erhielt.) Ferner hatte der Landmarschall in dieser Eigenschaft zur Wahrung der Privilegien ein-

VII. Die Beziehungen des Landmarschalles zu den Ständen.

Bis in die Zeit der Babenberger reichen die Anfänge landständischer Entwicklung zurück, noch älter aber sind die Beziehungen des Marschalles zu derjenigen Classe der Bevölkerung, welche späterhin die Führerrolle im ständischen Leben einzunehmen berufen war.

Schon als Hausbeamter genoss der Marschall gewisse Jurisdictionsrechte über die seinem Amte zugewiesene unfreie Ritterschaft des Herzogs; als unmittelbares Hilfsorgan desselben nahm er einen wichtigen Platz im Heerbanne ein und wurde allmählich zum Anführer des auf lehnrechtlicher Grundlage sich aufbauenden Aufgebotes. Andererseits räumte ihm seine Amtsstellung eine bedeutende Ingerenz auf die in den Händen des Adels, der Geistlichkeit und der Städte befindliche locale Verwaltung ein. Da er überdies — selbst den Herren des Landes entstammend — regen Antheil am politischen Leben nahm, so trat er allmählich an die Spitze seiner Genossen und wurde in seiner Stellung als landesfürstlicher Beamter schon zu einer Zeit auch Vertrauensmann der ständischen Macht, als diese noch durch die Classe der Landherren allein repräsentiert wurde.²⁹²

zuschreiten und war auch dazu verhalten, die Universität sowie deren Angehörige namentlich gegen Gewaltthaten der Bürger zu schützen. Ein Beispiel ddo. 1419, Jänner 12 bei Kink I/1. Note 138; ähnlich lagen die Verhältnisse in den Jahren 1445 und 1451, Aschbach 211 und 213.

²⁹² Herzog Rudolf war es nicht mehr vergönnt gewesen, die Universität zu Wien ins Leben zu rufen. Da der Papst diese Stiftung nicht in ihrem ganzen Umfange bestätigt hatte, durch die Versagung der theologischen Facultät das Studium generale überhaupt in Frage gestellt war, so hielten die österreichischen Landherren und die Wiener Bürgerschaft die Errichtung dieser Anstalt dermalen für unausführbar. Durch Unterhandlungen brachten sie es dahin, dass sich der Rector dazu bequeme, die beiden Stiftungsurkunden und den Versicherungsbrief der Stadt Wien in der Sacristei zu St. Stephan auf zwei Jahre zu hinterlegen, bis Herzog Albrecht 18 Jahre alt geworden wäre. Nach dieser Zeit sollten Verhandlungen zwischen dem Fürsten und den österrei-

Seit der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts erweiterte sich jedoch in Österreich der Kreis der mit politischen Rechten ausgestatteten Bevölkerungsklassen; wie aber auch weiterhin den Landherren die Führerrolle blieb, so wurde der an ihrer Spitze stehende Landmarschall allmählich zum Haupte der ganzen Landschaft.

In dieser Eigenschaft oblag ihm die Wahrung der Interessen des Landes, und er besorgte mit seinen Hilfskräften die laufenden ständischen Angelegenheiten, soweit dieselben nicht anlässlich der periodischen Versammlungen zur Erledigung gelangten. Da er aber zugleich einen bedeutenden Wirkungskreis als landesfürstlicher Beamter besaß, so nahm er jene eigenthümliche Doppelstellung ein, welche den geschworenen Räten seit der Zeit Otakars und Rudolfs I. zukam. Denn er sollte neben den Interessen der Herrschaft auch jene des Landes wahren, und es passte in dieser Beziehung auf ihn der von Graf Blümegen, einem Staatsmanne des 18. Jahrhunderts, gebrauchte Ausdruck: „homo principis et homo statuum“.²⁹³

Seitdem er zu seiner militärischen und polizeilichen Stellung im Lande noch den Vorsitz in dem durchaus ständisch organisierten Landrechte erworben hatte, traten die ständischen Elemente seiner Stellung in den Vordergrund. Ihm gebührte der Vorsitz bei den Landtagen,²⁹⁴ und gerade bei

chischen Ständen darüber eingeleitet werden, ob und welche Punkte in den Urkunden zu ändern und zu verbessern wären. Im Namen der beiden Herzoge und der Landherren pflog der Landmarschall Leutold von Stadeck die nöthigen Unterhandlungen und fertigte die über das Übereinkommen abgefasste Urkunde (ddo. 1365, November 19, Wien) aus. Kink I/2. 4. Vgl. dazu die Bestätigungsurkunde der Bürgerschaft ddo. 1365, December 20, Wien, welche uns deutlich das Verhältniß des Landmarschalles zu den Landherren darlegt, ebend. 5ff. und Aschbach 20ff.

²⁹³ Seidler 76.

²⁹⁴ Der Umstand, dass in der Zeit Friedrichs IV. dieses Amt so oft überhaupt gar nicht besetzt war, sowie die mangelhafte Übersicht der Aufzeichnungen und Berichte über die Verhandlungen erklären uns zur Genüge, warum wir so selten von dem Vorsitze des Land-

dieser Gelegenheit war er dazu berufen, im Vereine mit den königlichen Räthen, insbesondere jenen, welche zugleich Landstände waren, die Rolle des Vermittlers zwischen den landesfürstlichen Interessen und der ständischen Macht zu spielen. Als dann seit den Tagen Maximilians und seiner Nachfolger auf dem Gebiete des Steuer- und des Kriegswesens, sowie zur Erhaltung der Landessicherheit eine eigene landschaftliche Verwaltung geschaffen und zur Besorgung der laufenden Geschäfte bleibende Organe bestellt wurden, da erweiterten sich die Befugnisse des Landmarschalles als ständischen Beamten, und er präsierte in der Folge nicht nur im Landtage, sondern auch bei den Versammlungen der Verordneten und der Ausschüsse.²⁹⁵ Da anderseits seine Wirkungssphäre als landesfürstlicher Beamter durch das von Maximilian errichtete Regiment eine immer weitergehende Beschränkung erfuhr, so ruht in der Neuzeit das Schwergewicht auf seiner Stellung als Organ der ständischen Macht.

Aus der Doppelstellung, welche der Landmarschall einnahm, ist es zu erklären, dass die Stände ein Mitwirkungsrecht bei Besetzung dieses Postens für sich in Anspruch nahmen. Bestimmtere Formen hierfür finden wir erst in der Zeit K. Friedrichs IV. Wir wissen, dass Rüdiger von Starhemberg nach „Rath der Landleute“ angestellt wurde,^{295a} und wir können den zahlreichen aus dieser Zeit stammenden

marschalles bei den Landtagen hören. Auf dem Korneuburger Landtage (ddo. 1461, Juni), der übrigens sehr schwach besucht war, führte der Landmarschall Jörg von Kuenring den Vorsitz, Friess, Kuenringe 220 und D. et A. VII. 245.

²⁹⁵ Ganz ähnliche Beziehungen bestanden zwischen den einzelnen Landeshauptleuten und den Ständen. So wissen wir aus Jäger's eingehenden Arbeiten für Tirol, dass der Landeshauptmann, wenn der Fürst am Erscheinen gehindert war, über specielle Weisung den Landtag eröffnen konnte, dass er dabei den Vorsitz führte und die Leitung der Verhandlungen besorgte. Vgl. z. B. den Landtag a. 1426, Jäger a. a. O. II/1. 384ff. und 402. Ähnlich war es in Steiermark und Kärnten, und auch die Stände von Oberösterreich traten unter dem Vorsitze ihres Landeshauptmannes zu Landtagen und Landesconventen zusammen.

^{295a} Urk. ddo. (1441, Februar 9, Neustadt) UB. Nr. 37.

Landtagsacten entnehmen, dass der Landesherr den Landmarschall aus dem Herrenstande, den Untermarschall aber aus dem Ritterstande zu entnehmen hatte, wobei die Stände für beide Ämter einen zwar nicht bindenden, aber doch gemeiniglich berücksichtigten Vorschlag zu erstatten pflegten.^{296. 297}

²⁹⁶ Auf dem im April 1440 gehaltenen Landtage schlug die Landschaft mit einhelligem Beschlusse den Walseer vor. Wenige Monate später präsentierten die Stände Hans von Ebersdorf und begehrten, dass als Untermarschall ein rittermäßiger genommen werde, Kollar a.a.O. 858. Ebenso nannten die Stände a. 1460 dem Kaiser einige Candidaten, und dieser nahm daraus Georg von Kuenring auf, Chmel, Mat. II. 198. — Vgl. dazu noch a. 1463 D. et A. VII. 369 ff., ca. 1477 Chmel, M. Habsb. II. 290.

²⁹⁷ Viel früher wurden derartige Besprechungen zwischen den Herren des Landes und dem Fürsten in Steiermark bei Besetzung der Hauptmannstelle gepflogen. Schon die Reimchronik gedenkt derartiger Verhandlungen an mehr als einem Punkte, so z. B. bei der Bestellung des Kol von Seldenhofen oder bei der Einsetzung des Ulrich von Walsee (24261 ff., 74083 ff.). Vgl. dazu auch die Urkunde über die Bestellung des Vogtes Ulrich von Matsch zum Hauptmann und Pfleger von Tirol, ddo. 1362, Juni 1 oder 2, Neuburg Huber, Vereinigung 212 Nr. 251 und Urk. ddo. 1363, Jänner 17, Meran ebend. 215 Nr. 264.

II. Abschnitt.

Der Landmarschall als Mitglied des herzoglichen Rathes.

Schon zu wiederholtenmalen konnten wir hervorheben, dass, dem persönlichen Charakter der mittelalterlichen Regierung entsprechend, die Centralbehörden aus dem Hofleben hervorgiengen.²⁹⁸ Da die landesfürstliche Verwaltung, selbst wenn sie sich über mehrere Gebiete erstreckte, als einzigen Vereinigungspunkt nur das regierende Haus hatte, so war es eben selbstverständlich, dass gerade die mit der Verrichtung fortlaufender Dienste um den Fürsten Beschäftigten als dessen Vertrauenspersonen zurathe gezogen und mit der Ausführung staatlicher Aufgaben betraut wurden.

Auch in Österreich haben wir Anhaltspunkte dafür, dass die zum Hofdienste berufenen Ministerialen die ersten Räte des Herzogs waren. Als jedoch die meisten von ihnen im Laufe der Zeit aus der dienenden Stellung emporgestiegen und mit den Resten freier Vasallen zu selbständigen Herren des Landes geworden waren, erfuhr die Stellung, welche der einzelne von ihnen im herzoglichen Rathe einnahm, eine Änderung, und ihre Mitwirkung an der Regierung des Landes

²⁹⁸ Litteratur: Siegel, Dienstmannen 251 ff., Adler, Centralverwaltung 159 ff., Dopsch, Landeshoheit 241 ff., Seidler 15 ff., 85 ff., v. Luschin ÖRG. § 27, 28 und 30; vgl. dazu das Feuilleton der amtlichen Wiener Zeitung vom 14. Jänner 1897.

wurde mehr und mehr durch ihre ständische Parteistellung beeinflusst.²⁹⁹

Seit dem Ausgange des 12. Jahrhunderts erwarben nämlich die Angehörigen des freien Landesadels und die herzoglichen Dienstmannen in Österreich und Steiermark ein Recht darauf, bei der Erledigung gewisser ihre Interessen berührender Angelegenheiten um ihren Rath gefragt zu werden. Welche Angelegenheiten dies waren, lässt sich ebensowenig angeben, als die in den Urkunden des 12. und beginnenden 13. Jahrhunderts gebrauchten Ausdrücke³⁰⁰ uns sichere Anhaltspunkte zu geben vermögen, seit wann an die Stelle des den Fürsten in keiner Weise bindenden Berathens ein dem Landesherrn entgegenstehendes, seine Regierung beschränkendes Mitwirkungsrecht getreten ist. Nur das eine wissen wir, dass Herzog Friedrich II. den Einfluss dieses auf ständischer Grundlage sich aufbauenden Beirathes möglichst herabzudrücken bestrebt war; aber trotz seines entschiedenen Auftretens gelang ihm dies nicht, und die Zeit des Interregnums zeigt uns die Landherren auf dem Höhepunkte ihrer Machtstellung.³⁰¹

²⁹⁹ Ob es in der Zeit der Babenberger außer den am Hofe in dauernder Verwendung stehenden Beamten ständige berufsmäßige Räthe gegeben hat, lässt sich den Urkunden nicht entnehmen. Ich halte dies auch für unwahrscheinlich, und der Ausdruck *consiliarius*, der übrigens meines Wissens nur einmal und zwar in der Stiftungsurkunde für Lilienfeld ddo. 1209, April 13 vorkommt, scheint doch nur eine Bezeichnung für solche Personen zu sein, welche der Landesfürst — im Gegensatz zu dem weiteren Kreise der Ministerialen überhaupt — mit Vorliebe bei Berathung wichtiger Angelegenheiten zuzog. MBR. 101 Reg. 175.

³⁰⁰ Zusammengestellt bei Siegel a. a. O. 252.

³⁰¹ Vgl. dazu ÖLR. I. 15 und 67, II. 41, 69 und 91. — Dass unter dem „Rath“ der Landherren deren Zustimmung zu verstehen sei, hat schon Berchtold Landeshoheit 199 richtig erkannt; denn das hierfür übliche lateinische Wort „*consilium*“ wird in Urkunden dieser Zeit abwechselungsweise mit dem Worte „*consensus*“ gebraucht. Vgl. darüber die Reichssentenz ddo. 1231, Mai 1, Worms, Weiland II. 420 und die österreichischen Urkunden in MBR. 78 Reg. 5 und 88 Reg. 33, endlich D. et A. VIII. 288; für spätere Zeit Urk. ddo. (1441, Februar 9, Neustadt) UB. Nr. 36.

Bestimmte Formen, in welchen sich das Mitwirkungsrecht des hohen Adels äußerte, scheint es bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts noch nicht gegeben zu haben; es galt vielmehr der Wille der bei verschiedenen Gelegenheiten vom Herzoge Befragten als Gesamtwille der Landherren. Gerade dieser Umstand war dazu geeignet, ständische Anschauungen in das Hofleben zu verpflanzen, und darum hatte die Verfügung Otakars, durch welche er zwölf Mitglieder der österreichischen Landherren als eine Art ständischer Vertretung in seinen Rath aufnahm,³⁰² entscheidende Bedeutung für die Schicksale des herzoglichen Rathes überhaupt. Die Stellung dieser Räte trug nämlich die Eigenthümlichkeit an sich, dass jeder einzelne nicht nur dem Fürsten nach bestem Wissen und Gewissen zu rathen und zu dienen hatte, sondern dass er gleichzeitig auch Vertrauensmann seiner Genossen war und daher ebenso ihre Interessen zu wahren hatte. Ob freilich namentlich in der späteren Zeit der böhmischen Herrschaft den einzelnen Rathgebern dazu viel Gelegenheit geboten war, ist eine andere Frage.³⁰³ Das otakarische Regime war kaum darnach angethan, der ständischen Macht eine dauernde Stärkung zu verschaffen.

Um so wichtiger war es für die Entwicklung des herzoglichen Rathes, dass Rudolf I., indem er die von Otakar

³⁰² So auf Grund der jetzt allgemein acceptierten Conjectur von Hasenöhrle a. a. O. 170 Note 20, welcher in die im Otakarischen Landfrieden daselbst vorkommende Lücke das Wort „rat“ setzt. Demgegenüber versucht die Neuausgabe der MG. das Wort „hof“ einzuschalten, Weiland II. 607 Z. 45 Note d.

³⁰³ In verschiedenen Urkunden wird ihrer Thätigkeit gedacht. Wir finden sie einzeln oder commissionsweise bald mit der Untersuchung, bald mit der Entscheidung von Angelegenheiten betraut. Namentlich wird hervorgehoben, dass sie die Vermittler zwischen den Unterthanen und dem Fürsten sind und als solche über Bitten und Beschwerden Erhebungen zu pflegen und bei Hofe Anträge zu stellen hatten. Urk. a. 1262 D. et A. XI. 154, a. 1264 und ddo. 1264, März 17, Wien D. et A. VIII. 315 und 316. Auch ihrer richterlichen Thätigkeit wird stellenweise Erwähnung gethan. Vgl. die Urk. ddo. 1268, April 16, Traiskirchen D. et A. VIII. 319 und ddo. 1275, November 30, Wien bei v. Pettenegg I. Nr. 512.

geschaffene Institution des geschworenen Rathes weiter ausgestaltete, den Landherren ein weitreichendes Mitwirkungsrecht an der Regierung des Landes einräumte.³⁰⁴ Die den Landherren entnommenen Räte entfalteten denn auch eine bedeutende Thätigkeit. Sie wurden zu legislatorischen Arbeiten herangezogen;³⁰⁵ als Zeugen und Siegler bekräftigten sie einzeln oder in größerer Zahl wichtige landesfürstliche Verfügungen,³⁰⁶ intervenierten bei diplomatischen Verhandlungen,³⁰⁷ bei finanziellen Operationen (Gefällsverpfändungen, Rechnungslegung des Landschreibers³⁰⁸) und bei anderen Verwaltungsacten wichtiger Natur. Aus einer Reihe von Urkunden erhellt, dass sie dem Landesherrn eidlich verpflichtet waren,³⁰⁹ und dass sie dort, wo sie ihre Zustimmung gaben,

³⁰⁴ Sie werden zum erstenmale in der zu Wien ausgestellten Urk. ddo. 1281, Februar 18 genannt, welche sich allerdings an ein aus der Zeit Otakars stammendes Formulare anschließt (D. et A. VIII. 328), späterhin in der Landfriedensurkunde, welche die Ritterschaft und die Städte Österreichs dem Könige Rudolf I. ausstellten, als er sich zum Verlassen des Landes anschickte. Darin heisst es ausdrücklich, dass über Landfriedensbrüche gegen die Ritterschaft und die Städte gertheilt werden solle „nach der herren rât, die des landes rat gesworen habent und nach der stêt der ritter und der chnappen rât“, SchwD. 126 Z. 2 ff.

³⁰⁵ Vgl. die Urkunden über das Niederlagsrecht in Wien ddo. 1281, Juli 24, Wien SchwD. 126; über das Evocationsrecht des Regensburger Bischofs ddo. 1282, Jänner 30, Wien Ried I. 579; endlich über die Annahme der Rheinfelder Hausordnung ddo. 1283, Juli 11, Wien SchwD. 136.

³⁰⁶ Ein Beispiel bietet das Niederlagsprivilegium für Wien a.a.O. 126. Vgl. dazu Uhlig, IÖGF. XII. 652 ff.

³⁰⁷ Zur Aufstellung eines Straßenfriedens zwischen Passau und Eferding wurden fünf Räte vom Herzoge nach Passau geschickt, um dort mit jenen des Herzogs von Baiern und des Bischofs von Passau gemeinsam Vorkehrungen zu treffen. Urk. ddo. 1281, September 14, Wien UBOE. III. 532.

³⁰⁸ Urk. ddo. 1281, Mai 1, Wien und 1282, October 19, Wien SchwD. 123 und 129.

³⁰⁹ So im Niederlagsprivilegium: „do sazze wir mit unserm rat den lantherren, die unsern rat gesworn habent vor unserm herren dem Romischem chunig.“

auch eine gewisse Verantwortung trugen und gewissermaßen eine Bürgschaft dafür übernahmen, dass die auf Grund solcher Unterhandlungen vom Landesfürsten erlassenen Verfügungen von Seite der Landherren und der durch sie vertretenen Unterthanen eingehalten würden.³¹⁰ Um mit ihren Genossen, deren Interessen sie neben jenen des Landesfürsten zu wahren hatten, in Fühlung zu bleiben, mussten sie mit ihnen bei wichtigen Sachen vorher Rücksprache pflegen.³¹¹

Übrigens pflegte der Landesfürst diese geschworenen Räte auch zur Erledigung anderer Regierungsgeschäfte fallweise heranzuziehen, und oft finden wir sie in den Urkunden neben anderen Rathgebern und Gehilfen, namentlich neben den verschiedenen Beamten des Hofstaates als Zeugen genannt.

An diesem herzoglichen Rathe, der neben der Kanzlei die eigentliche Centralstelle für den ganzen habsburgischen Länderbesitz bildete, nahm Albrecht I. eine tiefgreifende Änderung vor. Er war nämlich bestrebt, die überwuchernde Macht des Adels, welche nur zu oft in engherziger Verfolgung von Sonderinteressen das Gemeinwohl und das Gedeihen des Landes zu gefährden drohte,³¹² zu brechen und die Großen des Landes in den Dienst des Fürsten und seiner Interessen zu ziehen. Zur Erreichung dieses Zweckes beseitigte er aber nicht etwa die Institution des geschworenen Rathes, vielmehr

³¹⁰ So heißt es in der Urkunde, durch welche die geschworenen Räte die von K. Rudolf zur Deckung von Auslagen vorgenommenen Gefällsverpfändungen genehmigten, ausdrücklich: „quod nos obligationes . . . gratas habere et ratas per omnia volumus observare ac ut inviolabiliter] ab omnibus aliis observentur, omnem quam possumus diligentiam et operam adhibere.“ Österreichische Edle, durchwegs anderwärts als Mitglieder des herzoglichen Rathes erwähnt, nahmen die Rheinfelder Hausordnung an und verpflichteten sich eidlich, für ihre Einhaltung von Seite der Unterthanen zu sorgen. SchwD. 123 und 136.

³¹¹ Siegel a. a. O. 256. Vgl. dazu das IV. Gedicht des Seifrid Helbling ed. Seemüller Vers 677ff. und die Verhandlungen der geschworenen Räte auf dem Tage zu Triebensee, MG. DChr. V/2. 66305 ff., 66465 ff. und 66656 ff.

³¹² Dopsch a. a. O. 244 und 252 ff.

lässt sich die Wirksamkeit desselben — allerdings in der Regel auf wenige Mitglieder beschränkt³¹³ — auch unter Albrecht I. verfolgen und ein Eingreifen der Räte bei Verfassungsfragen und bei Behandlung von Gegenständen der auswärtigen Politik nachweisen.³¹⁴ Aber er schuf noch einen engeren Rath,³¹⁵ in welchen nur solche Männer Aufnahme fanden, die sich durch hervorragende Verdienste um den Landesfürsten und die Vertretung seiner Interessen dessen besonderes Vertrauen erworben hatten.³¹⁶ Wie diese ihre

³¹³ Von Otokar auf zwölf festgesetzt, war die Zahl der geschwornen Räte keine fixe. Das Niederlagsprivilegium für Wien nennt uns sechzehn Räte, vierzehn davon hängten ihre Siegel an die Urkunde, an Stelle der zwei fehlenden traten zwei andere Landherren ein; dürfen wir diese, dem Wortlaute der Urkunde folgend, ebenfalls zu den Räten zählen, so würden sich hieraus achtzehn Mitglieder dieses Rathes ergeben. — In der Folge war die Zahl der zur Berathung wirklich herangezogenen Räte eine sehr verminderte. Schon im Jahre 1286 klagte der Dichter, dass der Herzog aus den österreichischen Landherren nur vier Rathgeber habe, von denen Albero von Puchaim zur Zeit in der Gefangenschaft des Güssingers war. Selbstviert beschwor der Herzog den Vertrag mit dem Grafen Yban, Seifried Helbling V. 63ff. und MG. DChr. V/1. 22999 ff.

³¹⁴ Vgl. darüber die von Dopsch gebrachten Beispiele a. a. O. 253 Note 2 bis 6 und 254 Note 4.

³¹⁵ Abgesehen davon, dass einzelne Mitglieder dieses engeren Rathes, so namentlich Hermann von Landenberg und der Abt von Admont oft als Vertrauensmänner und Rathgeber zugezogen wurden, tritt das Walten des engeren Rathes anlässlich der Güssinger Fehde (a. 1289 MGDChr. V/1 31391 ff.), insbesondere aber gelegentlich der Verhandlungen mit den unzufriedenen steirischen Landherren ins rechte Licht. Ebenso pflog der Herzog mit den Seinigen Rath, wie er den Forderungen der österreichischen Landherren zu begegnen hätte (ebend. 55162 ff. und 66920 ff.).

³¹⁶ Die Reimchronik erzählt uns, dass Rudolf seinem Sohne außer dem geschwornen Rathe der Landherren noch zwei Männer zur Seite gegeben habe, welche ihm aus Schwaben in die neue Heimat gefolgt waren, nämlich Eberhard von Walsee und den uns schon bekannten Marschall von Landenberg, MG. DChr. V/1. 23005 ff. Neben diesen gehörten auch einzelne Einheimische zu den besonderen Vertrauenspersonen des Fürsten, so anfangs Konrad von Tulln und Hugo von Taufers, späterhin Berthold von Emmerberg und namentlich der steirische Landschreiber Abt Heinrich von Admont.

Stellung ausschließlich dem Willen des Herzogs verdankten, so waren sie auch nur dazu berufen, in seinem Interesse zu wirken.³¹⁷ Als Concurrenzbehörde gegenüber dem weiteren von ständischen Elementen erfüllten Beirathe gedacht, erstreckte sich die Wirksamkeit dieses engeren Rathes auf die verschiedenartigsten am Hofe anhängigen Angelegenheiten.³¹⁸

Unter Rudolf III. wurde noch an dieser Scheidung des herzoglichen Rathes festgehalten;³¹⁹ seit Friedrich III. aber erwähnen uns die Urkunden an der Centralstelle neben der Kanzlei nur ein Rathscollegium,³²⁰ in dessen Zusammensetzung das ständische und das Beamtenelement nebeneinander Berücksichtigung fanden, jene zwei Kräfte, welche auch anderwärts an der Ausbildung der Centralstelle mitgewirkt haben. Dabei waren jene Mitglieder des Rathes, welche der Fürst den österreichischen Landherren entnommen hatte, auch die ständischen Interessen zu vertreten berufen, und insoferne bildeten sie innerhalb des weiten Rathes eine eigene Gruppe, den geschworenen Rath der Landherren, welcher bei jenen Angelegenheiten zugezogen werden musste, in welchen es sich um

³¹⁷ Hierin und nicht so sehr in dem Momente der Absetzbarkeit lag der wichtige Unterschied zwischen der Stellung dieser Räthe und dem geschworenen Rathe der Landherren. Dies war auch der Grund, warum sie alle, mochten sie nun Einheimische oder Schwaben sein, so großen Anfeindungen von Seite der ständischen Partei ausgesetzt waren, und der Hass der österreichischen Landherren gegen die Schwaben findet erst durch diese Erwägungen seine rechte Erklärung. Dopsch a. a. O.

³¹⁸ So waren sie betheiligt an den Verhandlungen mit den steirischen Landherren (a. 1291), ebenso anlässlich der Schlichtung des Streites mit dem Erzbischofe von Salzburg (1297) MG. DChr. V/2. 55033 ff., 70107 ff. und 70286 ff.

³¹⁹ Der engere Rath bestand aus den drei Brüdern von Walsee und dem Marschall von Landenberg. DChr. V/2. 73976 ff., 74177 ff.

³²⁰ Urk. ddo. 1324, November 29 UBOE. V. 407; ddo. 1330, November 23, Augsburg bei Kurz, Albrecht der Lahme 339; ddo. 1338, Juni 20, Wien bei Tomaschek I. 102; ddo. 1339, Mai 11, Plain bei Huber, Vereinigung 150 Nr. 65.

die Interessen des durch sie dem Fürsten gegenüber vertretenen Landes handelte.³²¹

Je mehr die ständische Macht durch eine Reihe von Ursachen gehoben wurde, je weitere Kreise der Bevölkerung politische Rechte erwarben, so dass die Landherren nur auf die Führerrolle beschränkt wurden, desto weniger drückte sich in der Institution des geschworenen Rathes der Landherren der Wille der Landschaft aus. Schon in den Tagen Albrechts II. verstärkte sich darum der Rath in wichtigen Fällen durch außerhalb desselben stehende Große,³²² und neben dem ständischen Ausschusse erwarb die Gesamtheit der Landherren einen immer größeren Antheil an der Regierung des Landes.³²³ Als dann der Kreis der politisch Berechtigten noch weiter gezogen wurde und außer den Landherren den geistlichen Großgrundbesitz,³²⁴ den niederen

³²¹ So verpfändete K. Friedrich das Schloss Falkenstein an Hadmar von Sunnberg „mit zitigem rât unser lantherren in Ostrich“, Urk. a. 1314, Steyerer add. 3. „Nach der lantherren rat, die zu den zeiten unseres rates waren“ schuf derselbe Herzog Abhilfe gegen die von der Stadt Wien ihm vorgebrachten Beschwerden und ordnete die Führung eines Stadtbuches an, Urk. ddo. 1320, Januar 21, Wien Tomaschek I. 89.

³²² So wurde der Zweikampf als Beweismittel für Kärnten abgeschafft, nachdem der Herzog sich darüber mit den Landherren von Kärnten, Steiermark und Österreich berathen hatte, Urk. ddo. 1338, August 13, St. Veit Steyerer add. 122. Für den Weingartenbau, welchen die Landherren und die Wiener Bürger trieben, wurden Lohnsteuern bestimmt „nach unser lantherrn und unser burger rat“, Urk. ddo. 1352, Februar 5 und 22, Wien Rauch SS. III. 74 und 76.

³²³ So in der Hausordnung Albrecht II. von 1355 SchwD. 189. Späterhin mussten die österreichischen Landherren dem deutschen Könige zu Esslingen Bürgschaft leisten für die Versprechungen, welche ihm Rudolf IV. gegeben, und dabei geloben, ihn zur Erfüllung derselben anzuhalten, Urk. ohne Datum bei Huber, Rudolf IV. 51 Note 3 und RI. VIII. Reichssachen Nr. 346. Vgl. dazu die Urk. ddo. 1365, November 19, Wien bei Kink I/2. 4.

³²⁴ So schloss Rudolf IV. „de maturo et deliberato consilio praelatorum et maiorum nostrorum baronum“ einen Vertrag mit Ludwig dem Großen, und diese Männer bekräftigten die Urkunde sodann durch ihre Siegel, Urk. ddo. 1361, December 31, Pressburg, v. Ludewig IV.

Adel³²⁵ und schließlich sogar die Städte umfasste, da benötigte die Verschiedenartigkeit der Interessen einen weiteren Spielraum, als ihn der geschworene Rath bieten konnte. Der ständische Einfluss äußerte sich fortan immer häufiger in der Form von Landtagen.

Der herzogliche Rath hingegen wurde allmählich zu einer nur dem Landesfürsten ergebenden und ausschließlich in seinem Dienste wirkenden Behörde;³²⁶

294. Überhaupt pflegte Rudolf IV. häufig einen weiten Kreis von einheimischen und auswärtigen Großen an seinem Hoflager zu versammeln und mit ihnen auch die verschiedenen Regierungsangelegenheiten zu besprechen. Kürschner AÖG. XLIX. 45.

³²⁵ In einem gemeinen und offenen Gespräche mit allen Landherren, Rittern und Knechten in Österreich und nach ihrer aller einhelligen und gemeinem Rathe führte Rudolf IV. das Ungelt in Österreich ein, Urk. ddo. 1359, März 21, Wien SchwD. 191ff. Dabei hatten noch immer die Landherren die entscheidende Stimme, denn ausdrücklich heisst es in dieser Urkunde a. a. O. 192 Z. 6, dass die Durchführungsbestimmungen nach „rate unsers rates und der egenanten lantherren“ getroffen wurden, und dass der Herzog während des Jahres, für welches das Ungelt probeweise an Stelle der Münzverrufung treten sollte, mit den „lantherren gemainlich“ übereinkommen wolle, ob diese Änderung eine dauernde zu werden hätte. Ebend. 194 Z. 32.

³²⁶ In den Urkunden Rudolfs IV. und seiner Nachfolger lässt sich der engere geschworene Rath deutlich unterscheiden von den vorerwähnten ständischen Collegien. Sehr scharf tritt dies z. B. in dem Ungeltpatente hervor, wo es S. 192 Z. 6ff. heisst: „nach rat unsers rates und der egenanten lantherren“. Die bei Tomaschek I. 137 aufgenommene Urkunde (ddo. 1358, November 3, Wien) erklärt uns des näheren die Zusammensetzung dieses Rathes, indem sie uns angibt, dass darin neben dem Bischofe von Freising und dem Abte von Reichenau hervorragende Landherren, unter ihnen die Landeshauptleute von Oberösterreich und Steiermark und der Landmarschall von Österreich saßen, dass auch der Kanzler, der Hof- und der Kammermeister, der Hofmarschall und andere Herren, Ritter und Knechte Mitglieder derselben waren. Ähnlich die Urkunden ddo. 1358, November 10 bei Kurz, Handel 396 und ddo. 1368, Mai 15 Tomaschek I. 168. — Dieser Rath nahm an den verschiedensten Regierungsgeschäften Antheil. Vgl. dazu die Urkunden bei SchwD. 259, 264, 265, 350; bei Tomaschek I. 145, 149, 158, 168, 180, 196, 200, 202 und 203, II. 17, 22 und 29; UBNÖ. I. 679, UBOE. VIII. 422; Tschudy I. 454ff.; Kurz, Albrecht III. I. 248, 271,

denn es gelang den Herzogen, die ständischen Einflüsse aus demselben zu verdrängen und die Centralstelle aus nur von ihnen abhängigen Beamten zusammenzusetzen. Freilich war bis zur völligen Umbildung der Rathstellung noch ein langer Weg zurückzulegen, und den Landherren, welche, selbst ohne ein bestimmtes Amt zu bekleiden, zu herzoglichen Räten aufgenommen wurden, blieb noch längere Zeit ein vorzüglicher und mit manchen Eigenthümlichkeiten ausgestatteter Platz innerhalb des Rathes gewahrt,³²⁷ bis endlich auch sie — und zwar etwa seit der Regierungszeit Friedrichs IV. — völlig in der grossen Zahl anderer Räte aufgingen.³²⁸

Die örtliche Competenz dieses herzoglichen Rathes fiel, so lange die Herzoge gemeinsam regierten, mit den Grenzen des ganzen Territoriums zusammen; dagegen hatten die Theilungen, namentlich der Neuberger Vertrag (1379),

Albrecht IV. I. 163, Blg. 1; M. Boica XXX/2. 451 etc. — Auf einen weiteren Kreis von Mitwirkenden beziehen sich die Clauseln, welche in den verschiedenen Theilungsverträgen ddo. 1373, Juli 25, Wien, 1375, Juni 3, Wien und 1376, Januar 5, Walsee vorkommen; dasselbe scheint auch anlässlich der Zusammenwerfung der Länder nach dem Tode Leopolds III. der Fall gewesen zu sein (Rauch III. 400), während im Neuberger und im Hollenburger Verträge der ständische Einfluss nicht zutage tritt.

³²⁷ Die den Landherren entnommenen herzoglichen Räte waren von der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts ab theils ausschließlich, theils in Verbindung mit den übrigen Räten dazu berufen, in solchen Streitfällen, welche der Herzog nicht vor das Hoftaiding brachte, die Gerichtsbank zu bilden. Vgl. dazu die Urk. ddo. 1367, December 19, Wien SchwD. 247, ddo. 1370, Juli 21 und 1371, Mai 21, Wien D. et A. XVI. 292ff., ddo. 1404, November 16, Wien Faigl 358, ddo. 1405, April 21, Wien L. Reg. V. 699, ddo. 1406, März 13, Wien M. Boica IV. 179, ddo. 1409, Juni 19, Wien UB. Nr. 22. — Auch sonst lautet in vielen Urkunden noch bis weit in das 15. Jahrhundert hinein die Clausel, welche uns die Betheiligung des Rathes anzeigt, anstatt „nach rat unsers rates“ häufig in verlängerter Form: „nach rat unserer herren und rete“. Vgl. auch oben Note 216, 217 und 233.

³²⁸ Dies schloss natürlich nicht aus, dass diese Herren, Ritter und Knechte neben ihrer Rathstellung noch Mitglieder der Stände waren, und dass einzelne, wie z. B. der Landmarschall im beiderseitigen Dienste standen.

mit der selbständigen Regierung mehrerer Fürsten auch eine Schaffung mehrerer Centralstellen im Gefolge, während sich umgekehrt der Rath K. Friedrichs IV. mit allen Angelegenheiten des damaligen Staatslebens, in welchen dieser als Kaiser oder als Landesherr zu entscheiden hatte, beschäftigte, so dass dessen Wirkungskreis das Reich wie auch jenen Theil der Erblande umfasste, über welchen Friedrich selbst die Verwaltung führte.

Wir haben eingangs erwähnt, dass der Rath in der Zeit der Babenberger namentlich aus den am Hofe verwendeten Beamten bestand; auch noch im 14. und 15. Jahrhunderte lieferten die höheren Beamten des Hof- und Staatslebens³²⁹ ein großes Contingent zu den Rathsmitgliedern. Die Rathswürde war schon mit ihrem Amte verknüpft, und so hatten sie außer ihren speciellen Amtsfunktionen, die übrigens oft nichts weniger als fest bestimmte und eng begrenzte waren, einen größeren oder geringeren Antheil an der Erledigung der Regierungsgeschäfte. Zu diesen Räten gehörte auch der Marschall in Österreich. Es wurde schon an anderer Stelle des weitgehenden Einflusses Erwähnung gethan, den Persönlichkeiten wie Hermann von Landenberg, Dietrich von Pilichdorf und Ulrich Graf von Pfannberg auf die Entschließungen des Landesherrn zu nehmen berufen waren, und dabei des hervorragenden Antheiles gedacht, der ihnen als obersten Executivbeamten an der Regierung im allgemeinen, an der Verwaltung Österreichs insbesondere zukam. Auch die Landmarschälle waren schon kraft ihres Amtes Mitglieder des herzoglichen Rathes³³⁰ und gehörten lange Zeit hindurch zu den einflussreichsten Personen am Hofe.

Neben diesen aus dem Kreise der Beamten hervorgegangenen Räten gab es noch eine bald größere, bald kleinere Zahl von Personen, welche, ohne ein specielles Amt

³²⁹ Kanzler, Hofmeister, Hofrichter, Hofmarschall, Kammermeister, Hofschenk, Keller-, Küchen-, Speise- und Forstmeister, dann auch der Hubmeister und der Landmarschall.

³³⁰ Die Instruction, welche Rudolf von Walsee erhielt, und auch die Eidesformeln heben diese Seite der Thätigkeit hervor.

zu besitzen, dazu verpflichtet waren, dem Landesherrn, so oft er es wünschte, Rath zu ertheilen und jene Aufgaben zu erledigen, die er ihnen gerade zuweisen wollte.³³¹ Mit dem zunehmenden Geschäftsbetriebe an der Centralstelle mehrte sich die Zahl dieser Räte. Ihr Wirken hatte aber zunächst noch den Charakter einer Nebenbeschäftigung, und es war nirgends ausgesprochen, dass eine derartige Anstellung einen dauernden Aufenthalt am Hofe bedinge, sondern sie blieben oft lange Zeit dem Hofe ganz ferne.³³² Erst am Beginne des 15. Jahrhunderts begegnen uns innerhalb der großen Zahl von Rathspersonen „tägliche Räte“, welche dauernd am Hofe zu verweilen hatten und beständig mit Arbeiten betheilt wurden.³³³

Rathsstellungen bekleideten auch solche Personen, welche von vorneherein zum Hofleben in keiner unmittelbaren Beziehung standen, so die verschiedenen Landeshauptleute und Landschreiber, gelegentlich auch einfache Burggrafen und Pfleger.³³⁴ Darüber hinaus wurde die Rathswürde insbesondere

³³¹ So bekleideten z. B. im 14. und 15. Jahrhunderte viele hervorragende Landherren derartige Rathstellen.

³³² In der Urkunde ddo. 1368, März 14, Wien, durch welche die Herzoge Albrecht und Leopold die Bestellung des Grafen Ulrich von Schaunberg zum Mitgliede des fürstlichen Rathes erneuerten und ihm 1000 Pfd. jährlicher Besoldung anwiesen, heißt es: „das er je zu den zeitten und in den sachen, so wir sein bedurffen, zu uns in unsern hof reitten und da pei uns peleibn soll und auch anderswo mit uns oder an uns reitten und arbeiten soll in unsern sachen, wen wir des notdurftig werden angevâr und sunderlich das er uns mit seinen getrewen frewndlichen raten underweise so er pest kann und mag, wie wir uns selber und alle unser lant und lewt erberlich halten und berichten und unsern frum und ere allenthalben schaffen und bejagen, als uns das dan wol anstet und wir des notdurftig sein.“ UBOE. VIII. 370.

³³³ „mit ir baiden gehaimen tegleichen Räten“. „Räte die tegleich pei uns sind.“ So in den Urkk. ddo. 1404, März 17 und 22, Wien Rauch SS. 426 Z. 8 v. u. und 441 Z. 10 v. o. und in der Antwort des Herzogs Albrecht V. auf die ihm vorgebrachten ständischen Beschwerden bei Schlager a. a. O. II. 146.

³³⁴ Zahlreiche Beispiele bieten dafür die Urkunden K. Friedrichs IV.

seit der Zeit Friedrichs IV. einer großen Zahl von Adeligen, dann auch Männern aus dem Gelehrtenstande verliehen. Auf Grund der mit ihnen theils auf bestimmte Zeit, theils auf beliebigen Widerruf³³⁵ geschlossenen Verträge waren sie lediglich gehalten, von ihrem Wohnsitze aus mit Rath und That bereit zu sein, um gegebenenfalls über Aufforderung an den Hof zu kommen³³⁶ oder specielle Dienstleistungen zu übernehmen.³³⁷ Diese Rechtsverhältnisse erscheinen nur als ein specieller Fall jener Verträge, durch welche man beim Erschaffen der Vasallitäts- und Ministerialitätsbande sich die Treue und den Dienst einzelner Personen, seien es nun die eigenen Unterthanen oder Fremde, zu sichern suchte. Wir sind diesen Neuerungen schon auf dem Gebiete der Ämterverfassung begegnet und haben auch gesehen, wie gerade durch derartige Vertragsverhältnisse die dem Verfall entgegengehende Kriegsverfassung namentlich für die Offensive, aber auch für die Defensive reconstruiert wurde. Es soll nur noch bemerkt werden, dass diese Arten freier Dienstverträge nicht selten cumuliert wurden.³³⁸

Alle diese Rätthe, mochten sie nun zum Hofleben in näherer oder entfernterer Beziehung stehen, hatten einen Eid zu leisten und bezogen, wenn ihnen nicht schon als Beamten ein Sold zugewiesen war, ein eigenes Jahrgeld.³³⁹

³³⁵ Hie und da auf Lebenszeit; so z. B. Chmel, Mat. II. 143 und 214.

³³⁶ Beispiele aus Chmel, Reg. Frid. Nr. 2942, 2945, 2985, 5971, 6591, 6729 und 6730 etc.

³³⁷ Ebend. Nr. 2432, 3531, 3705, 3892, 6203; dann Chmel, Mat. I/1. 56, Nr. 19 A—C.

³³⁸ Vgl. z. B. die Verträge des Grafen Johann von Habsburg mit Herzog Albrecht II., ddo. 1356, November 15, Wien L. Reg. III. 1897 und 1898. Andere Beispiele ebend. IV. 2215 und V. 156, dann die Urkk. ddo. 1412, August 3, Wien und 1413, Juni 12, Wien in der Handschrift 16 Nr. 219 und 268 im StA., endlich eine große Zahl aus der Regierungsepoche Friedrichs IV. In der Regel war dabei für beide Stellungen nur ein Kostgeld ausgesetzt.

³³⁹ Die Höhe dieses Kostgeldes war eine sehr variable und immer den concreten Umständen angepasst. UBOE. VIII. 370, Chmel, Reg. Frid. 3905 und 5950.

Die im Dienste des Fürsten gemachten Aufwendungen mussten ihnen ersetzt werden,³⁴⁰ soweit sie nicht im einzelnen Falle aus ihren Bezügen auch dafür aufzukommen hatten.

Endlich gab es noch eine Reihe von Personen, welchen nur der Rathstitel gegeben, daneben vielleicht auch ein jährliches Kostgeld ausgesetzt wurde, wobei von vorneherein an eine eventuelle Dienstleistung, an eine Betheiligung an den Regierungsgeschäften nicht gedacht war. Es war dies namentlich der Fall bei den an die Mitglieder der herzoglichen Familie,³⁴¹ an mächtige Kirchenfürsten,³⁴² an weltliche Große³⁴³ verliehenen Rathswürden. Wenn sie eben am Hofe anwesend waren, wurden sie wohl auch zur Berathung zugezogen.

Um einen entsprechenden Einblick in die innere Organisation der Centralverwaltung, in den Wirkungskreis des Rathes im allgemeinen und des Landmarschalles als Mitgliedes dieser Behörde insbesondere zu erlangen, genügt es nicht allein jene Urkunden heranzuziehen, welche von der Thätigkeit des Rathes Erwähnung thun, sondern wir müssen den an den Urkunden der österreichischen Herzoge etwa seit der Mitte des 14. Jahrhunderts vorkommenden Kanzleivermerken eine nähere Beachtung schenken; denn sie erst geben uns einigermaßen Aufschluss über die Betheiligung der einzelnen Organe an dem Alltagsleben der obersten Regierung, an der Erledigung der laufenden Angelegenheiten.

Die Verwertung dieser Noten für verwaltungsgeschichtliche Forschungen konnte bisher schon aus dem Grunde nicht erfolgen, weil ein großer Theil der älteren und leider auch manche neueren Urkundenpublicationen diesen Vermerken entweder gar keine Aufmerksamkeit gewidmet oder dieselben

³⁴⁰ Z. B. Chmel, Mat. II. 214, Reg. Frid. 2300.

³⁴¹ So wurde z. B. Erzherzog Albrecht als Rath aufgenommen, Chmel, Reg. Frid. 3625.

³⁴² Ebend. 2525, 3832, 4142.

³⁴³ So z. B. die Grafen von Görz, vgl. Chmel, Mat. II. 123.

vielfach in entstellter Form aufgenommen haben. Außerdem harrt ja noch ein immerhin nicht unbedeutender Theil der aus der herzoglichen Kanzlei hervorgegangenen Urkunden der Edition, sei es nun dem vollen Wortlaute nach oder in der Form vollständig gehaltener Regesten. Es kann uns daher nicht wundern, wenn diese an den österreichischen Urkunden vorkommenden Kanzleinoten bei den bekannten Schwierigkeiten, mit welchen jede auf rein archivalisches Material sich aufbauende Arbeit zu kämpfen hat, noch nicht zum Gegenstande einer eingehenden monographischen Untersuchung gewählt wurden.

Nur für den beschränkten Zeitraum der Regierung Rudolfs IV. hat Kürschner³⁴⁴ im Anschlusse an eine diplomatische Erörterung der von diesem Fürsten erlassenen, aus verschiedenen Gründen so interessanten Urkunden die Noten nach den in denselben genannten Beamten zusammengestellt, da er von der Ansicht ausgieng, dass die in diesen Vermerken festgehaltenen Personen als diejenigen zu betrachten seien, über deren Veranlassung die Ausstellung der Urkunden erfolgt sei. Dass diese Auffassung über die Bedeutung der Subscriptionen unhaltbar sei, hat zuerst Ficker³⁴⁵ anlässlich einer kurzen Erörterung über die Kanzleinoten an Urkunden Karls IV. angedeutet. Ihr sind späterhin auch Huber, Lindner und Seeliger theils ausdrücklich, theils indirect entgegengetreten, als sie sich mit der Erklärung der an den Königsurkunden vorkommenden Vermerke beschäftigten.³⁴⁶

³⁴⁴ AÖG. XLIX. 63 ff. und 77 ff.

³⁴⁵ Beiträge zur Urkundenlehre II. 19.

³⁴⁶ Litteratur außer den Note 344 und 345 angegebenen Arbeiten Huber, RI. VIII. S. XXXVI ff., Lindner, Über Kanzler und Kanzlei des Königs Wenzel (1378—1400) in Löher's Arch. Zft., IV. 150 ff., Derselbe, Das Urkundenwesen Karls IV. und seiner Nachfolger (1346—1437) 104—107 und 127—147, endlich Seeliger, Hofmeisteramt 97 ff. — J. Ficker hat a. a. O. 61 ff. zuerst hervorgehoben, dass wir im Zuge der sachlichen Erledigung der Regierungsgeschäfte zwischen dem die Beurkundungshandlung einleitenden und dem zur Ausfertigung der Reinschrift ergehenden Befehle zu unterscheiden haben und dass an diesen zwei Punkten ein persönliches Eingreifen des Königs erfolgen

Die folgenden Ausführungen, welche sich nicht nur auf das schon durch den Druck veröffentlichte Material stützen, sondern welche auch gelegentlich der für das Marschallamt angestellten archivalischen Forschungen eingesehene Originalurkunden in Betracht ziehen werden, bezwecken keineswegs eine vom diplomatischen Standpunkte erschöpfende Untersuchung der Kanzleivermerke zu geben. Es soll dadurch einer monographischen Untersuchung über die Kanzleiverhältnisse Herzog Albrechts II. und seiner Nachfolger nicht vorgegriffen werden; sondern indem wir auf Grund des uns

können. Dass der erste Befehl, welcher die Bestimmung der Erledigungsart zum Ausdrucke bringt, besondere Verhältnisse ausgeschlossen, stets vom Könige, beziehungsweise vom Fürsten gegeben wurde, wird man für die königliche wie für die österreichische Kanzlei schon auf Grund einer Betrachtung der allgemeinen Geschäftsverhältnisse am Hofe annehmen müssen. Seeliger hat dies aus diesen Gründen für den Königshof ausgesprochen und seine Ansicht noch durch die a. a. O. 94 und 101 beigebrachten Berichte bekräftigen können. Dieser Moment wurde jedoch in den Kanzleivermerken nicht fixiert; denn ein großer Theil derselben nennt überhaupt nicht den König. Die von Ficker, Huber und Lindner vertretene Ansicht, die Subscriptionen seien auf diesen Beurkundungsbefehl zu beziehen, würde zu einer planlosen, dem Charakter der mittelalterlichen Regierung fremden Decentralisation führen; denn darnach wäre außer dem Könige und neben den Hof- und Kanzleibeamten noch eine große Zahl geistlicher und weltlicher Großer zur Ausstellung von königlichen Urkunden berechtigt gewesen, und es wäre absolut nicht zu erklären, wieso an und für sich geringfügige Sachen in der subscriptio den König nennen, umgekehrt wichtige Stücke von den Räten allein und ohne Wissen des Königs erledigt worden wären. Die an königlichen Urkunden vorkommende subscriptio kann daher in ihrem ersten Theile, wie Seeliger richtig erkannt hat, nur auf die Erledigung selbst bezogen werden, und der in ihr zum Ausdrucke kommende Befehl gibt uns den nach Abfassung des Conceptes an die Kanzlei zur Abfassung der Reinschrift ergehenden Fertigstellungsbefehl wieder, an den sich alle anderen in den Noten hervorgehobenen Handlungen als vorbereitende anschließen. Wir werden im Folgenden sehen, dass auch die in der österreichischen Kanzlei üblichen Noten nur diese Deutung zulassen, und hierin liegt gewiss ein gewichtiges Argument für die Richtigkeit der Ergebnisse, zu welchen Seeliger bei genauer Untersuchung der an den Königsurkunden vorkommenden Unterfertigungen gelangt ist.

zur Verfügung stehenden Materiales die Bedeutung der Noten zu erfassen trachten, geschieht dies nur zu dem Zwecke, um einen Einblick in die Wirksamkeit der den Herzog umgebenden Centralstelle im allgemeinen, insbesondere aber in das Walten des Landmarschalles daselbst zu erhalten. Dabei dürfte sich uns zur Widerlegung der von Kürschner ausgesprochenen Vermuthung reichlich Gelegenheit bieten; denn es wird sich alsbald zeigen, dass diese Noten dem ersten Stadium der Geschäftserledigung, der Petition, gar nicht angehören können.

Indem wir diese Unterfertigungen zunächst ihrer äußeren Gestalt nach betrachten, müssen wir feststellen, dass sie in den meisten Fällen rechts unter dem Texte und nur sehr selten auf dem Buge angebracht wurden. Das älteste mir bekannte Beispiel entstammt der Kanzlei Albrechts II. und fällt in das Jahr 1347. In der Folge kommen solche Vermerke eine Zeitlang äußerst selten vor, und für die Jahre 1347—1358 konnte ich sie nur an acht Urkunden finden.³⁴⁷ In der Kanzlei Rudolfs IV. häuft sich die Zahl derartiger Urkunden, und die Noten selbst nehmen eine erweiterte Form an. Regelmäßig kommen sie jedoch nur auf den kleineren Urkunden, nur ausnahmsweise auf Diplomen vor.³⁴⁸ An den Urkunden der späteren Herzoge ließ sich dieser Unterschied nicht feststellen, und in der Kanzlei der Brüder Albrecht und Leopold, sowie deren Nachfolger bilden die mit solchen Sub-

³⁴⁷ Urkk. ddo. 1347, März 22, Wien, Orig. StA., L. Reg. III. 1447: Gundaker Pollnhaymer; ddo. 1350, October 18, Wien, Orig. StA., ebend. 1527: Hofdörffer; ddo. 1354, Juli 4, Günzburg, Orig. StA., ebend. 1694: Albertus pincerna; ddo. 1355, Mai 13, Wien (Herzog Albrecht verspricht der Stadt Wien, welche ihm für eine Schuld an Albero von Puchaim Bürgschaft geleistet hat, seinerzeitige Lösung und Ersatz allen Schadens) Orig. StdtA. Wien Nr. 465: magister curie; ddo. 1356, Februar 27, Wien, Faigl 220: magister foresti; ddo. 1356, April 6, Wien, Orig. StA., L. Reg. III. 1848: magister Albertus; ddo. 1356, April 29 AÖG. XLIX. 77: dux Rudolfus und ddo. 1357, Juli 27, Wien Orig. StA., L. Reg. III. 1953: cancellarius.

³⁴⁸ Kürschner a. a. O. 63ff. und 76.

scriptionen versehenen Urkunden die Regel, die ohne Vermerke ausgegebenen Stücke die Ausnahme.³⁴⁹

Die Noten sind jederzeit in lateinischer Sprache abgefasst, mag das Schriftstück auch in deutscher Ausfertigung vorliegen. Dabei ist die Schrift der Vermerke in der Mehrzahl der Fälle eine von der Urkundenschrift verschiedene und zeichnet sich insbesondere durch die Anwendung sehr weitgehender Kürzungen aus, so dass in einzelnen Fällen die Entzifferung mit dem gewöhnlichen paläographischen Apparate fast unmöglich ist.

Während an den königlichen Urkunden stets mindestens zwei Personen genannt werden, und zwar erstens eine auftraggebende, zweitens eine ausführende, welche letztere immer der Kanzlei angehört, lässt sich eine derartige Scheidung innerhalb der an den herzoglichen Urkunden angebrachten Vermerke nicht machen. Es war hier nicht üblich, die mit der kanzleimäßigen Ausstattung des Urkundenexemplares betrauten Organe eigens hervorzuheben, sondern die Vermerke beziehen sich hier durchgehends auf die der formellen Beurkundung vorausgehende eigentliche Regierungshandlung.

Eine Reihe von urkundlichen Nachrichten³⁵⁰ gewährt uns einigermaßen Einblick in die Geschäftsgebarung am herzoglichen Hofe und bekräftigt die Annahme,³⁵¹ dass der

³⁴⁹ Von den im Staatsarchive aus der Zeit 1366—1395 erliegenden Urkunden tragen beispielsweise keine Subscriptionen die Stücke bei L. Reg. IV. 760, 817, 818, 970, 1283, 1329, 1400, 1449, 1487, 1843, 1976, 2007, 2015, 2024, 2028, 2118, 2119, 2129, 2141, 2196, 2248 und 2258. In der Kanzlei Albrechts V. sind fast alle Stücke signiert.

³⁵⁰ So z. B. das Niederlagsprivilegium, die Urkunden über die Einführung des Wiener Stadtbuches, über die Schlichtung des Streites zwischen den Bürgern von Wien und Wiener-Neustadt wegen des von den letzteren behaupteten Schankrechtes, über die Aufbringung der herzoglichen Stadtsteuer daselbst u. a. — In allen diesen Fällen geht schon aus dem Wortlaute der Urkunden hervor, dass die Verhandlungen vor dem Herzoge gepflogen und die Entscheidung von ihm selbst unter Zuziehung seiner Räte getroffen wurde.

³⁵¹ Es gilt auch hier dasselbe, was zur Widerlegung der von Lindner vertretenen Ansicht schon in Note 346 mit Bezug auf die

Landesherr principiell von jeder Angelegenheit, über die es zur Ausfertigung einer herzoglichen Urkunde kam, Kenntnis besaß, und dass er es war, der im einzelnen Falle oder generell für eine Gruppe gleichartiger Angelegenheiten die Erledigungsart bestimmte.³⁵²

Diese Kenntnis erlangte er entweder auf Grund von ihm persönlich oftmals gelegentlich der Rathssitzungen vorgebrachten Bitten und Beschwerden oder über Vortrag seiner Beamten und Räte. In der Zeit K. Friedrichs IV. galt der Rath als die ordentliche Annahmestelle für die Wünsche der Unterthanen; über jene Agenden, welche eine Regierungshandlung forderten, wurde ein Referat an den König erstattet, worauf dieser die Art der Erledigung im einzelnen Falle bestimmte.³⁵³

Da eine große Zahl der Unterfertigungen die Person des Herzogs gar nicht nennt, so können wir schon daraus entnehmen, dass auch in der österreichischen Kanzlei diese Vermerke nicht etwa mit dem Beurkundungsbefehle in Verbindung gebracht werden dürfen. Etwas vollständiger gehaltene Unterfertigungen zeigen uns vielmehr, dass wir in

Reichsverwaltung angeführt wurde. Wir haben übrigens schon bei Besprechung der Beziehungen des Landmarschalles zum Herzoge nachzuweisen Gelegenheit gehabt, wie derselbe bei Anwesenheit des Herzogs im Lande in so vielen Fällen nur als Hilfsorgan aufzutreten berechtigt war, daher jeweils einen generellen oder speciellen Auftrag vom Herzog haben musste. Dasselbe trifft für die Position des Hofmeisters und der übrigen Beamten und Räte am Hofe des Herzogs zu.

³⁵² Es war natürlich nicht ausgeschlossen, dass der Herzog eines seiner Organe zur Ausstellung von Urkunden in seinem Namen nach einer gewissen Richtung hin und für einen beschränkten Zeitraum im voraus bevollmächtigte; immerhin dürfte dies höchstens bezüglich laufender, minder wichtiger Agenden der Fall gewesen sein, und ich denke da vor allem an die so zahlreichen Verpachtungen von Ämtern und anderen Einkünften und an die über die Zahlung der entfallenden Pachtzinse ausgestellten Quittungen, welche bald vom Hubmeister in eigener Person, bald wieder als herzogliche Urkunden ausgefertigt wurden.

³⁵³ Vgl. die Beispiele in Note 350 und 351 und Seeliger a. a. O. 96.

den darin genannten Personen die verantwortlichen Leiter der betreffenden Regierungshandlung, soweit es sich um den sachlichen Theil der Erledigung handelte, zu erblicken haben, und dass in diesen Noten vor allem der nach Abfassung des sachlichen Concepttheiles an die Kanzlei ergehende Fertigungsbefehl zum Ausdrücke kommen sollte.³⁵⁴

Fassen wir zunächst jene Urkunden näher ins Auge, welche ausschließlich die Person des Herzogs als Relator, als verantwortlichen Leiter der Regierungshandlung nennen. Einige von ihnen enthalten anstatt des gewöhnlichen Vermerkes: *dominus dux per se* eine durch das Wort: *audivit* verlängerte Formel,³⁵⁵ ein Zusatz, der, wie Seeliger für die Reichskanzlei³⁵⁶ nachgewiesen hat, und wie dies auch für das österreichische Kanzleiwesen seit dem 14. Jahrhunderte,³⁵⁷ dann aber auch noch im 16. und 17. Jahrhunderte

³⁵⁴ Deutlich treten diese zwei Momente, zu welchen der Herzog in die Erledigung eines Regierungsactes persönlich eingreifen konnte, an der Unterfertigung der im StA. liegenden Urkunde ddo. 1373, December 1, Wien, L. Reg. IV. 1138 hervor. Diese lautet nämlich: „dominus dux per Ch[unradum] notarium camere nunciavit et postea per se ipsum audivit in consilio.“ Hier theilte der Herzog seinem Kammerschreiber die Abfassung des Conceptes zu, behielt sich jedoch vor, der endgiltigen Festsetzung, und zwar unter Beziehung der Räthe persönlich seine Approbation zu ertheilen.

³⁵⁵ „Dominus dux per se audivit“ lautet der Kanzleivermerk bei L. Reg. IV. 1267, 1287, 2349, V. 462. 2636, 3326, 3453, Orig. im StA. „Dux per se vidit et audivit“ bei L. Reg. IV. 1119, Orig. im StA.

³⁵⁶ a. a. O. 102.

³⁵⁷ Besonders scharf tritt der Zusammenhang der Subscriptionen mit der Ertheilung des Fertigungsbefehles bei nachfolgenden Urkunden hervor. Herzog Albrecht III. belehnt Albero den Stuchsen mit der Veste und dem Dorfe zu Gnandorf sammt Zugehör, da diese Besitzungen von dem früheren Lehensträger Heinrich von Hackenberg an Albero erblich gefallen sind, Urk. ddo. 1382, März 13, Wien, Original im f. Liechtenstein'schen Archive zu Wien mit der Note: „dominus dux per se ipsum legit et mandavit.“ — Herzog Leopold III. kauft vom Grafen Johann von Habsburg die beiden Städte und die Burg Lauffenberg und mehrere Vogteien um 12.000 Goldgulden. Urk. ddo. 1386, April 27, Bruck i. A., Original im StA., L. Reg. IV. 1988 mit dem Vermerk: „dominus dux, de Sulcz, Jo[hannes] dapifer, Bubendorf

feststeht,^{357 a} eben die endgiltige Approbation des Conceptes nach seiner sachlichen Seite hin bedeuten soll. Die Subscription soll hier zum Ausdrucke bringen, dass der Herzog selbst den Inhalt der urkundlichen Fassung zur Kenntnis genommen und den Fertigungsbefehl erlassen habe, und das Gleiche wird für jene Urkunden zu gelten haben, in welchen die kürzere Form: *dominus dux per se* zur Anwendung gelangte.³⁵⁸

Nicht immer tritt der Herzog allein als Leiter der Regierungshandlung auf. Oftmals werden in den Vermerken in verschiedener Beziehung zu ihm andere Personen genannt. Wir können vom formellen Standpunkte aus zwei Classen unterscheiden, je nachdem diese Personen durch die Präposition: *per*, oder aber durch ein coordinierendes: *et* (*in presentia, presente, presentibus*) dem Landesherrn angereiht sind.

Das Wort *per* deutet jedenfalls auf ein Stellvertretungsverhältnis hin, und nachdem auch hier hie und da eine durch den Zusatz *audivit* verlängerte Form³⁵⁹ vorkommt, so geschah wohl in solchen Fällen die endgiltige Festsetzung des Urkundentextes durch eine vom Herzoge

pincerna et alii consiliarii admiserunt et audiverunt notulam istius littere conceptam extra cancellariam etc.“ — Die letztgenannte Urkunde bildet den besten Beweis dafür, dass die Approbation durch den Landesfürsten am Concepte und nicht etwa erst an der schon fertiggestellten Urkunde vorgenommen wurde, demnach in der That den Fertigungsbefehl zum Ausdrucke bringt.

^{357 a} Wie mich Herr Landesgerichtsrath Dr. Theodor Motloch aufmerksam macht, war das dem „audire“ entsprechende „abhören“ noch im 16. und 17. Jahrhunderte bei verschiedenen Behörden üblich, um den die Approbation der Geschäftsstücke enthaltenden Beschluss festzuhalten. Vgl. S. Ch. a. v. O.

³⁵⁸ „dominus dux per se“ lautet die Subscription bei L. Reg. IV. 808, 995, 1022, 1083, 1248, 1276, 1293, 1315, 1394, 1425, 1496 etc., Orig. im StA. Häufig heißt es „dominus dux per se ipsum“. — Dagegen kommt eine noch weiter gekürzte, inhaltlich jedoch gleich bedeutende Formel „dominus dux“ vor bei L. Reg. IV. 1211, 1532, 1882—1884, 1929, 2033, 2172, V. 32, 153 etc., Orig. im StA. Vgl. dazu auch Kürschner 63 und UBNÖ. II. 193.

³⁵⁹ Z. B. Urk. ddo. 1377, Juni 2, Wien SchwD. 264.

verschiedene, aber in seinem Auftrage handelnde Person, und diese war dann der Kanzlei gegenüber der verantwortliche Relator.³⁶⁰ Da aber im Zuge einer Regierungshandlung, abgesehen von dem Beurkundungsbefehle, gerade der Moment, in welchem der Fertigungsbefehl erlassen wurde, der wichtigste war, so müssen wir annehmen, dass auch die zwischen diesen beiden Befehlen liegenden Stadien der Geschäftserledigung sich ohne jegliche Ingerenz des Herzogs

³⁶⁰ Als verantwortliche Leiter der Regierungshandlung wird man auch jene Personen bezeichnen müssen, deren Namen ohne Beziehung zum Landesherrn am Fuße der Urkunden angebracht sind. Es ist dies die älteste Form, in welcher die Kanzleivermerke in der österreichischen Kanzlei auftreten (Note 347). Auch in der Zeit Rudolfs IV. und am Beginne der Regierung Albrechts III. ist sie noch sehr gebräuchlich, Kürschner 65 ff. So wird der Kanzler in den Noten bei L. IV. 862, 1371 etc., der Hofmeister bei L. IV. 792, 828, 829, 1010, 1123, 1168, 1180, 1327, 1675 etc., Orig.-Urk. des StdtA. Wien Nr. 909, der Kammermeister bei L. IV. 762, 797, 805, 806, 855, 897, 1433 etc., StGV. VI. 253, 255, 261, Orig.-Urk. des StdtA. Wien Nr. 699 und 783, der oberste Amtmann (Hubmeister) bei L. IV. 1021, 1607 als Relator genannt. Häufig enthält die Formel die Namen mehrerer Beamten und Rätthe und besagt uns, dass diese Personen gemeinschaftlich die Adprobation vorgenommen haben, und sie schließt dann nicht selten mit den Worten: „et ceteri de consilio (consules) tunc presentes“ (Urk. ddo. 1366, Juni 25, Wien, Orig. im StA., L. Reg. IV. 749: „Hakkenberg, magister curie de Ryed, etiam magister curie de Topel“ etc.; Urk. ddo. 1367, Mai 20, Wien, Orig. im StA., L. Reg. IV. 798: „Magister curie de Ried et Wehinger magister camere“; Urk. ddo. 1367, Juli 23, Wien, Orig. im StA., L. Reg. IV. 811: „Dachsperger, magister curie de Ried et magister camere Wehinger“. Vgl. dazu die Regesten im Anhang III., dann UBNÖ. I. 675 und D. et A. XXXIX. 249). Im Verlaufe der Regierungszeit Albrechts III. tritt an Stelle dieser Noten immer häufiger die das Stellvertretungsverhältnis ausdrückende Formel: „Dominus dux per . . .“, und zwar kommen als Relatoren in dieser Zeit vor: der Landmarschall (Anhang III), der Kanzler bei L. Reg. IV. 32, 1644, 2259, 2337, 2394, der Hofmeister bei L. Reg. IV. 1179, 1756, 2027, 2259, der Kammermeister bei L. Reg. IV. 1241, 1272, 1285, 1397, 2261, 2278, endlich der oberste Amtmann bei L. Reg. IV. 1423, 1644 und Orig.-Urk. ddo. 1377, Februar 2, Wien des StdtA. Wien (Bürgerspital-Archiv) sowie UBNÖ. II. 248. Außer ihnen werden noch eine Reihe von Kanzlei- und Kammerbeamten, Forstmeister, Thürhüter u. a. in dieser Eigenschaft erwähnt.

vollzogen haben; die Theilnahme des Herzogs war solchenfalls mit der Erlassung des Beurkundungsbefehles abgeschlossen, und die eigentliche Erledigung wurde von seinen Organen durchgeführt, welche dabei bald einzeln, bald zu einer Commission vereinigt, thätig waren. Im letzteren Falle brachte die Note dieses Coordinationsverhältnis in der Weise zum Ausdrucke, dass mehrere Relatoren durch die Partikel: *et* miteinander verbunden wurden, wofür übrigens auch die abgekürzte Form: *dominus dux per consilium* angewendet wurde.^{360 a}

Im zweiten Falle hingegen sind diese Personen Gehilfen des der Kanzlei gegenüber als Relator fungierenden Herzogs. Dieselben werden bald mit der Clausel *in presentia*,³⁶¹ bald einfach durch die Partikel *et* mit dem Herzoge verbunden.³⁶² Dabei bemühte man sich anfangs wenigstens die hervorragenden Mitglieder solcher Commissionen namentlich anzuführen, wobei die Formel nicht selten mit der Clausel schloss: *et ceteri*

^{360a} „Dominus dux per consilium“ in den Urkk. ddo. 1405, März 18, Wien, Original im StA., L. Reg. V. 692 und ddo. 1429, Januar 15, Wien, Original im StA., L. Reg. V. 2710.

³⁶¹ Z. B. Auftrag Herzogs Albrechts III. an den Richter zu Steyr wegen Durchfuhr der venetianischen Waaren, Urk. ddo. 1389, Januar 2, Wien nach einer Copie im MA. Linz: „dominus dux per se presente domino magistro camerae“; Urk. ddo. 1392, April 30, Wien SchwD. 280, ddo. 1399, August 23, Wien ebend. 288, ddo. 1406, Februar 24, Innsbruck ebend. 297, Urkk. ddo. 1407, November 13, Wien: „dominus dux per se in consilio praesentibus magistro camere Jo[hanne] Neid[egker], Martino Valb[acher], Jo[hanne] Schenkch de Ryed, Niclas Potenpr[unner], Egidyo Wolfst[einer] et aliis consiliariis“, Original im StA., endlich ddo. 1437, April 1 bei Chmel Mat. I/2. 44. In abgekürzter Form heißt es dann einfach: „dominus dux praesentibus consulibus“ oder „dominus dux in consilio“ oder „dominus dux per se in consilio“ u. a. SchwD. 256, 257, 263 etc.

³⁶² Vgl. die Urkk. SchwD. 247, 249; UBNÖ. I. 679, II. 228; UBOE. VIII. 422; D. et A. XXXIX. 252, 253 und 255; Tomaschek I. 168. Sehr oft heißt es hier in abgekürzter Form: „dominus dux et consilium“ oder „dominus dux per se et consilium“, z. B. D. et A. XVIII. 360; SchwD. 258, 337; dann die Urkunden des StA., L. Reg. IV. 1309, 1340 und 1636 u. a.

*consules (consilarii) tunc praesentes.*³⁶³ Seit den Tagen Herzog Albrechts V. wurde jedoch fast nur mehr die verkürzte Form: *dominus dux in consilio* gebraucht. Die Mitwirkung dieser Personen umfasste zunächst nur den letzten Act der Geschäftserledigung, d. h. die endgiltige Festsetzung des Conceptes nach der sachlichen Seite hin. Inwieweit sie oder andere Organe aber auch an den voraufgehenden Stadien betheiligt waren, entzieht sich in der Regel unserer Erkenntnis; denn nur vereinzelt werden im Anschlusse an die Gebräuche der Reichskanzlei Nebenrelatoren erwähnt, deren Thätigkeit der eigentlichen Approbation des Urkundeninhaltes vorangeht.³⁶⁴

Fragen wir nach dem Verhältnisse der Unterfertigung zum Inhalte der Urkunde selbst, so zeigt eine diesbezüglich angestellte Untersuchung, dass sich aus dem Inhalte der Urkunde Gründe für die Wahl einer oder der anderen Erledigungsart nicht ersehen lassen. Zu gleicher Zeit tragen inhaltlich einander gleichstehende Urkunden ganz verschiedene Unterfertigungen, und gerade dieser Umstand bildet den besten Beweis für den persönlichen Charakter der Verwaltung; denn wie der Herzog principiell von jeder Regierungsangelegenheit wenigstens summarische Kenntniss besaß, und nur von ihm der erste Auftrag zur Einleitung des Geschäftes ausgehen konnte, so lag es auch ganz in seinem freien Ermessen, die Art der Erledigung in jedem einzelnen

³⁶³ Vgl. die Noten 357, 361 und 362 und die Regesten im Anhange III.

³⁶⁴ Beispiele hiefür bieten u. a. die Urkunden des Staatsarchives L. Reg. V. 304, ddo. 1399, März 22, Wien: „dominus dux per se ad relationem Leonhardi notarii camere“; 306, ddo. 1399, März 31, Wien: „dominus dux per Albertum de Ottenstain ad relationem domini Fri[derici] de G[ars] cancellarii“; 413, ddo. 1400, Juni 27, Wien: „dominus dux per magistrum camere Ruk[endorfer] ad relationem Ulrici notarii sui“; 602, ddo. 1404, März 18, Wien: „dominus dux per magistrum camere Jo[hannem] R[uckendorfer] ad relationem Georii familiaris sui“.

Falle oder für eine Gruppe gleichartiger Angelegenheiten zu bestimmen und sich dabei die endgiltige Approbation vorzubehalten, oder auch diese seinen Organen zu überlassen.

Die verschiedensten Persönlichkeiten — neben den Beamten auch Räte und Diener — werden in den Unterfertigungen bald als Stellvertreter, bald als Gehilfen des Fürsten genannt. Selbstverständlich wurden diejenigen, welche infolge eines Amtes in naher Beziehung zum Hofe standen, häufiger als andere dazu herangezogen. Weitaus am zahlreichsten sind die Vermerke, welche den Kanzler, den Hof- und den Kammermeister nennen. Aber es wäre vergebliche Mühe, selbst für diese Beamten ein bestimmtes Decernat zu suchen. Auch K. Friedrich IV., der gleichzeitig die Regierung im Reiche führte, bestimmte in der Regel noch selbst sowohl die Art der Erledigung als auch die Person, welche im einzelnen Falle an derselben betheiligt sein sollte, und ein Blick in die Kanzleinoten des 14. und 15. Jahrhunderts klärt uns darüber auf, dass auch die drei obersten Beamten, was die Mitwirkung an den Regierungsgeschäften anbelangt, keineswegs feste Referate hatten, dass vielmehr jeder derselben — und das gilt von allen anderen Räten und Dienern — zur Erledigung der verschiedenartigsten Geschäfte herangezogen wurde.³⁶⁵

Nicht anders war es mit dem amtlichen Schaffen des Landmarschalles an der Centralstelle. Sein Antheil an der Regierung war ein äußerst vielseitiger, im übrigen aber ganz unbestimmter und wechselnder; denn er hieng von den jeweils zwischen ihm und seinem Fürsten bestehenden persön-

³⁶⁵ Es ist bekannt, dass gerade auf dieser Unbestimmtheit der Regierung und auf dem jeweils bestehenden subjectiven Verhältnisse die Kraft des österreichischen Hofmeisters beruhte. Ohne bestimmten Amtskreis war er als persönlicher Adjutant seines Herrn stets dazu bereit, auf dessen Befehl die verschiedenartigsten Agenden zu übernehmen und in den Wirkungskreis der verschiedensten Beamten einzugreifen, ohne dieselben dadurch zu verletzen. Aber auch die übrigen Beamten wurden über ihren mehr oder weniger genau begrenzten Wirkungskreis hinaus zur Mitwirkung an den verschiedensten Regierungsangelegenheiten verwendet. Vgl. dazu die Note 360.

lichen Beziehungen ab. Häufig wurde er mit der Ausübung der dem Herzoge vorbehaltenen Gerichtsbarkeit betraut, so dass er unter Albrecht V. bei Abwesenheit oder Verhinderung des Fürsten geradezu als dessen Stellvertreter im Hofgerichte galt.³⁶⁶ Im übrigen intervenierte er bei der Ertheilung von Lehnbriefen, von Privilegien an Kirchen und Klöster, bei Bestellung von Pfandschaften und bei Vornahme anderer Finanzoperationen, häufig auch bei Zuerkennung von Ersätzen für die im Dienste des Fürsten, insbesondere bei Kriegszügen erlittenen Schäden.^{366 a} Zu allen diesen Angelegenheiten wurden aber fallweise ebenso auch andere Räte in Verwendung gezogen, so dass sich nirgends eine exclusive Berechtigung des Landmarschalles nachweisen lässt.

Wir entnehmen weiters aus den Kanzleivermerken, dass die verschiedenen Beamten und Räte an der Erledigung der Geschäfte entweder einzeln oder zu Gruppen vereinigt theilnahmen. Ob das eine oder das andere eintreten hatte, hieng lediglich vom Ermessen des Herzogs ab, ebenso bestimmte er die Personen, welche sich einer derartigen Arbeit zu unterziehen hatten. Namentlich erwähnen uns die Urkunden derartige aus Räten bestehende Commissionen zur Prüfung der Rechnungen, welche die verschiedenen Finanzbeamten zu legen hatten,³⁶⁷ dann zur Ermittlung von Kriegsschäden,³⁶⁸ zu diplomatischen Verhandlungen³⁶⁹ etc. Herzogliche Räte waren es, welche schon im 14. Jahrhundert an der Ausübung der specifisch herzoglichen Gerichtsbarkeit theilnahmen, und welche seit der Ausgestaltung des Hof-

³⁶⁶ Vgl. oben Note 233ff., 245 und 245^a.

^{366 a} Anhang III.

³⁶⁷ Chmel ÖGF. I. 42 ff., Schalk in BlNÖ. 1881. 277 ff., vgl. dazu die Urkk. L. Reg. V. 1692, 2210, 2522, 3307, 3389, 3549 und VIII. 2373^b.

³⁶⁸ Dies erwähnen zahlreiche Kriegsdienstverträge. Vgl. z. B. die Urkk. ddo. 1368, April 19, Wien und 1369, Juli 24, Hall bei Huber, Vereinigung 262 Nr. 460 und 477, dann die Urk. ddo. 1380, März 16, Wien L. Reg. IV. 1510 und 1511.

³⁶⁹ Chmel Mat. I/1. 56, I/2. 208, Reg. Frid. 2432, 3531, 3705, 3892, 5031, M. Habsb. II. 521 etc.

gerichtes vorzugsweise in demselben als Urtheiler vom Landesherrn oder seinem Stellvertreter bestellt wurden.³⁷⁰ Sie waren auch jene Organe, deren sich der Landesfürst als Vermittler mit der ständischen Macht bediente.

Seit dem 15. Jahrhunderte traten die mit politischen Rechten ausgestatteten Bevölkerungsklassen entweder zu Landtagen, wozu sie der Wille des Landesfürsten behufs Theilnahme an der Regierung berief, oder aber auch eigenmächtig zu Landesconventen zusammen. Die Thätigkeit, welche die Räte bei den Landtagen zu entfalten hatten, war eine äußerst wichtige, und eine oft mit bedeutenden Schwierigkeiten verbundene. Sie hatten im Namen des Landesfürsten, der nur selten persönlich anwesend war, die erschienenen Landstände zu begrüßen, ihnen ihre Vollmacht und die landesfürstlichen Propositionen vorzulegen und dabei noch mündlich den Zweck des Landtages auseinanderzusetzen.³⁷¹ Ihre Aufgabe war es dann, während der ganzen Verhandlungen in den Ausschüssen³⁷² wie in den Curien mit den Ständen in Fühlung zu bleiben und durch ihren persönlichen Einfluss dahin zu wirken, dass der vom Landesfürsten gewünschte Erfolg herbeigeführt werde. Eine ganz eigenartige Rolle spielten dabei jene Räte, welche gleichzeitig Mitglieder des Herren- und Ritterstandes waren. In ihrer Wirksamkeit als Räte des Landesfürsten trat das ständische Element in den Hintergrund, und ihre Aufgabe bestand darin, ausschließlich

³⁷⁰ Vgl. dazu oben S. 125. Im Gerichte fungierten sie als Urtheiler und trafen selbst die Entscheidung, sonst standen sie dem Herzoge nur als berathende und ausführende Organe zur Seite. Da sie aber in einer Person Verwaltungsbeamte und Richter waren, so zeigt sich im herzoglichen Rathe eine gewisse Vermischung der Justiz und Verwaltung.

³⁷¹ Kollar II. a. v. O., Chmel Mat. II. 144, Reg. Frid. 5010, 6729, 7960, M. Habsb. II. 629 und 632, III. 301, 304, 306, 361, 363.

³⁷² Solche wurden zum Zwecke der Vorverhandlungen bestellt, indem jedes Collegium 3, 4, 6, 8 oder gar 16 Delegierte wählte. Darnach bestanden diese Ausschüsse aus 12 (Kollar II. 1202), 16 (ebend. 1330), 24 (ebend. 984, 1155, 1339, 1368, WrSB. II. 396), 32 (Kollar II. 1399, Chmel Mat. II. 145) oder 64 Mitgliedern (Kollar II. 1074).

das Interesse des Landesfürsten zu vertreten. Auf den Landtagen zeigte sich jedoch ihre Doppelstellung. Sie stimmten bei der Beschlussfassung mit; namentlich aber wurden sie, wenn sich während der Verhandlungen Schwierigkeiten ergaben, als Vertrauenspersonen von der Landschaft zugezogen, und es fiel ihnen dabei die gewiss nicht leichte Aufgabe zu, einerseits die Autorität des Fürsten zu wahren, anderseits auch die Interessen der Stände zu berücksichtigen. Nicht selten wurden dann ihre Vorschläge von den Ständen acceptiert.³⁷³

Häufig versammelten sich die eben am Hofe anwesenden Räte um den Fürsten, um ihn zu berathen und um an der Erledigung der verschiedenen Geschäfte theilzunehmen.³⁷⁴ War die Zahl derselben bald größer, bald kleiner, so erhielten diese schwankenden Verhältnisse im Laufe der Zeit eine gewisse Stetigkeit. Der herzogliche Rath wurde fester constituirt, indem einzelne Mitglieder desselben nicht nur fallweise, sondern zu regelmäßiger, fortlaufender Thätigkeit verhalten wurden. So bildete sich allmählich eine ständig wirkende Behörde aus, deren Aufgabe darin bestand, die Wünsche und Beschwerden der Unterthanen anzunehmen, dem Herzoge zur Entscheidung vorzulegen und ihn sonst bei Erledigung der Regierungsgeschäfte zu berathen und zu unterstützen.³⁷⁵

³⁷³ Kollar II. 1103, 1303, 1327 ff., Chmel, Reg. Frid. I. 2232. Für diesen Fall wurden sie ihres Rathseides vom Herzoge entbunden.

³⁷⁴ „nach rat unserer herren, die ze zeiten bei uns waren“ u. a. z. B. Urkk. ddo. 1358, November 3, Wien Tomashek I. 137, ddo. 1358, November 10, Wien Kurz, Handel 396 ff., ddo. 1364, November 18, Wien SchwD. 233, ddo. 1367, Mai 12, Wien UBNÖ. I. 679, ddo. 1368, Mai 15, Wien Tomashek I. 168, ddo. 1386, November 8, Innsbruck Kurz, Albrecht III. Bd. II. 259 etc.

³⁷⁵ Von den Zeiten Albrechts V. ab wurden viele Geschäfte, an deren Erledigung der Herzog persönlichen Antheil nahm, im herzoglichen Rathe abgewickelt. Dies können wir überall dort entnehmen, wo die über diese Regierungsangelegenheit ausgefertigte Urkunde die Note: „dominus dux in consilio“, späterhin: „commissio d. regis (impe-

Deshalb war aber der Rath noch lange nicht eine geschlossene Behörde. Nur einen festen Kern desselben bildeten die täglichen Räte,³⁷⁶ zu denen insbesondere die durch ihr Amt zu dauerndem Aufenthalte am Hofe verhaltenen höheren Beamten des Hof- und des Staatslebens gehörten, und denen bis zum Tode Albrechts V. auch der Landmarschall beizuzählen ist, soweit er nicht durch seine anderweitigen Functionen in Anspruch genommen war. Die Zahl der übrigen zu den Sitzungen beigezogenen Rathgeber war noch in den Zeiten Friedrichs IV. eine wechselnde. Unter diesem Fürsten waren einige Räte besonders bevorzugt und dazu auserkoren, ständig den Fürsten in der Regierung zu unterstützen. Wir ersehen weiters aus den Berichten des Aeneas Sylvius, dass der Kaiser aus dem großen Rathe einen engeren Kreis von Vertrauenspersonen aussonderte; namentlich waren es die drei steirischen Räte: der Hofmeister Hans von Neipperg, der Kammermeister Ungnad und der Hofmarschall Walther Zebinger, mit denen Friedrich sich zur Erwägung besonders wichtiger Fragen zurückzuziehen pflegte.³⁷⁷

Der Wirkungskreis des weiteren und des engeren Rathes erstreckte sich auf alle Gebiete des Staatslebens, in welchem Friedrich IV., sei es als Kaiser, sei es als Landesfürst, zu entscheiden hatte, und es muss besonders betont werden, dass zu dieser Zeit die specifisch königliche, beziehungsweise landesfürstliche Gerichtsbarkeit noch mit Zuhilfenahme des Rathes geübt wurde, und dass weder für das Reich, noch für die Erblande eine vom Rathe abgesonderte Centralstelle der Finanzverwaltung bestand. Vielmehr wurden auch mit der Erledigung der Finanzsachen,

ratoris) in consilio“ trägt. Für die Zeit Friedrichs IV. vergleiche auch Seeliger a. a. O. 96 ff.

³⁷⁶ Solche erwähnen zum erstenmale die Urkk. ddo. 1404, März 17 und 22, Wien bei Rauch SS. 426 Z. 8 v. u. und 441 Z. 10 v. o.

³⁷⁷ Adler, Centralverwaltung 165 ff., Chmel, Geschichte Friedrichs IV. Bd. II. Beilage XII.

mit der Oberaufsicht über die Gebahrung der einzelnen Finanzorgane herzogliche Räte betraut. Ebenso scheint es innerhalb des Rathes selbst noch an jeglicher Arbeitstheilung in sachlicher Hinsicht gefehlt zu haben.

Infolge dieser Umstände erfreute sich die Centralstelle allerdings einer großen Beweglichkeit. Aber alle diese Commissionen unterschieden sich schon durch ihre Unbeständigkeit und durch ihre wechselnde Zusammensetzung sehr unvorthellhaft von festen Behörden mit bestimmt abgegrenztem Arbeitsmateriale. Namentlich war die Einheit der Verwaltung gefährdet, die fortlaufende Controlierung der untergeordneten Organe hinsichtlich der pünktlichen Ausführung der ihnen gewordenen Befehle ganz ausgeschlossen. Vollends aber war diese Organisation ungeeignet, in großen Verwaltungsaufgaben die oberste Führung zu übernehmen, die Interessen des Gesamtstaates und den Einheitsgedanken gegenüber den Sonderinteressen der Länder zu vertreten und durchzusetzen. Da alle diese Commissionen in der Person des Landesfürsten ihren Ausgangspunkt hatten, überhaupt die ganze Staatsmaschine nur über seinen Auftrag sich in Bewegung setzte, so brachte die Zunahme des territorialen Umfanges — insbesondere seitdem auch die Reichsverwaltung von Österreich aus besorgt wurde, — und die fortschreitende Intensität der Verwaltung eine nicht mehr zu bewältigende Geschäftslast am Hofe. Die Erledigung der Regierungsgeschäfte wurde eine äußerst schleppende, und diesem Übelstande konnte nur durch das allerdings sehr radicale Mittel der Delegation bestimmter Geschäfte an eigene Behörden und durch eine von sachlichen Gesichtspunkten geleitete Arbeitstheilung einigermaßen abgeholfen werden. Dazu wollte sich Friedrich IV. nicht entschließen.³⁷⁸ Nur im Falle der äußersten Nothwendigkeit, namentlich bei voraus-

³⁷⁸ Vgl. hiezu und zum Folgenden: v. Luschin GW. 273 ff., ÖRG. §§ 39, 40 und 53 C, Adler, Centralverwaltung 31 ff., 159 ff., 185 ff., 445 ff., 485 ff., Fellner im IÖGF. VIII. 258 ff., Seidler, Studien 90 ff., Bachmann ÖRG. 141 ff., Huber ÖRG. 63 ff. und Werunsky ÖRG. 97 ff.

sichtlich lange währender Abwesenheit von seinen Erbländen, setzte er vorübergehend Regierungsverweser mit einem sachlich und räumlich enge begrenzten Wirkungskreise ein, im übrigen aber hielt er ängstlich an dem souveränen Verfügungsrechte fest.

Maximilians Reformen brachten in diese unerträglichen Verhältnisse eine tiefgreifende Änderung. Indem der Kaiser zuerst vorübergehende, späterhin permanente Behörden an seinerstatt zur Ausübung der Regierung einsetzte, brachte er der am Hofe befindlichen Centralstelle eine bedeutende Entlastung, aber er schuf dadurch auch die ersten Ansätze zu einem modernen Staatswesen. Denn diese Behörden, welche den Kaiser in der Regierung seiner Erblände unterstützen und vertreten sollten, galten als Centralorgane für eine Gruppe von Ländern. Dadurch ergaben sich zwischen den zu einer solchen Verwaltungsgruppe vereinigten Ländern neue Beziehungen, und es wurde das Sonderbewusstsein des einzelnen Landes einem höheren Ganzen untergeordnet. Da aber diese Centralorgane selbst wieder von gemeinsamen Organen, und zwar nicht nur von den Hofbehörden, sondern auch versuchsweise von gemeinsamen österreichischen Landesbehörden gleich eisernen Klammern umfasst wurden, so erhoben sich allmählich aus den lose aneinandergereihten, Jahrhunderte lang nur durch das gemeinsame Herrscherhaus mit einander verbundenen Ländern die Grundpfeiler eines Staatswesens.

Der Landmarschall aber verlor in dieser Zeit ganz den Zusammenhang mit der Centralstelle. Schon unter Albrecht V., insbesondere aber während der Regierungszeit Friedrichs IV. erhielt sein Amt infolge des bedeutenden Aufschwunges, den das Ständewesen aus einer Reihe von Ursachen genommen hatte, einen ausgeprägt ständischen Charakter. Bekleidete er noch unter Albrecht V. regelmäßig die Stelle eines Vorsitzenden des herzoglichen Hofgerichtes, wofern der Herzog nicht selbst an der Rechtsprechung theilnahm, so vollzog sich die am Hofe Friedrichs IV. geübte Gerichtsbarkeit fast ganz ohne seine Theilnahme, und auch in dem Kreise der

ständig wirkenden Rätthe war der Landmarschall nicht mehr zu finden. Nur selten trat er als Vermittler zwischen dem Fürsten und der auf Landtagen versammelten ständischen Macht auf. Dazu trug schon der Umstand bei, dass unter Friedrich IV. das Amt oft jahrelang unbesetzt war; hatte dann endlich ein Großer diese Functionen wieder übernommen, dann war er genöthigt, sich in Wien, als dem Sitze des ständischen Gerichtes und der Verwaltung des Landes aufzuhalten, während der Kaiser, wenn er überhaupt im Lande weilte, in Neustadt Hof zu halten pflegte. Zudem war Friedrich IV. ängstlich besorgt, jeden ständischen Einfluss von seinem Hofe zu bannen und die Regierung mit wenigen, ihm allein ergebenden Räthen zu führen; nur solchen Männern, nicht etwa dem Landmarschall, überließ er regelmäßig im Falle länger dauernder Abwesenheit die Regierung.

Infolge dessen beschränkte sich der Wirkungskreis des Landmarschalles seit Friedrich IV. auf die Verwaltung des Landes unter der Enns; hier aber erhielt sein amtliches Schaffen eine bedeutende Erweiterung, da er als Haupt der Stände auch an die Spitze ihres Verwaltungsapparates trat. Losgelöst von jenen innigen Beziehungen, die ihn dereinst an den Hof seines Herrn geknüpft hatten, war er ausschließlich Centralbeamter des Landes unter der Enns. Als solcher führte er — zugleich Organ des Fürsten und der Stände — den Vorsitz bei dem für die privilegierten Classen des Landes bestehenden Civilgerichte und besaß außerdem einen nach Zeit und Inhalt wechselnden Antheil an der Verwaltung Niederösterreichs, stand aber in einem Verhältnisse der Unterordnung zu jenen landesfürstlichen Centralbehörden, welche der schöpferische Geist Maximilians I. und seiner Nachfolger ins Leben gerufen hatte.

A N H A N G.

I.

Das Amt des Hofmarschalles bis zum Ausgange des Mittelalters.

Im ersten Theile unserer Untersuchungen wurde die Entstehung des Hofmarschallamtes näher erörtert und dabei gezeigt, wie die Entwicklung dieses Amtes in Österreich dahin gieng, dass jeder Herzog in seinem Hofstaate einen Hofmarschall besaß, dieser Beamte demnach ebenso wie der Hofmeister oder der Kammermeister einen persönlichen Adjutanten des einzelnen Fürsten bildete. Infolge dessen ist es schwer, eine bestimmte Grenze für das amtliche Schaffen der Hofmarschälle zu geben.¹

Jedenfalls besaßen sie neben der Verpflichtung zu Dienstleistungen um die Person ihres Herrn noch einen bald mehr bald weniger weitreichenden Antheil an der Verwaltung des Hofes. Ihnen oblag es, den am Hofe erscheinenden Gästen Herberge zu schaffen;² ebenso sollten sie den Herzog auf Reisen begleiten, ihn mit allem Nothwendigen versehen, den Tross bewachen und als Quartiermacher für entsprechende Unterkunft sorgen.³

¹ Vgl. oben S. 70 ff. Über die Entwicklung dieses Amtes in Baiern und die Ausbildung der Gerichtsbarkeit des Hofmarschalles daselbst vgl. Rosenthal a. a. O. 229 ff. und 246 ff.

² Vgl. oben Note 55.

³ Aus zahlreichen Urkunden entnehmen wir, dass er wie die anderen Hofbeamten ständig in der Umgebung seines Herrn weilte,

Neben dem Hofmeister führte insbesondere der Hofmarschall eine gewisse Aufsicht über das Hofgesinde und erlangte im Anschlusse an diese ihm seit jeher zustehende Disciplinargewalt eine Reihe von richterlichen und polizeilichen Befugnissen über die zum Hofe gehörigen Personen. So sollte er auf Grund einer Verordnung Herzog Rudolfs IV. dem Stadtrichter zu Wien bei allen Amtshandlungen in den vor dem Widmerthore gelegenen Stadttheilen⁴ oder in „unsrer oder unsrer herren gassen“ mehrere verlässliche Diener zuweisen und ihn so in Ausübung der Jurisdictionsbefugnisse unterstützen.⁵ Als Wien späterhin von Herzog Albrecht III. die Begünstigung erhielt, zwei Jahrmärkte in der Dauer von je vier Wochen abhalten zu dürfen, wurde der Hofmarschall behufs Aufrechterhaltung des Friedens in der Stadt angewiesen, alle Rechtsverletzungen, die etwa von Leuten des Hofes begangen worden wären, mit Hilfe des Stadtrichters zu ahnden.⁶

Im Verlaufe des 15. Jahrhunderts, namentlich in der Zeit K. Friedrichs IV. wurde er als Hofbeamter, insbesondere seitdem das herzogliche Hofgericht sich zur obersten Gerichtsstelle für alle habsburgischen Besitzungen ausgestaltete, zuerst nur in untergeordneten Angelegenheiten, späterhin überhaupt der ordentliche Richter über das Hofgesinde, wozu neben den eigentlichen Hofbeamten auch jene Räthe und Diener, welche am herzoglichen Hofe weilten, und außerdem noch andere Personen zählten, die Beziehungen zum

und sehr oft erscheint er als Zeuge in herzoglichen Urkunden. Vgl. auch die Noten 52 bis 55, 132 ff. und 144.

⁴ Diese Gründe waren eben landesfürstliches Dominicaleigenthum noch zu einer Zeit geblieben, zu welcher die anderen Vorstädte und das Stadtgebiet selbst längst im freien Eigen der Stadt oder von Privaten standen. Schlager a. a. O. NF. III. 357 ff.

⁵ Urk. ddo. 1361, Juli 20, Wien bei SchwD. 205 Z. 23 ff. Wenn der Herzog abwesend war und daher auch sein Hofmarschall nicht zur Verfügung stehen konnte, so sollte der Landmarschall oder sein Anwalt in derselben Weise eingreifen.

⁶ Urk. ddo. 1382, September 29, Wien bei Tomaschek I. 196 und ddo. 1396, Februar 29, Wien ebend. II. 2.

Hofe unterhielten. Die verschiedenen Schutzbefohlenen des Hofes, die „Provisioner“, Gewerbs- und Handelsleute, welche den Titel eines landesfürstlichen Dieners erwirkt hatten, beanspruchten den Gerichtsstand bei Hofe, beziehungsweise vor dem Hofmarschall, so oft es ihnen eben zusagte. Endlich hatte der Hofmarschall zur Zeit K. Friedrichs IV. die Execution der im Hofgerichte gegen landesfürstliche Räthe gefällten Erkenntnisse zu besorgen.⁷

Aus diesen Ansätzen gieng im 16. Jahrhunderte das obersthofmarschallische Gericht hervor, welches über die ihm unterworfenen Personen in streitigen und nicht streitigen Civilsachen, wie auch in allen Strafsachen zu entscheiden hatte. Abgesehen von den Mitgliedern des Regentenhauses und den exterritorialen Personen unterstanden diesem Gerichte alle unmittelbar bei Hofe Bediensteten, überdies eine große Anzahl anderer Personen, welche Beziehungen zum Hofe unterhielten.⁸

Mit diesen Agenden war jedoch das amtliche Schaffen des Hofmarschalles noch nicht erschöpft. Als ständiger Begleiter seines Herrn erwarb er naturgemäß einen bedeutenden Einfluss auf die Entschließungen desselben und einen nach Zeit und Art wechselnden Antheil an den staatlichen Geschäften; denn er gehörte zu den ständigen Mitgliedern

⁷ v. Luschin GW. 251 und die daselbst Note 460 bis 462 angeführten Stellen, sowie die Urkunde ddo. 1409, Jänner 1, Graz L. Reg. V. 1063, Kopie im StA., wonach der Münzmeister von Graz sich vor dem Herzoge oder dem Hofmarschall zu verantworten hatte. — Eine besondere Eigenthümlichkeit war es, dass dem Hofmarschalle unter anderem auch eine gewisse Vogtei über die freien Frauen in Wien zukam. Er bezog dafür gewisse Abgaben, hatte das Recht, die Frauenmeisterin nach freiem Ermessen ein- und abzusetzen und über den Frauenrichter eine Jurisdiction zu üben. Man wird diese Befugnisse mit Schlager als einen Ausfluss der Grundherrlichkeit bezeichnen müssen, welche die Herzoge als Eigenthümer dieser Vorstadtgründe besaßen. Vgl. Schlager a. a. O. NF. III. 347 bis 410 und die daselbst abgedruckten Urkunden, dann v. Luschin W. 253.

⁸ Über diese erst der Neuzeit angehörende Ausgestaltung vgl. Domin-Petrushevez a. a. O. 9ff.

des herzoglichen Rathes. Alles, was diesbezüglich für die Thätigkeit des Landmarschalles an der Centralstelle gesagt wurde, gilt auch vom Wirken des Hofmarschalles. Maßgebend waren vor allem die persönlichen Beziehungen desselben zu seinem Herrn, und auf diesem subjectiven Verhältnisse beruhte in erster Linie die Kraft und der Einfluss des Hofmarschalles, so dass sich ihm hier, den speciellen Umständen entsprechend, oft ein weiter Spielraum eröffnete. Wie viel weiß uns z. B. Äneas Sylvius von dem Wirken eines Walther Zebinger zu berichten, jenes Hofmarschalles Friedrichs IV., auf dessen Rath der Kaiser so hohes Gewicht legte, den er mit einigen anderen Vertrauenspersonen in seinen engeren, geheimen Rath aufnahm,⁹ den er mit anderen Räten für die Dauer der Romfahrt zum Zwecke der Statthalterschaft in Österreich zurückließ.¹⁰

Wie die anderen Hofbeamten wurde der Hofmarschall vom Herzoge auf Widerruf ernannt, und er bezog wohl schon im 14. Jahrhunderte für seine Dienstleistungen eine fixe Besoldung in Geld.¹¹ Seine Wirksamkeit erlosch spätestens mit dem Tode des Fürsten, bei dem er eingetheilt war.¹²

⁹ Adler, Centralverwaltung 165, Seeliger, Hofmeisteramt 67; vgl. Kollar a. a. O. II. 355 und 378ff. und die Ansprachen, welche Ulrich Eyzinger an die österreichischen Adeligen und Bürger hielt a. a. O. 196 und 207.

¹⁰ Ebend. 197.

¹¹ Ein Beispiel ist uns allerdings erst für die Zeit Friedrichs IV. erhalten, Urk. ddo. 1466, August 4 bei Chmel, Reg. Frid. 4589; aber wir wissen, dass die übrigen Hofbeamten, namentlich der Hofmeister schon in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts gegen fixe Besoldung angestellt waren, Seeliger a. a. O. 78.

¹² Vgl. oben Note 145.

II.

Die Landmarschälle und Untermarschälle in Österreich während des Mittelalters.

I. Die Landmarschälle.

[Hermann von Landenberg] (1282 Jänner 30 — 1306 December 10).¹

[Dietrich von Pilichdorf] (1303 März 3 — 1326 December 25).²

[Ulrich Graf von Pfannberg] (1330 December 30 — 1354 October 23).³

Hermann von Landenberg (1358 November 3 — 1360 Juli 8).⁴

Leutold von Stadeck (1360 Juli 18 — 1367 Jänner 16).⁵

¹ Vgl. oben Note 124 und 134.

² Note 133 und S. 75.

³ Note 146 und S. 77.

⁴ Note 151 und 152, dann Urk. ddo. 1360, Juli 8, Wien D. et A. XVIII. 309 mit dem irrigen Datum: Juli 14. Er führt als erster den Titel: Landmarschall.

⁵ Urk. ddo. 1360, Juli 18, Wien bei L. Reg. IV. 192 und ddo. 1367, Jänner 16, Brandl 63. In der Urk. ddo. 1367, September 7, Wien, Original im StA., L. Reg. IV. 817 wird seiner bereits als eines Verstorbenen gedacht. Vor seiner Ernennung zum Landmarschall war er Hauptmann von Krain (1360, Februar 3 — Juli 2), vgl. Kozina a. a. O. 37. In den Jahren 1362 und 1363 bekleidete er gleichzeitig die Würde eines Landeshauptmannes in Steiermark und hatte als solcher einen Verweser in der Person des Hertlein von Teuffenbach, Brandl

Friedrich von Walsee (1367 Juni 15 — 1368 Mai 3).⁶

Haidenreich von Meissau (1368 Juli 15 — vor 1375 März 17
und 1378 December 18 — 1380 November 26).⁷

Bernhard von Meissau (1375 März 17 — 1377 Juli 7).⁸

Rudolf von Walsee (vor 1384 Mai 1 — 1397 Februar 2).⁹

Ulrich von Dachsberg (1397 Juli 25 — 1402 April 1).¹⁰

a. a. O. Nr. XLVII und XLIX, dann Ogesser a. a. O. Anhang 30.
Vgl. auch Peter Suchenwirth ed. Primisser 48 und 256.

⁶ Urk. ddo. 1367, Juni 15, Wien UBOE. VIII. 323 und ddo. 1368, Mai 3 NB. IV. 433. Im Jahre 1369 wird er als Hauptmann in Steiermark erwähnt Urk. ddo. 1369, December 18, Graz L. Reg. IV. 944.

⁷ Die Grenzen für sein erstes Wirken als Landmarschall geben die Urkk. ddo. 1368, Juli 15, Wien, Original StA., L. Reg. IV. 872 und ddo. 1375, März 17, Wien UBOE. VIII. 749, in welcher bereits Bernhard von Meissau als Landmarschall genannt wird. Ebenso muss seine in der herzoglichen Urk. ddo. 1375, Mai 10, Linz (ebend. 757) erwähnte Thätigkeit vor obige Zeitgrenze gesetzt werden. Am 18. December 1378 erscheint er neuerlich als Landmarschall und bekleidete dieses Amt wahrscheinlich bis zu seinem Tode (a. 1381), UBNÖ. II. 214. Er wird zum letztenmale in der Urk. ddo. 1380, November 26, Wien erwähnt (Anhang III. Nr. 58).

⁸ Urk. ddo. 1375, März 17, Wien UBOE. VIII. 749 und ddo. 1377, Juli 7, Wien, Anhang III. Nr. 56.

⁹ Als Landmarschall wird er zum erstenmale genannt in der Urk. ddo. 1384, Mai 1, durch welche ihm die Hauptmannschaft von Triest verliehen wurde, Kopie StA. in der Hft. 409 neu fol. 26. Darnach richtet sich auch die Datierung der ihm anlässlich seiner Bestellung zum Landmarschall ertheilten Instruction (NB. II. 335). Zum letztenmale kommt er als Landmarschall in der Urk. ddo. 1397, Februar 2, Wien, L. Reg. V. 146 vor, späterhin war er Hofmeister des Herzogs Wilhelm von Österreich, vgl. Seeliger a. a. O. 130.

¹⁰ In der Urk. ddo. 1397, Juli 25 s. 1., durch welche der oberste Truchsess in Österreich und Hofmeister Herzog Albrechts IV. Pilgrim von Puchaim und dessen Brüder sich mit ihrer Muhme Elisabeth, der Witwe Hansens von Liechtenstein des Älteren, über ein Vermächtnis des letzteren ausgleichen, wird unter den Zeugen Ulrich von Dachsberg zum erstenmale als Landmarschall in Österreich genannt, Original im st. LA. Zum letztenmale erwähnt ihn die Landfriedensurkunde ddo. 1402, April 1, Wien UB. Nr. 16. Die Urk. ddo. 1399, September 3, Wien, ebend. Nr. 15 deutet auf eine Anstellung mit dem Soldbeginne im März 1397 hin.

Friedrich von Walsee (1403 Februar 6 — 1405 April 21).¹¹

Johann Burggraf von Maidburg (1406 Februar 15 — 1406 August 6).¹²

Otto von Meissau (1407 Jänner 2 — vor 1407 December 25).¹³

Hartnid von Pottendorf (1409 Juni 16 — 1413 September 18).¹⁴

Pilgrim von Puchaim (1417 vor Juni 5 — 1422 August 8).¹⁵

Johann Graf von Schaunberg (1424 Juni 23 — 1424 December 4 und 1437 Mai 28 — vor 1439 Mai 30).¹⁶

Hans von Winden (1425 Juni 6 — 1425 November 11).¹⁷

Hans von Ebersdorf (1427 Juni 28 — 1433 Mai 12).¹⁸

¹¹ Urk. ddo. 1403, Februar 6, Wien ebend. Nr. 18 und ddo. 1405, April 21, Wien L. Reg. V. 699.

¹² Urk. ddo. 1406, Februar 15, Wien und August 8, Wien D. et A. XVIII. 505 und SchwD. 300.

¹³ Er war vorher Hofmeister des am 15. Juli 1406 verstorbenen Herzogs Wilhelm (Kurz, K. Albrecht II., I. 269). Als Landmarschall wird er zum erstenmale im Landfrieden Herzog Leopolds ddo. 1407, Jänner 2, ebend. 282 genannt. Er scheint dieses Amt jedoch nur sehr kurze Zeit innegehabt zu haben, die Urkk. ddo. 1407, Juli 16, Wien erwähnt ihn zum letztenmale mit diesem Titel, während dies in den Urkk. ddo. 1407, December 25, Horn und ddo. 1408, Jänner 14, Korneuburg nicht mehr der Fall ist. Kurz, K. Albrecht II., I. 289 und 318, Pölzl a. a. O. 44 und Reg. 26.

¹⁴ Urkk. ddo. 1409, Juni 16 in den UB. Nr. 22 und ddo. 1413, September 18, Wien NB. III. 330. — Vgl. auch Ebendorfer bei Pez SS. II. 839.

¹⁵ Urk. ddo. 1417, Juni 5, Wien Tomaschek II. 24, Urk. ddo. 1422, August 4, Eggenburg L. Reg. V. 2084 und Hft. 238 im nö. LA.

¹⁶ Urk. ddo. 1424, Juni 23, Wien und December 4, Brünn Kurz a. a. O. II. 325 und L. Reg. V. 2248. — Urk. ddo. 1437, Mai 28, Wien im Anhang III. Nr. 34 und Note 272.

¹⁷ Urk. ddo. 1425, Juni 6, Wien und November 11, Innsbruck Chmel, ÖGF. II. 80 und AÖG. II. 446 Nr. 75.

¹⁸ Urk. ddo. 1427, Juni 28, Wien im Anhang III. Nr. 62 und ddo. 1433, Mai 12, in Hft. 238 fol. 65^a; die Urk. ddo. 1436, Juli 24, Wien (Wichner III. 447) nennt ihn nicht mehr als Landmarschall; vgl. auch Note 162.

Rüdiger von Starhemberg (1441 Februar 9 — vor 1446 Juli 28).¹⁹

Bernhard Graf von Schaunberg (1447 Juli 7 — 1459 April 4).²⁰

Georg von Kuenring (1460 April 3 — 1464).²¹

Georg von Pottendorf (1467 Jänner 31 — 1471 October 30).²²

Michael Burggraf von Maidburg (1475 September 18 — 1483 März 24).²³

Christoph von Liechtenstein (1488 Juni 16 — 1501).²⁴

II. Die Untermarschälle.

Michael der Uttendorfer (1386 August 24 — 1396 Juni 15).²⁵

Niclas der Pottenbrunner (1397).²⁶

Gottfried von Wildungsmauer (1403 Jänner 24 — 1404 Juni 18).²⁷

¹⁹ Urk. ddo. 1441, Februar 9, Neustadt UB. Nr. 36 und Urk. ddo. 1446, Juli 28, Wien AÖG. I/2 43 Nr. 81.

²⁰ Urk. ddo. 1447, Juli 7 Chmel Mat. I/1. 57; Urk. ddo. 1459, April 4, Wien, Orig. nö. LA. Nr. 2894.

²¹ Urk. ddo. 1460, April 3, Wien Friess a. a. O. Reg. 936 und 945.

²² Urk. ddo. 1467, Jänner 31, Gossdalon D. et A. XLIV. 626, Urk. ddo. 1471, October 30, Wien bei v. Stockhorner 151 Reg. 94.

²³ Urk. ddo. 1475, September 18, Wien bei Chmel, M. Habsb. II. 229.

²⁴ Falke a. a. O. I. 502. Urk. ddo. 1488, Juni 16, Wien, Orig. nö. LA. Nr. 3277; ddo. 1493, März 15, Linz UB. Nr. 46.

²⁵ Urk. ddo. 1386, August 24 UBNÖ. II. 284; ddo. 1396, Juni 15 im Adler 1876, 87. Dagegen beginnen v. Wurmbrand 288 und ein Verzeichnis im nö. LA. Hft. 362 die Serie der Untermarschälle erst mit dem Jahre 1423 und nennen als ersten Träger dieses Amtes den Ritter Albrecht den Wolfenreuter.

²⁶ Urk. ddo. 1397, November 11, Kopie in der Hft. 174 fol. 150 im StA.

²⁷ Urk. ddo. 1403, Jänner 24, Purchstal und ddo. 1404, Juni 18, Wien, beides Orig.-Urk. des StA.

Egyd der Wolfsteiner (1405).²⁸

Plankenstainer (1406).²⁹

Hanns der Greissenecker (1409).³⁰

Georg der Uttendorfer (1413).³¹

Hanns der Walich

Albrecht der Wolfenreuter } (1420 — 1433).³²

Georg der Pottenbrunner }

Hanns Stockhorner (1438 Februar 9 — 1439 October 27).³³

Hanns Walich (1442 December 12 — 1444 October 28).³⁴

Marchart Kersperger (1445).³⁵

Wolfgang Oberhaimer (1454).³⁶

Leopold Wulzendorfer (1467 Jänner 31 — 1477 April 28).³⁷

Wolfgang Dörr (1488 Juni 16 und 1489 Juni 26).³⁸

Caspar Schaul zu Molt (1494 März 10 — 1497 Mai 1).³⁹

²⁸ Keiblinger a. a. O. II/1. 267.

²⁹ Urk. ddo. 1406, April 1 bei Kink a. a. O. I/2. 18.

³⁰ Urk. ddo. 1409, Juni 16, Wien im Anhang III. Nr. 61.

³¹ Urk. a. 1413 Wien, Kopie im MA. Linz.

³² Hft. 238 im nö. LA. a. v. O.

³³ Urk. ddo. 1438, Februar 9, Ofen Kurz a. a. O. II. 353. Als solcher wurde er zum Verweser des Landmarschallamtes nach dem Rücktritte des Grafen Johann von Schaunberg bestellt. Vgl. Note 272.

³⁴ Urk. ddo. 1442, December 12, Wien, Kopie im MA. Linz; ddo. 1444, October 28, Wien, Orig. nö. LA. Nr. 2590.

³⁵ Urk. ddo. 1445, Hueber a. a. O. 201 Tab. XXV Nr. 10.

³⁶ Urk. ddo. 1454, Juni 17, Kopie in Hft. 174 fol. 77 des StA.

³⁷ Urk. ddo. 1467, Jänner 31, Gossdalon D. et A. XLIV. 627; ddo. 1477, April 28 bei Chmel, M. Habsb. II. 279.

³⁸ Urk. ddo. 1488, Juni 16, Wien und ddo. 1489, Juni 26, Wien Orig. nö. LA. Nr. 3277 und 3293.

³⁹ Urk. ddo. 1494, März 10, Wien ebend. Nr. 3378; ddo. 1497, Mai 1, AÖG. II. 506 Nr. 501.

III.

Der Landmarschall in den an herzoglichen Urkunden vorkommenden Subscriptionen.

Chronologische Zusammenstellung der diesbezüglichen
Urkunden in Regestenform.

1.

1359, Mai 20, Wien.

Herzog Rudolf IV. befiehlt dem Reinprecht von Walsee, Hauptmann der Stadt Steyr, diese Stadt bei ihren Rechten in Bezug auf den Holzverkauf zu belassen.

De Landenberg marschaleus.

UBOE. VII. 649.

L. Reg. IV. 46, Huber Reg. 97, Kürschner 69.

2.

1359, Juli 10, Wien.

Herzog Rudolf IV. belehnt Michael den Laufen mit dem ihm von Friedrich dem Hofer verkauften Thurme am Laufen, welcher ein herzogliches Lehn bildet.

Marschaleus de Landenberg
per Liebenberger.

Original im st. LA.

Huber Reg. 108, Kürschner 69.

3.

1364, November 16, Wien.

Herzog Rudolf IV. verkündet den von den „Herren“ gefällten Rechtsspruch, wonach Hans der Egenperger gewisse

herzogliche Lehengüter nach Gutdünken verkaufen und versetzen dürfe.

✦ Hoc est verum ✦

Marschalcus per Stephanum
notarium suum.

Original StA.

L. Reg. IV. 622, Huber Reg. 571, Kürschner 69.

4.

1365, April 25, Wien.

Herzog Rudolf IV. belehnt Heinrich von Hackenberg mit der Veste Gnandorf sammt Zugehör, welche Albero von Puchaim an den Hackenberger verkauft und dem Herzoge aufgesandet hat.

✦ Hoc est verum ✦

Marschalcus provincialis.

Original im fürstl. Liechtensteinischen Archive zu Wien.

L. Reg. IV. 669, Huber Reg. 604, Kürschner 69.

5.

1365, October 8, Wien.

Herzog Albrecht III. vermehrt die dem Priester Wulfing, Pfarrer zu Judenburg, von Herzog Rudolf IV. zugesicherte Rente von 10 Gulden um weitere 4 Gulden, welcher Restbetrag von dem Gerichte in Judenburg gezahlt werden soll.

Marscalcus provincialis, Albero de
Puchheim.

Original im st. LA.

Vgl. L. Reg. IV. 686.

6.

1365, October 12, Wien.

Herzog Albrecht III. bewilligt, dass Haidenreich von Meissau die Feste Dürnstein sammt Zugehör von den Brüdern von Ellerbach für 1100 Pfund Wiener Pfennige an sich ziehen und dieselbe als Pfand innehaben dürfe.

Marscalcus provincialis, Wehinger
et totum consilium.

Original StA.

L. Reg. IV. 688.

7.

1365, November 18, Wien.

Herzog Albrecht III. bewilligt Hans dem Turs von Rauhen-
eck, dass die herzoglichen Lehengüter, falls er ohne Leibes-
erben sterben sollte, auf dessen zwei Enkelinnen und deren
Erben (Söhne und Töchter) übergehen sollen.

Dominus cancellarius, marschalcus
provincialis et H[*einricus*] de Hak-
kenberg et alii de consilio tunc
presentes.

Original StA.
L. Reg. IV. 698.

8.

1365, November 25, Wien.

Herzog Albrecht III. befreit über Bitte der Stadtverwaltung
die Stadt Wien für die Jahre 1366 und 1367 von der Ent-
richtung der ordentlichen Bürgersteuer.

Marschalcus provincialis et alii de
consilio tunc presentes.

Original StdtA. Wien, Nr. 658.

9.

1365, December 6, Wien.

Herzog Albrecht III. verleiht im eigenen und im Namen
seines Bruders Leopold III. den Brüdern Ulrich und Hermann
Grafen von Cilli den Blutbann in der Grafschaft Cilli.

Dominus dux per se, marscalcus
provincialis de Stadek, Henricus
de Hakenberg, magister curie de
Ried, magister camere Wehinger.

Original StA.
L. Reg. IV. 702.

10.

1365, December 18, Wien.

Herzog Albrecht III. entbindet Friedrich von Greifenstein,
welcher die für den Herzog besetzte Stadt Trient und die
Burgen Malconsin und Silf über Auftrag Herzog Leopolds III.
und nach Rath des Rathes an der Etsch an den erwählten
Bischof von Trient, Albrecht Grafen zu Ortenburg, übergeben

hat, aller Eide und Gelübde, die er seinerzeit dem Herzoge wegen dieser Burgen gethan hat.

Comes Ulricus de Schoßmberg,
Leutoldus de Stadek marschalcus
provincialis, Albero de Puchaim,
Hainricus de Hakenberg etc.

Original StA.

Huber, Vereinigung 256 Nr. 435 ohne Vermerk. — L. Reg. IV. 703.

11.

1366, Februar 4, Wien.

Herzog Albrecht III. ertheilt dem Mauthner zu Linz den Auftrag, den Bürgern von Freistadt, wenn sie 30 große Kufen Salz verzollt haben, 6 Pfennige als Wiedergabe zu reichen.

Leutoldus de Stadekk marschalcus
provincialis per Stephanum suum
notarium.

UBOE. VIII. 265.

12.

1366, Februar 10, Wien.

Herzog Albrecht III. belehnt den Herzog Friedrich von Teck mit der Burg und Stadt Rechberghausen.

Comes Ulricus de Schaßnberg et
de Stadegg marschalcus provincialis
et ceteri de consilio tunc presentes.

Original StA.

L. Reg. IV. 713.

13.

1366, Februar 24, Wien.

Herzog Albrecht III. gestattet den Brüdern Haidenreich, Ulrich und Hans von Meissau bezüglich ihrer Lehen in Österreich, welche sie mit landesfürstlicher Bewilligung getheilt haben, einander gegenseitig beerben zu dürfen, wenn einer ohne Leibeserben sterben sollte.

Comes Ulricus de Schoßmberg,
marschalcus provincialis, Haken-
berg et Türso de Rauhenek.

Original StA.

L. Reg. IV. 716.

14.

1366, März 20, Prag.

Die Herzoge Albrecht III. und Leopold III. bestätigen dem Rudolfott von Liechtenstein und dessen Erben das alte Bergbau-Privilegium, welches deren Vorfahren von den Herzogen von Kärnten in den Bergen ihres Gerichtssprengels an der Mur erhalten haben.

Dominus Frisingensis, marscallus
provincie etc.

Original im Schlossarchiv zu Murau.

Kopie aus dem 19. Jahrhunderte im st. LA.

15.

1366, Juli 12, Wien.

Herzog Albrecht III. gestattet der Karthause Seiz, das Thal, in welchem dieses Kloster gelegen ist, zu befestigen.

Dominus cancellarius, marscalcus
provincialis et magister curie de
Ried.

Original im st. LA.

v. Muchar VI. 378.

16.

1366, August 27, Wien.

Die Herzoge Albrecht III. und Leopold III. transsumieren und bestätigen die Urkunde Herzog Rudolfs IV. ddo. 1361, Juli 22, durch welche das Stift St. Pölten das Kirchlehn zu St. Stephan bei Retz gegen die beiden Kirchlehen zu Hoheneck und Karlstetten erhielt.

Marschalkus provincialis, de Ried
magister curie et de Hakenberkeh.

UBNÖ. I. 665.

17.

1366, August 29, Wien.

Die Herzoge Albrecht III. und Leopold III. gewähren dem Stifte St. Pölten Mautfreiheit.

Magister¹ provincialis, de Ried
magister curie et de Hakenberg.

UBNÖ. I. 667.

¹ Soll marscalcus heißen.

18.

1366, September 11, Wien.

Herzog Albrecht III. erlässt an alle Grundobrigkeiten den Auftrag, in Hinkunft in den von ihnen besiegelten Kauf- und Satzbriefen die Clausel „eu an schaden“ wegzulassen.

Marschalcus provincialis de
Stadegg.

Original StdA. Wien, Nr. 677.
Tomaschek I. 162.

19.

1366, October 17, Wien.

Herzog Albrecht III. und Leopold III. bestätigen dem Frauenkloster Minkendorf die ihm schon von Rudolf IV. erneuerte Handfeste Herzog Albrechts II. ddo. 1338, August 29.

Marschalcus provincialis, magister
curie de Ryed, H[ainricus] de
Hakenberg et Wêhinger.

Original StA.
L. Reg. IV. 767.

20.

1366, December 4, Nürnberg.

Herzog Albrecht III. und Leopold III. versprechen dem Hans von Fridingen, die für seine Dienste entfallende Schuld von 1300 Gulden in bestimmten Fristen zu zahlen.

Dominus cancellarius, marscalcus
provincialis, magister curie de
Ryed, Wêhinger magister camere
et ceteri consilarii ibidem pre-
sentes.

Original StA.
L. Reg. IV. 774.

21.

1366, December 5, Nürnberg.

Die Herzoge Albrecht III. und Leopold III. bestätigen Friedrich von Greifenstein alle Urkunden, welche er von der früheren

Herrschaft in Tirol und vom Herzoge Rudolf IV. über Lehen und Pfandschaften erhalten hat.

Original StA.
L. Reg. IV. 775.

Dominus cancellarius, marschal-
cus provincialis, H[*einricus*] de
Hakenberg, Albero de Puch[*aim*]
magister curie et ceteri de consilio.

22.

1367, Jänner 28, Wien.

Herzog Albrecht III. belehnt neuerlich Haidenrich und Ulrich von Meissau, sowie Dorothea von Gars mit der Burg und Herrschaft Gars und regelt das Erbrecht an diesem Besitze.

Original StA.
L. Reg. IV. 786.

Dominus dux, Leutoldus de Stadek
marscalcus provincialis.

23.

1367, Februar 3, Wien.

Herzog Albrecht III. bewilligt den Juden Jona und Isserl von Korneuburg sich aller dem flüchtigen herzoglichen Juden Musch von Marburg und dessen Bruder Chatsim gehörigen Güter unterwinden zu dürfen, mit Ausnahme derjenigen Güter, welche die Grafen von Cilli von ihrem obgenannten Juden Chatsim schon innegehabt haben.

Original StA.
L. Reg. IV. 787.

Comes Ůlricus Cylie, marschalcus
provincialis, magister curie de
Ried et Wëhinger magister camere.

24.

1368, April 29, Wien.

Die Herzoge Albrecht III. und Leopold III. verleihen der Propstei St. Stephan in Wien die Maut zu Mauthausen auf immerwährende Zeiten.

Original StA.
UBOE.VIII. 378. — L. Reg. IV. 859.

Domini cancellarius, comes Ůlricus
de Schow̃nberg, Fridericus de Wal-
sse marschalcus provincialis, Albero
de Pũcheim, Heidenricus de Meis-
sõw, Johannes de Liechtenstein de
Nikolspurg et plures alii de consilio.

25.

1368, Mai 15.

Die Herzoge Albrecht III. und Leopold III. erneuern den Laubenherren ein Privilegium Herzog Albrechts I. ddo. 1288, März 21, welches Albrecht II. ihnen bestätigt, Rudolf IV. dagegen abgenommen hat.

Dux Leupoldus, dominus cancellarius, comes Ulricus de Schaunberg, Haidenricus de Meissaw marschalcus provincialis, Stephanus de Topl magister curie ducis Leupoldi, Johanes de Liechtenstein, Kadoldus de Egkarczaw et ceteri consules tunc presentes.

Kopie im Eisenbuche fol. 178^a—179^a, StdtdA. Wien.

Tomaschek I. 168, sehr verderbter Kanzleivermerk.

26.

1368, Juni 23, Wien.

Die Herzoge Albrecht III. und Leopold III. bekennen den Grafen von Cilli 1000 Gulden schuldig zu sein für den Dienst, den Graf Hermann von Cilli sechs Monate gegen Italien gethan hat, und schlagen diese Summe auf die Veste und das Urbar zu Tüffer.

Dominus dux, comes Ulricus de Schownberg, de Meissau marschalcus provincialis, Johannes de Liechtenstein de Nicolspur, magister camere Wehinger etc.

Melly, Vat. Urk. 52 Nr. LXXIII.

27.

1368, Juli 15, Wien.

Die beiden Herzoge Albrecht III. und Leopold III. schlagen dem Erzbischofe von Salzburg wegen der Auslagen, welche

seinem gewappneten Heere im herzoglichen Dienste bei Bleiburg erwachsen sind, 700 Pfund auf die Veste Arnfels etc.

H[aidenricus] de Meissow marschalcus provincialis, Johannes de Nicolspurg magister curie et Wehinger magister camere.

Original StA.
L. Reg. IV. 872.

28.

1368, Juli 21, Wien.

Die Herzoge Albrecht III. und Leopold III. bestätigen Heinrich von Hackenberg den Besitz der Blutgerichtsbarkeit in Hackenberg und in anderen Dörfern und Gütern, so wie schon dessen Vorfahren und er selbst sie besessen haben.

Marschalcus provincialis, de Ried magister curie et Stephanus de Topel.

Original im fürstl. Liechtensteinischen Archive zu Wien.

29.

1369, April 28, Wien.

Die Herzoge Albrecht III. und Leopold III. erneuern zu Gunsten der Stadt Wien das Durchzugsverbot für fremde Kaufleute durch ihre Lande auf ungewöhnlichen Wegen.

Domini duces, marscalcus provincialis, ambo magistri curie de Liechtenstain et de Topel, et Wehinger magister camere.

Original im StdtA. Wien Nr. 749.
Tomaschek I. 175, ohne Vermerk. — L. Reg. IV. 895.

30.

1369, Mai 1, Wien.

Herzog Albrecht III. bestätigt das alte Herkommen betreffend die Gerichtsbarkeit in dem Markte Ruppertsdorf.

Marschalcus provincialis de Meissaw, ambo magistri curie de Liecht[enstein] et de Top[e]l.

Original in Ruppertsdorf.
Vidimierte Abschrift aus dem Jahre 1813 im StA.
L. Reg. IV. 896.

31.

1369, Mai 12, Wien.

Die Herzoge Leopold III. und Albrecht III. ermächtigen den Kanzler Bischof Johann von Brixen und den Hauptmann von Tirol Berthold von Gufidaun, mit dem Reichsvicar von Padua auf beliebige Zeit für die Herzoge verbindliche Friedensverträge (treugas) zu schließen.

Dominus comes Ulricus de Schown-
berg et marschalcus provincialis.

Original StA.

32.

1369, Juni 26, Wien.

Die Herzoge Albrecht III. und Leopold III. verpfänden dem Wolfgang von Winden für eine Schuld von 214 Pfund eine Reihe von Gülten und Zehenten.

Domini duces, Haidenricus de
Meissow marschalcus provincialis,
de Lichtenstain magister curie, de
Wëhingen magister camere.

Original StA.

L. Reg. IV. 907.

33.

1369, Juni 28, Wien.

Herzog Albrecht III. erlaubt den Bürgern von Linz, zum Aufbau der städtischen Befestigung (Thürme, Mauern, Gräben etc.) auf Widerruf einen Zoll von Wein, Getreide etc. einheben zu dürfen.

Dominus dux, comes de Schawn-
berg, magister curie de Topel,
marschalcus provincialis et Wehin-
ger magister camere.

UBOE. VIII. 422.

L. Reg. IV. 908.

34.

1369, August 28, Wien.

Herzog Albrecht III. verschreibt seiner Gemahlin Elisabeth, der Tochter K. Karls IV., für das Heiratsgut von 10.000 Schock großer Prager Münze 15.000 Schock derselben Münze

als Widerlage, beziehungsweise eine jährliche Rente von 2625 Pfund Pfennige auf der Maut zu Linz.

Dominus dux, marschalcus provincialis, magister curie de L[iechtenstein], Ekhartow senior et alii consilarii.

Original StA.
L. Reg. IV. 912.

35.

1369, August 28, Wien.

Herzog Albrecht III. verspricht für sich und seinen Bruder Leopold III., nachdem K. Karl IV. seiner Tochter Elisabeth, Albrechts III. Gemahlin, 40.000 Gulden gegeben hat, davon die landesfürstlichen Besitzungen Hainburg, Krems und Stein, Freinstein, Werfenstein und Grein, Lengbach und Starhemberg, welche zu Pfand gegeben sind, einzulösen und nicht mehr zu verpfänden.

Dominus dux, marscalcus provincialis, magister curie de Liechtenstein, Ekharow senior et alii consilarii.

Original StA.
L. Reg. IV. 913.

36.

1369, August 28, Wien.

Herzog Albrecht III. weist K. Karl IV. und dessen Tochter Elisabeth, seiner Gemahlin, für die Summe von 40.000 florentinischer Gulden, welche Karl IV. ihm und seiner Gemahlin gegeben hat, eine jährliche Rente von 4000 Gulden auf der Burg und Stadt zu Krems und Stein sammt Zugehör an.

Dominus dux, marscalcus provincialis de Meissow, magister curie de Liecht[enstein], Ekhartow senior et alii consilarii.

Original StA.
L. Reg. IV. 914.

37.

1369, September 29, Wien.

Herzog Albrecht III. erneuert das Verbot des Verkaufes ungarischer und wälscher Weine in Wien.

Dominus dux, marschalcus provincialis, magister curie de Lich[tenstein].

Original im StdtA. Wien, Nr. 763.

Tomaschek I. 176 ohne Vermerk. — L. Reg. IV. 922.

38.

1370, März 20, Meran.

Die Herzoge Albrecht III. und Leopold III. bezeugen, dass Hans der Starhemberger für sich und seine Hausfrau alle Vesten, Leute, Güter, Sätze etc. ausgeantwortet habe, welche sein Schwiegervater Petermann von Schenna bis zum Tode besessen hatte.

Domini Haidenricus de Meissoŵ marschalcus provincialis, Johannes de Liechtenstein de Nicolspurğ et Reinhardus Wëhinger ambo magistri curie.

Original StA.

L. Reg. IV. 968.

39.

1370, August 18, Wien.

Herzog Albrecht III. und Leopold III. verpfänden nach Rath ihres Rathes Gottfried dem Müller für seine Forderung von 1000 Florentiner Gulden die Steuergefälle des oberen und des niederen Amtes zu Glarus bis zur Höhe von jährlichen 110 Pfund Pfennigen Züricher Münze, wie diesen Satz schon vorher der alte Graf Johann von Habsburg von Herzog Albrecht II. und dessen Bruder Otto innegehabt hat.

Dominus episcopus Brixinensis cancellarius, Haidenricus de Meissow marschalcus provincialis, Johannes de Liechtenstein magister curie ducis A[lberti], Reinherus Wehinger magister curie ducis L[ieopoldi], Kristofforus Syrfeyer et Nicolaus Stayner officiales etc.

Original StA.

L. Reg. IV. 986.

40.

1370, August 24, Wien.

Die Herzoge Albrecht III. und Leopold III. erneuern der Stadt Klosterneuburg ein altes, verloren gegangenes Privilegium betreffend das Einfuhrverbot von Wein in diese Stadt.

Domini duces ambo, marscalcus provincialis de Meissow, ambo magistri curie de Lichtenstain et de Wehinger, Stayner, Syrfeyer etc.

Original im StdA. Klosterneuburg.

Kopie aus dem 19. Jahrhunderte im StA.

L. Reg. IV. 988.

41.

1370, October 8, Wien.

Die Herzoge Albrecht III. und Leopold III. gestatten der Stadt Wien die Errichtung einer Taferne für fremden Wein.

Domini duces, marschalcus provincialis, ambo magistri curie et consilium.

Original im StdA. Wien Nr. 781.

Tomaschek I. 179 ohne Vermerk und mit dem falschen Datum: 9. October. — L. Reg. IV. 997.

42.

1370, October 13, Wien.

Die Herzoge Albrecht III. und Leopold III. bekennen, dem Grafen Meinhard von Görz 6000 Pfund Wiener Pfennige schuldig zu sein, und schlagen ihm diese Summe auf die Wiener Bürgersteuer.

Haidenricus de Meissow marscalcus provincialis, ambo magistri curie de L[ichtenstain] et Weh[inger] et Nicolaus Stainer.

Original StA.

Kurz, Albrecht III. Bd. I. 228. — L. Reg. IV. 1000.

43.

1370, November 30, Steyr.

Herzog Albrecht III. gebietet seinem Burggrafen von Steyr Hans dem Kneusser, das Kloster Gleink im Besitze des ihm gehörigen Fischwassers zu schützen.

Dominus H[aidenricus] de Meissau
marschalcus provincialis et ma-
gister curie de Liechtenstain.

UBOE. VIII. 496.

L. Reg. IV. 1015.

44.

1371, Januar 23, Wien.

Herzog Albrecht III. bestätigt die Theilung der Lehen der Brüder Ulrich und Hans Dachsberger mit ihren Vettern Heinrich und Gundacker.

Marschalcus provincialis.

Original StA.

UBOE. VIII. 505. — L. Reg. IV. 1024.

45.

1371, Juli 12, Wien.

Die Herzoge Albrecht III. und Leopold III. fällen in dem Streite des Grafen Hermann von Cilli und Wilhelms von Scherffenberg nach Rath ihres Rathes einen Schiedspruch.

Domini duces per [se], Haiden-
ricus marschalcus provincialis et
ambo magistri curie de L[iechten-
stein] et de [Wehinger].

Melly, Vat. Urk. 53 Nr. LXXV die Note fehlerhaft, in obiger Weise unter Zuhilfenahme verwandter Vermerke berichtigt.

46.

1371, December 2, Wien.

Die Herzoge Albrecht III. und Leopold III. schlagen den Grafen Hermann und Wilhelm von Cilli die Summe von 468 Mark Schilling, 250 Pfund Wiener Pfennige und 100 florentinische Gulden auf die Burg und Herrschaft Arlsberg, nachdem die beiden Grafen obige Summe zur Einlösung

mehrerer zu dieser Herrschaft gehöriger Huben und zur Befriedigung anderer Gläubiger im Auftrage der Herzoge verwendet haben.

Haidenricus de Meissow marschalcus provincialis, Johannes de Liechtenstein magister curie ducis Alberti et Johannes de Tyrna officialis etc.

Melly, Vat. Urk. 54 Nr. LXXVI.

47.

1372, September 29, Wien.

Herzog Albrecht III. befiehlt dem Hauptmanne ob der Enns, Graf Ulrich von Schaunberg, das Kloster Garsten und dessen Leute gegen die Angriffe der Volkersdorfer zu schützen.

Magister ¹ provincialis et magister curie (?) L.

UBOE. VIII. 608.

48.

1374, Jänner 3, Wien.

Herzog Albrecht III. bestätigt eine Urkunde Herzog Leopolds VI. ddo. 1200, October 23 für das Kloster Formbach, wonach dieser Herzog an Formbach für den Markt Neunkirchen den Markt Herzogenburg eintauscht und einige andere Güter, endlich die niedere Gerichtsbarkeit in Herzogenburg dem Kloster verleiht.

Dominus dux, dominus cancellarius, marschalcus provincialis de Meissow, Hainricus de Walsse de Anaso et Hainricus de Liechtenstain.

UBOE. VIII. 672.

49.

1374, Jänner 7, Wien.

Die Herzoge Albrecht III. und Leopold III. gestatten dem Bischofe Johann von Brixen, Herzog Albrechts Kanzler, so-

¹ Soll marscaleus heißen.

wie dessen Vater und Brüdern, mehrere Kirchen im Namen der Landesfürsten einmal vergeben zu dürfen.

Domini Haidenricus de Meissow
marscalcus provincialis Austrie,
Hartmanus de Liechtenstein de
Nicolspurg, Hainricus de Rappach
et plures alii nobiles consensui
huius negocii et appositioni signeti
ab alia parte positi interfuerunt.

Original StA.

50.

1374, Februar 4, Wien.

Herzog Albrecht III. bestätigt, dass Haug von Tybein den Satz, den Chol von Seldenhofen auf der Burg und Stadt Windischgraz von den Herzogen gehabt hat, mit seiner Zustimmung um die ursprüngliche Pfandsumme im Betrage von 1300 Pfund und 300 Gulden an sich gebracht habe und denselben bis zur Ablösung innehaben dürfe.

Dominus dux per se, marschaleus
provincialis et magister curie.

Melly, Vat. Urk. 55 Nr. LXXVIII.

51.

1374, März 3, Wien.

Herzog Albrecht III. verkündet das Erkenntnis, welches die Herren in dem Streite der Walseer von Drosendorf mit Stephan von Hohenberg unter seinem Vorsitze gefällt haben, dahingehend, dass der Hohenberger den Abt und das Kloster von Lilienfeld wegen dieses Streites nicht bedrängen, sondern seine Ansprüche im gerichtlichen Wege geltend machen solle.

Marschaleus provincialis.

Original in Lilienfeld.

Kopie aus dem 19. Jahrhundert im StA. — UB. Nr. 6^b.

52.

1375, März 28, Wien.

Herzog Albrecht III. beauftragt seinen Pfleger zu Steyr, Rudolf von Walsee, das Kloster Gleink und dessen Besitz zu schützen.

Dominus dux per Haidenricum
de Meissow.

UBOE. VIII. 752.

53.

1375, April 30, Wien.

Herzog Albrecht III. bestätigt der Stadt Wien die schon von Herzog Albrecht II. erneuerte Urkunde Friedrichs III. ddo. 1312, September 8, in welcher der Stadt die hergebrachten Rechte bestätigt und einige Zusätze für die Kaufleute dasselbst erlassen wurden.

Dominus dux per se, magister curie de Lichtenstein, Wernhardus de Meissow marschalcus provincialis, Haidenricus de Meissow, Hainricus de Rauhenstain, Ekhart-
awer senior et ceteri consules.

Original im StdtA. Wien Nr. 853.

Tomaschek I. 188 ohne Vermerk.

54.

1375, Mai 10, Linz.

Herzog Albrecht III. bestätigt den Schiedspruch, den der Landmarschall Haidenreich von Meissau zwischen dem Kloster St. Florian und den Bürgern von Enns in Betreff einer Au bei Spielberg gefällt hat.

Dominus dux per Haidenricum
de Meissowe predictum.

UBOE. VIII. 757.

55.

1377, März 16, Wien.

Herzog Albrecht III. genehmigt die pfandweise Übertragung mehrerer Sätze zu Schrick von Ulrich dem Telesbrunner an Friedrich den Weidner.

Dominus dux et dominus Wernhardus de Meissow marescalcus
provincialis.

Kopie in der Hft. 16 des StA. fol. 95^a Nr. 260.

56.

1377, Juli 7, Wien.

Herzog Leopold III. genehmigt die pfandweise Übertragung des Satzes auf dem Dorfe Schrick im Betrage von 16 Pfund Pfennigen von Ulrich dem Telesbrunner auf Friedrich den Weidner.

Wernhardus de Meissow marscal-
cus provincialis.

Kopie in der Hft. 16 des StA. fol. 95^a Nr. 261.

57.

1380, Februar 18, Wien.

Herzog Albrecht III. befreit das Stift Garsten wegen der Geldschulden desselben für drei Jahre von jeder Gastung, insbesondere von jener, welche sie den herzoglichen Jägern und Hunden leisten mussten.

Dominus dux per marschalcum
provincialem.

Original in Garsten.

Kopie aus dem 19. Jahrhunderte im StA.

L. Reg. IV. 1497.

58.

1380, November 26, Wien.

Herzog Albrecht III. bewilligt seinem Juden Izzerlein von Klosterneuburg und anderen Juden zu Wien, dass das in der Judenstadt zu Wien, und zwar in jener Gasse, in der Izzerl wohnt, gehende Thor auch in Hinkunft vermauert und gesperrt bleiben soll.

Dominos dux per se, marscalcus
provincialis de Meissow et ma-
gister curie de L[iechtenstein]
audiverunt.

Original StA.

R. Reg. IV. 1536.

59.

1395, Juni 2, Wien.

Die Herzoge Albrecht III., Wilhelm und Leopold IV. versprechen Ita, die Tochter ihres Landvogtes in Schwaben Engelharts von Weinsberg und Gemahlin Friedrichs von Walsee, falls ihr Gatte vor ihr versterben sollte, im Besitze ihrer Habe schützen zu wollen.

Domini duces per se audiverunt
presente domino Rudolfo de Wall-
sse marschalco provinciali.

Original StA.

L. Reg. IV. 2487.

Wretschko, Marschallamt.

60.

1398, August 6, Wien.

Herzog Wilhelm gibt seine Zustimmung, dass die Heimsteuer, Morgengabe und Widerlage der Herzogin Johanna, der Gemahlin Albrechts IV., auf der Veste Starhemberg am Hausruck, der Stadt, dem Gerichte und dem Ungelde zu Wels und auf dem Amte zu Gmunden sichergestellt werde.

Dominus dux per se audivit presentibus domino Fr[isingensi] episcopo cancellario, R[udolfo] de Wa[lsee] magistro curie, U[lrico] Dachsparg marescalco provinciali, A[lberto] Ottensteiner, Pernhardo de L[iechtenstein], Niclas Pillung magistro camere etc.

Original StA.
L. Reg. V. 260.

61.

1409, Juni 16, Wien.

Die Herzoge Leopold IV. und Ernst bekennen als Vormünder Herzog Albrechts V., dass ihnen Hans Greissenecker, ihr Untermarschall, 1000 fl. geliehen habe, und verpfänden ihm dafür nach dem Rathe ihrer und ihres Mündels Rätthe das Urbar zu Werfenstein.

Dominus dux L[iupoldus] per Hertnidum de Pot[tendorf] mareschalcum provincialem.

Dominus dux E[rnestus] per se et magister curie de Puch[aim], Otto de Meissow, L[iupoldus] de Ekk[artsau] magister curie domini ducis Alberti, Albertus Ott[ensteiner], Jo[hannes] Eberstorfer, Jo[hannes] Neidegker magister camere domini ducis A[lberti], Tywold Floit et Jo[hannes] Sweinwartter.

Kopie in der Hft. 16 des StA. fol. 97^a Nr. 266.

62.

1427, Juni 28, Wien.

Herzog Albrecht V. belehnt Hertnid den Hauczenpekh mit mehreren herzoglichen Lehengütern, welche dessen väterliche Erbschaft bilden.

Dominus dux per Johannem de
Ebers[torf] marscalcum provin-
cialem.

Original StA.

L. Reg. V. 2555.

63.

1428, Juni 16, Wien.

Herzog Albrecht V. belehnt die Brüder von Starhemberg mit solchen Lehen, die sie von Hans dem Granperger gekauft haben.

Dominus dux per Johannem de
Eberstorf marscalcum provincialem.

Original StA.

L. Reg. V. 2669.

IV.

Urkundliche Beilagen.

1.

Sophie, die Witwe Heinrichs von Ruchendorf, und ihre Kinder verkaufen an Eberhard von Walsee ihren Hof und ihr Gut zu Guntersdorf um 400 Pfund Wr. Pf.

1300, Februar 28, Krems.

Original auf Pergament im StA. mit sechs Siegeln, davon jenes des Ulrich von Kapellen abgefallen.

Ich vro Sophia witwe hern Hainrichs seligen van Ruchendorf vergihe und tûn kunt an disem prieve allen leuten, die nu lebet oder her nach kûnftig seint, das ich vûr mich und meine kint, swie si sint genant, den hof und das gût ze Gunthartzstorf mit holz mit velde mit waide mit gûlte und mit allem rehte swas da zû gehôret, es sei gesûcht oder ungesûcht, eigen vur eigen, lehen vur lehen, verkôfe und han verkaufet hern Eberhart van Walse umb vierhundert phunt Wiener phenninge, der ich und meine kint von im gænzlich gewert sein, als ich vergihe an diesem prieve. Wer aber, da vor got sei, das derselbe her Eberhart van Walse oder sein erben uf dem gûte angesprochen oder beschatz wurden van minem wegen oder miner kinden als unser erben, da vûr gib ich ze pûrgel und ze schirme hern Ulrich und hern Otten van Purchdorf gebrûder und hern Friderich van Pach, daz die des vorgenanten gûtes scheirmer sein und es verantworten und versten sulen mit gûten treuwen ane geverde nach rehte und nach des landes gewanheit. Wir her Ulrich und

her Otte van Purhdorf gebrüder und her Friderich van Pach geloben auch mit ganzen treuwen ane geverde, das wir das vorgeante güt verantworten unde scheirmen soln an allen sachen, als es hern Eberhart van Walse seinen kinden und seinen erben notdurftig ist, und geben uns selber darüber ze purgel als da vor mit usbescheiden Worten gesprochen und getroffen ist. Und das dise rede und dirre chauf ganz und unzerprüchen belibe, darumb ist dirre prief versigelt mit hern Ulrichs, hern Otten und hern Friderichs der vorgeanten purgel und hern Ulrich van Kapelle, hern Hermans des marschalchs van Landenperch, der an meins herren stat ist herzog Rudolfes van Österreich, und hern Diethreichs van Pillichdorf, die hie bi seint gewesen. Wan ich vro Sopheye nicht ingesigel habe, darumb binde ich mich meine kint und mein erben under den vorgeanten ingesigeln stäte ze haben mit güten treuwen ane geverde, als wir über ain sein komen. Wir her Ulrich und her Otte van Purchdorf gebrüder, her Friderich van Pach die purgel, und wir her Ulrich van Chapelle, her Herman der marschalch van Landenperch und her Dietreich van Pillichdorf dur der vorgeanten witwen vron Sophien beste henken unser ingesigel an disen prief ze einem offen und gewerem urchunde alles des da vor geschriben ist. Hie bi waren gezüge her Ulrich van Chapelle, hern Herman der marschalch van Landenperch, her Peringer sein sun, her Hainrich und her Eberhart van Walse, her Diethrich van Pillichdorf, hern Heinrich van Durnpach und sin sun, her Wolfger und her Ulrich van Dachspersch, her Diether van Hymperch, her Diether van Ymmendorf, her Hertenig der Strachener, her Friderich der Walch, her Chünrat der Sasser und ander erber leute genüge. — Dirre prief ist geben ze Chrems, do van Christes gebürte waren dreizehnhundert jar an dem sunnentage in der ersten vastwuchen.

2.

Die Herzoge Rudolf III. und Friedrich III. befreien das Haus, welches Erzbischof Konrad von Salzburg zu Wien von

*dem Bürger Otto Hager gekauft hat, von allen Abgaben und
Einquartierungslasten. 1303, November 13, Wien.*

Original im StA. auf Pergament mit dem großen Siegel Rudolfs III.
an Pergamentstreifen.

L. Reg. II. 418 — WrReg. II. 1545.

Nos Rudolfus et Fridericus, dei gratia duces Austrie et Stirie, domini Carnyole, Marchie ac Portusnaonis ad universorum volumus noticiam pervenire, quod nos cupientes venerabili patri domino nostro Chvnrado sancte Salzburgensis ecclesie archiepiscopo A[postolicae] s[edis] l[egato] et eius, qui pro tempore fuerint, successoribus sicut decet in omnibus et singulis merito complacere et ubilibet facere, que ipsis grata fore noverimus et accepta, domum suam infra muros civitatis Wiennensis iuxta ortum Scotorum deprope situatam, quam idem dominus archiepiscopus pro se et ecclesia Salzburgensi suisque successoribus comparavit ab Ottone Hagario cive nostro Wiennensi pro certa pecunie quantitate, una cum suo hospite inquilino seu inhabitatore domus eiusdem, quem ibidem pro custodia seu regimine ipsius hospicii duxerint relinquendum, ab exactione steurarum seu alterius oneris impositionis aut obsequii cuiuslibet prestatione exemptam esse volumus et decernimus omnino liberam et immunem, precipientes nostre gracie sub obtentu, ne quis domesticus vel extraneus aut alia persona, cuiuscumque nominis seu condicionis existat, domino seu hospite ipsius domus in scio vel invito se inibi recipere audeat aut per se vel per alios aliquatenus hospitari, nostro marschalci sive alterius cuiuscumque officialis nostri mandato seu quavis contraria consuetudine non obstantibus, que libertatem presentis concessionis nostre possent quomodolibet infirmare. In quorum testimonium et evidenciam pleniorum predictis domino Chvnrado archiepiscopo suisque successoribus et ecclesie Salzburgensi presentes damus litteras nostro sigillo videlicet Rudolphi ducis Austrie predicti consignatas, quo et nos Fridericus dux frater eiusdem utimur in hac parte. Datum Wiene anno domini millesimo trecentesimo tercio in die beati Briccii confessoris et episcopi.

3.

Dienstrevers des Stephan von Meissau, obersten Marschalles in Österreich, für König Friedrich III.

1329, März 10, Krems.

Original im StA. auf Pergament. Porträtsiegel des Ausstellers an Pergamentstreifen hängend, den Aussteller zupferde mit den Insignien seines Erbamtes darstellend. Umschrift: † S. STEPHANI · D. MEISSAW · MARSCALCI · AUSTRIE †.

L. Reg. III. 773.

Ich Stephan von Meissaw, marschalich in Osterrich vergich und tuen chunt offenlich mit disem brief allen den, die in ansehent lesent oder hörent lesen, daz ich gelobt han und verpinde mich des mit disem brief dem hochgeborn fursten meinem genedigen herren chunig Fridrich von Rom zu dienen und ze warten mit ganzen trewen und mit allen meinen vesten, daz im die und allen den seinen offen sein sullen, swann des not geschiech[t] und er sein bedârf in und die auzzelazzen, und dorzu hab ich geswarn seinen rat und im zu dienen als ain getrewer diener seinem herren billichen tuen sol, und wer daz er meins dienstes bedôrft auzzer dem land ze varen, der mir ze swer wer, darumb sol er mir tuen, das zeitlich ist als andern seinen dienern, daz ich daz dester baz erzeugen und volenden mûg. Und des ze urchund gib ich dem vorgeanten meinem herren dem chunig disen brief versigelten mit meinem insigel, der ist geben ze Chrems, da man zalt von Christes gepurd dreuzehenhundert jar und dornach in dem neununtzwainzgistem jar an vreitag vor dem suntag Invocavit.

4.

Albrecht Burggraf von Gars verpflichtet sich, den Herzogen Albrecht II. und Otto, welche ihm seine Veste Harnsberg rückerstattet haben, durch vier Jahre im Lande mit 24 Kriegern, außer Landes mit 8 Helmen zu dienen.

1330, April 22, Wien.

Original im StA. auf Pergament mit dem an einem Pergamentstreifen hängenden Siegel des Ausstellers in rothem Wachs.

L. Reg. III. 806.

Ich Albrecht purgraf ze Gors vergich und tûn chunt öffentlich mit disem brief umb die genade, so mir die hochgebornen fürsten mein genedig herren herzog Albrecht und herzog Ott von Osterreich und von Steyr getan habent und mir mein vesten ze Harnsperch mit allem und darzû gehöret wider gegeben und ingantwürtet habent, daz ich in dorumb gelubt han ze dinen von nu sand Georientag uber vier jar, daz daz vird jar in irn gnaden stê also beschaidenlich, swo si meins dinstes inner landes bedürfen oder an die gemercht, ez sei gen Ungern, gen Behem, gen Payern und gen Chêrnden, daz ich in dohin dinen und warten sol mit virundzwainzich mannen mit zwelif helmen und mit zwelif schuczen; und wer, daz si meins dinst auzzer landes in ein hervart bedürfen in denselben vir jaren, so sol ich in dohin dinen mit acht helm auch auf ir gnad, also daz ich des dinstes inner landes desselben jares ubrig werde und sol ich fürbaz umb den andern dinst gebunden sein auf das zil als vör geschriben ist. Und des zu ainem urchunde gib ich meinen vörgenanten herren disen brief versigelt mit meinem insigel, der ist geben ze Wienn, do man zalt von Christes gebürde dreuzehenhundert jar und darnach in dem dreizzigisten jar an suntag vör sand Georientag.

5.

Graf Ulrich von Pfannberg, Marschall in Osterreich und Hauptmann in Kärnten, und Graf Burkhard von Maidburg, Burggraf zu Maidburg und Graf zu Hardegg, beide Herzog Albrechts II. Verweser in Osterreich, Ulrich von dem Graben, Hofmeister der Herzogin Katharina, und Ulrich der Chormeister von St. Stephan bestätigen den Geschäftsbrief der Anna Würffel zugunsten ihres Gatten Niklas des Würffel.

1354, Juli 6, Wien.

Original im StA. auf Pergament mit vier an Pergamentstreifen hängenden Siegeln.

Wir graf Vlreich von Phannberch marschalich in Österreich und hauptman in Chernden und wir graf Pürchart von Maydbürch, pürchgraf ze Maydbürch und graf ze Harrdekk zu den zeiten paide verweser in Österreich an unsers gnedigen herren stat herzog Albrechts in Österreich in Steyr und in Chernden und ich Ulreich von dem Graben zu den zeiten hofmaister der edeln hochgeborn furstinne herzoginne Katrein herzog Ruedolfs hausvrow in Österreich und ich Ulreich zu den zeiten chormaister sande Stephans pharr ze Wienn veriehen und tûn chunt allen den, die disen brief lesent oder horent lesen, die nu lebent und hernach chunflich sint, daz die erber vrow vrow Anna Niclas hausvrow dez Würffels vor unser veriehen hat umb allez daz gescheft, daz si demselben irm wirt Niclasen dem Würffel geschafft hat, alz der gescheftbrief sagt, den er von ir dar uber hat und den wir ze gegenwort derselben vrown Annen verhort haben, daz si bei demselben gescheft beleiben wil und auch daz genzeichen stet haben wil in allem dem rechten, alz der gescheftbrief sagt, und hat auch uns dez die egenant vrow Anna gepeten, daz wir ir daz selb gescheft und den gescheftbrief an unsers gnedigen herren stat herzog Albrechts besteten und bezeugen mit unsern insigiln. Und daruber so geben wir Niclasen dem Würffel disen brief ze ainem warn gezeug diser sache versigilt mit unsern anhangunden insigiln; der brief ist geben ze Wiene nach Christs gepurde dreuzehenhundert jar darnach in dem virundfünzigistem jar dez nachsten sunntags nach sande Ulreichs tage.

6.

Herzog Rudolf IV. von Österreich weist den Bürger von Wien Niklas Dratlauf wegen seiner Schadenersatzforderung gegen die Hannauer in den Besitz von zwei diesen gehörigen Höfen und beauftragt seinen Landmarschall, ihn im Besitze dieser Pfandschaften bis zur Rückkehr der Hannauer zu schirmen.

1361, December 4, Wien.

Original im StA. auf Pergament mit dem kleinen herzoglichen Siegel an Pergamentstreifen.

L. Reg. IV. 312. — WrReg. III. Nr. 3206.

Wir Rüdolff von gottes gnaden herzog ze Osterreich, ze Steyr und ze Kernden tun chunt, daz unser getrewr Niclas der Dratlauf purger ze Wienn uns an genanten stuken beweiset hat, daz die Hannawër auz der vest Hornberg im genomen haben rechtes hauptgûts, das kostet und trifftet newn guldein minner denne sibenzehenhundert guldein, so habe er verzeret nach dem genomen gût ze werbend sibenzig guldein, der summe ist uberal sibenzehenhundert und ainundsechzig guldein; für dieselben summe guldeiner haben wir dem egenanten unserm purger ingeben und ingeantwurt die zwen hõfe ze Wildendorf die der Hannawer sind mit disen nachgeschriben zinsen nûzen und zûgehörungen — — — —

mit der beschaidenhait, daz unser lieber getrewr Leutolt von Stadekk lantmarschalich in Osterreich den egenanten unsern purger und sein erben von unsern wegen darauf schirmen sol unz an die zeit, daz die Hannawer ze lande choment und si des egenanten gutes mit denselben hõfen oder mit andrer irr hab ligender oder varender verrichtent und gewerent. Wår aber daz si nach irr chunft des nicht tēten, so mugen unser egenanter purger und sein erben mit den zwain hõfen und mit allem dem, das darzû gehõret, schaffen allen iren frumen verchaufend verseczend hinleihend oder in ander weg, wie in das fueget, und wellen wir des ir gewer und scherm sein vor gewalt und vor unrecht. Mit urchund dicz briefs, geben ze Wienn an samztage vor sand Niclastage nach Kristes gepurd dreuzehenhundert jar darnach in dem ainundsechzigisten jare.

+ hoc est verum +

6 a.

Herzog Rudolf IV. bestätigt den Spruch, welchen der Landmarschall Leutold von Stadeck in der Appellationssache Heinrichs des Hackenbergers gegen den Richter und die Gemeinde Ottenthal gefällt hat.

1362, Jänner 18, Wien.

Original angeblich im fürstlich Liechtenstein'schen Archive zu Wien, daselbst jedoch nicht auffindbar. Kopie saec. XVIII [1769] im StA.

Wir Rüdolf von gotes gnaden herzog ze Österreich ze Steyr und ze Kernden etc. tûn chunt umb die chrieg und stozze, die da gewesen sind zwischen unserm lieben getrewen Hainrichen von Hakenberg an aim tail und dem richter und der gemain ze Ottental an dem andern tail von eins gedings wegen, das der egenant Hakenberger von dezselden chriegs wegen wol an Leutolten von Stadekk unsern lantmarschalh in Österreich getûn mocht, daz wir wellen ernstlich, swaz unser herren vor dem egenanten unserm lantmarschalh darumb erfunden und ertailt habent, daz ez dabei beleibe an alle irrung nach sag des briefs, den der egenant Hainrich von Hakenberg von demselben unserm lantmarschalh darumb hat. Mit urkund diez briefs, geben ze Wienn an Eritag vor sand Agnesentag nach Christs gepurd drewzehenhundert jar darnach in dem zwaiundsechzigistem jar.

† hoc est verum †

Dominus dux per se.

6 b.

Herzog Albrecht III. verkündet den Urtheilsspruch, welchen die Herren in dem Streite der Walseer von Drosendorf mit Stephan von Hohenberg gefällt haben, dahingehend, dass der Hohenberger den Abt und das Stift Lilienfeld nicht bedrängen, sondern seine Ansprüche im gerichtlichen Wege geltend machen solle.

1374, März 3, Wien.

Original im Stiftsarchive zu Lilienfeld¹ auf Papier, Siegel auf der Rückseite fast ganz abgerieben. Kopie saec. XIX im StA.

L. Reg. IV. 1155. — Anhang III., Reg. Nr. 51.

Wir Albrecht von gots gnaden herzog ze Österreich ze Steyr ze Kernden und ze Krain, graf ze Tyrol etc. tun chunt umb die chrieg und stôzz, die gewesen sind zwischen unsern getrewn lieben den von Walsse von Drosendorf an ainem

¹ Die Collation mit dem Originale besorgte in freundlicher Weise Herr P. Paul Tobner, Capitular des Stiftes daselbst.

tail und Stephann von Hohenberg an dem andern tail, darumb derselbe Hohenberger von schäden wegen, die er dies krieg genomen hat, bekumbert und angraif die erbern geistlichen den abt den convent und daz gotzhaus ze Lienveld, daz darumb unser herren vor uns erfunden habent, daz der vorgevant von Hohenberg den obgenanten abt den convent und das gotzhaus unbeswert und unbekumbert lazzen sol; hab des der vorgevant von Hohenberg hincz in dem gotzhaus oder des leuten ichts ze sprechen das tû mit dem rechten. Davon mainen und wellen wir ernstlich, daz es fürbaz dabei beleib und also gehalten werde an widerred und gevär, und welicher dawider têt, das wër genzlich wider uns und wolten den darumb pezzern. Mit urchund dicz briefs geben ze Wienn an freitag vor dem sūntag Oculi in der vasten anno domini millesimo CCC^{mo} LXXIII^o. Marschalcus provincialis.

7.

Schirmbrief des Landmarschalles Bernhard von Meissau für Jakob den Valkner anstatt Pauls des Perger wegen der Güter, welche ihm gegen Johann den Poll schon von seinen Amtsvorgängern gerichtlich eingewantwortet worden sind.

1375, April 1, Wien.

Original im Wr. StdtA. Nr. 850 auf Pergament mit dem Familiensiegel des Ausstellers.

Ich Wernhart von Meissow obrister marschalich und di zeit lantmarschalich in Österreich bechenn offenlich mit dem brief umb die güter, die der erber Jacob der Valkchner pürger ze Wienn an Pāuln stat Niclas sun des Perger mit dem rechten behabt hat hincz Jannsen dem Pōllen in der lantschrang zu dem hoftaiding ze Wienn vor erbern herren rittern und knechten, als sein behabbrief sagt, den er hat derselben güter aller, wie die genant oder wo si gelegen sint, di her Leutold von Stadek, her Fridreich von Waltse, mein vetter Haidenreich von Meissow weilent lantmarschalich in Österreich den obgenanten Jacoben den Valkchner an des

egenanten Pauln stat von meins herren wegen genzlich in nucz und in gewer gesaczt und gewaltig gemacht habent, als di herren erfunden und ertailt habent mit dem rechten, und siczet er auch derselben guter in nucz und in gewer, und bin auch ich von meins herren wegen der guter aller sein scherm vor menichlich vor gewalt und unrecht zu dem rechten nach seins behabbriefs sag. Mit urkund des briefs, der geben ist ze Wienn an sunntag ze mittervasten nach Kristi gepurd drezehenhundert jar darnach in dem fünf-undsibenzkistem jar.

8.

Herzog Albrecht verleiht Heinrich dem Gessler die Landvogteien im Aargau, im Thurgau und im Schwarzwalde.

1387, März 1, Innsbruck.

Original unbekannt. Kopie in der Hft. 409 neu fol. 19^a des StA.¹

Wir Albrecht von gots gnaden herzog ze Osterreich etc. tun kunt, daz wir unserm getrewen lieben Hainreichen dem Gessler die lantvogteien unserr lande in Ergow, in Thurgow und auf dem Swarzwalde ingeben und empholhen haben ingeben und emphelhen auch wissentlich von dem nechsten vergangen zwelften tag ze weinachten in dem siben und achzigistem jar unz auf den zwelften tag nach weinachten, der darnach schirist wirdt in dem acht und achzigistem jar, also und in solicher mass, daz er im die egenanten unsere land und auch unser lewt und undertan, die in den gesessen sind oder darzu gehornt, getrewlich lasse empholhen sein und die vestikleich halt und schirme vor allem gewalt und unrecht und si auch verspreche und verwantwurt in all weg und an allen stetten, wann si des notdurftig sind oder werdent nach allem seinen vermugen und an gevërde von unserm wegen; und darumb wir dem egenanten Gessler zu kostgelt und fur all ander

¹ Überschrift: Commissio advocatie provincialis Ergowie, Turgogie et supra Nigrasilva facta Heinricho Gëzzler per annum domini MCCCLXXX septimum.

sach, es sei von tägleisten und botschaft oder von andern dingen geben sullen und ze geben verhaissen haben zwai- tausent guter gulden, als bald wir iecz und dicz unsers ge- verts gen Wienn komen, von uns gevallen sullen ane ver- ziehen tausent gulden und der andern tausent gulden wir in auf den nechsten kunftigen sand Michels tag richten sullen und wellen furderleich und auch ane verziehen. Der ege- nante Gessler sol auch die vorgeante zeit mit niemand von dhainerlai sach wegen dhainen krieg anvahen noch andern niemand anezevahen gestatten an unsern willen und gunst und angeverd. Mit urkunt dicz briefs, geben ze Inspruk an freitag vor Reminiscere nach Krists geburd drewzehenhundert jar darnach in dem siben und achzigisten jare.

Anmerkung. Durch die Urkunde ddo. 1388, Jänner 13, Wien erhielt Graf Hugo von Montfort diese Landvogtei gegen ein Jahrgeld von 3000 fl. für ein Jahr zugewiesen, und es wurde ihm gleichzeitig auch das Recht zuerkannt, den Juden im Gebiete dieser Landvogteien das Geleite zu gewähren; er musste jedoch den ihm daraus erwachsen- den Nutzen an den Herzog verrechnen. Durch eine zweite Urkunde von demselben Tage ermächtigte ihn Herzog Albrecht, alle während dieses Jahres daselbst etwa zur Erledigung kommenden geistlichen oder weltlichen Lehen bis zu 5 Mark verleihen und alle darüber abgeschlos- senen Rechtsgeschäfte an des Lehnheern statt bestätigen zu dürfen. Endlich ergieng an demselben Tage an alle Herren, Ritter und Knechte im Aargau, im Thurgau und auf dem Schwarzwalde der Auftrag, diesem Landvogte in allen Sachen so wie dem Herzoge selbst gehorsam zu sein. Kopien in derselben Handschrift fol. 19^b, 20^a und 20^b.

9.

Herzog Albrecht III. verleiht Walthern von der Altenklingen die Landvogtei im Elsass und im Sundgau.

1387, November 25, Schaffhausen.

Original unbekannt. Kopie derselben Zeit in der Hft. 409 neu des StA. fol. 20^b.

Wir Albrecht etc. bekennen offenleich mit dem brieve, daz wir dem edeln unserm lieben getrewn Walthern von der Altenklingen nach lawterm getrawen, so wir zu im haben,

die landvogtei unserr landen ze Elsass und ze Suntgow ingeben und emphelhen mit dem gegenwurtigem brief von dem tag, als der brief geben ist, unz auf den Obristen schirist kunftig und darnach uber ein iar, also daz er die egenanten unsere land und all unser lewt und undertanen darinne gesessen innhaben verantwurten und auch beschirmen sol getrewleich in all weg und auch nach allem seinen vermugen gen menikleich, wa und wenn si des notdurftig werdent an geveꝛ. Wir gūnnen und beschaiden im auch zu siez und wonung unser burg und stat ze Tanne, also doch daz er sein selbs kost und zerung da hab und si auch in sein selbs kosten behutte und besorg an all geveꝛ. Und wann er auch nicht lehen von uns hat und davon umb solich sache, die unsere lehen anrūrent, selber nicht recht getūn mag noch sol, darumb geben wir im vollen gewalt, daz er zu solichen sachen einen andern unsern lehensman ze richter geben mag und sol, wenn und wie oft des die obgenant zeit durft wirdt, der umb dieselben lehen recht verhōr und auch tū, und mainen uud seczen auch was also vor demselben zu dem rechten umb solich unsere lehen erkant und erfunden wirt, daz das kraft hab und genzlich dabei beleib. Auch geben wir im gewalt juden gelaite zu gebent in seiner lantvogteie oder dadurch die obgenante zeit, also doch was nucze davon gevallen, daz er uns die sunderleich verantwurt und verrait. Wir bescheiden und geloben auch dem egenanten unserm lantvogte zu der lantvogtei zu kostgelt und fur all ander sache, es sei von taglaisten botscheften oder andern dingen, zu geben zwaitausent guldein, der wir oder unser lieben vettern oder erben in oder sein erben richten sullen tausent guldein uf sand Johannstag zu Sunegichten und die andern tausent guldein von dem obgenanten nechsten Obristen uber ain jar furderleich und an alles verziehen. Auch sol derselb unser lantvogt die vorgenante zeit dheinen solichen krieg, den er an uns nicht auzzerichten und geenden mocht, umb dhainerlai sach nicht anvahen noch ieman anderm gestatten anzevahen in seiner lantvogtei ane unser wissen und haissen an geverd. Und der sach zu urkund geben wir den gegen-

wurtigen brief versigelten mit unserm anhangenden insigel, der geben ist zu Schafhausen an sand Kathreintag LXXXVII^o.

Anmerkung. Durch eine Urkunde von demselben Tage wurde dieser Landvogt ermächtigt, alle während dieser Zeit zur Erledigung kommenden geistlichen und weltlichen Lehen im Werte bis zu 5 Mark wieder verleihen und alle darüber etwa abgeschlossenen Rechtsgeschäfte an des Lehnheerrn statt bekräftigen zu dürfen. Kopie ebenda fol. 21^b.

10.

Herzog Albrecht III. befiehlt dem Landmarschall Rudolf von Walsee gemäß dem vom Herzoge in dem Streite zwischen Heinrich von Walsee und dem Königsberger gefällten Schiedsspruche die Lehengüter zu Schönau dem Erstgenannten einzuantworten. 1388, März 2, Wien.

Original im StA. auf Pergament. Siegel auf der Rückseite.
L. Reg. IV. 2126.

Wir Albrecht von gotes gnaden ze Österreich, ze Steyr, ze Kärnden und ze Krain, graf ze Tyrol etc. embieten unserm getrewen lieben Rüdolffen von Walsse unserm lantmarschalch in Österreich unser gnad und alles güt. Wir emphelhen dir ernstleich, daz du alle die güter, die lehen sind und zu Schönnaw gehörent, unserm getrewn lieben Hainreichen von Walsse inantwortest und in der an nucz und gewer seczest und auch dabei haltest vestechleich von unsern wegen nach laut des spruchs und des spruchbriefs, den wir vormals zwischen demselben Hainreichen ains tails und dem Künigspergër und seinen mittailen des andern tails daruber getan haben, wan wir das ernstleich mainen. Geben ze Wienn an mëntag nach dem suntag Oculi anno domini etc. LXXX octavo. Dominus dux.

11.

Herzog Albrecht III. bestellt Hertlein von Liechtenstein von Nicolsburg zum Hauptmanne im Lande Steiermark.

1388, April 17, Wien.

Original unbekannt. Kopie in der Hft. 409 neu fol. 25^a im StA.¹

Wir Albrecht etc. bechennen und tun kunt öffentlich mit dem brief, daz wir als genediger furst und herr aller unserr undertanen und getrewen innerklich begeren und trachten unser furstentum und land ze Steyr ze beseczen, damit das wol bewart und versorgt sei und in gutem wesen beleib. Davon nach der gewärten trew und frumkait, die wir an unserm getrewn und lieben Hertlein von Liechtenstain von Nicolspurg von jungen tagen her, als er uns gedient hat, stetikleich befunden haben, darumb wir auch sunder getrawn zu im haben, so haben wir im nach guter vorbetrachtung und rate unsers rats fur uns und unser lieben vettern und erbern die hauptmanschaft unsers egenanten landes in Steyr empholhen und geben im auch mit dem gegenwurtigen brief vollen und ganzen gewalt alle sachen daselbs ze handeln und auzzerichten, als ander hauptlewt vormals da gehebt und getan habent, unz an uns oder unserr erben widerrufen ungevêrlich. Darumb gebieten wir mit dem gegenwurtigen brief vestekleich allen unsern herren rittern und knechten, stetten burgern und lantleuten des egenanten landes, edeln und unedeln, reichen und armen, wie si genant sein, und wellen bei unsern hulden, daz si dem egenanten Hertlein von Liechtenstain an unserr stat als unserm hauptmann gewertig gevolgig und gehorsam sein genzleich und an alle widerrede in allen sachen, als man andern unsern hauptleuten daselbs vormals getan hat unz an uns; wan wer dawider têt, den mag und sol er an unserr stat swêrleich darumb pezzern an leib und gut. Mit urchund des briefs, geben ze Wienn an freitag nach sand Tiburcien- und sand Valerianstag CCC^o LXXX octavo.

12.

Herzog Albrecht III. bestellt seinen Rath Reinhard von Wehingen zum Landvogte und Hauptmann in den oberen Landen

¹ Überschrift: Commissio capitaneatus Styrie.

und zwar in Schwaben, im Thurgau, Aargau und Sundgau, im Elsass, im Breisgau und auf dem Schwarzwalde.

1389, Juli 25, Wien.

Original unbekannt. Kopie derselben Zeit in Hft. 409 neu des StA. fol. 22^{a.1}

Wir Albrecht etc. et fiat sub maiori titulo. Bekennen offenleichen mit dem brief, daz wir fur die hochgebornen fürsten unser lieben vettern und fur uns selber und unser erben dem edeln Reinharten von Wehingen unserm rate sonderlieben und getrewen nach dem lautern getrawen, so wir zu im haben und billeich haben sullen, ingegeben und empholhen haben, geben und emphelhen auch wissentlich mit kraft des gegenwurtigen briefs nach rate unsers rates die lantvogteien und haubtmanschaft unserr erbern lande zu Swaben, zu Turgow, ze Ergow, ze Suntgow, ze Elsass, zu Brisgow und auf dem Swarczwald von sand Larenczentag nu schierest kunftig uber ein jar, also daz er die egenanten unsere land und all unsere lewte und undertanen darinne gesessen innehaben verantworten und beschirmen sol von unsern wegen vor gewalt und unrechten getrewlich und nach allem seinem vermügend gen menklich, wa und wenn si des notdurftig werden an gevâr. Wir geben im auch mit kraft des gegenwurtigen briefs vollen und ganzen gewalt in denselben unsern landen zu handeln in allen sachen zu gleicher weis als wir selber, wie er nach seinen trewen erkennend wirdt, daz es uns und [unsern] landen und lewten nucz und fugleich sei. Wir benennen auch dem vorgenanten Reinharten von Wehingen auf dieselbe sein lantvogteie zu kostgeld und fur all ander sachen, es sei von tagleisten, botscheften oder andern sôlichen dingen, die inner den kraisen seiner obgenanten lantvogtei die weile ze handelend werden, zu geben sibentausent guldein, der wir in ieczunt hie dreiertausent bar ausgerichtet haben, umb die ubrigen viertaüsent haben wir im ander unser brief

¹ Überschrift: Commissio advocacie Turgogie Ergogie etc. facta Reinhardo de Wehingen.

geben, damit er der auch ausgericht wirt. Wir gebieten auch allen unsern herren graven freien dienstherren rittern und knechten, phlegern und burggraven, vögten schultheissen ammannen und allen andern unsern amptlewten undertanen und getrewen edeln und lantvolk, wie si genant sein, daz si dem egenanten von Wehingen in allen sachen gevolgig gehorsam und beistendig sein an alle widerred als getrewleich und furderleich, als wir inen getrawen, wann wir das zu sundrer gevallnuss und dienste nemen und ez auch ernstleich mainen. Und der sach zu urkund geben wir im gegenwurtigen brief versigelt mit unserm fürstlichem anhangenden insigel, der geben ist ze Wienn an sand Jacobstag LXXX nono.

Anmerkung. In einer Urkunde desselben Datums wurde dem genannten Landvogte die Auszahlung der restlichen 4000 fl. aus der herzoglichen Kammer, und zwar je 2000 fl. am St. Martinstage und am St. Georgstage zugesichert. Durch die Urkunde ddo. 1390, October 23, Amstetten verlängerte Albrecht III. obige Verträge unter denselben Bedingungen auf ein weiteres Jahr. Zwei Kopien in der Hft. 409 neu des StA. fol. 22^b und 23^a.

13.

Herzog Albrecht nimmt Hanns den Tannberger von Münster gegen ein Jahrgeld von 60 Pfund Wr. Pf. zu seinem Diener auf.
1394, December 7, Wels.

Original unbekannt. Kopie derselben Zeit in Hft. 14 fol. 34^b ff. des StA.¹

L. Reg. IV. 2443.

Wir Albrecht etc. bekennen, als unser getrewer Hanns der Tannberger von Munster unser diener worden ist und uns versprochen hat getrewlich ze dienen nach sag seins briefs, den wir darumb von im haben, also haben wir im, dieweil er in unserm dienst ist, alle jar versprochen ze geben LX pfund Wiener phenning, die im halb auf sand Jorgetag und halb auf sand Micheltag von uns sullen furderlich

¹ Überschrift: Pensio Joh. Tannberger de Munster LX pfund ad revocationem.

werden und gevallen doch unz an unser widerruefen. Wer aber das wir sein mit volk wurden bedurffen, so sullen wir im alsvil darumb tûn als andern rittern und knechten, und ob er und dasselb sein volk in unserm dienst auf dem veld icht schaden nemen, darumb sullen si und er bei unsern rêten genzlich beleiben, was si zwischen unser darumb sprechent an gevær. Davon gebieten wir unserm getrewn Ulreichen dem Zinkchen, oder wer je denn unser amptman wirdt, und wellen ernstlich, das er den egenanten Tannberger um das egenante sein jargelt jârlîch zu den egenanten zwain jarzîln furderlich ausricht, als vor geschriben statt. Wann welichs jars er das also getût, so sagen wir in des ledig und wellen im die an seiner raitung legen und abziechen unz an unser widerruefen an gevêrd. Mit urkund dicz briefs geben ze Wells an montag nach Niclas LXXXX quarto.

14.

Dienstrevers, ausgestellt von Hanns dem Tannberger über obigen Dienstvertrag. 1394, December 7, Wels.

Original unbekannt. Kopie ebenda fol. 35^{a.1}

Ich Hanns der Tannberger von Munster bekenn mit dem brief, als mich der hochgeborne fûrst mein gnadiger herr herzog Albrecht herzog ze Osterreich etc. ze seinen diener hat aufgenommen und mîr darumb alle jar versprochen hat ze geben LX phunt phenning nach sag seins brief, den ich von im darumb hab, also verhaiss und gelob [ich] bei meinen trewn wissentlich mit dem brief, demselben meinen herrn getrewlich ze dienen ze allen seinen notdurften wider aller menklich niemand ausgenomen, denn wider den hochgeborn fursten mein gnedigen herren herzog Hainrich pfallenzgrafen bei Reyn herzogen in Bayrn und das Nyderland ze Bayrn pin ich im nicht gepunden ze dienen. Es ist auch getaidingt, ob mein derselb mein herr herzog Albrecht mit volk bedarf,

¹ Überschrift: Reversale eiusdem Tannberger super scripto eodem.

das sol ich im fuern und sol mir auch darumb tun als vil als andern rittern und knechten, und ob ich und dasselb mein volk auf dem veld von den veinden icht schaden nemen, darumb sullen wir bei dessen meins herren herzog Albrecht reten genzlich beleiben und was si uns darumb sprechent, das sol uns wol benugen und sullen dawider nicht tûn. Derselb mein herr herzog Albrecht mag mir auch sein dienst absagen, wenn er will; wenn auch mir derselb meins herren herzog Albrecht dienst nicht mer fueget, so mag ich erberlich von im urlab nemen, und wenn ich von im meins egenanten jarsoldes bezalt bin, als vil und ich gedient hab und mich denn ze recht angepurd, so sol ich und mein erben noch niemand ander von unser wegen hinz demselben meinen herren herzog Albrecht und seinen erben nichts mer ze sprechen haben in dhain weg, sunder im auch unvergriffenlich an den briefen, so er vor von mir hat ungevêrd. Datum ut prius.

15.

Die Herzoge Wilhelm und Albrecht IV. bekennen dem Landmarschall Ulrich von Dachsberg wegen seines rückständigen Soldes und wegen anderer Auslagen, welche er vornehmlich bei Errichtung des Landfriedens und für unternommene Kriegszüge gehabt hat, 2033 Pfund 3 Schillinge und 6 Pfennige schuldig zu sein und sichern ihm die Zahlung bis Weihnachten zu.
1399, September 3, Wien.

Original unbekannt. Kopie im StA. in der Hft. 16 fol. 49^a Nr. 108.¹

Wir Wilhelm und Albrecht etc. herzogen ze Österreich, ze Steyr, ze Kernden und ze Krain, graven ze Tyrol etc. bechennen und tun kund (offenleich mit dem brief)² fur uns und unser erben, das wir unserm lieben getrewn Ulreichen

¹ Überschrift: Ülreichs von Dachspêrg geltbrief MMxxxiii tal. iii ß vi ſ.

² Von der ersten Hand, dann aber gestrichen.

von Dachspurg unserm lantmarschalich in Osterreich schuldig worden sein und gelten sullen (das nachgenant gelt):¹ von erst tausent dreuhundert und funfzig phunt phenning, die im von uns auzligent an seim jarsold *seins marschalichampts*² von newn quaternen nachst vergangen; item achzig phunt sechs schilling zehen phenning, die er uns gelihen hat zu der zerung, die er an den gemerken getan hat, da wir verd den lantfrid schufen ze machen; item hundert und achtundsechzig phunt phenning, die er etleichen gesellen, die von des lantfrids wegen mit im geriten habent, fur uns bezalt hat fur ir scheden, die si desselben geverts habent genomen; item dreuhundert und sechsundfunfzig phunt *phenning*,² die er mit unserm volk ze Egemburg an der lantwer nach unserm haissen hat verzert; item funfundzwainzig phunt siben schilling und siben phenning, die er uns gelihen hat zu zerung im und unserm lieben getrewn Hannsen von Eberstorf, da si nach unserm haissen mit unsers oheims N. des marggrafen von Merhern rethen ze Laa hewr getaidingt habent, und zwaiundfunfzig phunt funf schilling und dreizehen phenning, die er uns auch dargelihen hat zu auzrichtung der zerung, die er und unser volk nu nachst ze Mawrperg und ze Seueld, da si Mathesen von Liechtenstain, den der Paltendorffer gefangen hat, ledig machten, getan habent: also bringent die summ des obgenanten gelts zwaitausent drewunddreissig phunt drei schilling und sechs phenning, die sullen und wellen wir im und seinn erben unverzogenleich bezalen und auzrichten auf (sant Steffanstag im Augst schierest kunftig)¹ *nu die nachstkunftigen weihnachten*.² Das geloben wir in² (wir in, also ze halten und ze volfuren)¹; bei unsern furstleichen gnaden und *wirdikaiten*² (trewn)³ (an gever, und des ze urkund geben wir in den brief mit unsern angehangen insigeln versigelten, der geben ist ze Wienn an mitichen nach sant Margretentag

¹ Von der ersten Hand, dann aber gestrichen.

² Von einer zweiten Hand.

³ Von der ersten Hand, dann gestrichen und an dessen Stelle gleichfalls von dieser Hand „wirdikeiten“.

nach Kristi gepurd dreuzehenhundert jar darnach in dem newnundnewnzigistem jar)¹ mit urchund dicz briefs, geben ze Wienn an mitichen nach sand Giligentag 99.²

Dominus Dux A[lbertus] per se.

16.

Die Herzoge Wilhelm und Albrecht IV. versprechen, alle Veranstaltungen, welche der Landmarschall Ulrich von Dachsberg und andere Landherren, Ritter und Knechte zur Durchführung des mit den Ständen geschlossenen Landfriedens treffen würden, zu genehmigen, sie gegen jedermann zu schützen und ihnen etwaigen Schaden zu ersetzen. 1402, April 1, Wien.

Original unbekannt. Kopie in der Hft. 16 des StA. fol. 54^b Nr. 125.³

Wir Wilhalm und Albrecht etc. bechennen: als wir unser getrewn lieben Ulreichen von Dachspurg unsern lantmarschall in Österreich, Fridreichen von Walssee, Hainreichen von Celkingen, Otten von Meyssaw, Albrechten den Ottenstainër unsern hofrichter in Osterreich, Rudolfen den Lasperger, Ortolffen den Stokarnër und Dyepolten den Floyten haben auzerkorn und geschafft die landfrid ze bereitten, des wir mit prelëten herren rittern und knechten und steten sein überein worden ze machen nach sag der brief, die von uns baiden tailn darüber gegeben sind, also haben wir denselben unsern lantherren rittern und knechten, als sie davor mit namen steend, beschriben in allen gemainleich und irer igleichem besunder bei unsern fürstleichen wurden und eren versprochen und gelobt, versprechen und geloben in auch wissentleich mit dem brief, was si nach irn trewn, die si uns darumb gegeben habent, in demselben landfrid machend tünd und handelnt uns und [unsern] landen und leuten ze nûcz und frumen,

¹ Von der ersten Hand, dann aber gestrichen.

² Von einer zweiten Hand.

³ Überschrift: Versprechung für schäden auf die nachgeschriben person.

daz das unser gütlicher wille und gunst sein soll und wellen und sullen auch das von in gnedikleich haben und aufnemen, und ob in iemant darumb dester veinter sein wolt, daz wir si gegen den versprechen und si gnedikleich schirmen und halten und in vestikleich beholfen sein sullen und wellen, wenn si uns darumben anrueffend. Auch geloben und verhaissen wir in allen und irr ieglichem besunder, ob si an demselben irm reiten den lantfrid ze machen icht merkleicher und redleicher scheden auf dem veld von den veinden nemen, der wissentleich wër, daz wir und unser erben si darumb gnedikleich und fürderleich wellen und sullen lösen und auzrichten und si an schaden davor bringen nach unser rêt rat an verziehen und geverd. Mit urchunt dicz briefs, datum Wienn sabbato ante dominicam Quasimodogeniti anno etc. CCCC^{mo} secundo.

17.

Friedrich Schwarz schwört Friedrich von Walsee und anderen Herren, welche mit diesem das Landgereune abgehalten haben, wegen seiner Gefangennehmung Urfehde und verpflichtet sich in Hinkunft dem Lande Österreich ferne zu bleiben.

1402, Juni 30.

Original im StA. auf Pergament mit drei an Pergamentstreifen hängenden Siegeln.

Ich Fridreich Swarcz vergich und tûn kunt ôffenleich mit dem prîf allen, den er furchumpt: alz mich der edel mein gnâdiger herr herr Fridreich von Wallsse in seiner vanknuzz gehabt hat von solcher unpilleicher sach wegen, die demselben meim herrn und auch andern herrn, die an dem lantgerâwn mit im geriten sint, auf mich fürchômen sint, daz ich mich darumb für mich selber und mein erben, mein frewnt und helfer gegen dem egenanten meim herrn von Wallsse mit mein trewn an aides stat verlupt und verpunden hab, lub und verpind mich auch wissenleich mit dem prîf, daz ich nû fürbas von derselben vankchnuzz wegen dem benannten meim herrn von Wallse und all den sein und auch den

herrn, die mit im an dem gerawn geriten habent, und all den irn noch weder land noch leuten nimermer dester veinter sein sol und sol in auch von der sach wegen chainerlai schaden züzichen weder mit Worten noch mit Werchen, haimleich noch öffenleich in chainen wegen an geverd, und sol auch in das land gen Österreich nimer chömen. Und hab darumb zesamt mir ze porgen und ze selbgescholn gesaczt meinn lieben prüder Hannsen am Pruckchlein, Thoman seinn sun, Nikeln den Hueber, Fridel den Fogs von Schergendarff, Paulein Tödinger von Sadarsdarff, Henslein Stempfel den smit ze Aspach, Erharten Stainer daselbz, Thoman Peczlinger, Jacoben Hüfnagel zü sand Peter, Steffann Leitgeben ze Chrensteten, Hannsen Feynt von Fumfmezen, Micheln daselbz ze Fumfmezen, Jörgen den Wymmer, Hanssen Tågen an der Hueb, Cristann von Weigleiten und Thömeln Sneyder von Praczdram, also ob ich die sach fürbaz indert überfür, wie sich daz verget, daz wissenleich wår, oder daz ich überweist würd mit aim pidermann oder mit menigerm, so sol ich dem egenanten meim herrn von Wallsse und sein erben leibs und gütz vervallen sein an alle gnad und sol auch dann gānczleich übersagt sein und dawider chain freiung nindert haben, und sullen auch wir obgenanten purgen und selbgescholn darzü vervallen sein anderhalbhundert phunt Wiener phenning auch an alle gnad dem egenanten unserm gnädigen herrn von Wallsse oder seinn erben, und mugen sich unser hab selb wol underwinden, davon si der egenanten anderhalbhundert phunt phenning gānczlich ausgericht werdent. Daz ist denn unser guetleicher will an allen auszug und an gevår und des ze urchunt geben wir dem obgenanten unserm gnädigen herrn herrn Fridreichen von Wallsse und seinn erben den prüf versigelt mit des erbern Hanssens des Sinczendörffer die zeit phleger ze Wallsse, mit Hanssens des Páleiter und mit Weygleins in Plankchen die zeit amptman daselbz ze Wallsse mit ir aller dreier anhangunden insigeln, darumb wir seu vleissiglich gepeten haben in und iren erben an schaden, darunder wir uns obgenant ich Fridreich der Swarcz und wir all purgen und selbgescholn, ich Hans am Pruklein sein prüder

und die andern, als wir vor mit namen an dem prîf geschriben sein, verpinten uns mit unsern trewn an aides stat ungevergleich allez daz stet ze haben, daz vor an dem prîf verschriben ist der da geben ist nach Christes gepûrd uber vierzenhundert jar darnach im andern jar des nachsten freitags noch sand Peters und sand Paulstag der heiligen zwelifpoten.

18.

Die Herzoge Wilhelm und Albrecht IV. beauftragen ihren Landmarschall Friedrich von Walsee, seines Amtes zu walten und für die Sicherheit des Verkehres im Lande Sorge zu tragen, gegen die schädlichen Leute aber mit Strafe vorzugehen.

1403, Februar 6, Wien.

Original unbekannt. Kopie in der Hft. 16 des StA. fol. 59^b Nr. 137.¹

Wir Wilhelm und Albrecht etc. embieten unserm lieben getrewen Fridreichen von Walsse unserm lantmarschalich in Österreich unser gnad und alles güt. Wan so gros merkleich geschrei und klag, die in unserm lande ze Österreich ist von reichen und armen, unsern steten und landleuten, gaistleichen und werltleichen von des grozzen unfrids wegen der rauberei, so sich lang zeit vergangen hat und noch tēgleich da vergeet, mainen wir als gnēdig fursten des landes das ie underkōmen und des nicht lenger leiden. Davon gepieten wir dir vesticleich, daz du als unser lantmarschalich, dem das zūgepūret, mit endlichem ernst und vleizz darzū tūst von unsern wegen fūrderlich und all strazzen und stet, wa des durft ist, bereitest und lassest bereiten und wen du von solchen ūbeltätigen und schēdleichen leuten ankomen mugest, in welichen gerichtten oder lantgerichtten die sein, daz du die frei freileich anvallest, straffest und richtest nach iren schulden und darinne niemands schonest noch dir zu lieb lassest sein, da redleiche

¹ Überschrift: Daz N. der lantmarschalich all strassen bereit und all ūbeltätig und schedleich lēut anvall und straff.

schuld sei, si sein halt unser oder anderr herren gaistlicher oder werltlicher ritter oder knechte diener, oder wie si genant sein, und auch solich leut, wa des durft ist, aũzziehest, es sei bei tag oder nacht, wie dir das allerbechomenleichst sei, damit du fried machest, daz menikleich reich und arm, kaufleut und lantleut sicher in unserm lande gereiten varen und wandern mügen, wan wir dir in dhaine weis darin greifen noch dawider tũn wellen und auch niemand anderm dawider ze tũn gestaten, sunder ob geschẽch, daz dir das indert ze swër oder daz du von solicher anvẽll wegen, die du tũn müst, von iemand veintschaft oder anvẽll gewunnest, von wem das wër, geloben wir dir bei unsern fürstleichen gnaden wissentlich mit dem brief, daz wir dir denn gegen dem oder den darinne gnẽdicleich und furderleich wellen ze hilf kômen und ze staten und dich darinne in dhaine weis lassen, als das wol billich ist an alles gevërde. Mit urkund dicz briefs geben ze Wienn an sand Dorotheentag anno etc. quadringentesimo tertio.

19.

Andreas Spitzer schwört den Herzogen Wilhelm und Albrecht IV. von Österreich und ihrem Landmarschall Urfehde, nachdem er aus der Haft entlassen wurde, die über ihn anlässlich des Gereunes verhängt worden war. 1403, März 5, Wien.

Original im StA. auf Pergament mit zwei Siegeln an Pergamentstreifen; davon ist das Siegel des Ausstellers weggefallen.

L. Reg. V. 543.

Ich Andre Spiczer vergieh und tun kund offenleich mit dem brief allen, den er fürkümbt: als ich von solcher merkleicher schuld und inzicht wegen, so ieczund in dem gerawn auf mich kômen was, in der hochgeboren fürsten herzog Wilhalm und herzogs Albrechts herzogen ze Österreich etc. meiner gnẽdigen herren und ir lant und lewt grozz ungnad gevallen was, und mir aber mein gnediger herr her Fridreich von Walsse lantmarschalch in Österreich an der egenanten meiner gnedigen herren der herzogen stat durch vleizziger

und grozzer pet willen meiner freunt und ander erberr lewt dieselben schuld und sach gnädikleich und gänzleich hat vergeben, also hab ich mich mit meinen trewn an aides stat verlobt und verpunden und verpind mich auch wissentleich mit dem brief, daz ich hinfür wider dieselben mein herschaft von Österreich, noch den egenanten iren marschalch, noch wider ir lant oder lewt, noch ander niemant mit kainen unerbern sachen noch taten nimmermer getün sol noch wil in dhainer weis. Wer aber daz ich daz indert überfür, des ich wissentleich überweist würd, so sol ich der egenanten meiner herschaft von Österreich und irem lantmarschalch, wer der je ist, und auch iren landen und leuten leibs und güts verfallen sein an alle gnad und sol auch darinne kainer herschaft noch freiung nindert geniessen. Und des ze urkund gib ich den brief besigelt mit meinem anhangunden insigel; so hab ich gepeten den erbern knecht Jorgen den Sweinwartter, daz er der sach gezeug ist mit seinem anhangunden insigel, im an schaden. Der brief ist geben ze Wienn an montag nach dem suntag als man singet Invocavit in der vasten nach Kristi gepürd vierzehenhundert jar und darnach in dem dritten jare.

20.

Jost der Kirchstetter, den Herzog Leopold IV. von Österreich wieder zugnaden aufgenommen hat, verspricht ihm und Herzog Albrecht V. gehorsam zu sein und in Hinkunft das Recht nur von ihnen, ihrem Marschall oder an den Stätten zu nehmen und zu geben, wo man dies nach Landesrecht thun soll.

1407, Jänner 22, Wien.

Original im StA. auf Pergament mit zwei Siegeln an Pergamentstreifen.

L. Reg. V. 828.

Ich Jost der Kirichsteter vergich und tün kunt: als ich gegen dem hochgebøren fürsten herzog Leupolten herzogen ze Österreich etc. meinem gnädigen lieben herren verchlagt und fürbracht bin worden von sölher sach wegen, damit ich

wider in und das land ze Österreich getan solt haben, darumb ich in deselben meins gnädigen herrn ungnad und ungünst gevallen und komen was, und aber derselb mein herr mich darumb gnädichlich verhört und wider in sein huld und gnad genom hat, also hab ich gelobt und verhaissen wissentleich bei gûten trewn an aides stat, daz ich fûrbazzer wider denselben meinen gnädigen herrn herzog Leupolten und herzog Albrechten seinen vettern, der zu seinen jaren nicht kômen ist, und ir lant und leut nicht sein noch tûn sol und wil in dhain weis, sunder in in allweg als ander herren ritter und knecht gehorsam ze sein und das recht vor in, irem marschalch oder an den steten, da ich das pillich tûn sol nach dem landes rechten, nemen und geben an all widerred ungeverlich. Und des ze urchunt gib ich den egenanten meinen herren von Österreich den brief versigelt mit meinem anhangunden insigel und mit des erbern Cristoffen Grauenwerder meins gûten frewnd auch anhangunden insigel, der das zu ainer gezeugnûzz durch meiner vleizzigen bet willen daran gehenkt hat, im und seinen erben an schaden; geben ze Wienn an samstag nach sand Agnesen-tag nach Krists gepûrt vierzehenhundert darnach in dem sibenden jare.

21.

Herzog Leopold IV. von Österreich und dessen Gemahlin bestellen den Grafen Hanns von Lupfen zu ihrem Landvogte im Elsass und im Sundgau. 1408, Juni 8, Krems.

Original im StA. auf Pergament mit zwei anhängenden Siegeln.
L. Reg. V. 1026.

Wir Leupolt von gots gnaden herzog ze Osterrich, ze Steyr, ze Kërnden und ze Krain, grafe ze Tyrol etc. und wir Katherina von Burgundien von denselben gnaden herzogin derselben landen bekennen und tûn kunt: als wir vorgenanter herzog Leupolt der egenanten unserr lieben gemaheln die land und herschaft Elsæss und Sunggow von irer eestewr wegen verschriben haben, also haben wir baide dieselben

unser land und herschaft Elsäss und Sunggow dem edeln unserm lieben oheim graf Hannsen von Lupfen empfolhen und in zu lantvogt daselbs gesezet, empfelhen und seczen auch wissentlich mit dem brief in solher masz, daz er die in unsern namen und an unserr statt getrewlich verwesen ausrichten und versprechen und vor allem gewalt und unrecht vestiklich halten und schirmen sol an allen stetten und genmèniklichem, da des durft ist und not beschiht und ze gleicher weis, als das ander unser lantvögt vormals getan habent, und vestiklich volführen, was wir im empfelhen mit unsern briefen oder botten, und darinne niemanden fürsecz weder freund noch ander iemand an gevärde, als er uns auch des gesworn und seinen brief darumb gegeben hat. Und zu der verwesung und ausrichtung derselben lantvogtei haben wir im zu kostgelt beschaiden alle jar und die weil er unser lantvogt ist und in zu ainem lantvogt halten, sibenhundert güter reinischer guldein, die im unser obrister amptman daselbs zu Elsäss und Sunggow, wer der denn ie zu den zeiten ist, ausrichten und bezalen sol zu jeglicher quattertemper und fronvasten im jare hundert und fumfundsibenzig guldein und darumb zu jeglichem zil seinen quittbrief nemen, wan wir die nach derselben quittbrief begreifung dem obgenanten unserm amptman allzeit an seiner raitung legen und abziehen wellen. Wenne er auch also seins kostgelts und jargelts bezahlt wirdt, so sol er mit seinen nützen, zinsen, vellen und gülten der egenanten herschaft und lande nichts zu schaffen haben, denn daz er dem egenanten unserm amptman und andern unsern vögten und amptleuten die und andere sach, die sie an in bringen, helf inzebringen und auszerichten, wenn er darumb von in angerüft wirdet und in allen andern sachen das best und getrewest ze tûn an gevärde. Wir geben auch dem egenanten unserm oheim und lantvogt vollen gewalt unser herren ritter und knecht und unser manne vor solher sach wegen zu tügen ze manen, die denn für uns und unser manne gehörent ungeverlich. Mit urkund diczs brives, geben ze Krembs an freitag nach den Pfingstveirtagen nach kristis gepürde in dem vierzehenhundertisten und dem achten jare.

22.

Gerichtsbrief des Landmarschalles Hertnid von Pottendorf über die Ansprüche des Ritters Hanns des Würfel gegen Hanns den Griesser. 1409, Juni 19, Wien.

Original im StA. auf Pergament, Siegel abgefallen.

Ich Hærtneid von Potendorff landmarschalich in Österreich bekenn, daz an heutigem tag für mich komen ist der erb̃er vest ritter her Hanns der Würfel und bracht für brief, die er von Hannsen dem Griesser burger zu Ybs hat und klagt, wie daz er in nach derselben seiner brief sag nicht ausrichtet und ich in doch vormalen von meiner herren der herzogen und meinen wegen zu dreinmalen darumb für mich geladen hett, darauf er auch nicht fürkomen were. Ist von den rēten, die darzemal bei mir waren, zu dem rechten erkant und gesprochen: seid daz ich denselben Griesser also zu dreinmalen für mich geladen hab und darauf nicht fürkomen sei, so sull ich dem egenanten Würfel seines güts, wo er darauf zaige, alzvīl inantwurten und gewaltig machen alzverer, daz er nach derselben seiner brief laut ausgericht und unklaghaft werde. Mit urkund dits briefs, geben ze Wienn an mitichen nach sand Veitstag nach Christi gebürde vierzehenhundert jar darnach in dem newnden jare.

23.

Herzog Leopold IV. verkündet das Urtheil seiner Rätthe in dem Streite der Abtissin von Erla mit den Bürgern von Enns wegen einer Ladstätte auf der Donau.

1410, September 4, Wien.

Original im StA. auf Pergament. Siegel abgefallen.

Wir Leupolt von gotes gnaden herzog ze Österreich, ze Steyr, ze Kērnden und ze Krain, grave ze Tyrol etc. bechennen umb die stōss und misshell, die gewesen sind zwischen der erbern geistlichen N. der abbtissin zū Erlakloster ains teils und unsern getrewn lieben unsern burgern zū Enns des

andern von wegen aiñer laastat, und darumb wir denselben beden teilen ainen tag auf den nachstvergangen sand Gilgentag für uns ze komen beschaiden hetten, denselben tag dieselb abbtissin gesúcht hat und die egenant von Enns nicht noch iemand von iren wegen, also habent unser r̃et, die dozemaal bei uns waren, nach solher brief sag, die dieselb abbtissin und ir gotshaus von unsern vordern löbleicher gedēchnúss darumb habent, und auch nach der kuntscheft laut, so si von rittern knechten m̃erkten und landl̃euten darumb fürbracht, zú dem rechten erchannt und gesprochen: daz dieselb abbtissin ir gotshaus und ir l̃eut nu fürbasser bei der laastat zwischen Erlakloster und Stain gegen der aw über gelegen an der T̃unaw beleiben sullen nach der obgenanten brief und kuntschaft begreifung, doch uns unserm vettern und erben an unsern mauten und rechten unschedleich. Davon gebieten wir unsern lieben getrewn allen unsern hauptl̃euten herren rittern und knechten und andern unsern untertanen und getrewen und besunderleich unsern burgern zú Enns, den der brief gezaigt wirdt, und wellen ernstleich, daz si nu hinfür der egenanten abbtissin und irem gotshaus an der obgenanten laastat dhainerlai irrung noch inṽell nicht t̃un in dhain weis, sunder si dabei von unsern wegen vestekleich halten und scherm nach der vogenanten brief und kuntschaft sag und des nicht lassen. Das meinen wir mit urchund dicz briefes, geben ze Wienn an phinztag nach sand Gilgentag nach Kristis gebúrd vierzehenhundert jar und darnach in dem zehenden jare.

24.

Herzog Albrecht V. verleiht Hanns dem Floit die Pflege und das Landgericht zu Kreuzenstein. 1411, September 11, Wien.

Original unbekannt. Kopie in der Hft. 16 fol. 67^a des StA.¹

Wir Albrecht etc. bekennen, daz wir unserm getrewn Hannsen dem Floyten unser phleg und lantgericht zem Greit-

¹ In der Handschrift ist diese Urkunde aufgenommen mit der Überschrift: Hannsen des Floiten brief umb die phleg und das lantgericht zem Greitschenstain.

schenstain ingeben haben und geben auch wissentleich mit dem brieve, daz er die mit aller zûgehörung, als die vormalen ander lantrichter inngehebt habent, unverkert innhaben sol von hinnen unz auf sant Jörgentag nachstkünftig und von demselben sant Jörgentag über zwai ganze jar die nachsten, die darnach kôment sint. Er sol auch uns und unserm lantmarschalch in Österreich, wer der die zeit ist, mit der egenanten vest zem Greitschenstain und in allen andern sachen, so ainem lantrichter daselbs angehôret, gewërtig und gehorsam sein und das lantgericht getrewleich und ordenleich verwesen und innhalten, damit menikleich daselbs bei geleich und recht beleibe und gehalten werd ungevërleich. Ob er aber des nicht têt und uns nicht gehorsam wër, als er pilleich solt, so mügen wir in in der zeit wol wider entseczen, wenn uns das gevellt. Mit urkund geben zu Wienn an freitag vor des heiligen krewcztag exaltationis undecimo.

25.

Herzog Albrecht V. weist den Sold seines Landmarschalles Hertnid von Pottendorf auf das Ungelt zu Korneuburg, auf das Ungelt im Machlande, in Purkersdorf, in Gmunden und Schwand, endlich im Wachsenberger Landgerichte und auf das Amt Struden.
1411, October 18, Wien.

Original unbekannt. Kopie in der Hft. 16 des StA. fol. 68^a Nr. 156—161.¹

Wir Albrecht etc. schaffen mit ew, unsern getrewn unsern ungeltern zu Kornnewnburg, gegenwürtigen und künftigen, wer die ie dann sind, und wellen ernstleich, daz ir unserm lieben getrewn Hêrtneiden von Potendorff unserm lantmarschalch in Österreich an seinem jarsolt und kostgelt jërleich zu den vier zeiten im jar, als sitleich und gewönleich ist, von den nûzen des egenanten ungelts fûrderleich

¹ Überschrift: Hertneids von Potendorff lantmarschalch in Österreich jarsold und kostgelt achthundert phunt phenning auf den nachgeschriben ambten.

ausrichtet zwaihundert phunt phenning, doch all die weil er unser lantmarschalch ist und unz an unser widerrufen. Wan was ir im ie also gebt, das wellen wir ew stëttikleich an ewer raitung schaffen ze legen und abzeziehen. Mit urkund etc., geben ze Wienn an sant Lucastag ewangeliste anno etc. CCCC^{mo} undecimo.

Item consimilem litteram habet predictus marescalcus super ungelto in Machland pro c tal. den. sub eodem dato.

Item super ungelto in Purkchartstorff habet prelibatus marescalcus similem litteram per omnia eiusdem tenoris pro c tal. den.

Item super ungelto in Gmunden et in Swanns etiam litteram pro clx tal. den.

Item super ungelto in Wëchseemberger lantgericht lxxx tal. den.

Item super officio in Strudem clx tal. den.

Summa des marschalchs jarsolt und
kostgelt decc tal. den.

26.

Herzog Albrecht V. verkündet den Urtheilsspruch des herzoglichen Hofgerichtes in dem Streite der Priorin des Klosters zur Himmelspforte in Wien mit Konrad dem Mer wegen der Lehnschaft an einem Altar in dieser Klosterkirche.

1416, Jänner 27, Wien.

Original im StA. auf Pergament mit dem herzoglichen Siegel.

Wir Albrecht von gotes gnaden herzog ze Österreich, ze Steir, ze Kärnden und ze Krain, graf ze Tirol etc. bekennen, daz an heutigen tag, da wir zu gericht sassen, für uns kamen die erbër geistleich unser andächtige N. die priorin zu den Himelporten hie zu Wienn ainstails und unser getrewr Chûnrat der Mër des andern von wegen der lehenschaft des alters der heiligen dreir kunig daselbs zu den Himelporten gelegen, darumbe si baiderseit miteinander stössig warn. Und

da die egenant priorin ain brief fürbracht der innhielt, wie daz weilent Jörg der Mër dieselben lehenschaft dem obgenanten gotzhaus zu den Himelporten geben hat, daengegen aber der egenant Chûnrat antwurtet, seid der brief, den Jörg der Mër dem ietzgenanten gotzhaus geben hiet, nûr mit ainem insigl besigt wër, daz der dann nach dem landsrechten dhain kraft nicht haben solt, und wan sich baid tail der sachen nach meniger red und widerred an uns und unser herren und rêt, die dazemal bei uns warn, liessen zum rechten, habent dieselben unser herren und rêt nach unser frag erkant zum rechten: Seid daz die lehenschaft des oftgenanten alters Jörgen des Mërn ledikleich sei gewesen an mittailn und er die nachmaln mit seim brief zu dem obgenanten gotzhaus geben hat, daz es dann pilleich dabei beleibe, also daz hinfur ain iede priorin und das convent zu den Himelporten den egenanten alter leihen sullen nach rate der nachsten erben und freunde, als denn der obgenant brief innhaltet ungevërleich. Mit urkunt dicz briefs, geben zu Wienn an mëntag nach sant Paulstag der bekerung anno domini millesimo quadringentesimo sedecimo.

27.

Herzog Albrecht V. verkündet das Urtheil des Hofgerichtes über die Klage des Magisters Peter Deckinger gegen einige Grundbesitzer wegen Auszahlung der diesem für eine Messe in der Stephanskirche gebührenden Rente.

1419, Mai 7, Wien.

Original im Wr. StdtA. auf Papier. Siegel auf der Rückseite.

Wir Albrecht von gotes gnaden herzog ze Österreich, ze Stëyr, ze Kërnden und ze Krain, grave ze Tyrol etc. bekennen von der zûspruch wegen, so der erber unser liber andëchtiger maister Peter Dekchinger zu Cûnraten im Tal, Chûnraten im Weg, dem Eysnein, Petrein, Micheln in dem Rechgraben, Micheln auf der Ris, Symonen dacz dem Güten und Rûdlein dem ambtmann in der Leuch in Kirichperger pharr gesessen, oder ob der etleich abgangen wern, zu îren

nachkommen, die ihre güter jecz besiczent, hat gehebt umb fünf phunt und fünfzig phenning gelts, die si im zu hilf ainer ewigen messe, die man auf unsrer frawn alter zu sand Stephan ze Wienn spricht, ausrichten und damit gehorsam sein solten nach innhaltung des stiftsbriefts darüber gegeben, darumb si der egenante Dekchinger zu dreinmaln, als recht ist, fur uns hat geladen, da aber si noch niemand von ihren wegen fürkomen ist und wan wir von desselben Dekchinger anwalt umb recht wurden angerufft, habent unsere herren und rêt, die daczemal bei uns warn, nach unsrer vrag erkannt zu dem rechten: seid wir die obgenanten leut zu dreinmaln für uns geladen haben, als recht ist, und aber si noch niemand von irn wegen auf antwurt ist furkomen, so hab der egenant maister Peter sein anklag nach innhaltung der ladung genzleich behabt und wir sullen unsern lantmarschallich emphelhen mit denselben leuten zu schaffen und si darzu zehalten, daz si maister Petrein umb dieselben gult furderleich entrichten und im furbasser damit gewertig sein nach des vorgeantanten stiftsbriefts begreifung. Mit urkunt diez briefts, geben an suntag nach sand Johannstag ante portam Latinam anno domini etc. quadringentesimo decimo nono.

Dominus dux in consilio.

28.

Herzog Albrecht V. weist den Landmarschall Pilgrim von Puchaim an, den Magister Peter Deckinger unverzüglich in den Besitz der ihm im Hofgerichte zuerkannten Rente zu setzen und die Schuldner zur regelmäßigen Zahlung der jeweils fälligen Beträge anzuhalten. 1419, August 10, Wien.

Original im Wr. StdtA. auf Papier. Siegel auf der Rückseite.

Wir Albrecht von gotes gnaden herzog ze Österreich, ze Stêyr, ze Kêrnden und ze Krain, grave ze Tyrol etc. embieten unserm lieben getrewn Pilgreimen von Pûchaim unserm landmarschalch in Österreich unser gnad und alles gût. Als der erber unser lieber andêchtiger maister Peter

Dekchinger gen etleichen leuten ain recht vor unser erlangt und behabt hat umb fünf phunt und funfzig phenning gelts, die si im zu hilf ainer ewigen messe, die man auf unsrer frawn altar zu sand Stephan ze Wienn spricht, ausrichten und dienen sullen nach laut unsers gerichtsbriefts und auch des stiftbriefts darüber gegeben, emphelhen wir dir ernstleich und wellen, daz du den vogenanten maister Petern desselben diensts unverzogenleich nucz und gewer seczest, und mit denselben leuten schaffest und si darzû haltest von unsern wegen, daz si in umb dieselben gult furderleichen ausrichten und im damit furbazzer gewertig sein nach des vogenanten gerichtsbriefts und stiftbriefts begreifung. Davon tûst du unser mainung. Geben ze Wienn an sand Larenztag anno etc. CCCC^{mo} decimo nono.

Dominus dux in consilio.

29.

Der Landmarschall Pilgrim von Puchaim beauftragt den Burggrafen von Rabenstein, den Magister Peter Deckinger künftighin in dem Besitze der ihm gerichtlich zuerkannten Rente nicht mehr zu beeinträchtigen. 1420, März 6, Wien.

Original im Wr.StdtA. auf Papier, Siegel auf der Rückseite.

Ich Pilgreim von Puchaim landmarschalich in Österreich embeut dem Hêrtel burggraven zu Rabenstein meinen dinst. Von der vier phund und funfzig phenning gelts wegen, so der ersam und hochgelert maister Peter Deckinger, lerer geistlicher rechten und korherr hie zu sant Stephann Chunraden im Tal, Chunraden im Weg, dem Eysneynn, Petern, Micheln in dem Rechgraben, Micheln auf der Ris, Symonen dacz dem Guten, Rûdlein ambtman in der Leuch in Kircherger pharr gesessen irn erben und nachkomen zu seiner mess auf unser frawn altar zu dem benanten sant Stephann gelegen vor dem hochgeborn fursten herzog Albrechten herzogen ze Österreich etc. meinem gnedigen herren erlangt und behabt hat, derselben gult ich den obgenanten maister Petern nach geschafft und emphelnuss des benanten meins

gnedigen herren nucz und gewêr gesaczt hab nach innhalt der brief von demselben meinem gnedigen herren und mir gegeben, ist mir furbracht, wie du und Stephann Sund¹ dem benanten maister Petern dawider irrung und hindernuss erzaigest und in bei seinen behabten rechten nicht wellest beleiben lassen, das mich unpillichen bedunkt; emphelich ich dir von des obgenanten meins gnedigen herren und meinen wegen ernstlichen, daz du den egenanten maister Petern bei der obgenanten gult nach laut seins gericht-briefs und auch bei der gewer, so ich in nach emphel-nuss des benanten meines gnedigen herren gesaczt hab, an irrung und hindernuss gënzlichen lassest beleiben anver-ziehen. Hetttest du aber darzu icht zesprechen, daz du das tûst mit dem rechten, als recht sei und an recht dawider nicht beswêrest noch bekumerest, das ist ernstlich mein mainung. Geben ze Wienn an mitichen nach² Reminiscere in der vasten anno domini etc. CCCC^{mo} vicesimo.

30.

Eidesformel für den Landmarschall. (ca. 1425.)

Kopie in der Hft. 16 des StA., fol. 171^a Nr. 478.

Ir werdet (geloben bei ewrn trewn an ains aides stat)³ sweren⁴ meim herrn das marschalchambt in allen sachen getrewleich und ordenleich ze verwesen als im zûgepûrt, seins rats gehaim ze versweigen⁴ seinn frumen darin ze trachten, seinn schaden ze wenden nach ewrm vermûgen an gever und iedermann ain gleicher richter zu sein, dem armen als dem reichen, und weder durch lieb, freuntschaft, gunst noch von dhainer andern sachen wegen anders ze richten denn recht, und sunderleich daz ir meins herrn

¹ Nachträglich von anderer Hand zwischen die Zeilen eingesetzt.

² Nachträglich von anderer Hand beigesetzt. Das alte Datum „an freitag vor“ ist ausgestrichen.

³ Von der ersten Hand, jedoch getilgt.

⁴ Ergänzung einer späteren Hand.

ambtleuten geholffen und geraten seit, meins herrn nütz und rënt inzebringen, wa und wenn si ew darumb anruffent, auch getrewleich und ungevërleich.

Anmerkung. Diese Eidesformel gehört jedenfalls wie eine Reihe anderer in dieser Handschrift uns überlieferter der Zeit Herzog Albrechts V. an. Mit Rücksicht auf die sub Note 2 vorgenommenen Correcturen, welche von der Hand des Schreibers von Nr. 31 herrühren, habe ich die Datierung ca. 1425 gewählt. Die Überschrift lautet: Juramentum marscalli provincie.

31.

Eidesformel des Stephan von Hohenberg als Verwesers des herzoglichen Hofgerichtes. 1428, Mai 13.

Kopie in der Hft. 16 des StA., fol. 170^b Nr. 476.¹

Ir werdet sweren unserm gnedigen herren herzog Albrechten herzogen ze Österreich etc., im das hofgericht seiner hofschrann im land ze Österreich getrewleich zu verwesen und auszurichten, als darzü gehöret, und einem iecleihen ein geleiher richter ze sein und weder durch lieb noch durch leid noch sunst durch chainer andern sachen willen anders ze richten denn recht, als verr ir das versteet an alles gevërde. Actum in die Ascensionis domini anno etc. XXVIII^o domino duce et consiliariis presentibus.

32.

Herzog Albrecht V. vertagt die Entscheidung des Streites zwischen Stephan von Hohemberg und Reinprecht von Wallsee behufs gütlicher Einigung der Parteien auf den 13. October 1429. Sollte ein Vergleich nicht zustande kommen, dann hätten beide Theile an diesem Tage vor dem Herzoge oder in dessen Abwesenheit vor dem Landmarschall zu erscheinen.

1429, Juli 23, Wien.

Original im StA. auf Papier, Siegel auf der Rückseite.

L. Reg. V. 2777.

¹ Als Überschrift steht in der Handschrift: Iuramentum domini de Hohemberg.

Wir Albrecht von gotes gnaden herzog ze Österreich, ze Steir, ze Kärnten und ze Krain, markgraf ze Mähren und Graf zu Tirol etc. bekennen von der nachgenanten zůspruch wegen, so unser lieber getrewr Stephan von Hohemberg hat zu unserm lieben getrewn Reinprechten von Walsse unserm haubtman ob der Enns, darumb vormalen drei ladung nach dem landesrechten sind ausgegangen und nachmalen etleich schub sind geschehen, als das die ladbrieff und schubbrieff aigenleich auzweisent, daz wir dieselben sach mit baider tail wissen und willen geschoben haben und schieben auch wissentleich mit dem brieff auf sant Kolmanstag schierist künftigen in solicher mass, daz si dazwischen ain freuntleichen tag miteinander halten und mit iren freunden und gunnẽrn versuchen sullen, ob si sich darumb gůtleich und an recht miteinander mügen gerichtten und verainen; möcht aber des nicht gesein, daz si denn zu baiderseit auf den egemelten tag für uns, oder ob wir nicht zu land wẽrn, für unsern lantmarschalch, wer der zu den zeiten ist, kōmen, so wellen wir, ob wir zu land sein, oder ob wir nicht zu land wẽrn, derselb unser lantmarschalch si denn geneinander verhōrn und ietweder tail widergeen lassen, was recht ist in aller mass, als das auf den rechttag, der nach auzgang der dritten ladung ist gewesen, solt beschehen sein und sind das die stukh und gůter: von erst die vest Merkenstain mit irer zugehōrung, item die vest Eberstorf mit irer zugehōrung, item das dorf genant der Altwerd, item die vest Walsse auf der Tūnaw, Sundelburg und Sumeraw mit allen iren zugehōrungen, item die vest Hohenekg mit aller irer zugehōrung, item all nucz und gult, die gefallen sind seid weilent Ulreichs von Walsse tod von der stat zu Santpōlten. Mit urkunt des briefs, geben zu Wienn an Samstag vor sant Jacobstage anno etc. vicesimo nono.

Dominus dux in consilio.

33.

Herzog Albrecht V. entscheidet als erwählter Schiedsrichter über die Ansprüche, welche Hans der Lichteneker gegen

Reinprecht von Walsce, Hauptmann ob der Enns erhoben hat, da er die ihm vor dem Landmarschall Hans von Ebersdorf gerichtlich zugesprochene Summe von 200 Pfund nicht rechtzeitig von Reinprecht von Walsee erhalten hat.

1431, Mai 10, Wien.

Original im StA. auf Pergament mit dem herzoglichen Siegel an Pergamentstreifen.

L. Reg. V. 2972.

Wir Albrecht von gotes gnadn herzog ze Österreich, ze Steir, ze Kärnden und ze Krain, marggraf ze Mêrhern und graf ze Tyrol etc. bekennen, als unser getrewr lieber Hanns der Liechtenegkêr unserm lieben getrewn Reinprechten von Walsse unserm haubtmann ob der Enns vor unserm lieben getrewn Hannsen von Eberstorf unserm lantmarschalch zûgesprochen hat umb zwaihundert phunt Wiener phening, die er im schuldig wêr und der er in auf den vergangen sant Michelstag nach innhaltung seins geltbriefs solt bezalt und ausgericht haben, darinn im aber derselb von Walsse verzogen und in auf denselben tag nicht bezalt hiet, des er nach desselben geltbriefs sag zu scheden kômen wêre, und wan baid obgenant tail der egenanten sachen an all aufzug unbedwungenleich hinder uns sind gegangen gënzleich stët zu halten, was wir darumb sprechen, haben wir uber die sachen gesessen und darumb wolbedêchtlich ausgesprochen und sprechen auch wissentleich mit dem brief: von erst sprechen wir, daz der egenant unser haubtman demselben Liechtenegger die obgenanten zwaihundert phunt phening an verziehen sol ausrichten und bezalen, und sol im daen-gegen der obgenant Liechtenegger seinen geltbrief darumb wider ûbergeben und antwurten zu seinn handen. Denn als derselb Liechtenegger furgibt, wie im der von Walsse uber den obgenanten tag, darauf er in nach seins geltbriefs sag solt bezalt haben, verzogen hab, des er zu schêden komen sei, sprechen wir, daz im derselb von Walsse durch gelimphens und freuntschaft willen ain phleg dafür ingeben sol, also daz er die wal under den zwain phlegen zu Schranna-

waten und ze Eberstorf sol haben, und welich im dann darunder gevellet, die sol im der vorgenant von Walsse ingeben, die er denn mit allen nützen die darzü gehörent getreulich innhaben, nützen und niessen sol und mag sein lebtæg, und sol in derselb von Walsse noch sein erben davon nicht verkeren noch absetzen in dhain weis ungeverleich. Wir sprechen auch, daz derselb Liechtenegker dem egenanten von Walsse mit demselben haus und der phleg, der er sich underwinden wirt, allzeit getrew und gewertig sein und in das offen halten sol, in und die seinn darin und daraus ze lassen, wenn und wie oft in des durft geschiecht ungeverleich. Wann aber derselb Liechtenegker mit tod abgangen und verschaiden ist, so sol dann demselben von Walsse und seinen erben dasselb haus phleg gënzleich wider ledig worden sein an desselben Liechtenegger erben und mënicleich von seinn wegen irrung und hindernuss ungeverleich. Und des zu urkunt geben wir iedem obgenanten tail unsern spruchbrief in gleicher laut, besiglt mit unserm angehangem insigel, geben ze Wienn an dem heiligen auffarttag nach Krist gepurde vierzehenhundert jar darnach in dem ainunddreissigisten jare.

Dominus Dux per se presente
Krist[i]ano Tehenst[ainer].

34.

Der Landmarschall Johann Graf zu Schaunberg beauftragt den Ritter Georg den Ratpacher, welcher dreimal den gerichtlichen Vorladungen nicht entsprochen hat, den Spitalmeister in Wien Hermann den Perman im Besitze der dem Spital gehörigen Zehente nicht mehr zu beeinträchtigen, ihn vielmehr wegen seiner Ansprüche schadlos zu halten.

1437, Juli 20, Wien.

Gleichzeitige Kopie auf Papier im Wr. StdtA. (Bürgerspitalarchiv).¹

¹ Auf der Rückseite von der Hand desselben Schreibers: terciā hern Jorgn.

Wir Johannis grave zu Schaunberg landmarschalich in Österreich enbieten dem vesten ritter hern Jorigen dem Ratpacher unsern dinst. Als wir ew vormals zwie geschrieben und her fur uns oder unsern anwalt zu komen geladen haben zu verantwurten gegen Hermann dem Perman spitalmaister hie, der uns hat furbracht, wie ir sein spital an seinn getraid und weinzehent am Wienerperg, im Reinsperg und zu Laincz am undern walich gelegen, so dem spital zu gehört nach inhaltung ir kaufbrif und ander ir urkund, die das spital darumb hab, mit gwalt und an recht irrung und ingriff getan habt, dez die armen leut von ew schaden nemen; da ir heut aber nicht seit furkomen, also emphelhen wir ew von unsers gnedigen herren des herzogen und unser wegen aber ernstleichen, dacz ir den vorgeanteten spitalmeister umb solich sein zuspruch unchlaghaft machet an verziehen. Hiet ir aber darumb icht widerred, daz ir dann noch von heut uber vierzehntag her fur uns oder unsern anwalt komet und ew zu baider seit ge einander verhoren und iedem tail widervaren lassen, was recht ist. Kombt ir aber also nicht, so wirdet man ewren benanten widertail dannoch recht darumb lassen erkennen. Geben zu Wienn am sambstag vor Maria Magdaleintag anno etc. tricesimo septimo.

35.

K. Albrecht II. bestellt seinen Rath und Pfleger zu Gars Hanns den Stockhorner zum Verweser des Landmarschallamtes in Niederösterreich. 1439, Mai 30.

Original verschollen. — Kopie (A) ineunt. saec. XVIII. in der Hft. 135, fol. 35^a—36^a des nö. LA., jedoch vielfach modernisiert. Eine zweite Abschrift (B) aus derselben Zeit ebend. fol. 88^a—89^b. Darnach S. Ch. Eine dritte (C) im k. k. nö. Statth.-Archive, Hütter'sche Sammlung Bd. 58, fol. 307^b ff.

v. Stockhorner 144 nach einer im Stockhorner Familienbuche enthaltenen, jedoch wesentlich gekürzten und nur mit der Jahreszahl 1439 versehenen Abschrift. Vgl. BlNÖ. XXVIII. 363 ff.

Wir Albrecht von gotes genaden Römischer könig und herzog zu Oesterreich etc. bekennen: als wir durch genöttig

und gross sachen willen, daraus uns und all unseren königreichen, landen und leuten, und sonderlichen unsern furstentumb Österreich und unseren untertanen daselbst, zu denen wir von angeborner güte und sunderlichen geneigt sein, befridigung gemaines nuz und ruehe entstehen und komen mögen, als wir dess ganze hoffnung haben, dits unsers gevests¹ in unser königreich Ungarn gefuegt haben und sich der edl unser oheimb und lieber getreuer graf Johannes von Schaumberg, dazumal als wir² an unseren abscheiden waren, von unsern landmarschallambt in Oesterreich hat gemüssiget, dadurch wir nicht statt hetten, als eilend ein andern lantmarschall zu sezen; und darumben haben wir mit guter betrachtung³ fleissiglich bedacht und für uns genomen, dass das land von solcher änderungen wegen des landrechts nit mangel hab, sondern in unsern abwesen dannoch mit den rechten fürgestehen sei, und haben dadurch unsern getrewn lieben Hannsen dem Stockhorn unserm rat und pflegern zu Garss unser lantmarschallambt in Österreich mit allen eren und würden an unsers statt zu verwesen empfohlen, das landrecht zu besizen, zu vollfüren und zu enden mit allem dem und darzu gehört, es sei mit ladung, schuben und gerichtten, und was zu vollführung des rechtens ein ieden, der rechtens dürftig ist oder würdet und rechtens begert, volliglich und unendhässiglich⁴ widergehe, was recht ist. Wir haben im auch in dem namen als vor empfohlen all sachen, darumb von dem von Schaumburg ladung nach dem landrechts und schuldbrief⁵ darauf seind ausgegangen, und die wir als herr und landsfürst von grosser merklicher gescheft wegen mit unserm brief geschafft haben zu schiben und selber auch geschoben haben und die noch nicht geendet seind, ferner an unser statt mit recht zu handeln, zu üben, zu vollfüren und zu enden in allermaß, als der von Schaumberg das an unser statt und als unser landmarschall getan hät, wann er in dem ambt blieben wär, und als auch wir das taten und

¹ in C: geverts. ² in C folgt: nun. ³ in C: vorbetrachtung.
⁴ in C: und endhässiglich. ⁵ soll schubbrief lauten.

getuen mochten, wan wir entgegen wären, damit solch ladung und tag nicht fallen noch ab sein ohn alles gefähr. Es soll auch derselb unser verweser des landmarschallambts all¹ urtl, was der an uns gedingt ist oder gedingt würdet, die unser anwalt in Österreich nicht erledigten, oder was man der an uns dinget, fürderlichen erlassen, wann im die fürbracht werden ungefährlichen. Dauon gebieten wir von Römischer königlicher macht und sonder als herr und landsfürst in Österreich allen unseren untertanen in demselbigen fürstentumb Österreich wohnhaften und wollen gar ernstlichen bei unsern hulden, dass si den obgenanten unsern verweser in allen sachen, die das vorgeanter landmarschallamt in Österreich antreffend und berürend, von gerichts und in anderer wegen an unser statt gehorsamb, beigeständig, fürderlich, ratsamb und hilfflich sein, wo die an sie gelangen, als sie dann vormals einen landmarschallen in Österreich getan haben, und darwider nicht sein noch andern iemand zu tuen gestatten in kein weis. Das meinen wir doch unzts an unser widerrufen mit urkund des briefs, geben am sambstag nach den heiligen Pfingstag anno domini regnum in den 39, unser reich in andern jahr.

Hanns von Stockhorn pfleger
zu Gars, verweser des land-
marschallambt.

36.

*K. Friedrich IV. stellt Rüdigern von Starhemberg aus Anlass seiner Ernennung zum Landmarschall einen Schadlosbrief aus.
1441, Februar 9, Neustadt.*

Kopie im Register Friedrichs IV., Hft. 14109 der HofB. Wien fol. 115^a—115^b.²

Bekennen fur uns und unsern lieben vettern kunig Laslawen etc. Als wir nach rat unserr landleut unsers fursten-

¹ in C: als.

² Überschrift: item des marschalhs schēdenbrief.

tumbs Österreich unser lieben getruen Rudgern von Starhenberg zu unserm landmarschalh desselben unsers furstentumbs Österreich iecz haben aufgenommen, also haben wir im mit unsern kuniglichen worten verhaissen wissentlich in kraft des briefes, was er und die sein in unserm abwesen, als wir dann iecz willen haben uns in das heilig Romisch reich an den Rein zufugen, von unsern und desselben unsers furstentumbs Österreich veinden redlicher scheden nemen werden, die er uns mag wissentlich machen, daz wir in und seinn erben darumb nach unserr rete rat und erkanntnuss gnediglich wellen entrichen von den nuzen, gulten und rēnten unsers benanten furstentumbs Österreich ungeverlich. Mit urkund, geben in der Newnstat an pfinztag nach Dorothee anno etc. XLI°.

Ad mandatum domini regis
Cunradus praepositus Wiennensis cancellarius.

37.

K. Friedrich beauftragt seinen Hubmeister Thomas Wisent, dem Landmarschall Rüdiger von Starhemberg den ihm ausgesetzten Jahressold von 1000 Pfund aus den Erträgnissen des Hubmeisteramtes auszuzahlen.

(1441, Februar 9, Neustadt.)

Kopie ebend. fol. 115^b — 116^a.¹

Embieten unserm getrewn Thoman dem Wisent unserm hubmaister, oder wer kunftiglich unser hubmaister in Österreich wirdet, unser gnad etc. Wir lassen dich wissen, daz wir unserm lieben getruen Rudgern von Starhenberg unserm landmarschalh in Österreich von desselben unsers landmarschalhampts wegen, alle die weil und er unser landmarschalh ist, zu iarsold ierlich achthundert pfunt pfenning benennet und ihm darzu von sundern gnad zwaihundert phunt phen-

¹ Überschrift: Item ein geschäftsbrief auf den hubmaister dem obgenannten landmarschalh um 1000 pfunt phenning.

ning versprochen haben zu geben, das mit sumen bringet tausent phunt phenning, und haben in der auf den nuzen und renten unsers hubmeisterampts vertroset, also daz im zu ieder Quatember ains iglichen iars zwaihundert und funfzig phunt phenning sullen gevallen. Schaffen wir mit dir, daz du im die all Quatember furderlich und fur meniclich ausrichtest, damit er darinn nicht gesawmt werde und darumb quittung von im nemest, wan was du im solhs seines iar-solds ierlich ausrichten und uns darumb mit demselben seinen quittung erweisen wirst, die wellen wir dir albeg in deinen raitungen schaffen zu legen und abzuziehen, mit urkund.

38.

K. Friedrich kündigt den Landständen in Österreich die Ernennung des Rüdiger von Starhemberg zum Landmarschall an und befiehlt ihnen, diesem Beamten gehorsam zu sein und ihn in dessen Amtsführung zu unterstützen.

(1441, Februar 9, Neustadt.)

Kopie ebend. fol. 116^a—117^a.¹

Embieten den ersamen geistlichen unsern andechtigen und den edeln unsern lieben getreuen N. allen prelaten, grafen herren rittern und knechten, unsern burgern aus den steten und merkten und allen andern unsern untertanen und getruen, wa und wellend die in unserm land zu Österreich wanhaft und gesessen sind, den der brief gezaigt wirdet, unser gnad etc. Wir lassen ew wissen, daz wir unsern lieben getruen Rudgern von Starhenberg zu landmarschalh in Osterreich aufgenommen und im dasselbe ampt ingeben und zu verwesen empholhen haben, als vor herkomen ist, und daz das landsrecht dester pas mûg sein gang haben und gemainer nucz, edler und unedler, reicher und armer dadurch gefurdert und land und leut dester in

¹ Überschrift: item ein brief den landleuten in Osterreich, das sie dem landmarschalh beistendig sein etc.

peßern frid und gemach bracht werden, darumb emphelhen wir ew allen und ewr iglichem besunder und begern mit ganzem ernste und fleisse, daz ir furbasser demselben unserm landmarschalh von unsern wegen in allen sachen, die sein ampt beruren, gehorsam, gewertig und beistendig seit, und ob sich gepuret, daz unser und das lands veinde sich in das land fügen und das beschedigen mainten, oder ob sich sust ichts von rauberei, krieg, ungehorsam oder ander unpillich sachen wider landsrecht und landsfrid im lande begeben wurden, wie sich das alles begeben mocht, und er das zu underkomen ew oder die ewrn darumb anruffen und angelangen oder ewerr hilf begern werde, wenn und als oft des not geschehe, daz ir im dann oder den seinen von unsern wegen uns zu sunderm gevallen und ewselbs und gemainen nucz zu frumen, eren und aufnehmen ratsam, hilfeleich und furderlich seit und auch mit den ewrn schaffet, im beistendig zu sein, damit er solich unpillich sachen, es sei von der veinde oder in ander wege, mit ewerr hilf und furderung desterpas underkomen und getilgen müge, als ir uns, ew und dem lande des schuldig und pflichtig seit und ir erzaigt uns auch daran sunder danknemen wolgevalnuss, die uns gen ewr jedem gepuret, gnediglich zu erkennen. Geben.

39.

K. Friedrich IV. theilt den Pflegern und allen anderen Amtleuten in Österreich die Bestellung des Rüdiger von Starhemberg zum Landmarschall mit und beauftragt sie, diesem Beamten gehorsam zu sein und ihn in dessen Amtsführung zu unterstützen.
(1441, Februar 9, Neustadt.)

Kopie ebend. fol. 117^a—117^b.¹

Embieten unsern lieben getreuen allen unsern phlegern, purggrafen, landrichtern, richtern, amptleuten und allen

¹ Überschrift: item consimilis den pflegern, burggrafen, lantrichtern, richtern, amptleuten etc.

andern unsern undertanen, den der brief gezaigt wirdet, unser gnad etc. Wir lassen ew wissen, daz wir unsern lieben getruen Rudgern von Starhenberg — ut in alia notula continetur.

Emphelhen wir ew allen und ewr iglichem besunder und wellen ernstlich, daz ir furbasser demselben unserm landmarschalh von unsern wegen in allen sachen, die sein ampt beruren, gehorsam, gewertig und beistendig seit und ob sich gepuret, daz unser und des lands veinde sich darin fugen und das beschedigen mainten, oder ob si iemand unser lantleut im land wider uns und das lande behausen wurde, oder daz sich sust ichts von rauberei, krieg, ungehorsam oder ander unpillich sachen wider landsrecht und landfrid im lande begeben wurden und er das zu underkomen ew darumb durch sich oder die seinen angelangen wurde, daz ir im denn von unsern wegen ratsam, hilflich und furderlich seit nach allen ewrn vermugen, auch ob sein not wurd, ew selber zu im oder den seinen fuget, damit er solich unpillich sachen von der veinde oder in ander wege mit ewerr hilf und furdrung desterpas underkomen muge und nidergelegen und frid gemachen muge, daz meniglich reich und arm, kaufleut und lantleut, gest und inwoner sicher in unserm land gehandeln und gewandeln mügen. Desgeleichen haben wir demselben unserm landmarschalh auch empholhen, ob ew hilf oder furdrung not geschehe, wie sich das von unserr geslosser, leut und guter wegen fugte, und ir in von unsern wegen darumb anrufen werdet, daz er ew und den da auch hilflich, furderleich und beiständig sein sol. Geben.

40.

K. Friedrich IV. befiehlt seinen Anwälten in Österreich, den Landmarschall Rüdiger von Starhemberg namentlich bei Kriegen und inneren Unruhen, wenn dieser sie darum ersuchen sollte, mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen.

(1441, Februar 9, Neustadt.)

Kopie ebend. fol. 117^b—118^a.¹

¹ Überschrift: item an die anwelt von des marschalhs wegen.

Embieten den edeln unsern lieben getreuen unsern an-
welten unsers furstentums Osterreich unser gnad etc. Wir
emphelhen ew und begern mit ernste, ob sich gepuret, daz
unser und des lands zu Osterreich veinde sich darinn fügen
und das beschedigen maintnen, oder ob si iemands unser
landleut im land zû Osterreich wider uns und dasselb unser
land behausen wurde, oder ob sich sust icht unpillichs, das
wider landsrecht oder landfried wêr, im lande begâbe und
unser lieber getruer Rudger von Starhenberg unser lant-
marschalh in Osterreich darzu underkomen ew oder die ewrn
darumb angelangen oder ewerr hilf begern werde, daz ir im
denn darzu von unsern wegen hilfflich und furderlich seit
und mit den ewrn schaffet, im oder den seinen beistendig
zû sein, damit er solich unpillich sachen desterpas under-
komen und frid gemachen mûg, daz meniclich reich und
arm, kaufleut und ander gest und inwoner sicher in unserm
lande gehandeln und gewandeln mugen. Desgelichs haben
wir demselben unserm lantmarschalh noch empholhen, ob
ew oder ewrn icht hilf oder furderung not geschehe und ir
in darumb anruffen werdet, daz er ew und den ewrn auch
hilfflich, furderlich und beistendig sein sol. Geben.

Ad mandatum domini regis
Conradus praepositus Wiennensis cancellarius.

41.

Eid des Landmarschalles Rüdiger von Starhemberg.

1441, Februar 12.

Kopie ebend. fol. 115^a.¹

Ir werdet sweren unserm gnedigisten herrn kunig Frid-
richen seinen kuniglichen gnad das marschalichamt in allen
sachen getrewlich und ordenlich zu verwesen, als im zuge-
purret, seins rats gehaim zu versweigen, seinn frumen darinn
und in allen sachen zû trachten, sein schaden zu wenden

¹ Überschrift: Aid. Item hern Rudgern von Starhenberg, als
er landmarschalh worden ist, aid.

nach ewrm vermugen an geuer und iederman ain gleicher richter zu sein, dem armen als dem reichen, und weder durch lieb, freuntschaft, gunst noch von dhainer andern sachen wegen anders zu richten denn recht, und sunderlich daz ir unsers gnedigen herrn amptleuten geholffen und geraten seit, seiner gnaden nucz und rent inzubringen, wo und wenn sie ew darumb anruffent auch getrewlich und ungeverlich. Actum an suntag nach Scolastice virginis anno etc. XL primo.

42.

K. Ladislaus befiehlt dem Landmarschall Grafen Bernhard von Schaunberg, den Chorherrn Sigmund Schelhel im Besitze der ihm zugewiesenen Messtiftung an der Stephanskirche in Wien zu schützen. 1453, Juni 20, Wien.

Original unbekannt. Gleichzeitige Kopie in der Hft. 410 neu des StA. fol. 55^a.

L. Reg. VII., S. DXX, Nr. 1802^b.

Wir Lasslaw etc. empieten dem edlen unserm lieben getrewn Pernhardten graven zu Schawnberg unserm rat und landmarschalh in Osterriich unser gnad und alles gut. Wir emphelhen dir ernstlich und wellen, daz du den erbern unsern lieben andechtigen Sigmunden Schelhel, chorherren zu sand Stephan hie zu Wyenn und caplan der mess, so weilent Wilhalm Turss brobst daselbs zu Wyenn gestift hat, mit allen seinen und derselben seiner gotsgab leuten und gutern von unsern wegen und an unsrer stat in deinen scherm nemest, und ob im oder seinen leuten iemand icht beswernuss zuziehen und tun wolde wider rechte und si dich das anbringen wurden, in dann gewalts und unrechtens vorseist und sie vogtest und schirmest, unz an uns, dir si auch in allen notdurften bevolhen sein lassest. Daran tust du genzlich unser mainung, geben zu Wyenn an mittichen vor sand Johannstag zu Sunewenden anno domini etc. LIII^o, unsrer kronung unsers reichs des Hungerschen etc. im virzehenten iare.

43.

K. Ladislaus bestellt Niclas Drugsetz zum Vogte der Kirche in Mistelbach und beauftragt ihn den Pfarrer und die Unterthanen desselben zu beschirmen. 1454, December 4.

Original unbekannt. Kopie in Hft. 428 neu des StA. fol. 26^b.

Wir Lassla etc. embieten unserm getrewn lieben Niclasen Drugseczen unserm rat unser gnad etc. Uns ist anpracht, wie der pfarrer zu Mistelbach und sein holden daselbst mit unpillicher stewr und robat und in ander weg vast beswêrt werden, dadurch si in verderblich scheden komen. Wan aber dieselb kirchen von uns und unserm fürstentum Osterreich zu lehen rurt, und wir des pharrer und seiner egemelten herr und erbvogt sein, und si uns von unsers abwesens wegen ie zu zeiten in irn notdurften nicht erlangen mugen stetiglich, dadurch geben wir dich in an unserr stat zu vogt und beschirmer und emphelhen dir ernstlich und wellen, daz du den egenanten pharrer und sein holden vor gewalt und unrecht beschirmest, in auch in allen irn sachen und notdurften, so si dich anlangen werden, ratsam, hilflich und beistendig seist, ob auch iemand, wer der wër, icht stewr oder ander unrechtlich gab von in genomen hiet oder noch nemen wurden und si beswêrn maint, dieselben alsdann fürnemest mit ladungen recht oder wie sich das noturftlich fugen wirdet, damit in dieselben stewr und scheden widerkert werden und unbeswêrt beleiben, wo dir das aber zu swër wurde und oder die edlen unser lieben getrewn Wolfgang von Walssre (!) unsern obristen haubtman in Osterreich und graf Pernharten von Schawnberg unsern lantmarschalh daselbs, oder wer die künftlich werden, das anbringest, die der darinn rat und beistand tun sullen, damit uns unser vogtei und gerechtigkeit nicht entzogen werden. Des geben wir dir unsern volligen gewalt mit dem brief, doch unz auf unser widerruffen, geben an sand Barbarentag under unserm

insigel, das wir ditsmals in unserm furstentum Österreich gebrauchen, anno etc. LIIII^{to}.

Commissis domini regis per dominum capitaneum in consilio.

44.

K. Ladislaus stellt dem Achaz Fronacher, den seine Anwälte und Rätthe in Wien mit 50 berittenen Söldnern aufgenommen haben, einen Schadlosbrief aus. 1456, October 13.

Original unbekannt. Kopie in der Hft. 428 neu des StA. fol. 37^a.

L. Reg. VIII., S. DXXX, Nr. 2156^{b.1}

Wir Lasslaw etc. bekennen: als unser anwelt und rät zu Wienn unsern getrewn Achaczen Fronaher mit fumfzigen werlichen zu rossen in unsern sold aufgenommen und auf ir ieden wochenlich VII β c^{s} zu sold benennet haben, derselb ir sold ingegangen ist an heutigen tag datum des briefs, also geloben wir wissentlich mit disem brief, was sie und ir ieder nach unserr rät und des egenanten Fronaher geschäft in unsern und unsers furstentums Osterreich diensten von den veinten redlicher schäden nement, die der egenant Fronaher wissent machen mag, die sullen und wellen wir in nach unserr rät rat und erkanntnüss gnediglich entrichten und bezalen ungeverlich. Mit etc. geben an mitichen sand Colmanstag anno etc. LVI^{to}.

45.

K. Ladislaus fordert die Richter, Rätthe, Bürger, Amtleute und anderen Bewohner in den Städten, Märkten und Dörfern zwischen Wien und Wiener Neustadt auf, dem Achaz Fronacher, den seine Anwälte und Rätthe zu Wien mit einigen Berittenen zur Beschirmung der Strassen aufgenommen haben, mit aller Macht in Ausübung seines Dienstes behilflich zu sein. 1456, October 13.

Original unbekannt. Kopie in der Hft. 428, fol. 37^a des StA.

L. Reg. VIII., S. DXXX, Nr. 2156^c.

¹ Überschrift: Achaczen Fronaher schädenbrief.

Wir Lasslaw etc. embienten (!) unsern getrewen lieben N. allen richtern, rēten, burgern, ambleuten und gemainen in steten, merkten und dorfern zwischen Wienn und der Newnstat unser gnad etc. Wir lassen ew wissen, daz unser anwēlt und rēt daselbst zu Wienn unsern getrewen Achaczen Fronaher mit etlichen hofleuten zu beschirmung der strassen in unsern sold aufgenommen habent, emphelhen wir ew allen und iedem besunder ernstlich und wellen, wo dieselben unser soldner beschediger der strassen ankomen und ew zu hilf ervordern, daz ir dann zu rossen und ze fussen aufseit mit weer, als pesst und sterkhist ir mügt und notdurft sein wirdet, und in hilf und beistand tut, damit die strassen beschirmet und solh beschediger an stat unser zu unsers lantmarschalhs handen bracht werden. Daz wellen wir gen ew gnediglich erkennen. Geben an mitichen sand Colmans-tag anno etc. LVI^{to}.

46.

K. Friedrich IV. kündigt den Prälaten, dem Adel, den Städten und Märkten und allen Unterthanen in Österreich unter der Enns die Bestellung Christophs von Liechtenstein zum Landmarschall daselbst an und beauftragt sie, ihm gehorsam zu sein.
1493, März 15, Linz.

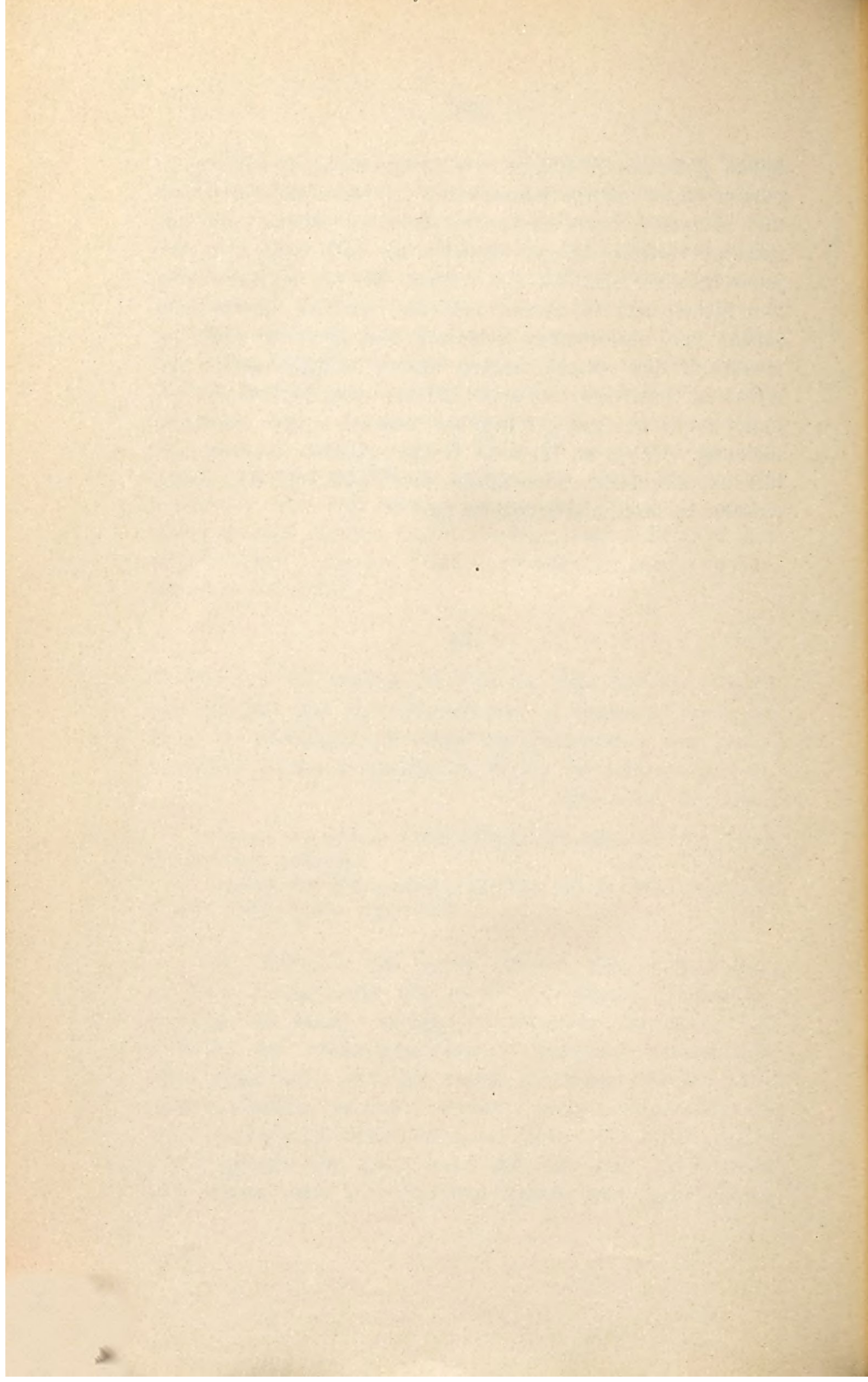
Original angeblich im fürstl. Liechtensteinischen Archive, jedoch daselbst nicht auffindbar.

Kopie in der Hütter'schen Sammlung [XVIII. Jahrhundert] im k. k. nö. Statth.-Archive, fol. 310^b ff.

Wir Friderich von gottes gnaden Römischer kaiser, zu allen zeiten merer des reichs, zu ungarn, Dalmatien, Croatien etc. könig, herzog zu Österreich, zu Steier etc. entbieten den erwürdigen ersamen geistlichen andächtigen edlen unser lieben getreuen unsern praelaten, den von adel, städten, märkten und andern unsern untertanen unsers fürstentums Oesterreichs unter der Enns, denen der brief gezeigt oder verkünd wird, unser gnad und alles guts. Wir lassen euch wissen, dass wir demselben unsern land zugut unsern

lieben getreuen Christophn von Lichtenstein von Nicolsburg unsern rat zu unseren lantmarschall in Osterreich aufgenommen und in dasselb unser landmarschallamt zu handeln und auszuwarten befohlen haben, empfehlen wir euch allen und euer jeder besonder ernstlich und wollen, dass ir den benannten von Lichtenstein in unsern und des bemelten unsers land sachen von unsertwegen gehorsam und gewärtig seid, inmassen ir das vormals andern unsern landmarschallen daselbst in Osterreich tan habt und von alter herkommen ist, daran tut ir uns gut gefallen und gänzlich unsere ernstliche meinung. Geben zu Linz am freitag vor dem sonntag Laetare zu mitterfasten anno domini MCCCCLXXXIII, unsers kaisertums in einundvierzigsten jar.





Wretschko, Alfred <<von>>,

Das österreichische Marschallamt im Mittelalter Ein Beitrag zur
Geschichte der Verwaltung in den Territorien des Deutschen Reiches

Wien 1897

Austr. 5218

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11800953-7